NEUES ROTES FORUM

4-5/72

Oktober 1972
3. Jahrgang
Preis 3,– DM
Doppelnummer

Erklärung zu den Bundestagswahlen

Klassenkampf in der Übergangsperiode

Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion

Revisionismus und Sozialimperialismus am Beispiel ihrer Rolle in Indien

Für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei

Bericht über die Aktionseinheit in Dortmund

Solidaritätsadresse der FPDLP

INHALT:

Weg mit dem KPD-Verbot!KPD!
Erklärung zu den Bundestagswahlen..... S. 3

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien
Zur Auseinandersetzung mit den ABG München
und dem KB Nord..... S. 6

Materialien zum Problem der Übergangsperiode
zum Sozialismus und zum Klassencharakter
der revisionistischen Länder..... S. 11

Klassenkampf in der Übergangsperiode
Walter Lindner..... S. 17

Die Restauration des Kapitalismus in der
Sowjetunion..... S. 30

Revisionismus und Sozialimperialismus am
Beispiel ihrer Rolle in Indien..... S. 58

Gemeinsame Erklärung zur Arbeitskonferenz
vom 16./17.9.72..... S. 75

Den Pfeil auf das Ziel abschießen - Antwort an
die KG Köln..... S. 77

Resolution der Aktionseinheit gegen das reak-
tionäre Ausländergesetz..... S. 80

Zur politischen Einschätzung der Aktionseinheit S. 82

Solidaritätsadresse der FPDLP an die Aktions-
einheit..... S. 90

IMPRESSUM:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr.
Es umfasst jeweils mindestens 52 Seiten.
Auflage 12 000 .

Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum,
Heidelberg, Verleger Jürgen Sendler

Redaktion: Joscha Schmierer (verantwortlich)
Dietrich Hildebrandt

Anschrift: Verlag Neues Rotes Forum
69 Heidelberg, Bahnhofstr. 17

Druck: Caro-Druck, Heidelberg
Lutherstr. 44a

ACHTUNG ! Anzeigenverwaltung jetzt über die
Verlagsadresse !

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Läden
erhältlich. Im Abonnement 2.-DM plus Porto.
Preis dieser Sondernummer 3.-DM.
Bestellungen an: D. Hildebrandt
69 Heidelberg
Postfach 834

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache
mit der Redaktion erlaubt.

NEUES ROTES FORUM 4-5/72

Nachdem sich der Erscheinungstermin der Nummer 4/72 aus verschiedenen Gründen wieder verzögert hatte, haben wir uns entschlossen mit dieser Nummer eine Doppelnummer herauszugeben. Wir haben diese Lösung der Möglichkeit, zwei Hefte kurz nacheinander erscheinen zu lassen, vorgezogen, weil wir dieses Heft aus thematischen und aktuellen Gründen nicht mehr auseinanderreißen wollten. Trotz des verdoppelten Seitenumfanges haben wir versucht knapper zu kalkulieren und haben den Preis nur auf 3.-DM festgesetzt. Die nächste Nummer des Neuen Roten Forum soll Anfang Dezember erscheinen.

HINWEIS

Wegen aktueller Aufgaben mußte das Erscheinen der in NRF 3/72 angekündigten "Dokumente zur Faschismusfrage in der KOMINTERN" verschoben werden. Wegen den Schwierigkeiten bei der technischen Herstellung wird das Buch erst im November ausgeliefert werden können.

Desgleichen wird sich die Auslieferung des angekündigten "Kommentierten Schulungsmaterials der KG(NRF) um einige Wochen verzögern.

Die letzten Nummern des NRF und die Sondernummer zu den Auseinandersetzungen in der KPCh sind inzwischen außer der Nummer 3/72, von der noch eine geringe Restauflage vorhanden ist, beim Verlag vergriffen. Neuauflagen bereiten wir vor.

BERICHTIGUNG

In der letzten Nummer des Neuen Roten Forum (3/72) ist im Interview mit dem Genossen O'Murchu die Anmerkung 17 an die falsche Stelle gerutscht. Dadurch entsteht der Eindruck, als würde die schwedische KFML als trotzkistisch bezeichnet. Die Anmerkung gehört natürlich auf die Seite 52, wo O'Murchu auf die Frage :Gibt es ultralinke Organisationen in Irland? einige trotzkistische Organisationen aufzählt.

Auf wiederholtem Hinweis müssen wir auch noch einen sinnentstellenden Druckfehler in dem Artikel "Zur Außenpolitik der Volksrepublik China" im NRF 1/72 korrigieren. Das Zitat aus der Peking Rundschau 35/71 auf Seite 15 muß heißen: "Um die Revolution der unterdrückten Nationen und Völker der Welt zu unterdrücken, kolludieren (d.h. spielen zusammen, nicht 'kollidieren) USA-Imperialismus und Sozialimperialismus; aber zur Befriedigung ihrer eigenen imperialistischen Interessen liegen sie in erbitterten Wettstreit."

MANIFEST Buchversand
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79

Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propaganda-publikationen und theoretische Organe
Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher

NEU Internationale fremdsprachige Literatur

Buchliste anfordern!

Die Buchliste wird ebenso wie die MANIFEST-Mitteilungen kostenlos zugesandt.

Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!

ERKLÄRUNG ZU DEN BUNDESTAGSWAHLEN

WORUM GEHT ES BEI DEN WAHLEN?

Große Teile der Arbeiterklasse und des Volkes sind unzufrieden mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik. Viele sagen: So kann es nicht weitergehen! Sie meinen die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen, die Preissteigerungen, die Mieterhöhungen, die ständig zunehmende Arbeitshetze in den Betrieben. Wer seine Lebensbedingungen einigermaßen auf dem bisherigen Stand halten will, kann dies nur durch Überstundenschinderei und Schwarzarbeit, d. h., indem er seine Gesundheit kaputt macht. Obwohl die Arbeitshetze überall immer schärfer wird, gibt es gleichzeitig Kurzarbeit, Entlassungen und die Stillegung ganzer Betriebe. Die Lage der Arbeiterklasse und der ganzen werktätigen Bevölkerung verschlechtert sich für jeden fühlbar.

Aber die Unzufriedenheit beschränkt sich nicht nur auf die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Lage der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Sie richtet sich gegen die offene Korruption der bürgerlichen Parteien, wie sie sich in den zahlreichen politischen Skandalen zeigt, in den durch Bestechung herbeigeführten Parteiwechseln, in den Beraterverträgen usw. Zu offen hat sich in den letzten Jahren und Monaten herausgestellt, wo die sogenannten Volksvertreter stehen: dort, wo es etwas zu holen gibt, also auf der Seite der kapitalistischen Ausbeuter und nicht auf der Seite des ausgebeuteten Volkes.

Die Unzufriedenheit richtet sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen die immer offenere innere Aufrüstung und den Abbau demokratischer Rechte. Wer fragt sich denn nicht: Wem nützt das? Gegen wen richtet sich das?

Reaktion auf der ganzen Linie, das ist die Politik der Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft! Sie richtet sich gegen die Arbeiterklasse und das werktätige Volk. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch.

KÖNNEN DIE WAHLEN AN DEN URSACHEN DIESER UNZUFRIEDENHEIT ETWAS ÄNDERN?

Die kandidierenden Parteien versuchen mit allen Mitteln des Geschreis und Betrugs diesen Eindruck zu erwecken. In Wirklichkeit können die Wahlen gar nichts an den Ursachen dieser Unzufriedenheit ändern, denn diese Ursachen liegen in der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Ihrer Aufrechterhaltung dienen sowohl die parlamentarische Demokratie als auch die bürgerlichen Parteien.

Warum werden die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes immer schlechter? Um die Profite zu steigern! Warum herrscht die Korruption im Parlament und in den Parteien? Weil das Parlament und die bürgerlichen Parteien die Organe der Geldsäcke sind und im Kapitalismus auch nichts anderes sein können! Warum wird die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes immer gründlicher vorbereitet? Warum werden die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes abgebaut? Weil die Klasse der Ausbeuter und Blutsauger die Arbeiterklasse und das Volk fürchten muß! Die bürgerlichen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP wollen von den wirklichen Ursachen der Unzufriedenheit ablenken und diese Unzufriedenheit auf ihre Mühlen lenken. Wenn man die Vertreter dieser bürgerlichen Parteien hört, dann ist die Unzufriedenheit der Massen leicht zu beheben: durch den Wahlsieg ihrer jeweiligen Parteien.

In Wirklichkeit haben in den über 20 Jahren Bundesrepublik alle bürgerlichen Parteien reichlich Gelegenheit gehabt, um zu beweisen, wem sie dienen: den Kapitalisten und Geldsäcken oder der Arbeiterklasse und dem Volk. Das erste Exempel hat die CDU/CSU statuiert. Als Regierungspartei hat sie immer die Politik des Monopolkapitals gemacht. Jetzt redet sie von den Interessen des kleinen Mannes, die sie angeblich vertreten will. Nach 1966 gab es die Große Koalition, die zeigte, daß es keine entscheidenden Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien gibt. Zusammen haben sie die Notstandsgesetze verabschiedet, zusammen haben sie die Politik der konzertierten Aktion und der Lohnleitlinien eingeleitet. Der endgültige Beweis für die Tatsache, daß auch die SPD eine Partei des Monopolkapitals ist, brachte die SPD/FDP-Regierung. Gerade sie, die sich als Friedens- und Reformregierung zu verkaufen versuchte, hat die militärische Aufrüstung entscheidend gesteigert. Ihre Reformen haben der Arbeiterklasse und dem Volk nichts gebracht. Oder wo sind die neuen Rechte der Arbeiterklasse? Etwa im Betriebsverfassungsgesetz? Dort wurden die alten Knebelparagraphen noch weiter verschärft. Die neuen Gesetze zur sogenannten Inneren Sicherheit bedeuten eine Verschärfung der Notstandsgesetze. Kein Wunder, daß sie, wie auch fast alle anderen neuen Gesetze, von allen Parteien gemeinsam verabschiedet wurden. Wo bleiben die materiellen Vorteile für die Arbeiterklasse und das werktätige Volk? Gab es etwa Steuersenkungen? Im Gegenteil. Der Unterschied zwischen den Brutto- und Nettolöhnen, zwischen den Brutto- und Nettogehältern wird immer größer. Gibt es

billigere und bessere Wohnungen? Noch nie war der Anteil der Mieten an den Unterhaltskosten der Familien so groß wie heute. Und wer sich ein eigenes Häuschen hingestellt hat, um der Wohnungsmisere zu entkommen, steckt bis über den Hals in den Schulden und zahlt sich an den Zinsen dumm und krumm. Hat sich der Arbeitstag verkürzt? Praktisch ist durch den finanziellen Zwang zu Überstunden der 8-Stunden-Normalarbeitstag völlig außer Kraft gesetzt. Hat sich der gesetzliche Urlaubsanspruch der Arbeiter und Angestellter verbessert? Trotz der steigenden Arbeitshetze und dem zunehmenden Verschleiß der Arbeitskraft bleibt es bei einer völlig ungenügenden Urlaubsmenge. Gibt es bessere Ausbildungsbedingungen für die Kinder der Arbeiterklasse und der Masse des Volkes? Im Gegenteil. Die Schul misere nimmt zu! Das Berufsbildungsgesetz und das Ausbildungsförderungsgesetz, die eher einer Ausbildungsverhinderung dienen, mußten nicht umsonst gegen den Widerstand der Arbeiterjugend, der Schüler und Studenten durchgesetzt werden. Die Universitäten und Hochschulen sind immer noch einem winzig kleinen Teil der Bevölkerung vorbehalten.

Über all diese Wahrheiten versucht die SPD/FDP-Regierung durch ihre angebliche Friedenspolitik hinwegzutäuschen. Aber worin besteht denn diese Friedenspolitik? Etwa im Verzicht auf finanzielle Unterstützung der US-Aggression in Vietnam durch Streichung der Devisenausgleichzahlungen? Nach wie vor wird die US-Aggression in Vietnam von der BRD-Regierung mitfinanziert. Etwa in der klaren Verurteilung des bestialischen portugiesischen Kolonialismus in Afrika? Im Gegenteil, er wird durch Finanz- und Waffenhilfe am Leben gehalten. Südafrika und Israel, diese rassistischen und aggressiven Regimes, werden unterstützt; das Saigoner Marionettenregime von korrupten und brutalen Volksfeinden wird diplomatisch anerkannt;. Vertretern der Provisorischen Revolutionären Regierung wird die Einreise in die BRD und die Errichtung auch nur eines Informationsbüros untersagt. Was die SPD/FDP-Regierung Friedenspolitik nennt, ist in Wahrheit nur ein vorübergehender Interessenausgleich mit der Sowjetunion auf Kosten der Völker und im Dienst der jeweiligen imperialistischen Expansionspläne.

Trotz all dieser unbestreitbaren Tatsachen halten noch viele fortschrittliche Menschen in der Arbeiterklasse und im ganzen Volk die SPD/FDP-Regierung für das kleinere Übel. Aber gegen was müssen wir kämpfen? Gegen die eine bürgerliche Partei, um damit der anderen an die Regierung zu verhelfen, oder gegen die von der CDU/CSUund SPD/FDP gleichermaßen betriebene arbeiter- und volksfeindliche Politik? Hat die SPD arbeiter- und volksfeindliche Maßnahmen nicht genauso durchgesetzt wie die früheren Regierungen? Doch, das hat sie. Die SPD hat z. B. den Ministerpräsidentenerlaß zum Berufsverbot gegen fortschrittliche Lehrer, Beamte und Staatsangestellte vorgeschlagen, Sie war es, die durch ihren Eintritt in die Regierung der Großen Koalition den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Notstandsgesetze unterlaufen hat. Ihr allein war es möglich, die Gewerkschaftsführer mit den Kapitalherren zur konzertierten Aktion zusammenzurufen und Lohnabbau auszuhandeln. Unter dem Deckmantel der Friedensregierung konnte sie mit den Gesetzen zur "Inneren Sicherheit" widerstandslos verschärfte Ausführungsbestimmungen zu den Notstandsgesetzen durchbringen.

Wir müssen zu dem Schluß kommen, daß gegenwärtig im Parlament ein geschlossener bürgerlicher Parteiblock sitzt, der unabhängig von der jeweiligen Regierungszusammensetzung die Politik der Kapitalistenklasse betreibt und sogar in allen wesentlichen Fragen geschlossen gegen die Arbeiterklasse auftritt. So wurden von insgesamt 333 Gesetzen im letzten Bundestag 318 ohne jeder Auseinandersetzung verabschiedet. Während es der CDU/CSU gelingt, das Kleinbürgertum und große Teile der Angestellten, Beamten und Bauern an diese Politik zu binden, ist die SPD die größte Betrugsgefahr für die Arbeiterklasse. Während sie in der Regierung direkt die Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchsetzt, gelingt es ihr heute immer noch, die Arbeiterklasse gegen eine arbeiterfeindliche Politik zu entwaffnen. Diese Erfolge sozialdemokratischer Politik im Dienste der Kapitalistenklasse werden anhalten, solange viele Arbeiter und fortschrittliche Menschen an der falschen Überzeugung festhalten, die SPD sei das kleinere Übel. Gerade diese Überzeugung ist es, die heute große Teile der Arbeiterklasse noch immer vom Kampf gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse abhält. Weil in Wirklichkeit alle Angriffe auf die Arbeiterklasse und das Volk vom Bonner Parteiblock gemeinsam und geschlossen durchgeführt werden, darum kommt alles darauf an, die falsche Auffassung von der SPD als kleinerem Übel zu brechen und so schnell wie möglich eine einheitliche Front der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte des Volkes gegen die reaktionäre Front der Bonner Parteien zu errichten.

Wie und auf welcher Grundlage muß die Front der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die Kapitalistenklasse und den Block der bürgerlichen Parteien hergestellt werden?

Gegenwärtig gibt es auf der Ebene der Stimmabgabe keine Alternative zu dem bürgerlichen Bonner Parteienblock. Es kann sie auch nicht geben, bevor das KPD-Verbot zerschlagen ist. Das KPD-Verbot des Bundesverfassungsgerichts macht es möglich, daß jede kommunistische Organisation verboten werden kann und dadurch auch von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen ist. Das KPD-Verbot ist ein gefährliches Instrument der Bourgeoisie. Es soll jede revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse verhindern und die revolutionären Vertreter der Arbeiterklasse aus dem Parlament ausschließen.

In einer Situation, in der die Massenkämpfe einen Aufschwung nehmen, haben die Führer der DKP den Kampf gegen das KPD-Verbot aufgegeben. Sie haben sich mit einem revisionistischen Programm, das die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats leugnet, der Bourgeoisie gebeugt und die Teilnahme an den Wahlen erkauft. Die DKP ver-

zichtet auf den konsequenten Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zugunsten der Anbiederung an die SPD-Führung, sie sabotiert den entschiedenen wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zugunsten der Anbiederung an die DGB-Führung. Die DKP ist keine revolutionäre Partei; letzten Endes ist sie nur ein Anhängsel an den bürgerlichen Parteienblock und nichts mehr. Trotz des KPD-Verbots wird sie als Partei offiziell anerkanntund zu den Wahlen zugelassen. Es ist klar, weshalb: weil sie mit der KPD gerade noch die Buchstaben gemeinsam hat.

Auf der Ebene der Stimmabgabe gibt es also noch keine Alternative zum Block der bürgerlichen Parteien.

Aber der Stimmzettel ist auch gar nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß im Klassenkampf die Angriffe der Bourgeoisie zurückgeschlagen werden. Entscheidend ist, daß die Arbeiterklasse und unter ihrer Führung die breiten Volksmassen selbst zur Offensive im Kampf für ihre Lebensbedingungen und ihre Rechte übergehen und den Kampf für die Zerschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie aufnehmen.

Kampffeld hierfür ist die ganze Gesellschaft und nicht das Parlament. Das Parlament kann den Kampf blöß widerspiegeln. Diese Widerspiegelung des Klassenkampfes im Parlament ist für die Arbeiterklasse allerdings nicht ohne Bedeutung. Indem sie ihre eigenen revolutionären Vertreter, indem sie die Angehörigen ihrer Klassenpartei ins Parlament wählt, schafft sie sich die Möglichkeit, die Klassenfronten auch im bürgerlichen Parlament aufzurichten und es als Tribüne zur Propagierung des Klassenkampfes zu benutzen. Diese Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments als Tribüne revolutionärer Propaganda fördert den Klassenkampf, macht ihn breiter, umfassender und offensichtlicher, bringt neue Schichten des Proletariats mit der revolutionären Propaganda in Verbindung. Indem die westdeutsche Bourgeoisie 1956 die KPD von ihren Richtern hat verbieten lassen, hat sie der Arbeiterklasse die Möglichkeit genommen, das bürgerliche Parlament für den proletarischen Kampf auszunützen.

Um was geht es gegenwärtig für die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen? Es geht um die Aufrechterhaltung und die Verbesserung der Lebensbedingungen. Die entscheidenden Forderungen sind: Steigerung des Reallohns, Erhaltung der Arbeitskraft durch Verkürzung des Normalarbeitstages bei vollem Lohnausgleich und durch Verlängerung des Urlaubs. Es geht um die Verteidigung und kämpferische Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes: Kampf gegen die Notstandsgesetze und die Gesetze zur "Inneren Sicherheit", die Verteidigung des Streikrechts und die Durchsetzung des politischen Streikrechts, um die Auflösung des Bundesgrenzschutzes als Bürgerkriegsarmee.

Es geht um die Verteidigung des Friedens und die Zerschlagung aller imperialistischen Komplotte gegen die Interessen der Völker, um den Kampf gegen die Militarisierung der Gesellschaft und die kriegstreiberische Aufrüstung. Das Ziel all dieser Kämpfe ist die Zerschlagung der Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihres Staates und die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Demokratie des Volkes. Das Ziel ist die Ablösung der kapitalistischen Profitwirtschaft mit ihrer Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die sozialistische Produktionsweise, in der die Arbeiterklasse für ihre eigenen Bedürfnisse produziert.

Dies Programm, das den Alltagsinteressen der Arbeiterklasse ebenso entspricht wie ihrem letzten Ziel, die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen und die Unterdrückung einer Klasse durch eine andere Klasse endgültig zu beseitigen, kann in diesen Bundestagswahlen nicht durch offizielle Stimmabgabe unterstützt werden. Dies Programm ist gegenwärtig vom Stimmzettel offiziell verbannt. Die kommunistische Bewegung hat sich gegenwärtig auch noch nicht zu einer neuen kommunistischen Partei zusammenschließen können. Deshalb stellen sich heute zwei Hauptaufgaben: zum einen Entfaltung des Kampfes für die unmittelbaren Tagesforderungen der Arbeiterklasse und seine Verbindung mit dem Kampf für Sozialismus durch den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei; zum anderen den Kampf darum, daß die revolutionäre Partei auch das bürgerliche Parlament als Tribüne zur Propagierung des Klassenkampfes nutzen kann. Die zweite Aufgabe steht unter der Losung: Freiheit für die politischen Organisationen der Arbeiterklasse - Weg mit dem KPD-Verbot!

Statt durch Eure Stimmabgabe den Block der bürgerlichen Parteien zu unterstützen oder der DKP, diesem Anhängsel des Bürgerblocks, Auftrieb zu geben: stimmt für die Forderungen der Arbeiterklasse:

FÜR DIE STEIGERUNG DES REALLOHNS!
RAUS AUS DER KONZERTIERTEN AKTION!
FÜR DEN 7-STUNDENTAG BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH!
WEG MIT DEN NOTSTANDSGESETZEN UND DEN GESETZEN ZUR "INNEREN SICHERHEIT"!
FÜR DIE VERTEIDIGUNG UND AUSWEITUNG DES STREIKRECHTS!
SCHLUSS MIT DER HERRSCHAFT DER KAPITALISTENKLASSE!
FÜR DIE HERRSCHAFT DER ARBEITERKLASSE UND DIE DEMOKRATIE DES VOLKES!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH - BESIEGT DES IMPERIALISMUS!

Wir fordern auf, entschlossen für dieses Programm zu kämpfen und das auch auf dem Stimmzettel zu dokumentieren:

Streichen wir die bürgerlichen Parteien aus und setzen für das Kampfprogramm der Arbeiterklasse die Aufschrift:

WEG MIT DEM KPD-VERBOT! KPD!

Bund kommunistischer Arbeiter Freiburg
Kommunistischer Bund Bremen
Kommunistischer Bund Göttingen
Kommunistischer Bund Osnabrück
Kommunistischer Bund Wolfsburg
Kommunistische Gruppe (NRF) MA/HD

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien

Zur Auseinandersetzung mit den ABG München und dem KB Nord

I. Die unter kommunistischen und sozialistischen Organisationen in Westdeutschland und Westberlin entbrannte Diskussion um die richtige Taktik bei der anstehenden Bundestagswahl ist ein Zeichen für den weiteren Fortschritt kommunistischer Politik in den letzten drei Jahren seit der Bundestagswahl von 1969. Zwar gibt es noch keine kommunistische Partei oder kommunistische Organisation, die von sich selbst erklärt, jetzt schon zur Kandidatur in der Lage zu sein; auf der anderen Seite aber stellt die praktische Entwicklung ihrer Politik die einzelnen kommunistischen Organisationen vor die Notwendigkeit, mit einer klaren Stellungnahme ihr Verhältnis zu den Wahlen und zum Parlament überhaupt festzulegen.

Ist es gerade der praktische Fortschritt der kommunistischen Politik, der uns vor diese Probleme stellt, so werden wir uns jetzt auch nicht bei den Organisationen aufhalten, die diesen Fortschritt nicht mitgemacht haben und ihre tatsächliche völlige Isolierung von den Massen mit "links"radikalen Phrasen drapieren. Der "Rote Morgen" ruft zum Wahlboykott auf, ohne sich auch nur den Anschein der Mühe zu geben, dies anders zu begründen als mit radikalem Wortgeklingel.

Wir werden uns ebenfalls nicht weiter aufhalten bei den Organisationen, die anstelle einer Beurteilung der politischen Lage ihre eigenen mehr oder weniger wichtigen Sorgen setzen. So stellt die KPD/AO, nachdem sie grundsätzlich entschieden hat, daß ihre Kandidatur richtig wäre, ihre "Bolschewisierung" über alle anderen Aufgaben und fordert, da sie beides auf einmal noch nicht leisten kann, zur Stimmenthaltung auf. Der eigentliche politische Kern der Kandidatur einer wiederaufgebauten Kommunistischen Partei zum Bundestag - das KPD-Verbot - kann von der "KPD"/AO, die den Namen dieser Partei usurpiert hat und sich "KPD" nennt, gar nicht richtig behandelt werden, muß sie doch fast mehr als ein Verbot fürchten, daß die Bourgeoisie ihr den Legitimationsschein, KPD zu sein, wie bisher gar nicht ausstellt. Richtig schreiben die Genossen von der KPD/AO in ihrer "Roten Fahne", daß "eine Beteiligung am Wahlkampf die Anerkennung der Partei im Sinne des Parteiengesetzes und des Wahlgesetzes, die Befestigung legaler Positionen" bedeuten würde. Sie können aber nicht schreiben, welche politische Voraussetzung die Anmeldung der Kandidatur der KPD heute hätte, nämlich den Kampf gegen das KPD-Verbot, und beschäftigen sich stattdessen mit ihrer "Bolschewisierung". Baut die legale Existenz der DKP auf den Verrat dieser Opportunisten am Kampf gegen das KPD-Verbot, so die Führung des Namens "KPD" in dieser Situation auf bloßen Schwindel , der auf das augenzwinkernde Einverständnis der Bourgeoisie rechnet. Eine ernstzunehmende Position zur Frage der Wahltaktik kann da - wie auch sonst nicht - kaum herauskommen.

II. Von den größeren marxistisch-leninistischen Zirkeln haben zwei zur Wahl der SPD aufgerufen: die Arbeiterbasisgruppen (ABG) München und der Kommunistische Bund (KB) Nord. Was führen die Genossen als Begründung für ihre Entscheidung an?

Die Argumentation der ABG lebt zunächst einmal von der Behauptung, daß außer der Alternative Wahlboykott oder Wahl einer der kandidierenden Parteien, also der SPD, keine andere Entscheidung möglich sei. Alle richtigen Argumente gegen eine Aufforderung zum Wahlboykott zum jetzigen Zeitpunkt scheinen so schließlich für die Wahl der SPD zu sprechen.

Wir halten die Behauptung dieser Alternative für falsch und letztlich für einen Trick. In der Kritik der linkssektiererischen Boykottstrategie erscheint das als revolutionäre Realpolitik, was doch letztlich nur bürgerlicher Realismus ist, in dem die vorgegebenen Daten der bürgerlichen Wahlen und die vorhandenen Kandidaturen zum Ausgangspunkt aller Überlegungen genommen werden und nicht die aktuellen politischen Aufgaben der Kommunisten. Unausgesprochen steht hinter den Überlegungen die hilflose Frage: "Wen soll ich denn nun wählen"? Der notwendig sich ergebende Rat, SPD zu wählen, ist keine konkrete Handlungsanweisung kommunistischer Politik, er ist eine Handlungsanweisung auf der Ebene der völligen Akzeptierung der bürgerlichen Verhältnisse und nicht auf der Ebene der Politik der Arbeiterklasse. Ihre Grundlage hat diese Taktik in einem opportunistischen und daher falschen Anknüpfen an die Gefühle der Massen.

Daraus folgt, daß die strategischen und taktischen Überlegungen, die diesen Schritt begründen sollen, in sich widersprüchlich sind, daß die verschiedenen Argumente nicht aus systematischen Gründen zusammengetragen werden, sondern um einen durchaus anders motivierten Schritt irgendwie zu legitimieren.

1. Analyse des Parlamentarismus

Zunächst muß klar sein, daß Wahlen prinzipiell an den politischen Kräfteverhältnissen nichts ändern können. Mit der Stimmabgabe können keine wirklichen politischen Entscheidungen erzwungen werden. Im Gegenteil: solange die bürgerlichen Parteien immer wieder unbestritten den Wahlrummel inszenieren können, um die Illusion zu wecken, das Volk entscheide über seine Geschicke und nicht die Monopole, wird die Monopolherr-

schaft unangetastet bleiben. Das Monopolkapital herrscht nicht mithilfe einer Partei, sondern mithilfe des ganzen Parteiensystems, das eben eine Scheinwahl ermöglicht. Immer deutlicher bildet sich auch in Westdeutschland ein Zweiparteiensystem heraus, durchaus dem amerikanischen vergleichbar, in dem das Zusammenspiel der Parteien als Koalitionspartner oder als erbitterte Gegner zu nichts anderem funktioniert als zur wirksamen Beherrschung und Unterdrückung des Volkes.

Dennoch ist das allgemeine Stimmrecht für den Kampf der Arbeiterklasse gegen seine Unterdrükker nicht gleichgültig. Es kann zu einer scharfen propagandistischen Waffe werden durch das Auftreten der Arbeiterpartei im Wahlkampf wie auch durch ein Abstimmungsergebnis selber, das "Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse" ist.

Wenn man sich entschlossen hat, heute als Kommunist die Wahl der SPD zu empfehlen, so stellen sich folgerichtig Begründungen ein, die dieser grundsätzlichen Einsicht widersprechen, und ein Festhalten daran kann nur noch in wiederholten aber unglaubwürdigen Beteuerungen bestehen.

Immer wieder betonen die Genossen von den ABG München: "Nicht, daß die Stimmen gegen die CSU die Errichtung der offenen Gewaltherrschaft verhindern könnten", und : "Wir bilden uns nicht ein, ein 'kleineres Übel' wählen zu können" und so weiter! Heute SPD zu wählen aber nennen sie "unser bißchen Stimmrecht benutzen... um der offenen Reaktion... ein bißchen das Handwerk zu erschweren". In den theorietischen Überlegungen in ihrer Broschüre lassen sie zunächst einen Kollegen diese Formulierung verwenden, auf dessen berechtigten Einwand man eingehen müsse (S. 14). Dieser wirkliche oder erfundene Kollege ist nur ein Alibi. In der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ) wird zur Agitation die Argumentation mit dem "bißchen Stimmrecht" voll übernommen. Sie ist durch und durch falsch. Natürlich können Wahlkampf und Stimmrecht kaum zu einer scharfen propagandistischen Waffe, zu einem "Gradmesser für die Reife der Arbeiterklasse" werden, wenn sie zur Unterstützung der SPD genutzt werden sollen. Und andererseits muß "ein bißchen" Vorteil doch dem Wähler versprochen werden. Richtig ist: Zur Veränderung der Verhältnisse ist das Stimmrecht nichts, als propagandistische Waffe revolutionär verwendet kann es zu einem "Werkzeug der Befreiung" (Engels) werden. Bei den Genossen von den ABG stimmt weder das eine noch das andere. Das "bißchen Stimmrecht" ist ein kleinbürgerlicher Jammer über das heruntergekommene Parlament, nicht die Parole einer revolutionären Parlamentskritik. Ebenso falsch und die gleiche fatale Konsequenz nach sich ziehend ist die Ansicht, das Monopolkapital herrsche jeweils mittels einer Partei, die es an die Macht bringe, während es eine andere dafür absetze. So schreiben die Genossen, daß das Monopolkapital 1969 offensichtlich eine SPD/FDP-Koalition vorgezogen habe, daß das Monopolkapital jetzt oder in den nächsten Jahren die SPD in der Regierung durch die CDU/CSU ersetzen könne. Was sich zunächst wie eine sehr kritische Äußerung über den Parlamentarismus anhört, daß nämlich das Monopolkapital einfach so Regierungen ab- und einsetze, kritisiert eben den Parlamentarismus nicht grundsätzlich, nicht radikal, sieht nicht, daß die Bourgeoisie mittels des gesamten Systems des Parteienkampfes um Wählergunst herrscht und gerade nicht zur Sicherung ihrer Herrschaft insgesamt auf eine bestimmte politische Partei angewiesen ist. Die offene rechtsopportunistische Konsequenz daraus ist schnell gezogen. Wenn das Monopolkapital jetzt eine CDU-Regierung will, ist die Wahl der anderen bürgerlichen Partei gegen dessen Interessen gerichtet. Im KB Nord wird diese Argumentation auf ihren einfachsten Nenner gebracht: Die Branchenlehrlingsgruppe Metall HH schreibt, daß klar erläutert werden müsse, "welche Partei bei dieser Wahl im Interesse des Kapitals an die Macht kommen soll", nämlich die CDU und daß "die SPD aufgrund der zunehmenden arbeiterfeindlichen Maßnahmen, die das Kapital durchführen läßt, kein geeignetes Mittel mehr" sei. Was ist da logischer als zu folgern: "Die SPD zu wählen bedeutet, die Handlungsfreiheit der Bourgeoisie einzuengen!" + Wer mit der Wahl der SPD dem Monopolkapital ein Schnippchen schlagen will, ist der bürgerlichen Klassenherrschaft schon auf den Leim gegangen. Diese Ansicht auch noch in der Arbeiterklasse zu verbreitern, bedeutet nichts als den Versuch, sie weiter an die bürgerliche Politik zu binden, sie letztlich bloß in die Waagschale der einen oder anderen bürgerlichen Fraktion zu werfen und den Weg zur selbständigen Arbeiterpolitik geradezu verbauen, so sehr die Genossen auch etwas anderes wollen. + (Arbeiterkampf Nr. 21)

2. Einschätzung der aktuellen Klassenkampfsituation.

a) Aber neben dem Fehler in der Analyse der grundsätzlichen Bedeutung des Parlamentarismus in der bürgerlichen Gesellschaft herrscht völlige Unklarheit und Konfusion in der Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation.

Zunächst scheint es so, als ob beide erwähnten Organisationen von einem klaren Standpunkt ausgingen: dem der Notwendigkeit einer antifaschistischen Etappe des Kampfes. Die Genossen von den ABG gehen von "der heute so notwendigen Verteidigung jeden Fußbreits der bürgerlich-demokratischen Freiheiten" aus. Dabei erwarten sie von einer CDU-Regierung, wenn nicht den Faschismus, so doch einen wesentlichen Schritt in der Errichtung der offenen Gewaltherrschaft der Bourgeoisie anstelle ihrer parlamentarisch-demokratischen Form. (Auf die Frage, ob es dann richtig ist, sich mit der Parole: "Wer Strauß wählt, wählt Faschismus" an die Massen zu wenden, braucht hier nur nebenbei aufgeworfen zu werden). Zur Wahl der SPD aufzurufen hat dann den Zweck, den Machtantritt der offenen Reaktion zu erschweren, die bürgerliche Demokratie zu verteidigen, denn, so argumentieren die ABG-Genossen immer wieder, wenn die Reaktion auch noch die parlamen-

tarischen Spielregeln verletzen müßte, dann wäre sie schön vor den Massen entlarvt. Zu diesen superklugen taktischen Überlegungen, die eher Sandkastenspielen gleichen, müssen die Münchner Genossen kommen, weil sie nicht offen erklären, möchten, die Wahl der SPD wäre direkt Tat des antifaschistischen Kampfes. Die Metallzelle Flensburg des KB Nord dagegen erklärt zum Ziel des Eingreifens in die Bundestagswahlen, "den Wahlen eine antifaschistische Stoßrichtung zu geben (keine Stimme der CDU/CSU!) und der SPD Stimmen zuzuführen." (Arbeiterkampf Nr. 21). Anläßlich des Mißtrauensvotums der CDU im April hatte die KB-Führung schon von der drohenden "Machtergreifung" der CDU gesprochen.

Es ist ganz offensichtlich falsch, von der CDU/CSU als einer antiparlamentarischen Partei zu sprechen, die eine faschistische Machtergreifung, die offene Gewaltherrschaft der Reaktion direkt vorbereiten oder selber sein würde. Weder muß die CDU "die Macht ergreifen", weil sie längst an dieser Macht teilhat in vielfältiger Form, auch wenn sie nicht an der Regierung ist, noch bedeutete ihre Regierung die Ablösung der parlamentarischen Herrschaftsform. Vielmehr führen die bürgerlichen Parteien die Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes ebenso einhellig durch wie die Demagogie gegenüber "dem kleinen Mann", wie sie es nennen, für dessen Interessen sie sich angeblich einsetzen wollen. All diese Argumente sollen nur dazu dienen, um eine opportunistische Unterstützung der SPD zu rechtfertigen, deren Ergebnis nur sein kann, die Arbeiterklasse ständig an die SPD, d.h. an die bürgerliche Herrschaft binden zu wollen. Sie stimmen freilich mit der für alle erfahrbaren Realität so wenig überein, daß zusätzlich eine durch und durch falsche Theorie der "Faschisierung" konstruiert werden muß, um diese Diskrepanz zu überdecken. Diese Theorie hat die Tendenz, alle reaktionären Maßnahmen mit dem Faschismus zu identifizieren, letztlich die Begriffe bürgerlich und faschistisch gleichzusetzen. Es kommt gerade nicht darauf an, die faschistische Gefahr zu leugnen oder leichtsinnig zu unterschätzen, wie die Genossen, manchmal in moralisierendem Ton, meinen, sondern darum, durch die richtige Analyse der Klassenkampfsituation die richtige Kampffront aufrichten zu helfen. Zweifellos kommt der Faschismus nicht über Nacht. Dimitroff hat darauf hingewiesen, " daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr."

Die Stärke der Bourgeoisie in Westdeutschland liegt augenblicklich ja gerade darin, daß sie ziemlich unangefochten ihre Herrschaft in der parlamentarisch-demokratischen Form ausübt. Die Demagogie an die Adresse des "kleinen Mannes" ist gerade Ausdruck unentfalteter Klassenkämpfe, nicht der der faschistischen Reaktion auf eine revolutionäre Bewegung. In jedem Fall aber kann heute jeder erkennen, wie "die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie" durchgeführt werden. Werden sie etwa durch eine SPD-Regierung erschwert? Ist die CDU die einzige bürgerliche Partei, die direktes Werkzeug der Bourgeoisie ist? Keineswegs! Die SDP/FDP-Regierung hat den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates vehement vorangetrieben und in dieser Frage die "Allparteienregierung der inneren Sicherheit" proklamiert. Wer davon ablenkt, die CDU/CSU zu der einzigen Vorreiterin der Konterrevolution oder zur Vorhut des Faschismus macht, schadet dem Kampf der Arbeiterklasse gegen diese reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie, weil er genau das seinige dazu beiträgt, um die Arbeiter an die SPD als das kleiner Übel zu binden. Während die ABG München immer noch beteuern, daß es ihnen nicht um ein kleineres Übel gehe, wobei niemand mehr die Berechtigung dieser Beteuerung einsehen kann, hat der KB Nord in der Nr. 21 des "Arbeiterkampfes" gleich mehrmals die SPD als kleineres Übel propagiert. Eine solche Taktik muß das ihrige dazu beitragen, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu verlängern.

b) Die offensichtlichen Unstimmigkeiten ihrer Einschätzung der gegenwärtigen Etappe als einer des antifaschistischen Kampfes zwingen die Genossen allerdings, zusätzliche Argumente heranzuziehen. Und diese neuen Argumente bringen die bisherige Argumentation insofern zu Fall, als sie jede genaue Einschätzung der augenblicklichen Klassenkampfsituation zugunsten eines prinzipienlosen Sammelsuriums von Gesichtspunkten auflösen.
Die Unzulänglichkeit der Argumente für den "antifaschistischen Kampf" wird ergänzt durch das Bestreben, die SPD umfassend und wirksam vor der Arbeiterklasse zu entlarven. Dazu sei es besser, schreiben die Genossen von den ABG, die SPD ist in der Regierung und entlarvt sich auch vor ihrer eigenen Wählerbasis durch Taten als Agentur des Monopolkapitals. Dazu vergleichen die Genossen die jetzige Situation in Westdeutschland mit der in England Anfang der zwanziger Jahre. Damals hatte Lenin der Kommunistischen Partei Englands empfohlen, auch zur Wahl der Labour-Partei aufzurufen. In England herrschte damals ein Zweiparteiensystem von konservativer und liberaler Partei. Es ging um zweierlei, die Entwicklung der Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Partei zu beschleunigen und gleichzeitig die Einsicht zu fördern, daß die Labour-Führung auf diesem Wege ein Hindernis ist. Die Labour Party war eine Klassenpartei, die auch als Arbeiterpartei anerkannt wurde, keineswegs aber wurde sie als eine der bürgerlichen Parteien als das "kleinere Übel" begriffen. Es ging bei dieser Taktik unter anderem darum, in einem revolutionären Aufschwung die bürgerliche Führung der Arbeiterbewegung aus dem Weg zu räumen, um diesen Aufschwung zu stärken.
Abgesehen also davon, daß die SPD heute kaum mit der Labour Party von damals vergleichbar ist, bedeutet die Übertragung der von Lenin damals vorgeschlagenen Taktik auf heute, die von den Genossen eben vorgetragene Einschätzung der

westdeutschen Klassenkampfsituation Lügen zu strafen. Die Genossen von der ABG fordern nun auf SPD zu wählen, "um so freie Bahn für den Kampf gegen sie und für die Revolution zu bekommen". (S. 42) In diesem Zusammenhang finden die Genossen zu einem Wortradikalismus (sozialdemokratische Verräter, die längst davongejagt gehören) der in merkwürdigem Kontrast ihre sonstigen "realpolitischen" Überlegungen ergänzt. Jedenfalls handelt es sich hier um eine völlig verschiedene Taktik für eine völlig verschiedene Klassenkampfsituation, als der zunächst mit der CDU/CSU als Vorreiter des Faschismus angegebenen. Die reformistische SPD-Führung stellt in diesem Zusammenhang das letzte Hindernis dar, dessen Beseitigung den Weg frei macht für die Revolution. Die zwei Begründungen für die Wahl der SPD: Verhinderung der CDU-Regierung und Entlarvung der SPD in der Regierung passen bei näherem Hinsehen überhaupt nicht zusammen, weil sie sich auf verschiedene Klassenkampfsituationen beziehen. (Ganz abgesehen davon, ob eine dieser Einschätzungen überhaupt mit der Realität übereinstimmt.) Hier herrscht ziemliche Konfusion. Die Führer des KB treiben sie in ihrer Antwort auf die Faschismusthesen in NRF 3/72 in besonderer Weise auf die Spitze. Innerhalb eines Abschnitts fügen sie Argumente zusammen, die sich jeweils, nimmt man sie ernst, auf zwei verschiedene gegensätzliche Einschätzungen der augenblicklichen Situation beziehen.

So polemisieren sie gegen die Auffassung, die Arbeiterbewegung befinde sich im Aufschwung, die ihrer Meinung nach zu verhängnisvollen Ergebnissen führen müsse, um gleich darauf mit ebenso beschwörenden Worten davor zu warnen, daß die SPD bei einer "Verschärfung der Klassenkämpfe" sich wieder zur "radikalen" Oppositionspartei wandeln könne. Die Genossen jammern über die Stärke der Bourgeoisie, wie sie über die mögliche Demagogie der SPD gegenüber einer erstarkenden Arbeiterklasse jammern. (Denn woher soll denn die Verschärfung der Klassenkämpfe kommen?) Sie jammern überhaupt, statt die Situation zu analysieren. So wird der Faschismus tatsächlich zu einem bloßen Schreckensgespenst gemacht, um eine Politik durchzuführen, die die bürgerlichen Elemente in der Arbeiterklasse stärken muß, statt sie zurückzudrängen.

Die Widersprüchlichkeit der Argumentation insgesamt lässt darauf schließen, daß sie nachträglich zusammengesucht worden ist, um einen Schritt zu rechtfertigen, der darin besteht, sich vorhandenen bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterklasse opportunistisch anzupassen. Natürlich gehen wir davon aus, daß die Genossen es ernst meinen, wenn sie erklären, ihren Beitrag zur politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse zum Wiederaufbau der KP beitragen zu wollen. Die Genossen den ABG sind davon ausgegangen, daß die Kommunisten selbst kandidieren müssen, um in die Bundestagswahlen nach dem Vorbild der alten SPD einzugreifen, das Engels beschrieben hat. Aber nachdem sie festgestellt haben, daß die Kommunisten heute noch für eine Kandidatur zu schwach sind, finden sie im Lauf ihrer Beweisführung zu Argumenten, die die Kandidatur der KP heute überhaupt ausschließen müßten, eben weil es aus dem oder jenem Grunde vorteilhaft für die Arbeiterklasse ist, wenn die SPD an die Regierung kommt; vorteilhaft für die Arbeiterklasse dagegen ist, die Entwicklung zur politischen Selbständigkeit zu fördern und alle taktischen Überlegungen, gerade bei der Wahl, auf dieses Ziel auszurichten.

Der KB Nord aber hat inzwischen die traurige Konsequenz aus der opportunistischen Argumentation gezogen und spielt den insgesamt genauer und sorgfältiger argumentierenden ABG die logische Folge ihrer eigenen Auffassungen vor. Der KB hat die DKP kritisiert und ihr Sektierertum vorgeworfen, weil sie nicht auf ihre Kandidatur verzichtet, und so die SPD Stimmen wegnimmt. (Beleg: vgl. Arbeiterkampf Nr. 21) Wir fürchten auch, die KP wird, wenn sie kandidiert, der SPD immer Stimmen wegnehmen, und sie wird alles daran setzen müssen, daß sie dabei Erfolg hat.

Der KB Hamburg hat in seinem Eifer "aus Versehen" eine Argumentation entwickelt, die sich grundsätzlich für die SPD und grundsätzlich gegen die KPD ausspricht. Damit entwaffnet er die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Revisionismus.

BRIEF EINES GENOSSEN AUS HAMBURG

Die erste "Wahlveranstaltung" der DKP in Hamburg - in einer kleinen Vorstadt, Phoenixwerke, Gummiarbeiter, der Kollege Schweisshelm kandidiert. Die Versammlung findet statt in einem kleinen Lokal, unter dem Motto: "Gegen Steuererhöhungen". Viele alte Arbeiter - die meisten aber schon in engem Zusammenhang mit der DKP, so daß sie ständig von "wir" reden. Junge Arbeiter stehen offensichtlich zumeist auf seiten des "Arbeiterkampf", die meisten sind wohl auch Sympathisanten, die zur Versammlung geschickt wurden. Die Versammlung selbst ist kleiner als ich erwartet hatte.

Ein Arbeiter, offenbar der Leiter der Ortsgruppe, hält die Eröffnungsrede. Etwa so: "Freunde, Genossen usw. - ich freue mich, so viele Jugendliche bei uns begrüßen zu dürfen ... Heute ist der Antikriegstag, und in München versammelt sich z. Z. die Jugend der Welt zum friedlichen Wettstreit ... Aber noch immer wird überall ja Krieg geführt, Menschen gemordet ... Aber die Ostverträge ..." und dann folgt der übliche Seich der DKP: "Wir müssen denjenigen klarmachen, daß nicht durch den Abschluß von diesen Verträgen allein sich der Rotstift am Rüstungsetat zu schaffen machen wird, sondern nur, wenn die Arbeiter jetzt für die Realisierung der in den Verträgen angelegten Möglichkeiten kämpfen .. Runter

mit den Steuern - Nein zur Steuererhöhung, das ist das Motto unseres Wahlkampfes." Sehr schön dann - nur als Anekdote -: "Der Kollege und Genosse Schweisshelm, der für unseren Wahlkreis kandidieren wird, wollte heute abend bei uns sein ... leider ist er verhindert ... Es gibt da so ein Familienfest, Diamantene Hochzeit seiner Tante oder so, da kann er natürlich nicht fehlen, er wird später sicher noch kommen."

Aber nun paß auf, wie sich die Auseinandersetzung zwischen den anwesenden KB.-Leuten (meist wohl Sympathisanten) und der DKP entwickelt. Man versucht nicht etwa, die DKP-Linie grundsätzlich zu kritisieren, man zitiert auch nicht die täglichen Verrätereien der Praxis. Nein. Man setzt an bei der Tatsache, daß die DKP dazu aufruft, DKP zu wählen. Das sei falsch, das nütze ja keinem, man muß SPD wählen. Die Argumentation ist die folgende:

Man muß heute verhindern, daß die CDU/CSU an die Macht kommt. Die DKP wird ja doch keine 5% schaffen, die Stimmen für die DKP gehen also der SPD ab und kommen damit der CDU zugute. Man dürfe doch die CDU-Gefahr nicht unterschätzen (das gegenüber der DKP!), man dürfe doch die Gefahr des Faschismus nicht unterschätzen! Was heisse es denn, daß in der "Abendpost" stand, daß die CDU nun vermehrt Betriebsgruppen aufbauen wolle? Das bedeute doch, daß es heute notwendig sei, die von der CDU "kassierten" Arbeiter wenigstens zur SPD zu bringen! (Darin sind sich DKP und KB einig - DKP stimmt diesem Punkt zu).

Und dann weiter: Ob sich die DKP darüber klar sei, was ein Wahlsieg der CDU für die Kommunisten heisse? Illegalität - das heiße ein Wahlsieg der CDU. Und da seien doch so viele alte Kommunisten in der DKP, die wüßten doch, was Illegalität sei - daß das kein Kinkerlitzchen sei, daß das die Arbeit ungeheuer erschweren werde. Und Illegalität, Verbot usw., die machen doch von seiten der CDU auch vor der DKP nicht halt. Die Schlußfolgerung sei doch wohl klar: SPD wählen, bei aller Kritik, als das "kleinere Übel". Das sei ja auch im Interesse der DKP - das müsse sie doch begreifen.

Das ist alles! Mehr kommt da nicht vom KB. Das geht so über 3 1/2 Stunden, immer das Gleiche, mal platt, mal geschwätzig, mal raffiniert. Aber inhaltlich kaum eine Bemerkung zum Stand der Klassenkämpfe zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Die SPD, das sei eine bürgerliche Arbeiterpartei. Und das Bürgerliche an dieser Partei taucht in der Diskussion kaum auf. Analyse? nichts. Aber das können die ja auch nicht, wenn die 'Analyse" so geführt wird: "Wir müssen also herausarbeiten, daß die bürgerlichen Parteien alle Parteien des Kapitals sind, daß sie unterschiedliche Funktionen wahrnehmen. Diese Funktionen sind so zu erläutern, daß klar herauskommt, welche Partei bei dieser Wahl im Interesse des Kapitals an die Macht kommen soll (CDU), und warum die SPD 'ausgedient' hat."(Arbeiterkampf Nr. 21)

Diese Leute sind in der Tat unfähig, die DKP zu bekämpfen, den Revisionismus zu entlarven. Auf besagter Veranstaltung gibt nämlich die DKP Nachhilfeunterricht in Marxismus! Scheinbar verkehrte Welt.

Folgendermaßen: (Ich zitiere jetzt natürlich nicht die platte Argumentation der DKP, die plumpe sozialdemokratische Argumentation einiger DKP-ler, sondern die Argumentation alter Kämpfer, 60 Jahre alter Funktionäre, die eine gute Schulung des Marxismus hinter sich haben und sich wie Füchse in der Auseinandersetzung bewegen. Sie wissen, daß sie hier Nachhilfe geben,und argumentieren zum Teil aus der Rolle des nachsichtigen Lehrers.) So ist das: "Leute, wir sind uns ja darin einig, daß die CDU nicht an die Macht soll! Natürlich ist das schlecht für die Bewegung , für die Arbeiterklasse, für die fortschrittliche Intelligenz, für die friedliebenden Kräfte auf der Welt. Aber Ihr fangt da ein großes Geschrei an - und wählt SPD. Was ist das denn für eine Partei, die SPD? War sie nicht die erste, die in Sachen Berufsverbot vorgeprescht ist hier in Hamburg ? Habt Ihr die prinzipielle Einigkeit der SPD-Führer mit der CDU vergessen, die Große Koalition, ist sie etwa tot? Was heißen denn die Gesetze zur inneren Sicherheit? Die SPD-Spitze hat doch durch und durch kapituliert vor der CDU und betreibt doch vollständig die Politik des Monopolkapitals. Soll es anders werden, dann muß sie gezwungen werden dazu. Das ist doch die Lehre aus den Ostverträgen! Der internationale Druck... im Innern ist das ebenso. Die Arbeiterklasse muß kämpfen und so zwingt sie die SPD. Es ist doch so: ob die SPD fortschrittlich ist oder nicht, hängt von der Kampfkraft der Arbeiterklasse ab. Und die Arbeiterklasse ist kampfstark nur dann, wenn "Arbeiterpolitik" gemacht wird. Das ist es. Arbeiterpolitik muß gemacht werden! Darum sagen wir: Kommunisten in den Bundestag! Ihr sagt uns: Die 5%, die 5% - Ihr kommt doch gar nicht rein! Wir sagen: Rechnet Ihr oder betreibt Ihr Arbeiterpolitik? Natürlich ist es schön, wenn wir die 5% schaffen. Aber das Wesentliche ist doch, daß wir den Wahlkampf ausnutzen, um die Alternative der Bevölkerung bewußt zu machen. Wir müssen nicht die SPD wählen, sondern sie auf ihren Versammlungen mit der Wahrheit bekämpfen. Wir müssen den Funktionären unsere Meinung sagen. Ihr sagt, die Stimmen, die die DKP auf sich vereinigt, gehen der SPD verloren. Das Gegenteil ist der Fall. (Es folgt von einem Redner eine Analyse der letzten Wahlen, in der angezeigt sein soll ,daß überall, wo die DKP gewann - zunahm - die SPD nicht verloren, eher hinzugewonnen hat.) Das muß ja auch so sein, sagt die DKP, denn überall, wo die DKP Bewußtsein schaffen konnte, konnte sie das doch, weil die Kämpfe sich entwickelten, Arbeiterbewußtsein sich heranbildete; und so wurden die rückständigen Arbeiter von der CDU zur SPD rübergezogen. Und Ihr macht plötzlich ein großes Geschrei: Illegalität, die Arbeit wird sich erschweren usw. Wir Kommunisten wissen, daß die Bourgeoisie uns das Leben nicht leicht machen wird.

(Macht die SPD es uns denn leicht?) Als damals von der Großen Koalition die Notstandsgesetze verabschiedet wurden, da sind viele aufgestanden und haben gesagt: das ist Scheiße, wenn die Gesetze durchkommen, gibt es überhaupt keinen Weg mehr, dann ist alles aus... Damals haben wir Kommunisten gesagt: Natürlich ist das Scheiße, aber auch wenn diese Gesetze durchkommen - aus ist gar nichts - die Arbeiterklasse und die Kommunisten finden immer einen Weg, auch unter schwierigsten Bedingungen. Und dann noch eins, Freunde: Warum macht denn die Bourgeoisie eine Wahl? Sie will doch in einem harten Wahlkampf den Arbeitern nur weismachen, als handle es sich bei den bürgerlichen Parteien um grundsätzlich verschiedene Parteien. Das ist doch die Demagogie. Aber dazu sind doch wir Kommunisten da, um diesen Schein zu entlarven." usw.

Du siehst etwa, zu welcher "Offensive" die DKP hier übergehen konnte. Statt dieser weitgehend richtigen Argumentation zuzustimmen und dann aber die Frage aufzuwerfen, ob eigentlich die DKP die Voraussetzungen für eine derartige Politik erfülle, was kommunistische Politik in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen usw. heute sei und was nicht... statt so vorzugehen, greift der KB wütend die Argumentation der DKP an, hinterfragt sie nicht, bleibt auf der Ebene: Aber SPD muß man doch wählen - das ist doch besser, doch auch für das Überleben der DKP. Das ist wirklich so: die Leute haben sich da zum Teil als die Fürsorger und Lebensretter der DKP aufgeschwungen. Und in einer ganz anderen Art und Weise ist das ja auch goldrichtig!

Im KB würde man mir sagen: Na ja, Du hast ja in vielen Punkten recht, das waren ja auch fast alles Sympathisanten, noch keine Kommunisten; die haben die letzte Nummer des "Arbeiterkampf" gelesen, sicher ist ihnen noch vieles unklar, aber nun drauf und gegen die DKP. (Einer hat mir gegenüber so argumentiert!) Daß da fast nur Sympathisanten waren, ist sicherlich nicht falsch - aber ebenso sicher unwichtig. Das schlägt auf die Führung, auf das Organ, auf die Politik des KB zurück.

Materialien zum Problem der Übergangsperiode zum Sozialismus und zum Klassencharakter der revisionistischen Länder

Im Kommunique des BKA-Freiburg, des KB-Bremen, des KB-Göttingen, des KB-Osnabrück und der KG (NRF)-Mannheim/Heidelberg wird die Bedeutung der programmatischen Klärung der Frage des Sozialimperialismus hervorgehoben. Diese Klärung ist in den einzelnen Organisationen verschieden weit fortgeschritten.

In ihrer "Programmatischen Erklärung" vom April 1971 war es der damaligen Gruppe "Neues Rotes Forum" nicht möglich, eine klare und eindeutige Position gegenüber der Sowjetunion zu beziehen und auf Grundlage eigener Einsicht eine klare Einschätzung des Klassencharakters der Sowjetunion festzulegen. Jene Genossen, die schon damals die Einschätzung der KPCh teilten und die Sowjetunion für einen sozialimperialistischen Staat hielten, in dem eine bürokratische Monopolbourgeoisie neuen Typs die politische Herrschaft erobert hat, waren sich ihrer Position keineswegs so sicher, daß sie in dieser Frage die Spaltung der damaligen Gruppe "Neues Rotes Forum" hätten provozieren dürfen. Ein Versuch der Verankerung der Einschätzung des Charakters der Sowjetunion durch die KPCh in der Programmatischen Erklärung von 1971 hätte aber zweifellos eine Spaltung der damaligen Gruppe "Neues Rotes Forum" bedeutet, ohne daß eine umfassende ideologische Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Positionen stattgefunden hätte. Dabei wären sich weder die Vertreter der Position der KPCh ihrer Sache völlig sicher gewesen, noch hätten etwa jene Genossen, die nicht bereit gewesen wären, die Position der KPCh zu übernehmen, begründet als Opportunisten oder Revisionisten bekämpft werden können. Vielmehr wäre die Spaltung praktisch auf eine völlig unausgewiesene Spaltung der kommunistischen Kräfte in Heidelberg hinausgelaufen, die sich insgesamt über die Einschätzung des Klassencharakters der Sowjetunion und die daraus folgenden praktischen Konsequenzen nicht genügend im klaren gewesen sind.

Diese Unklarheit schlug sich notwendig in der

Programmatischen Erklärung nieder. So wird in der Programmatischen Erklärung zwar festgestellt, daß die Machthaber der KPdSU und der anderen revisionistischen Parteien den kapitalistischen Weg gehen und die Diktatur des Proletariats beseitigt haben. (S. 16 und 18 in NRF 3/71). Gleichzeitig wird aber die Frage nicht beantwortet, welche Klasse in der SU denn dann die politische Herrschaft ausübt, wenn die Machthaber in Partei und Staat die Diktatur des Proletariats beseitigt haben. In der Vorbemerkung zum Abdruck eines Referats, das den entsprechenden Programmteil auf der Generaldebatte begründen sollte, schrieben wir damals: "Die Frage, ob in der Sowjetunion eine neue Bourgeoisie die Herrschaft ausübt, wird nicht entschieden. Dazu bedürfte es anderer Analysen als der, die bisher vorhanden sind." (NRF 3/71, S. 46). Damit wurde aber gerade die entscheidende Frage nicht beantwortet, die Frage nach dem Klassencharakter des Staates und nach der herrschenden Klasse. Das lag nicht daran, daß wir nicht gesehen hätten, daß dies die entscheidende Frage ist. Vielmehr wird in dem genannten Referat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Klassencharakter des Staates entscheidend ist für die Einschätzung der SU. Aber auch im Referat wird diese Frage nicht beantwortet, sondern folgendes ausgeführt: "Die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie wird nicht behauptet, der Konflikt zwischen der KPd SU und der KPCh wird als Auseinandersetzung zwischen kapitalistischem und sozialistischem Weg innerhalb der Übergangsgesellschaften verstanden, wobei offengelassen wird, ob die Entwicklung in der Sowjetunion schon zur Herr - schaft einer neuen Bourgeoisie und damit zur Restauration des Kapitalismus geführt hat. Ein solches Ergebnis ließe sich erst in einer konkreten Analyse der Produktionsverhältnisse der Sowjetunion belegen; diese haben wir natürlich nicht ausreichend durchgeführt, und die KPCh hat eine solche Analyse auch noch nicht veröffentlicht." (NRF 3/71, S. 47).

Diese Stelle zeigt einen prinzipiellen Fehler. Es wird nämlich behauptet, erst bei einer völligen Restauration des Kapitalismus könne von der politischen Herrschaft der Bourgeoisie gesprochen werden. Dies ist falsch. Im Gegenteil kann die Bourgeoisie die Restauration des Kapitalismus überhaupt nur vorantreiben und erfolgreich zuendeführen, wenn sie sich die politische Herrschaft erobert. Es ist auch nicht so, wie die zitierte Passage nahelegt, daß eine neue Bourgoisie erst durch die Restauration des Kapitalismus neu entsteht, um dann bei Vollendung der Restauration des Kapialismus schließlich auch noch die politische Herrschaft zu erobern. Richtig ist vielmehr die These Mao Tse-tungs: "Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie." (Das bedeutet aber nicht, daß der Machtantritt der Bourgeoisie auch schon die Vollendung der Restauration des Kapitalismus bedeuten würde. Richtig ist, daß in der gesamten Übergangsperiode zum Sozialismus der Klassenkampf fortexistiert, weil die Bourgeoisie fortexistiert und sich unter den Bedingungen der Übergangsperiode auch erneuern kann und keineswegs einfach zum Aussterben verurteilt ist. Um den Kapitalismus restaurieren zu können, strebt die Bourgeoisie, solange sie existiert und sich erneuern kann, notwendig immer danach, die politische Macht zu erobern, um als herrschende Klasse den Kapitalismus vollständig restaurieren und die sozialistischen Elemente der Produktionsverhältnisse und die Errungenschaften der Diktatur des Proletariats ganz und gar beseitigen zu können. Die zitierte Stelle enthält also einen prinzipiellen Fehler in der Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Klassengesellschaft, von Politik und Ökonomie, von Überbau und Basis in der Übergangsperiode zum Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats. Daraus folgt auch eine falsche Bestimmung der "Übergangsgesellschaft", deren Fortexistenz auch für den Fall angenommen wurde, wenn die politischen Machthaber den kapitalistischen Weg eingeschlagen und die Diktatur des Proletariats beseitigt haben. Das ist ganz falsch. Die Übergangsperiode zum Sozialismus ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß das Proletariat seine politische Diktatur ausübt, um nach und nach den Sozialismus aufzubauen. Gelingt es den Revisionisten, in Partei und Staat die Macht zu erobern und die Diktatur des Proletariats zu beseitigen, dann kann auch von einer Übergangsperiode zum Sozialismus keine Rede mehr sein, vielmehr wird der Übergang zum Sozialismus abgebrochen und die volle Restauration des Kapitalismus durch die bürgerlichen Machthaber in Partei und Staat zielstrebig vorangetrieben. Der Begriff "Übergangsgesellschaft" ist höchst irreführend, weil er diese grundlegende Tatsache verwischt und damit auch die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats für den Übergang zum Sozialismus bagatellisiert und teilweise negiert. Diesen Begriff haben wir seinerzeit von Charles Bettelheim übernommen und unsererseits zu seiner Verbreitung in der westdeutschen kommunistischen Bewegung beigetragen. Richtig ist, daß in der Übergangsperiode die Klassengesellschaft fortexistiert und folglich auch der Klassenkampf, daß die Übergangsperiode durch ein Nebeneinander und Gegeneinander von sozialistischen und kapitalistischen Produktionsverhätnissen gekennzeichnet ist, dem bestimmte Kräfteverhältnisse zwischen den feindlichen Hauptklassen entsprechen. Sofern der Begriff "Übergangsgesellschaft" nur diese Bestimmungen der Übergangsperiode unter der Diktatur des Proletariats zum Ausdruck bringen würde, wäre nichts gegen ihn einzuwenden. (In diesem Sinne ist die Verwendung dieses Begriffes in den Artikeln von W. L. und G. R. zu verstehen). Aber der Begriff suggeriert zumindest und wurde von uns (z. B. in dem angeführten Zitat) auch so verwandt als ob die Übergangsperiode unabhängig von der Diktatur des Proletariats fortdauern würde, als ob die Klassengesellschaft auch noch dann im Übergang zum Sozialismus begriffen sein könnte, wenn die Diktatur des Proletariats durch die bürgerlichen Machthaber beseitigt worden ist. Dies ist aber durch und falsch. Ohne die Diktatur des Proletariats gibt es keinen Übergang zum Sozialismus und selbst wenn es der Bourgeoisie nach dem Machtantritt

der Revisionisten nicht gelingt, alle Errungenschaften des Proletariats, die es sich durch seine Diktatur erkämpft hat, sofort zu beseitigen, so ist doch klar, daß nach der Eroberung der Staatsmacht durch die Revisionisten und damit durch die Bourgeoisie von einem Übergang zum Sozialismus nicht mehr die Rede sein kann und entsprechend auch nicht von einer wie immer gearteten Übergangsgesellschaft, sondern lediglich von einer Klassengesellschaft, deren Kräfteverhältnisse nach wie vor durch die vorhergehende jahrzehntelange Herrschaft der Arbeiterklasse bestimmt sind. Mit dem Begriff "Übergangsgesellschaft" hat sich also in unsere Auffassungen von uns unbemerkt die revisionistische Theorie der Übergangsperiode als einer selbständigen Gesellschaftsformation eingeschlichen. Richtig ist dagegen lediglich: Solange es Klassen gibt, gibt es Klassenkampf und bleibt die Gesellschaft eine Klassengesellschaft, gleichgültig ob unter der Herrschaft der Bourgeoisie oder unter der Herrschaft der Arbeiterklasse. Entscheidend ist nicht, daß es Klassen gibt, sondern welche Klasse die politische Herrschaft ausübt, und nur wenn die Arbeiterklasse die politische Herrschaft ausübt kann von einem Übergang zum Sozialismus die Rede sein. Eine "Übergangsgesellschaft" unabhängig von der Herrschaft dieser oder jener Klasse, unabhängig von der Herrschaft der Bourgeoisie oder des Proletariats, ist ein Unding. Der Begriff ist falsch und schädlich. Aber wenn wir diesen falschen Begriff kritisieren und verwerfen, dann bedeutet das nicht, daß wir die Besonderheiten der Klassengesellschaft der SU, in der die Bourgeoisie nach einer jahrzehntelangen Herrschaft der Arbeiterklasse wieder an die Macht gekommen ist, übersehen dürfen.

In der Programmatischen Erklärung vom April 1971 und in dem Referat "Kapitalistischer und Sozialistischer Weg in der Übergangsperiode zum Sozialismus" finden sich also prinzipielle Fehler, die trotz der richtigen Fragestellung (Welche Klasse übt die Herrschaft aus?) eine richtige Beantwortung dieser Frage unmöglich machte, weil sie durch den Begriff der "Übergangsgesellschaft" letzten Endes ihres prinzipiellen Charakters beraubt wurde.

Aber es liegen nicht nur prinzipielle Fehler vor. Wenn wir uns 1971 fast ausschließlich auf die "Polemik" von 1963 bezogen, in der die KPCh noch nicht von einem endgültigen Sieg des Revisionismus in der KPdSU und im Staat ausging und den sozialimperialistischen Charakter der Sowjetunion analytisch noch nicht herausgearbeitet hatte, dann negierten wir die Entwicklung der KPdSU und der SU seit 1963 und ihre marxistisch-leninistische Analyse durch die KPCh. Diese Fehler lassen sich leicht erklären durch die mangelnde ideologische Klarheit unter uns und aus der Furcht, durch eine Übernahme der von uns damals nicht überprüfbaren Position der KPCh die Einheit der kommunistischen Kräfte (in Heidelberg) in Frage zu stellen, ohne eine breite ideologische Auseinandersetzung entfaltet zu haben. Eine weit verbreitete Furcht war damals auch, durch die Übernahme der Sozialimperialismusthese der antikommunistischen Hetze in der BRD entgegenzukommen. Verstärkt wurde diese Furcht gerade durch die nur plakative und oberflächliche Aneignung des Standpunktes der KPCh durch einige westdeutsche marxistisch-leninistische oder sog. maoistische Gruppen. Aber natürlich hätte unsere Kritik daran uns eher noch zu größerer Entschiedenheit und Klarheit anspornen müssen, anstatt zu unentschiedenen Formulierungen. Schon bei Verabschiedung der Programmatischen Erklärung, durch die sich die damalige Gruppe "Neues Rotes Forum" konstituierte, war uns klar, daß mit dieser Erklärung die ideologische Auseinandersetzung um den Klassencharakter der SU keineswegs abgeschlossen sein könnte. Der Zwang, in der Agitation und Propaganda zur Außenpolitik der VR China und zu den Ostverträgen Stellung nehmen zu müssen, beschleunigte diese Auseinandersetzung. Weder kann die Außenpolitik der VR China verstanden werden, ohne eine genaue Untersuchung der Widersprüche im Weltmaßstab, wie sie sich durch den Sieg des Revisionismus und damit der Bourgeoisie in der SU herausgebildet haben, noch kann eine marxistisch-leninistische Analyse der deutsch-sowjetischen Politik vorgenommen werden, wenn über den Klassencharakter der SU keine Klarheit besteht. In Stellungnahmen einzelner Genossen und Stellungnahmen des Leitungsorgans der KG (NRF) zu aktuellen politischen Fragen wurde die Programmatische Erklärung in ihrer Einschätzung der SU überwunden und von der Herrschaft der Bourgeoisie in der SU und vom sozialimperialistischen Charakter des sowjetischen Staates ausgegangen. Damit stellte sich die Frage der Neufassung des Programms, aber auf Grundlage einer entfalteten Diskussion, die ein Fortschreiten der ganzen Organisation zur neuen Einschätzung der SU ermöglichen mußte. Eine solche Entfaltung der programmatischen Diskussion setzt die Ermutigung der Mitglieder voraus ihre Position, auch wenn noch Unklarheiten in einzelnen Fragen bestehen, zu Papier zu bringen und der öffentlichen Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung zu unterbreiten. Es hätte keinen Sinn gehabt, sofort an die Abfassung einer programmatischen Resolution zu gehen, ohne diesen Meinungskampf in Gang gebracht zu haben und ohne die Kenntnis der Problematik in der ganzen Organisation zu verbessern. Dazu sollen die 3 in diesem Heft abgedruckten Artikel beitragen. Diese Artikel sind teilweise noch ziemlich kompliziert geschrieben und haben die Auseinandersetzung noch nicht auf eine Stufe gehoben, auf der eine völlige Klarheit sowohl über den Charakter der in der Sowjetunion herrschenden Bourgeoisie, über ihre Entstehung und ihre Politik, als auch über die Produktionsverhältnisse und Klassenverhältnisse in der SU hergestellt wäre. Wir meinen zwar, daß die KPCh diese Klarheit in ihren Stellungnahmen schon erreicht hat, meinen aber auch, daß wir nur durch unsere eigene theoretische Arbeit und den in unseren eigenen Reihen geführten ideologischen Kampf diese Klarheit für uns nutzbar machen können. Schließlich sind der KPCh ihre Einsichten auch nicht in den Schoß gefallen. Vielmehr

wurden sie in jahrzehntelangem Kampf zweier Linien in der Partei und in einer mehr als zehnjährigen Polemik mit den revisionistischen Machthabern in der SU erarbeitet. Ohne die klare Position der KPCh in ihrem Kampf gegen den Revisionismus und ohne die Einsichten, die die KPCh in diesem Kampf analytisch erarbeitet hat und in der Kulturrevolution und in ihrer ganzen Politik in die Praxis umgesetzt hat, wäre es der jungen und unerfahrenen westdeutschen kommunistischen Bewegung gar nicht möglich, den Kampf gegen den modernen Revisionismus erfolgreich aufzunehmen. Aber das kann nicht heißen, daß wir ohne gründliche eigene Arbeit der Position der KPCh gerecht werden könnten und unsererseits die Klarheit erkämpfen könnten, die die Position der KPCh auszeichnet. Wir werden in den nächsten Nummern des NRF auf die Frage des Sozialimperialismus zurückkommen, und hier nur einige Thesen für die weitere Auseinandersetzung formulieren:

In der SU herrscht eine bürokratische Monopolbourgeoisie neuen Typs. Bei der herrschenden Klasse der SU handelt es sich um eine Monopolbourgeoisie, denn in ihrer Hand befinden sich die wesentlichen Produktionsmittel über die sie als Funktionär der Mehrwertproduktion,des Kapitals verfügt. Diese Monopolbourgeoisie ist bürokratisch, weil sie sich das vom Proletariat geschaffenen Mehrprodukt mit Hilfe des Staatseigentums an den Betrieben aneignet. Sie ist eine Monopolbourgeoisie neuen Typs, weil sie unter der Diktatur des Proletariats aus den Reihen der Partei -, Staats- und Wirtschaftsführer hervorgegangen ist und lediglich durch die Eroberung der Staatsmacht in den Besitz der Produktionsmittel gelangt ist.

Die Möglichkeit der Herausbildung einer solchen bürokratischen Monopolbourgeoisie hat ihre Grundlage in den Widersprüchen der Übergangsperiode zum Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats selber. Einerseits hat sie ihre Wurzeln in der fortexistierenden Kleinproduktion und in der fortexistierenden Bourgeoisie, die zwar das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln verloren hat, aber damit als Klasse noch lange nicht liquidiert ist. Andererseits hat sie ihre Grundlage in der mangelnden Vergesellschaftung auch der staatlichen Produktion, die nicht mit einem Schlag durch die Verstaatlichung aufhört, Privatproduktion zu sein, in dem Sinne, daß die einzelnen Betriebe isoliert voneinander produzieren. Die Vergesellschaftung der Produktion und die Überwindung ihres nach wie vor fortdauernden privaten Charakters kann nur durch die ständige Mobilisierung und das ständige bewußte Vorwärtsschreiten des Proletariats als Klasse weitergetrieben werden. Das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse hierzu ist ihr Staat,mit dessen Hilfe sie als Klasse über die Produktionsmittel verfügt und durch bewusste Planung den fortexistierenden privaten Charakter der Produktion zunehmend überwindet. Je geringer der Grad der Vergesellschaftung der Produktion, desto größer die Gefahr, daß sich in den Lücken der Vergesellschaftung eine staatliche Bürokratie ansiedelt und von hieraus die bewussten Initiativen des Proletariats zur Vergesellschaftung hintertreibt und sabotiert. Träger dieser Sabotage sind sowohl die Kräfte im Staatsapparat, die die Aktivität der Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen durch bloße Kommandos ersetzen wollen, denen sich die Arbeiterklasse unterwerfen soll, als auch jene Kräfte, die auf Betriebsebene die Planerstellung und die Planerfüllung hintertreiben, indem sie falsche Angaben machen, Kapazitäten verschweigen, oder versuchen, den Plan nur den Buchstaben nach zu erfüllen, aber nicht entsprechend den gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Diese Kräfte versuchen die Privatinteressen der Belegschaft und speziell der gehobenen Schichten der Belegschaft gegen die gesellschaftlichen Interessen des Proletariats als Klasse auszuspielen. Erbarmungsloser Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Bürokratie, die sich in den Lücken der Vergesellschaftung breitmacht und die Arbeiterklasse vor ihren Karren spannen will, ist die wichtigste Voraussetzung für die Verhinderung einer Rückeroberung des Staates durch eine bürokratische Monopolbourgeoisie neuen Typs. Dieser Kampf muß von den Massen selber als einziger Kraft, die die Vergesellschaftung der Produktion vorantreiben kann, geführt werden. Stalins Fehler bestand nicht darin, daß er die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Bürokratie nicht gesehen hätte, sondern darin daß er ihn teilweise mit Methoden führte, die die Massen aus diesem Kampf ausschlossen, und er sich letztlich damit selber auf Teile dieser Bürokratie stützen mußte.

Die Bürokratie entwickelt notwendig ein Eigeninteresse, sich selbst zu erhalten. Das kann sie nur, wenn sie die Lücken der Vergesellschaftung der Produktion aufrecht erhält. Dieses Eigeninteresse treibt sie von vornherein auf die Seite der Bourgeoisie, die den fortexistierenden privaten Charakter der Produktion dazu ausnützen will, ihr privates Eigentum an Produktionsmitteln wiederherzustellen und sich das gesellschaftliche Mehrprodukt aufs neue privat als Mehrwert anzueignen. Die Bürokratie stellt sich gegen jede Masseninitiative, weil ihr diese die Existenzgrundlage entziehen würde. Zeigen sich Schwierigkeiten, dann schreit sie nach mehr Selbständigkeit für sich selbst, d. h. nach einer Rückentwicklung der schon erreichten Vergesellschaftung der Produktion durch die Arbeiterklasse und ihren Staat. Sie protestiert gegen den Plan. Die Bürokratie ist immer und von vornherein gegen die Pläne des proletarischen Staates. Warum? Weil sie ihre Selbständigkeit bedrohen und ihre Existenzgrundlage untergraben. Die Feindseligkeit der Bürokratie gegen die Pläne des proletarischen Staates macht sie zu einer aktiven Kraft der Restauration des Kapitalismus und treibt sie zum Bündnis mit der Bourgeoisie. Sie wird zum wichtigsten Vehikel der Rückeroberung der Staatsmacht durch die Bourgeoisie. Je mehr Macht die Bürokratie errungen hat, desto leichter ist die Rückeroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie. Diese braucht den Staat weder gewaltsam zu erobern oder ihn gar zu zerschlagen, sie kann ihn im wesentlichen einfach übernehmen

durch die Verschmelzung mit der Bürokratie. Schon vor der Rückeroberung der Staatsmacht durch die Bourgeoisie setzt diese alles daran, den fortexistierenden Privatcharakter der Produktion gegen die bewusste Vergesellschaftung der Produktion durch das Proletariat und ihren Staat zu verteidigen, um die Möglichkeit der Restauration des Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Sieht sie eine Möglichkeit, die fortschreitende Vergesellschaftung der Produktion durch das Zusammenwirken von staatlichem Plan und Masseninitiative aufzuhalten und zurückzuentwickeln, dann nimmt sie dies e wahr. Für Schwierigkeiten macht sie den proletarischen Staat, den Plan und die Massen verantwortlich. Als Allheilmittel gegen ökonomische Schwierigkeiten empfiehlt sie die "Befreiung" der Privatinitiative vom Druck des proletarischen Staates und vom Eingriff der Arbeitermassen als Klasse. Sie empfiehlt die Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen, die "Dezentralisierung" der Verantwortung und die Stärkung der Privatinitiative der Betriebsleiter und der einzelnen Mitglieder der Belegschaft. Selbstverständlich propagiert die Bürokratie ihre bürgerlichen Allheilmittel unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus, denn sonst würde der Klassencharakter dieser Allheilmittel zu schnell durchschaut. Die Ideologie der bürgerlichen Kräfte in Partei und Staat ist deshalb notwendig der Revisionismus. Um ihre Allheilmittel, die sich gegen die Vergesellschaftung der Produktion durch das Proletariat und seinen Staat richten, umfassend in die Praxis umsetzen zu können, müssen die bürgerlichen Bürokraten und die mit ihnen verbundenen Bourgeois die Staatsmacht erobern und ihren proletarischen Charakter in sein Gegenteil verkehren. Die Propagierung ihrer bürgerlichen Allheilmittel, die sie mit einer antibürokratischen Demagogie an den Mann zu bringen versuchen, ist das Mittel, mit dem sie eine öffentliche Meinung schaffen wollen, in der sie sich die Staatsmacht erschleichen können.

Haben die bürgerlichen Kräfte in Staat und Partei (d. h. die Bourgeoisie) die Staatsmacht erobert, dann gehen sie zielstrebig auf die Stärkung des fortexistierenden Privatcharakters der Produktion über, d. h. letzten Endes zur vollen Restauration des Kapitalismus und des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Die Mittel sind: volle Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen auch innerhalb des staatlichen Bereichs, Stärkung der Privatinitiative der Unternehmensleitungen, Bindung der Belegschaft an diese Privatinitiative durch Prämien, d. h. die Rückverwandlung der staatlichen Unternehmen, die sich noch als Privatunternehmen verhalten, in Privatunternehmen, die noch als staatliche Unternehmen auftreten. Motor der Produktion ist nicht länger das bewußte gesellschaftliche Interesse des Proletariats als Klasse, sondern der Zwang, Profit zu machen, für den einzelnen Unternehmer und die Bindung der Belegschaft an dieses Privatinteresse mittels materieller Anreize. Das bedeutet die Ablösung des sozialistischen Sparsamkeitsregimes durch das Profitsystem. Die Restauration des Kapitalismus und des Privateigentums ruft aber innerhalb der bürokratischen Monopolbourgeoisie neuen Typs heftige Widersprüche hervor, weil sie für einen Teil dieser Klasse die Rückverwandlung in bloße Agenten der Bourgeoisie bedeuten würde, in bloße politische Handlanger einer neuen Monopolbourgeoisie klassischen Typs.

International ist es das Bestreben der bürokratischen Monopolbourgeoisie neuen Typs sich in die internationale Bourgeoisie zu integrieren. Das Medium dieser Integration ist natürlich der Weltmarkt. Der Versuch dieser Integration hebt natürlich nicht die Widersprüche zwischen der bürokratischen Monopolbourgeoisie neuen Typs und der klassischen Monopolbourgeoisie auf, und auch nicht den Widerspruch zwischen der sowjetischen Monopolbourgeoisie und den Monopolbourgeoisien anderer Länder. Die Integration in den Weltmarkt bedeutet nur die Einbeziehung in den Kampf um die Anteile am Weltmarkt. In der imperialistischen Epoche des Kapitalismus bedeutet der Kampf um Weltmarktanteile notwendig auch den Kampf um die imperialistische Beherrschung von verschiedenen Einflußgebieten. Die Integration in den Weltmarkt bedeutet so nichts anderes als die Integration in das imperialistische Lager. Diese Integration, die die Machthaber der SU seit fast 20 Jahren mit aller Energie vorwärtstreiben, bedeutet natürlich nicht eine Abschwächung der bestehenden Widersprüche, sondern ihre Verlagerung und Verschärfung. Einerseits spielen Imperialismus und Sozialimperialismus zusammen, um den Kampf der Arbeiterklasse und der Völker zu unterdrücken, andererseits verschärfen Imperialismus und Sozialimperialismus ihren Kampf um Einflußsphären und Marktanteile.

Die Machtergreifung des Revisionismus in der Sowjetunion hat auf die verschiedenen revisionistischen Parteien verschiedene Auswirkungen. Einerseits versucht der Sozialimperialismus dies e Parteien in Agenturen seiner imperialistischen Politik zu verwandeln, andererseits stärkt der Revisionismus die nationalistischen Tendenzen in diesen Parteien, und damit die Lostrennung vom sozialimperialistischen Staat. Dies gilt sowohl für die revisionistischen Parteien an der Macht als auch für die revisionistischen Parteien, die gegenwärtig in der bürgerlichen Opposition sind.

Die Kommunisten in Westdeutschland können sich nicht damit begnügen, zu untersuchen, welche Auswirkungen die Machtergreifung des Revisionismus für die Sowjetunion oder welche Auswirkungen sie im Weltmaßstab hat. Sie müssen auch genau untersuchen, welche Konsequenzen diese Entwicklung für ihren Kampf in Westdeutschland hat. Es ist unsinnig aus dem sozialimperialistischen Charakter der Sowjetunion die grundsätzliche Ablehnung jeder Aktionseinheit mit der DKP abzuleiten, weil diese dann nur als Agentur des Sozialimperialismus begriffen würde, und nicht auch als bürgerliche Partei, die teilweise im Widerspruch zum westdeutschen Imperialismus

steht. Es ist auch unsinnig, aus dem sozialimperialistischen Charakter der SU ein Prinzip des "gleiche - Schläge - Verteilens" abzuleiten, das in jeder konkreten Kampffrage den Imperialismus und den Sozialimperialismus gleichsetzt, um gegen beide jeweils gleichzeitig den Hauptschlag zu führen.

Diese Thesen sollen die weitere ideologische Auseinandersetzung erleichtern und die Richtung aufzeigen, in der wir u.E. die Frage des Sozialimperialismus lösen müssen. Ohne breite Entfaltung der ideologischen Auseinandersetzung werden wir keine Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung erreichen, ohne eine klare Einschätzung des Sozialimperialismus und des modernen Revisionismus werden wir nicht verhindern können, daß die DKP immer wieder fortschrittliche Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes hinters Licht führt. Dabei hat die DKP leichtes Spiel, wenn wir ihrem umfassenden revisionistischen System nur plakative Beteuerungen entgegenstellen.

Red.

(Der folgende Artikel stammt von dem Genossen Walter Lindner von der Marxistisch-leninistischen Studentenorganisation (MLS) Wien. Die MLS gibt eine Zeitschrift "Student im Klassenkampf heraus. Die Zeitschrift kann bestellt werden über Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation
A - 1070 WIEN
Westbahnstraße 7/8

KAMPF DEN BERUFSVERBOTEN !

Dargestellt am Kampf gegen die Entlassung des Assessors U. Topp

Hrg: Sektion Schulkampf der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe /GUV (NRF)
1.-DM, erhältlich in den Buchhandlungen HD, Rupp-Grunow, UntereStr. 9
Ma, Alphornstr. 6

MITGLIEDER UND SYMPATHISANTEN DER KPD/ML(RF) UND DER ANDEREN "PARTEIEN"

KOMMUNISTISCHE BRIEFE Nr. 1 4.10.72

ANSTATT EINER AUSTRITTSERKLÄRUNG - EINE ANALYSE DER KPD ML(RF)

In den "Kommunistischen Briefen" Nr. 1 gehen wir ausführlich auf unsere Erfahrungen mit dem inner-"parteilichen" Leben ein. Von diesen Erfahrungen und von der Entwicklung der ML-Bewegung ausgehend, versuchen wir, den bürgerlichen Charakter der KPD/ML(RF) offenzulegen: Die KPD/ML(RF) ist eine Organisation in den Händen politischer Schwindler.

Nur im Zusammenhang mit dem Aufbau der KP können wir unserer Perspektive als ehemalige Teile der KPD/ML(RF) diskutieren. Der Aufbau der KP geschieht ohne und gegen die KPD/ML; wie aber können sich alle Marxisten -Leninisten am Aufbau der KP beteiligen?

Marxisten - Leninisten / Mannheim

Zusendung der kostenlosen Nr. 1 der "Kommunistischen Briefe" gegen beigefügtes Rückporto (1.-DM) an folgende, vorläufige Adresse:

Wilfried Güldner c/o Arbeiterzeitung/Buchverkauf
68 Mannheim, Alphornstraße 6

Klassenkampf in der Übergangsperiode

I.

DIE STRUKTUR DER WIDERSPRÜCHE IN DER ÜBERGANGSGESELLSCHAFT

Die Struktur der Widersprüche in der Übergangsgesellschaft ist die Grundlage der wissenschaftlichen Untersuchung der Übergangsgesellschaft und nur sie kann es sein. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß jeder andere Ansatz an die Stelle der Analyse Impressionen setzt. So wenn man z. B. die schrittweise Bürokratisierung der Sowjetgesellschaft in den Mittelpunkt rückt, ohne sich vorher über die Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, innerhalb der Produktionsverhältnisse, zwischen Basis und Überbau, zwischen den Klassen, die unter der proletarischen Diktatur existieren, allen voran der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, Klarheit zu verschaffen. Man muß ferner die Gesamtheit dieser Widersprüche und ihren Stellenwert immervor Augen haben. Nimmt man nur einzelne Widersprüche und stellt sie - obwohl der Hauptwiderspruch in der Übergangsgesellschaft der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist - jeweils als den Hauptwiderspruch hin (wie den "zwischen sozialistischer Basis und bürgerlichem Überbau", was - isoliert genommen - die kapitalistischen Reste, die auch noch in der Basis, in den Produktionsverhältnissen da sind, übersieht und bei kleinbürgerlichen Ideologen auch zum "Vergessen" der Klassen führt; oder den zwischen "sozialistischen Produktionsverhältnissen und bürgerlichen Formen der Distribution und Zirkulation", was Mandel in den Mittelpunkt stellt und was aus denselben Gründen falsch ist; oder gar den zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, den Liu Schao-tschi und die modernen Revisionisten als Hauptwiderspruch ausgeben), landet man im Sumpf. Außerdem erlaubt die Analyse der objektiven Struktur der Widersprüche und ihrer Behandlung unter Stalin, durch die KPCh, durch die modernen Revisionisten usw. als einzige Methode, sowohl den Kampf zwischen kapitalistischem und sozialistischem Weg heute richtig einzuschätzen, als auch die Fehler und Abweichungen Stalins von der richtigen proletarischen Linie korrekt zu bestimmen.

Skizzieren wir, um den besonderen Charakter der Diktatur des Proletariats, der Übergangsgesellschaft, klar zu machen, zuerst die Struktur der Widersprüche im Kapitalismus.

Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nimmt im Kapitalismus die Form des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung an, die Allgemeinheit jenes Widerspruches stellt sich in dieser Besonderheit dar. Die Produktion ist gesellschaftlich sowohl im Sinn der fortschreitenden Teilung der Arbeit im einzelnen, als auch im Sinn der zunehmenden Verflechtung aller Produktionsprozesse. Der Grundwiderspruch tritt zutage als Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie und als Widerspruch zwischen der Organisation der Arbeit im Innern der Fabrik und der Anarchie der Produktion in der Gesellschaft. Die Produktivkräfte drängen nach Anerkennung ihres immer mehr gesellschaftlichen Charakters, sie sind den alten Produktionsverhältnissen "über den Kopf gewachsen". Die Produktionsverhältnisse "gestatten" die weitere Vergesellschaftung der Produktion, der Produktivkräfte nur um den Preis von Krisen und setzen ihr objektive Grenzen. Der Widerspruch spitzt sich immer mehr zu und führt zur sozialistischen Revolution. Das Proletariat ergreift die politische Macht und transformiert die Eigentumsverhältnisse, damit die Produktionsverhältnisse, deren Teil die Eigentumsverhältnisse sind, und greift auch sonst in die Produktionsverhältnisse ein.

Das System der Widersprüche hat sich damit grundlegend geändert, die neue Struktur der Widersprüche muß konkret untersucht werden im Licht der Erfahrungen der russischen und vor allem der chinesischen Revolution. (Erst durch die Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus und seines Sturzes in Rußland sowie des sozialistischen Aufbaus in China und Albanien sind die Widersprüche und ihr Charakter klar zutage getreten. Fehler der KPdSU in den 30er Jahren lagen nicht nur an Fehlern Stalins, die vermeidbar gewesen wären, sondern bestimmte Widersprüche und Gefahren konnten damals einfach nicht richtig eingeschätzt werden.)

Einerseits hat die Revolution durch die Beseitigung der privatkapitalistischen Aneignung die Produktivkräfte von ihren Fesseln befreit. Die Produktivkräfte können sich stark entwickeln und auch im weiteren Verlauf des Aufbaus des Sozialismus stellt sich heraus, daß gerade die weitere Umgestaltung der Produktionsverhältnisse (z. B. die Vollendung der sozialistischen Umgestaltung hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse in China 1956) einen großen Aufschwung

der Produktivkräfte ermöglicht. Darin zeigt sich, daß der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auch unter der Diktatur des Proletariats durchaus noch existiert. Er liegt nach wie vor der gesellschaftlichen Entwicklung zugrunde.

"Die grundlegenden Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft sind noch immer die zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften sowie zwischen Überbau und ökonomischer Basis. Diese Widersprüche sind jedoch ihrem Charakter und ihren Erscheinungsformen nach grundlegend anders als die Widersprüche zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften sowie zwischen Überbau und ökonomischer Basis in der alten Gesellschaft." (Mao, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, in : 4 philosophische Monographien S. 103)
Nämlich: "..., sozialistische Produktionsverhältnisse sind bereits geschaffen, und sie entsprechen der Entwicklung der Produktivkräfte; aber sie sind noch bei weitem nicht vollkommen, und die Unvollkommenheit steht im Widerspruch zur Entwicklung der Produktivkräfte. Auf diese Weise besteht sowohl Übereinstimmung wie Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und der Entwicklung der Produktivkräfte; darüberhinaus besteht auch sowohl Übereinstimmung wie Widerspruch zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis."(Ebenda S. 105)
Mao Tsetung hat in dieser Schrift aufgrund der in Rußland und China gesammelten Erfahrungen die Fehler Stalins völlig überwunden und untersucht die Struktur der Widersprüche, ihre Bedeutung und ihre richtige Lösung umfassend. Stalin dagegen hatte 1938 von einer "völligen Übereinstimmung" zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gesprochen und zugleich die noch immer existierenden Klassengegensätze geleugnet, unterschätzt und sie in der Praxis eben subjektivistisch behandelt. 1952 relativierte er zwar angesichts der Verschärfung der Widersprüche (v.a. in der Landwirtschaft) diese Position, hielt aber grundsätzlich an ihr fest. Der Widerspruch zwischen Basis und Überbau, obwohl eines der fundamentalsten Probleme beim Aufbau des Sozialismus, wurde von ihm überhaupt fast gänzlich vernachlässigt.

Aber wenn wir auf den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hinweisen, heißt das keineswegs das, was die modernen Revisionisten daraus machen: nämlich diesen Widerspruch zum Haupthebel zu erklären und die Steigerung der Produktivkräfte zur Hauptaufgabe. Eine solche Position bedeutet zuerst den Kurs auf den Kapitalismus hin (Primat der Ökonomie statt der Politik, Vernachlässigung des Klassenkampfes, Auslieferung des Proletariats und seiner Staatsmacht an "ökonomische Notwendigkeiten" und "Sachzwänge"...) und schließlich nach dem Machtantritt des Revisionismus, der bürgerlichen Kräfte, wird sie zur Formel, um die weitere Ausbeutung und Antreiberei der Arbeiterklasse zu verschleiern und zu rechtfertigen.

Vom Standpunkt des Proletariats, des Klassenkampfes ist das Entscheidende nicht der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, deren Antagonismus beseitigt ist, sondern das Entscheidende sind jetzt die Widersprüche innerhalb der Produktionsverhältnisse selbst sowie die zwischen den herrschenden sozialistischen Produktionsverhältnissen und bürgerlichen Elementen im Überbau, die sowohl Überreste der alten Gesellschaft sind, als auch sich auf bürgerliche Verhältnisse in der Basis stützen. Mit der radikalen Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse eilen die Eigentumsverhältnisse der realen Vergesellschaftung der Produktion voraus. Die Produktionsverhältnisse selbst sind widersprüchlich, wenn sie einerseits die Eigentumsverhältnisse und andererseits die Formen der wirklichen Aneignung des gesellschaftlichen Produkts durch die Gesellschaft umfassen, Verhältnisse, die eine gewisse "Differenz" aufweisen. Darin drückt sich in der Übergangsgesellschaft der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aus. Er wird nicht durch die forcierte Entwicklung der Produktivkräfte gelöst, umgekehrt muß gerade die weitere revolutionäre Umgestaltung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus die Entwicklung der Produktivkräfte befördern. Entweder werden die Produktionsverhältnisse rückgebildet, indem Staatseigentum und Planung schrittweise ausgehöhlt werden - oder die Produktionsverhältnisse werden ständig revolutioniert in der durch die Eigentumsverhältnisse angezeigten Richtung, nämlich der tatsächlichen und nicht mehr bloß intendierten unmittelbar gesellschaftlichen Kontrolle über Produktion und Verteilung. Letzteres geht Hand in Hand mit der Entwicklung und Transformation der Produktivkräfte. Der Hauptwiderspruch der Übergangsgesellschaft liegt also im widersprüchlichen Charakter der Produktionsverhältnisse selbst begründet, es ist der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Existenz und Entwicklung dieses Widerspruchs bestimmen oder beeinflussen die Existenz und Entwicklung der anderen Widersprüche der Übergangsgesellschaft. Vom Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie, vom Klassenkampf hängt es ab, in welcher Richtung sich die widersprüchlichen Produktionsverhältnisse entwikkeln. Deshalb ist das der Hauptwiderspruch und jeder andere Ausgangspunkt "vergißt" bzw. unterschätzt den Klassenkampf und die Gefahren der kapitalistischen Restauration. Jede andere Position schwächt daher objektiv das Proletariat in seinem Kampf und ordnet es in Wahrheit den bürgerlichen Kräften unter. Auch der kapitalistische Widerspruch zwischen kapitalistischer Aneignung und gesellschaftlicher Produktion ist in der alten Form verschwunden, durch die neuen Eigentumsverhältnisse ist der kapitalistischen Aneignung die Grundlage entzogen. Aber die Produktivkräfte sind noch nicht soweit entwickelt, daß die Gesellschaft sich das Produkt wirklich unmittelbar aneignen könnte. Daher existiert dieser Widerspruch in anderer Form

weiter, als Widerspruch zwischen den in den Eigentumsverhältnissen ausgedrückten und der vollständigen Vergesellschaftung der Produktion entsprechenden sozialistischen Produktionsverhältnissen und den wirklichen Aneignungsformen, die diesen nachhinken. Dieser Widerspruch ist die Grundlage der Warenproduktion in der Übergangsgesellschaft und muß ebenfalls politisch, durch den proletarischen Klassenkampf gelöst werden - oder in Richtung Kapitalismus. Auch das hängt vom Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie ab. Er zeigt sich als Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert, zwischen Wert- und Gebrauchswertorientierung der Gesellschaft, der Betriebe und der einzelnen Produzenten.

DIE WIDERSPRÜCHE DER ÜBERGANGSGESELLSCHAFT UND IHRE LÖSUNGSFORMEN

Sämtliche ökonomischen Schwierigkeiten erscheinen als Widersprüche zwischen Gebrauchswert und Wert. Die Gesellschaft braucht Gebrauchswerte, der Betrieb will und muß Wert produzieren und einen Gewinn erwirtschaften. Ohne Rücksicht auf den Gebrauchswert. Solange der Gewinn noch nicht im Mittelpunkt steht, wie zum Beispiel bis 1963 in der DDR, klafft dieser Widerspruch dennoch: Als Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Interesse und dem Betriebsinteresse an möglichst leichten Plänen, an maximalen "Nutzen" für sich selbst auch auf Kosten der Gesellschaft. Dasselbe auf der Ebene des einzelnen Arbeiters. Diese Widersprüche drücken ideologisch-moralische Überreste aus dem Kapitalismus aus. Aber sie haben ihre reale Basis, welche sie ständig reproduziert,in der Tatsache, daß die Produktion, Aneignung und Verteilung des gesellschaftlichen Gebrauchswertes noch nicht unmittelbar gesellschaftlich erfolgen kann. Wenn sich daher die Widersprüche zunächst nicht direkt als Widersprüche zwischen Wert- und Gebrauchswertorientierung darstellen, sondern bloss als Desinteresse am gesellschaftlichen Gebrauchswert zu Gunsten der eigenen Privatinteressen, so ist der Widerspruch Wert-Gebrauchswert doch nur die ausgereifte Form dieser Erscheinung. In dieser Richtung ging daher die Entwicklung, weil die politische Lösung der Widersprüche unterblieb. Die Widersprüche existieren objektiv. Die proletarische Macht hat die Aufgabe, sie richtig, in revolutionärem Sinn zu behandeln, und das bedeutet, sich politisch zu lösen. Solange die Betriebe voneinander und die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln auf Grund des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse objektiv existiert, solange müssen die Widersprüche ständig politisch überwunden werden. Nicht das Wertgesetz, sondern der politische Wille des Proletariats in Gestalt seiner Partei muß das innere Band der Gesellschaft sein: "Die Politik hat das Primat gegenüber der Ökonomik!" (Lenin).

Die revolutionäre Lösung der Widersprüche sichert nicht nur den Bestand der proletarischen Diktatur, sondern entzieht auch den Krisentendenzen die Grundlage, die die administrative und die revisionistische Behandlung zwangsläufig mit sich bringt.

Die Widersprüche können auch revisionistisch behandelt werden. Dann wird der kapitalistische Weg beschritten. In der osteuropäische Ländern wurden die Widersprüche revisionistisch behandelt, "ökonomisch" gelöst, das heißt zu Gunsten der Wertform, des Marktes, der Kapitalverwertung und der kapitalistischen Lohnformen.

Werfen wir jetzt einen Blick auf die begleitende Ideologie der Verharmlosung und Leugnung der Widersprüche, durch welche ihre "ökonomische Lösung" verschleiert werden soll. In der DDR akzeptiert man zwar die Existenz des Widerspruches zwischen Wert und Gebrauchswert, allein im Sozialismus sei er nicht antagonistisch. Während im Kapitalismus der Widerspruch auf dem Markt gelöst werde, sei im Sozialismus der Markt selbst Gegenstand der Planung, der Widerspruch verbleibe innerhalb des Plans und werde dort gelöst. Dies sei gerade die Aufgabe des Plans via Normative und materielle Interessiertheit. Es gebe daher keine Reibungen, keine Krisen - trotz der Warenproduktion. Tatsächlich kommt es den Revisionisten einzig und allein auf das Vermeiden von Reibungen usw. an. Es handelt sich nur um die technisch formale Scheinlösung. Produktion und Realisierung des Produkts soll reibungslos funktionieren. Wenn der Widerspruch sich in Krisen äußert, waren die Normative usw. nicht richtig oder hatte das System der Planung und Lenkung technische Mängel. Wenn er sich nicht krisenhaft äußert, erweckt er von vornherein keinerlei Interesse. Der Klassencharakter des Widerspruchs, seine konträren Lösungsformen; der kapitalistische und der sozialistische Weg, werden verschleiert. Aus gesellschaftlichen, ja Klassenwidersprüchen werden wirtschaftstechnische Reibungen, auf die man konsequenterweise mit technischen Maßnahmen reagiert. Der Unterschied von proletarischer und bürgerlich-revisionistischer Planung, der zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird verwischt. Die Ökonomik hat dort das Primat vor der Politik. In systematische Form gebracht, liest sich das so: "Die Art, wie die maoistischen 'Theoretiker'... Stellung einnehmen..." (zit. nach "Revolutionärer Weg", Nr. 8, p. 1o5/6). Die objektiv existierenden Widersprüche werden nicht politisch-revolutionär, nicht durch den Klassenkampf des Proletariats überwunden, was notwendigerweise zur schrittweisen Rückentwicklung der sozialistischen Verhältnisse, ihrer Aushöhlung und schließlichen Liquidierung führen muß. Der Klassenkampf "tritt an die zweite Stelle", er wird vernachlässigt. Dadurch werden notwendigerweise die bürgerlichen Elemente gestärkt, die sich nach ihrem Machtantritt dieser Ideologie und Methoden bedienen, um die Restauration des Kapitalismus zu verschleiern und zu rechtfertigen. Die revisionistische "ökonomische Lösung" der Widersprüche liegt im direkten Interesse der Bourgeoisie und wird von ihr gefördert. Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie.

Die Verharmlosung der Widersprüche und ihre falsche Behandlung setzte bereits unter Stalin ein. Unter ihm wurden die Widersprüche nicht revolutio-

när gelöst, sondern administrativ unterdrückt. "Unterdrückung" scheint mir ein korrekter Begriff zu sein. Er besagt natürlich nicht, daß der Widerspruch dadurch verschwindet, es findet aber eine Verschiebung der Auswirkungen auf ein anderes Terrain statt. ZB.: Die Widersprüche zwischen den einzelbetrieblichen Interessen versuchte man durch "starke Pläne" zu beseitigen, die auch Eingriffe in betriebliche Detailprozesse vorsahen. Objektiv existierende Widersprüche wurden dadurch ignoriert. Man suchte sie aber nicht zu lösen, indem man den Betrieben eine gewisse Autonomie gewährte, man unterdrückte sie. Sie konnten sich also in den Planbeziehungen nicht äußern, ihre Auswirkungen verschoben sich daher in die Poren des Planes und höhlten so die Wirksamkeit noch so starker Pläne aus.

Ideologischer Ausdruck der Unterdrückung ist das Herunterspielen, ja sogar die Leugnung der Widersprüche und der Klassengegensätze in der Zeit nach der "Liquidierung der Kulaken als Klasse" (1934). Diese Auffassung Stalins bezog sich nicht auf einzelne Probleme, sondern bedeutete ein ganzes System, das sich bis in sein Verständnis des dialektischen Materialismus hinein fortsetzte.

"Die marxistische Philosophie vertritt die Meinung, daß das Gesetz von der Einheit der Gegensätze das grundlegende Gesetz des Universums ist. Dieses Gesetz besteht überall, in der Natur, in der menschlichen Gesellschaft und im Denken des Menschen. Zwischen den einander widersprechenden Gegensätzen gibt es sowohl Einheit als auch Kampf, und das bewirkt die Bewegung und Veränderung der Dinge. Widersprüche gibt es überall; jedoch entsprechend den verschiedenen Eigenschaften der Dinge ist auch der Charakter der Widersprüche verschieden. Für jedes konkrete Ding ist die Einheit der Gegensätze bedingt, zeitweilig, vorübergehend und daher relativ, während der Kampf zwischen den Gegensätzen absolut ist. Lenin hat dieses Gesetz sehr deutlich erklärt." (Mao Tse-Tung) Stalin hingegen sieht 1938 dieses Gesetz nicht als das primäre dialektische Gesetz, und er unterschätzt den Kampf der Gegensätze. Er vernachlässigt den Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften im Sozialismus, er spricht von "völliger Übeinstimmung"; er vernachlässigt den Widerspruch zwischen Basis und Überbau. Er unterschätzt oder ignoriert die Klassengegensätze und spricht 1936 davon, daß in der Sowjetunion keine Ausbeuterklassen, sondern nur noch befreundete werktätige Klassen (Arbeiter, Bauern, Intelligenz) existieren. In der Praxis führt diese Position zur Vernachlässigung des Klassenkampfes, zur Vernachlässigung des ideologischen Kampfes, zur Unterschätzung der Gefahren für den Sozialismus, zur Unterschätzung der Bedeutung der Masseninitiative, des Massenkampfes zur nur halbherzigen Bekämpfung des Bürokratismus und der Anfänge des Revisionismus. Unter solchen Bedingungen konnte Stalin weder die Elemente der alten und neuen Bourgeoisie und ihre Formen des Klassenkampfes korrekt erkennen, noch den Kampf gegen sie richtig führen, d.h. gestützt auf die revolutionäre Initiative der Volksmassen. Sowohl blieben daher bestimmte kapitalistische Verhältnisse unangetastet, gegen die der kulturrevolutionäre Massenkampf hätte geführt werden müssen, als auch eine breite privilegierte bürgerliche Intelligenz, die sich herausbilden und festigen konnte und sich in der Partei eine bürgerlich-revisionistische Fraktion bilden konnte, gegen die Stalin zwar 1952 noch polemisierte, die aber sofort nach seinem Tod durch den Chruschtschowschen Staatsstreich die Macht usurpierte. Schon während der Zeit Stalins gab es revisionistische Elemente in der Ideologie, mit dem XX. Parteitag wurde der Revisionismus zur herrschenden Linie, zu einem ganzen System: Machtantritt des Revisionismus. Insofern führten die Fehler Stalins, die falsche Behandlung der Widersprüche auf der ökonomischen, politischen, ideologischen Ebene zur Möglichkeit der Herausbildung des Revisionismus und bürgerlicher Schichten und schließlich einer neuen bürgerlichen Klasse, die dann relativ leicht die Macht ergreifen und als herrschende Klasse die allseitige Restauration des Kapitalismus vorantreiben konnte.

Schließlich wird sowohl die administrative wie die direkt kapitalistische Behandlung der Widersprüche sich in Krisentendenzen äußern. Ist dieser falsche Weg erst einmal beschritten, verwandelt sich jedes Mittel gegen die Krise in ein Mittel der Vorantreibung der kapitalistischen Tendenzen. Ist dieser Weg erst einmal beschritten, treibt das System notwendig -über die ständig neuen Krisentendenzen vermittelt- in Richtung der "ökonomischen Lösung" der Widersprüche, also in Richtung Kapitalismus. Denn die Alternative ist: entweder stellt der politische Wille des Proletariats und die Partei das innere Band der Gesellschaft dar -oder das Wertgesetz. Entweder Staatseigentum und Plan als Ausdrucksformen der proletarischen Herrschaft -oder das Wertgesetz, das eben diese Herrschaft unterminiert. Einen Mittelweg gibt es nicht, weil es keinen Mittelweg zwischen Proletariat und Bourgeoisie gibt.

Die Krise, die ökonomischen Schwierigkeiten resultieren aus den Widersprüchen der Übergangsgesellschaft, man kann sie daher nicht in den Griff bekommen, ohne die richtige Analyse dieser Widersprüche. Man darf dabei nicht bloß auf der Ebene der Phänomenologie bleiben, aber man darf aber auch nicht durch die Konstruktionen von Pseudogrundursachen und Krisentheorien in Dogmatismus machen. Kurou/Medrelewski z.B. übertragen schon für die 50iger Jahre einfach die Vorstellung der zyklischen Überproduktionskrisen im westlichen Kapitalismus auf Polen. "Akkumulation um der Akkumulation willen" finde statt - aber nicht als durch die Konkurrenz diktiertes Zwangsgesetz, sondern aus dem "Machtbedürfnis" der "politischen Zentralbürpkratie" heraus! Das ist reinster Humbug.

Die Äußerungsformen der Krise müssen zunächst nicht unbedingt Rückgang der Produktion oder der Investitionen sein. Zunächst handelt es sich um Disproportion, Stockungen in Produktion und Zirkulation, Strukturkrisen, Qualitätsmängel etc. Lauter Phänomene, die Alarmzeichen für die Herrschenden sind, weil sie ihre Legitimationsbasis: den ökonomischen Erfolg und, nach der Wiederherstellung des Kapitalismus, auch ihre

Profite in Frage stellen. Die Krise hat daher immer wieder Reformen im System der Planung und Lenkung provoziert. Die nicht abreißenden Klagen bei den Parteitagen zeigen die Realität der Krise. Die Krise in diesem Sinn , der sich aus dem Gesamtcharakter der Übergangsgesellschaft ergibt, schließt also hohes Wachstum, volle Auslastung des Arbeitskräftepotentials über längere Perioden nicht aus.

Ein Blick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der COMECON-Länder zeigt jedoch heute, daß sie eher zu statt abnehmen. Waren Krisenerscheinungen usw. in den 50iger Jahren noch zum guten Teil der falschen, administrativen Behandlung der Widersprüche geschuldet, so wird heute mehr und mehr die Wiederherstellung des Marktes, der Kapitalverwertung, des Profitstrebens und die Aushöhlung und Irrelevanz der Pläne (das geht bis zur offenen Abschaffung der Pläne in der CSSR 1965) zur Ursache der Krisen. Ihre Erscheinungsformen nähern sich mehr und mehr den Formen der westlich kapitalistischen Krisen an. Das zeigt, daß nicht das alte System, sondern die zunehmend kapitalistische Restauration zur Ursache der Mißstände geworden ist. Die Sowjetunion und die anderen COMECON-Länder sind heute in in das erste Stadium der allgemeinen Krise des Kapitalismus eingetreten und es ist dies die notwendige Konsequenz ihrer Rückentwicklung zum Kapitalismus. Mit dieser Rückentwicklung werden die kapitalistischen Krisenursachen nicht abgeschwächt, sondern verstärkt und sie äußern sich dadurch zum Teil noch in besonderen Formen.

II. Bourgeoisie und Proletariat unter der Diktatur des Proletariats

Die Schlüsselfrage für die Beurteilung der Übergangsgesellschaft ist die Frage nach dem Klassencharakter der Staatsmacht, welche Klasse die politische Macht innehat. Darauf, und nicht auf ökonomische Formen kommt e s in erster Instanz an. Vom Klassencharakter der Staatsmacht hängt es auch ab, wie die Widersprüche der Übergangsgesellschaft behandelt werden, in welcher Richtung sich daher die Gesellschaft entwickelt, vorwärts oder zurück zum Kapitalismus. Solange das Proletariat nicht die Macht ergriffen hat, können sich keine noch so geringen Elemente sozialistischer Produktionsverhältnisse entwickeln. Und umgekehrt: Solange nach der Revlution die Staatsmacht fest in den Händen der Arbeiterklasse, der proletarischen Partei ist, solange führt auch die partielle Ausdehnung kapitalistischer Elemente wie unter der NEP nach 1921 nicht zum Kapitalismus., wenn auch zu einer gewissen Stärkung der gestürzten Bourgeoisie. Freilich kann jede politische Macht letztlich nur auf den bestimmten Produktionsverhältnissen beruhen und die unbeschränkte Ausdehnung und Stärkung der kapitalistischen Verhältnisse unterminiert die Diktatur des Proletariats und schafft schließlich die Voraussetzungen für die Machtergreifung durch die Bourgeoisie. Die Hauptaufgaben der Diktatur des Proletariats besteht ja gerade darin, die Produktionsverhältnisse vollständig umzuwälzen, die kapitalistischen Elemente in ihnen zu beseitigen und damit einer kapitalistischen Restauration ökonomischen Boden zu entziehen. Das Entscheidene ist also die Frage der politischen Macht zuerst ihrer Eroberung und dann ihrer weiteren Festigung und Erhaltung.

Die Scheidelinie zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus verläuft daher an der Frage der Diktatur des Proletariats. Im Kapitalismus sind die Revisionisten für alles Mögliche, nur nicht für die revolutionäre Eroberung der politischen Macht und die Errichtung der proletarischen Diktatur. Damit verraten sie das Hauptinteresse der Arbeiterklasse, die Revolution, und treten insofern letztlich auf die Seite der Bourgeoisie. Unter der Diktatur des Proletariats sind sie für alles Mögliche, nur nicht für die revolutionäre Entfaltung der proletarischen Diktatur, für die Fortsetzung des Klassenkampfes und der revolutionären Massenmobilisierung. Es ist kein Zufall, daß die Revisionisten so sehr gegen die Große Proletarische Kulturrevolution geifern, in der chinesischen Volksmassen die praktische Form gefunden haben, um die Revolution auch nach der Machtergreifung weiter - und zu Ende zu führen. Deshalb kämpfen die Revisionisten objektiv für die Aushöhlung, Unterminierung der Diktatur des Proletariats, schließlich für ihre Verwandlung in ein bürgerliches System. Auch hier treten sie daher objektiv als Agenten der Bourgeoisie auf.

Der Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus, der unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats stattfindet, ist nichts anderes als Klassenkampf, in dem es darum geht, ob das Proletariat seine Machtpositionen auf revolutionärem Weg erhält und ausbaut, oder sie schrittweise an bürgerliche Elemente, an die neue, sich als Klasse eben erst bildende Bourgeoisie verliert, solange bis diese sich stark genug fühlt, die Macht im Staat vollends an sich zu reißen. Wie die Große Proletarische Kulturrevolution in China zeigt, kann dieser Klassenkampf äußerst scharfe Formen annehmen und bis zu bewaffneten Kämpfen gehen.

Die revisionistische Ideologie ist nicht eine "klassenlose" Abweichung vom Marxismus, sondern bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung, direkt oder indirekt im Dienste der Bourgeoisie.

Die politischen Hauptaufgaben des Proletariats nach der Machteroberung ist die Aufrechterhaltung seiner Diktatur. Das Primat hat unbedingt die Politik, die Revolution steht weiterhin an erster Stelle. "Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen". (Lenin) Und :" Ohne poltisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse (in unserem Fall das Proletariat, W.L.) ihre Herrschaft nicht behaupten und folglich auch ihre Produktionsaufgaben nicht lösen können."

Die Notwendigkeit des Primats der Politik stellt sich für das Proletariat an der Macht umsomehr, als der spezifische Charakter der sozialistischen

Revolution gerade darin besteht, daß das Proletariat die politische Macht ergreift und mit ihrer Hilfe erst schrittweise die Produktionsverhältnisse umgestaltet. Von den richtigen Eingriffen der Politik in die Ökonomik und von der weiteren ständigen Revolutionierung des Überbaus hängt es ab, ob es gelingt, die immer noch vorhandenen kapitalistischen Verhältnisse zurückzudrängen und zu besiegen. Dem Überbau der politischen Macht kommt in der Übergangsgesellschaft diese besondere Bedeutung zu, weil der Sozialismus die erste Gesellschaftsordnung ist, die bewußt von einer Klasse aufgebaut wird.

Das Proletariat an der Macht kann sein nächstes Klassenziel, den Aufbau des Sozialismus, gerade nicht auf der Basis gefestigter "nicht-kapitalistischer" Produktionsverhältnisse verfolgen, wie die Trotzkisten behaupten, im Gegenteil: Wenn nicht die proletarische Macht ständig revolutionär in die noch von kapitalistischen Elemente durchsetzte Basis eingreift, werden diese kapitalistischen Verhältnisse um sich greifen und sich durchsetzen. Der Sozialismus baut sich nicht von selbst auf, aber umgekehrt führt die Vernachlässigung der Revolution, eine falsche revisionistische Linie von selbst zur Ausdehnung des Kapitalismus im Inneren der Übergangsgesellschaft. Um die Kraft der gestürzten Bourgeoisie, der bürgerlichen Elemente zu begreifen, braucht man sich nur den ungeheuren Widerstand zu vergegenwärtigen, den die kapitalistische Umwelt (Weltmarkt), die Kleinproduktion und der Kleinhandel, kapitalistische Elemente in den Produktiosverhältnissen (Warenproduktion, kapitalistische Lohnformen...), die bis zu einem gewissen Grad häufig unvermeidbare Bürokratisierung der Gesellschaft, der über weite Stadien noch bürgerlichen Bewußtseins der Massen - den alle diese "Reserven" der, wenn auch bereits gestürzten Bourgeoisie dem Aufbau des Sozialismus entgegensetzen. Der Revisionismus ist die Kapitulation vor diesen bürgerlichen Widerständen, er ist die Ideologie, die die Ausdehnung der bürgerlichen Verhältnisse begleitet, d.h. ausgedrückt und seinerseits beschleunigt. Wenn man wie die Trotzkisten und Revisionisten dieses Problem nicht versteht, den Charakter und die Aufgaben der proletarischen Staatsmacht nicht versteht, das besondere Basis-Überbau-Verhältnis in der Übergangsgesellschaft nicht versteht, kann man die ständige Gefahr einer kapitalistischen Restauration und die Klassenbedeutung des Machtantritts des Revisionismus nicht einmal mehr wahrnehmen.

Die Schlüsselfrage bei der Beurteilung des Klassencharakters der Übergangsgesellschaft ist die: Wer ist im Besitz der Staatsmacht? Das Proletariat oder zumindest eine Führung, die in den Grundfragen objektiv im Interesse des Proletariats Politik macht, - oder eine vollständig revisionistische Führung, die die Widersprüche nicht im sozialistischem, sondern in kapitalistischem Sinn behandelt, und damit objektiv Politik im Interesse der sich eben neu herausgebildenden Bourgeoisie macht, deren Elemente auch unter der Diktatur des Proletariats existieren und auch in der Sowjetunion existieren und sich unter dem Banner des Revisionismus sammelten. Es macht natürlich einen großen Unterschied, ob die bürgerliche Klasse als solche noch existiert, wenn auch ökonomisch ungeheuer geschwächt und politisch entmachtet, wie das bis zur Vollendung der sozialistischen Umgestaltung hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse (d.h. 1934 in Rußland, 1956 in China, 1960 in Albanien) in jedem sozialistischen Land bis zu einem gewissen Grad der Fall ist oder ob mit dem Abschluß dieser Umgestaltung die Ausbeuterklassen als solche und die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen verschwunden sind. Aber es wäre ganz falsch, daraus den Schluß, des Endes oder der Abschwächung des Klassenkampfes zu ziehen. Der alten Bourgeoisie als solcher ist die hauptsächliche ökonomische Grundlage, ihr Eigentum entzogen, aber ihre Elemente, Reste bestehen weiter, gewisse kapitalistische Momente in Basis und Überbau bestehen weiter, neue bürgerliche Kräfte entstehen, Keime einer neuen bürgerlichen Klasse. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie geht weiter. Er stellt sich dar als Kampf zwischen der proletarischen und der revisionistischen Linie, denn die revisionistische Behandlung der Widersprüche stärkt direkt die bürgerlichen Kräfte und erfolgt objektiv in ihrem Interesse. Dem Wesen nach handelt es sich dabei um Klassenkampf gegen die sich wie der herausbildende Bourgeoisie.

Aufgrund des besonderen Basis-Überbau-Verhältnisses in der Übergangsgesellschaft, wo also die Alternative zur weiteren revolutionären Umwälzung der Produktionsverhältnisse nicht Stillstand auf der Basis einer eigenständigen, gefestigten Produktionsweise ist, wie die Trotzkisten annehmen und auch gewisse kritische Revisionisten, sondern schrittweises Umsichgreifen der kapitalistischen Verhältnisse und Stärkung der Träger dieser Verhältnisse (das sind die Keime der neuen Bourgeoisie), bedeutet die Machtergreifung des Revisionismus, seine volle Durchsetzung, daß das Proletariat alle seine Möglichkeiten, mit Hilfe der Staatsmacht in die Produktionsverhältnisse einzugreifen, verloren hat und dafür die bürgerlichen Elemente sich entfalten können. Der nächste Schritt ist der, daß die Politik der revisionistischen Führung nicht mehr den Charakter von "Konzessionen" an die sich neu heranbildende Bourgeoisie hat, sondern zielbewußt und planmäßig die kapitalistische Restauration vorantreibt und sich in das direkte politische Instrument der neuen Bourgeoisie verwandelt. (was mit den Profitreformen in den 60iger Jahren geschehen ist).

Insofern bedeutet der Machtantritt des Revisionismus die Einleitung der kapitalistischen Restauration, den Wandel im Klassencharakter der Staatsmacht, insofern bedeutet er auch den Machtantritt der Bourgeoisie, auch wenn diese Bourgeoisie noch nicht entwickelt und konsolidiert ist, weil sie sich unter der stalinschen Diktatur (trotz seiner Fehler) nicht entfalten konnte. Dagegen zu "argumentieren": "Wie kann denn eine Klasse an der Macht sein, die es noch gar nicht (in entwickelter Form) gibt?", wie dies die Trotz-

kisten machen, bedeutet nichts, als sich hinter primitiven Formeln zu verschanzen, um sich die Analyse der Übergangsgesellschaft zu ersparen. Hinter diesem "Argument" steckt natürlich mehr: nämlich das Leugnen der Existenz von Elementen der Bourgeoisie in der Übergangsgesellschaft, sobald erst einmal die sozialistische Umgestaltung hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse (Rußland: 1934, China: 1956) abgeschlossen ist. Und in der Tat: wenn in sich geschlossene "nichtkapitalistische Produktionsverhältnisse" herrschten, gäbe es keinerlei sozialökonomische Grundlagen für bürgerliche Schichten und schließlich für eine neue bürgerliche Klasse. Der Revisionismus könnte daher ebenfalls in keinem Zusammenhang mit den bürgerlichen Elementen stehen. Es gäbe keine Grundlagen für die Heranbildung einer neuen Bourgeoisie (wenn man unter Bourgeoisie nicht bloß ein "ideologisches Gebilde" versteht, was die Trotzkisten, auch akkurat in ihrer Ignoranz den "Maoisten" vorwerfen), es gäbe daher - zu Ende gedacht - auch keine Gefahr einer kapitalistischen Restauration, denn wer wären ihre Träger?

Eine "fertige" vollentwickelte, politisch organisierte neue Bourgeoisie fällt halt nicht vom Himmel, und solange die Bourgeoisie nicht soweit entwickelt ist, werden die Trotzkisten immer fragen: "Wo ist denn die Bourgeoisie, die so aussieht, wie es im "Kapital" steht und wie es sie bei uns gibt?" "Wo ist denn dieselbe Bourgeoisie in der DDR wie in Westdeutschland?" "Wie heißen denn die Bourgeois mit Namen und Vornamen?", was alles Mandel uns zu fragen beliebte (Teach-in, Wien 16.9.1972). Und um diesem ganzen dogamtischen Unsinn ein Rückgrat zu verleihen, erklären die Trotzkisten (wie die modernen Revisionisten) die Übergangsgesellschaft zu einer "eigenstädnigen sozialökonomischen Formation" (Mandel) einer besonderen Produktionsweise. Bei den modernen Revisionisten dient dieses ideologische Manöver dafür, alle Fäden zum Kommunismus zu zerreißen und ihn nur zum platonischen "Endziel" zu erklären; bei den Trotzkisten dazu, um alle Fäden zum Kapitalismus zu zerreißen, soweit es sich um die Produktionsverhältnisse handelt. "Übergangsgesellschaft" ist für die Trotzkisten ein rein politischer Begriff. "Übergang" deshalb, weil trotz mehr als 50 Jahren Entwicklung die SU immer noch nicht zu dem geworden ist, was sich die Trotzkisten unter Sozialismus vorstellen und wozu sich Mandel schon so ein hübsches "Modell" ausgetüftelt hat.

Der entscheidende Wendepunkt in der Entwicklung der SU ist daher der Machtantritt des Revisionismus, der beim XX. Parteitag der KPdSU seinen politischen und ideologischen Ausdruck fand. Der XX. Parteitag bedeutete die volle Durchsetzung der revisionistischen Linie und den Machtantritt einer bürgerlichen revisionistischen Clique, die sich bereits in der Zeit Stalins herausgebildet und unter dem Banner des Revisionismus gesammelt hatte. Seit dem XX. Parteitag ist die Politik der neuen Führung der KPdSU und der bürgerlichen Klasse, die sie historisch vertritt, nicht mehr im geringsten in Übereinstimmung mit den Interessen des Proletariats. Der Klassencharakter der Parteispitze und der Staatsmacht hat sich geändert. Jetzt konnte die neue bürgerliche Klasse sich ausbreiten und konsolidieren, und im Besitz der Staatsmacht trieb und treibt sie die allseitige kapitalistische Restauration voran.

Hier erhebt sich die Frage, ob diese "stille" Konterrevolution möglich ist, wenn andererseits der umgekehrte Übergang vom Kapitalismus zur proletarischen Dkitatur nur auf gewaltsame und revolutionäre Weise möglich ist. Genau das bestreiten die Trotzkisten. "Diese rechtsgerichtete Politik" (der Dubcek-Clique) schreibt die sog. "IV. Internationale" zur CSSR-Frage, "kann man nicht als förderlich für die Restaurierung des Kapitalismus bezeichnen. Solch eine Konzeption bedeutete die Möglichkeit einer schrittweisen Wandlung eines Arbeiterstaats in einen kapitalistischen Staat, einer nichtkapitalistischen Wirtschaft in eine kapitalistische. Das ist jedoch nur umgekehrter Reformismus". Und da auch von einer Bourgeoisie weit und breit nichts zu sehen ist, ist und bleibt die Bürokratie in alle Ewigkeit klassenlos, einfach "verselbständigt", ohne dem Widerspruch von Kapitalismus und Sozialismus, dem Hauptwiderspruch der Übergangsgesellschaft ausgesetzt zu sein. Die Trotzkisten sind daher völlig unfähig, die Entwicklung "degenerierter Arbeiterstaaten" zu kapitalistischen Staaten zu begreifen, daher auch die Entwicklung der SU oder die der VR-China während der Kulturrevolution. Der theoretische Fehler liegt darin, daß ein schrittweiser Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus deshalb möglich ist, weil sich nicht sozialistische Produktionsverhältnisse in den Poren des Kapitalismus entwickeln können. Dagegen können sich kapitalistische Verhältnisse in der Übergangsgesellschaft reproduzieren und ausdehnen, weil sie ja trotz der Herrschaft sozialistischer Verhältnisse existieren. "In den Poren" der Übergangsgesellschaft kann sich daher sehr wohl der Kapitalismus ausdehnen und schließlich gegen die ursprünglichen sozialistischen Verhältnisse durchsetzen. Die ganze Entwicklung - die Herausbildung und Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie sowie die Entmachtung des Proletariats - spielt sich auf der Basis dieser widersprüchlichen Produktionsverhältnisse ab.

"Die sozialistische Gesellschaft umfasst eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen." (Mao Tse-tung) Die Frage steht nur so: Diktatur des Proletariats (wenn auch u. U. bürokratisch verzerrt und fehlerbeladen) oder Diktatur der Bourgeoisie, unter der Form der Herrschaft

des Revisionismus, auch wenn es dabei verschiedene Entwicklungsstufen gibt!

Eine andere Klasse, irgendeine Mittelklasse kann kein einigermaßen stabiles Regime errichten, kann auf die Dauer nicht die politische Macht ausüben. Es bleibt den Trotzkisten und kleinbürgerlichen Kritikern der SU vorbehalten, sich eine "klassenlose" Bürokratie auszudenken, die dort von 1924 bis 1972 die Macht ausüben soll, weder bourgeois noch proletarisch in ihren Klassenzielen, sondern halt einfach Bürokratie und "degeneriert".

Für die Machtergreifung des Revisionismus beim XX. Parteitag mußten natürlich Vorbedingungen da sein, zumal sie relativ leicht und ohne größeren Widerstand vor sich ging. Zwar zeigte sich in den Jahren vorher der Kampf zweier Linien in der KPdSU, und Stalin nahm 1952 ("Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR") gegen die bürgerliche Linie Stellung. In dieser Schrift hielt er, obwohl er auch hier Fehler machte, grundsätzlich am Ziel der Überwindung der Warenproduktion und der kapitalistischen Verhältnisse fest und orientierte sich auf den Aufbau des Sozialismus. Er warnte vor den Folgen der Maßnahmen, die die Revisionisten damals schon propagierten und die die Chruschtschow-Clique kurze Zeit darauf verwirklichte. Aber dessen ungeachtet konnte die volle Durchsetzung des Revisionismus nicht mehr, und vor allem nicht mit bürokratischen Mitteln verhindert werden. Sie war nur möglich, weil in der Zeit Stalins die dazu notwendigen Vorausetzungen entstehen konnten, sowohl im Bereich der Produktionsverhältnisse, wo der Kampf gegen viele kapitalistische Formen nicht geführt oder nicht richtig oder ungenügend geführt wurde, als auch im Überbau, wo die Bürokratie und der Revisionismus, beides bürgerliche Erscheinungen, um sich griffen. In Gestalt der Bürokratie und einer neuen bürgerlichen Intelligenz bildeten sich die Hauptelemente und die sozialen Hauptstützen der neuen Bourgeoisie und der späteren Machthaber heraus, der Revisionismus griff um sich. Noch 1928 erkannte Stalin die Bürokratie als eine bürgerliche Erscheinung und als potentiellen Träger der kapitalistischen Restauration. Und noch in den 30er Jahren (bei der Kollektivierung der Bauern, wo aufgrund bürokratischer Strukturen im Staatsapparat und auch schon in der Partei "linke Fehler" (Übereile, Zwang etc.) gemacht wurden entgegen der Weisungen des ZK. Das ZK versuchte, diese Fehler zu korrigieren; bei der Kampagne zur Entfaltung der Technik und bei der Stachanowbewegung, die beide gegen den Widerstand der Bürokratie und der bürgerlichen Ingenieure durchgeführt wurden; in dem Versuch zur Wiederherstellung der zerstörten innerparteilichen Demokratie 1937) versuchte die Parteiführung, den Kampf gegen die Bürokratisierung und die Herausbildung und den Machtzuwachs der bürgerlichen Bürokratie zu führen. Aber sie führte ihn nicht (und konnte das wahrscheinlich auch nicht mehr) gestützt auf die Massen, indem sie eine Kulturrevolution zu initiieren versuchte, sondern sie führte ihn selbst nur von oben, mit Hilfe wiederum bürokratischer Mittel. Sie unterschätzte die Gefahren, die von dieser Entwicklung ausgingen. Sie konnte auf keine bisherigen Erfahrungen zurückgreifen und aus ihnen lernen, was für die KPCh und die PAA von größter Bedeutung war. Sie operierte unter denkbar ungünstigen objektiven Bedingungen. Sie konnte aufgrund ihrer Fehler die Widersprüche weder korrekt analysieren noch sie revolutionär behandeln. Aufgrund dieser Linie: über die Köpfe der Massen hinweg Politik zu machen und die Widersprüche administrativ zu unterdrücken zu versuchen, konnte sie zwar noch an den wichtigsten Errungenschaften der Oktoberrevolution und des Aufbaus des Sozialismus im großen und ganzen festhalten, aber sie konnte die Ausweitung der bürgerlichen Schichten und des Revisionismus, der Stärkung der bourgeoisen Elemente, keinen entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Bürokratie und Revisionismus nahmen vom Staats- und Wirtschaftsapparat ihren Ausgang, überwucherten allmählich die ganze Partei bis in die Führungsspitze.

Der bürgerliche Charakter der Bürokratie trat im Laufe der Entwicklung immer deutlicher zutage, die Eigeninteressen der bürgerlichen Schichten verwandelten sich allmählich in kapitalistische Interessen. Es existierten ja kapitalistische Verhältnisse, die auch ihre Funktionäre, Agenten, Träger reproduzierten. Im Verlauf der Entwicklung wurden die Träger einzelner, durch andere Momente überlagerter kapitalistischer Verhältnisse zu Elementen einer neuen Bourgeoisie. Der Prozeß selbst ist ein komplexer sozialer Prozeß. Die Hauptelemente der neuen Bourgeoisie sind die bereits unter Stalin verselbständigten, privilegierten Schichten, die sich immer mehr sozial abschließen, ihren Eigeninteressen nachgehen und deren Eigeninteressen selbst unter dem Druck der Widersprüche zu kapitalistischen werden. Sie haben das Proletariat entmachtet, sie bilden das Rückgrat der neuen Bourgeoisie. Dazu kommen die Technokraten und Manager, deren Interesse direkt in der Einzelkapitalverwertung liegt. Aber das sind nicht bloß die Fabriksdirektoren, denn die technokratischen Formen umfassen die ganze Gesellschaft und die "Technokratie" ist in der Staats- und Parteiführung vertreten und verankert. Ungeachtet der Unterschiede zwischen diesen Elementen, die auch zu heftigen politischen Kämpfen führen können (wie in der CSSR), sind sie von Anfang an miteinander verfilzt. Andere Elemente sind die alten Kapitalisten, ist die Reproduktion des Kleinbesitzes, die permanent Elemente des Kapitalismus hervorbringt, sowie das Kleinbürgertum überhaupt, insbesondere die bürgerliche Intelligenz, die als soziale Basis der neuen herrschenden Klasse fungiert, sowie der direkte und indirekte Einfluß des Weltkapitalismus (direkt als Kapitalimport). Die KPCh behandelt alle diese Elemente als die eines einheitlichen Prozesses, macht aber die Frage nicht abstrakt daran fest, ob Einzelkapitalverwertung vorliegt oder nicht, und sie zeigt auch, wie sie in der Realität miteinander verbunden sind. Wie das Erstarken kapitalistischer Elemente und die Verselbständi-

gung einer mehr und mehr Macht an sich reißenden bürokratischen Schicht sich im Revisionismus ausdrückt, so forciert die revisionistische Behandlung der Widersprüche ihrerseits die kapitalistische Entwicklung. Es wäre ganz falsch, einzelne Elemente aus dem Gesamtprozeß herauszulösen und die Frage der Restauration des Kapitalismus z. B. von der Frage der Oberhand der Manager auch über die Partei- und Staatsbürokratie abhängig zu machen. Dieser abstrakt-logischen Isolierungsaktion entspricht in der Realität rein gar nichts (das Ganze könnte aus dem Fall CSSR abgeleitet werden), aber diese Methode macht einen völlig unfähig, die Vorgänge in der DDR etwa korrekt einzuschätzen. Schließlich ist es ganz falsch und ökonomistisch, die Frage der Wiedererrichtung des Kapitalismus abhängig zu machen von der Existenz einer "reinen" Einzelkapitalverwertung samt klassischer Konkurrenz und samt allen (uns aus dem "Kapital" bekannten) "Finessen" der kapitalistischen Akkumulation - und zu sagen, erst dann haben die Produktionsmittel die Form des Kapitals "vollständig" angenommen und sich damit auch erst eine neue Bourgeoisie herausgebildet.

Auch hier bleibt der umfassende gesellschaftliche Charakter des restaurativen Prozesses ganz außer Betracht, und vora llem fallen alle seine politischen und sozialen Elemente heraus; daß Elemente der Bourgeoisie in der Übergangsgesellschaft immer existieren; alte und neue; daß der Klassenwiderspruch permanent auf die Ent wicklungsprozesse wirkt und daß es ein komplexer Prozeß ist, wie die Bourgeoisie erstarkt, an Macht gewinnt, den Staatsapparat mehr und mehr unter Kontrolle bekommt und schließlich die ganze Staatsmacht an sich reißt.

In der SU und den anderen osteuropäischen Ländern hat sich eine neu e Bourgeoisie herausgebildet, sozial abgesichert und konsolidiert.

Sie treibt die allseitige Restauration des Kapitalismus zielbewußt voran. Allseitig heißt: in allen Bereichen der Ökonomie, Politik, Kultur etc. Damit haben sich auch die Klassengrundlagen des Revisionismus in diesen Ländern gegenüber der Zeit Stalins verändert, er ist aus der Arbeiterbewegung herausgetreten und hat sich in eine Bourgeoisideologie verwandelt. Die entscheidenden Entwick lungsschübe der kapitalistischen Restauration sind der XX. Parteitag der KPdSU und die Schritte in Richtung Einzelkapitalverwertung durch die NÖS, denen ja gerade im Gefolge des XX. Parteitages auf sozialem und politischem Gebiet der Weg bereitet wurde. Im Verlauf der Restauration werden die Produktionsmittel wieder ohne Einschränkung zu Kapital, sowohl im Verhältnis zueinander als auch im Verhältnis zur Lohnarbeit. Aber genau wie es bei dem ganzen Prozeß der Restauration keinen zeitlich genau fixierten Umschlagpunkt gibt, so auch hier nicht. Die Arbeit ist schon längst in jeder Hinsicht Lohnarbeit (bis in die Lohnformen hinein), gegenüber den Arbeitern verhalten sich die Produktionsmittel schon längst als Kapital. Mit den Gewinnformen der NÖS wurde die Restauration der Einzelkapitalverwertung auf die Tagesordnung gesetzt und damit die Konkurrenz der Einzelkapitale gegeneinander, wodurch in der Tat sich die aus dem Kapitalismus bekannten zyklischen Entwicklungen, die Gesetze der kapitalistischen Akkumulation schrittweise durchsetzen müssen. So falsch es ist, die Frage der kapitalistischen Restauration einzig und allein abhängig zu machen von Konkurrenz und Einzelkapitalverwertung, so wesentlich waren die Gewinnreformen in diesem Prozeß. So wie Behrens und Co. schon 1957 das NÖS ideologisch antizipierten, so Alexander Birman 1967 in der SU das volle Durchsetzen der Gesetze der kapitalistischen Akkumulation ("Die Wirtschaftsreformen in der SU", Moskau 1969).

Die KPCh hat die historischen Lehren daraus gezogen und die Erfahrungen in der SU und in China verallgemeinert. Ohne Masseninitiative, ohne maximale proletarische Demokratie, ohne ideologischen Kampf und Erziehung der Massen, ohne enge Verbindung von Partei und Massen, ohne ständige Revolutionierung des Überbaus und davon ausgehende revolutionäre Eingriffe in die Produktionsverhältnisse und selbst in die Struktur der Produktivkräfte, ohne ständige Wachsamkeit und ständigen Kampf gegen Bürokratie, Revisionismus und Kapitalismus - ohne all das werden die Errungenschaften des Sozialismus ausgehöhlt und die proletarische Macht unterminiert. Die Ausschaltung der Massen und die Austragung der Klassenkämpfe nur in bürokratisch verkürzter Form - das ist der große Trumpf der Bourgeoisie. Mao Tsetung und die KPCh haben diese Erfahrungen an der Entwicklung der Revolution in China und des sozialistischen Aufbaus der SU verarbeitet und schöpferisch angewandt, damit die Lehre von Marx und Lenin über die Diktatur des Proletariats weiterentwickelt und die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus wesentlich bereichert. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution, zu der sich der Klassenkampf in China zwischen Proletariat und Bourgeoisie zugespitzt hatte, haben die werktätigen Massen Chinas unter Anleitung und Führung der KPCh die praktische Form gefunden, um die von den bürgerlichen Kräften eroberten Positionen zurückzuerobern, die Diktatur des Proletariats zu erhalten und zu festigen und die Restauration des Kapitalismus zu verhüten.

III. Die Entwicklung in der DDR

Die 54er-Reform in der DDR

Untersuchen wir jetzt die Art der Behandlung der Widersprüche der Übergangsgesellschaft in der DDR, sobald sich erstmals Krisentendenzen bemerkbar gemacht hatten. Im alten System 1949-54 machten sich ungeachtet der ungeheuren ökonomischen Erfolge bald hinter der Fassade und ohne äußere Verfallszeichen die Widersprüche bemerkbar, die man ignoriert, unterdrückt und in die Poren des Plans gedrängt hatte. Die mannigfaltigen Formen der Krise beschreibt Ulbricht in seiner Rede auf der 21. ZK-Tagung am 12. 11. 54. Die Reaktion auf die Krisenzeichen besteht in dem Versuch, nicht die administrative Unterdrückung der Widersprüche infrage zu stellen, sondern die Formen der Administration zu verändern. Insofern blieb die 54er-Reform im Rahmen des alten

Systems. Die Krise wurde durch sie auch nicht aus der Welt geschafft. Der Weg von der administrativen Unterdrückung der Widersprüche zu ihrer "ökonomischen Lösung", der sich in einigen Modifikationen des "alten Systems" seit 1951 schon andeutete und in der 54er-Reform schon ansatzweise beschritten wird, dieser Weg ist unter den gegebenen Klassenverhältnissen ein notwendiger. Insofern und unter diesem Gesichtspunkt sind die 54er-Reformen die Keimform, die Keimform der NÖSPL, vor dem Umschlag in Richtung Einzelkapitalverwertung.

Das ürsprüngliche System der Planungslenkung ging von der Vorstellung aus, daß der gesamte Sektor mit staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln ein einziger Großkonzern sei, innerhalb dessen selbstverständlich keine Warenproduktion stattfinde. Die gesamte Produktion und Verteilung wurde zentral gebrauchswertmäßig und detailliert geplant: Menge und Struktur der Produktion (Bruttoproduktionauflagen), Höhe und Verteilung der Investitionen via Staatshaushalt, zweigliche und territoriale Verteilung der Arbeitskräfte, Materialversorgungskontingente usw.

Der Plan beeinflußte nicht nur die Entwicklungsrichtung der Produktion, sondern griff direkt in operative betriebliche Prozesse ein. Der Gewinn hatte keine selbständige ökonomische Bedeutung. Weder die Akkumulation, noch Löhne und Gehälter waren an den Gewinn gebunden.

Nach der 21. ZK-Tagung wurde das System der Planung und Lenkung reformiert. Die Lösung suchte man 1954 in der Erhöhung der Rolle der Betriebe im Wirtschaftsprozeß, was unter den gegebenen Verhältnissen praktisch die Erhöhung der Macht der Direktoren bedeutete. Die Funktion des Gewinns veränderte sich durch eine Verordnung 1955, nach der nicht mehr der gesamte Gewinn, sondern nurmehr 20% an den Staatshaushalt abzuführen waren. Der Rest konnte zur Eigenfinanzierung der betrieblichen Fonds verwendet werden. Der Gewinn wurde damit zu einer wichtigen ökonomischen Führungsgröße, die auch auf die Interessen sowohl des Managements als auch der Belegschaft hingelenkt wurden. Das qualitativ Neue an der 54er-Reform war die veränderte Stellung des Betriebes im "SPL", seine erhöhte operative Selbständigkeit und die neue Betonung auf verstärkte horizontale Beziehungen der Betriebe untereinander. Neu war auch die verstärkte Betonung der materiellen Anreize auf allen Ebenen. Alles in allem überlagerten die neuen Maßnahmen die bisherige "PLL"-Struktur, aber sie ersetzten sie nicht (Gewinn noch nicht Residualgröße, sondern absolut geplant, die gebrauchswertmäßige Planung bleibt ...). Man kann die Reform zusammenfassend als Vorläufer des NÖSPL bezeichnen, denn alle Elemente des NÖSPL sind schon rudimentär vorhanden; sie werden 8 Jahre später voll entwickelt und in einen systematischen Rahmen gestellt.

Die Behandlung der Widersprüche und der Klassencharakter der 54er-Reformen

Bis zu den Reformen 1954 wurden die Betriebe mittels detailierter gebrauswertmäßiger Kennziffern geplant. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte, mit der fortschreitenden Arbeitsteilung, mit der Diversifikation der Produkte und mit der seit 1953 deutlich gewordenen Notwendigkeit, die Konsumgüterproduktion zu verbessern - mit all dem wurde der Ausbau des Kennziffernapparates notwendig. In diesem Ausbau und in seiner Struktur drückt sich das Bestreben aus, denbetrieblichen Reproduktionsprozeß zu objektivieren und damit durch die jeweils höheren Organe kontrollierbar zu machen. Die Schwierigkeiten, von den Interessen der Beteiligten unabhängige, objektive, mehr oder weniger technisch bestimmte Normen zu erhalten und mit ihnen die Kontrolle von oben nach unten zu erzielen, führte zur 54er-Reform. Eine derartige "Perfektionierung" konnte an den Krisenmomenten natürlich nichts ändern, weil die "falschen" unpolitischen Interessen der Werktätigen und die korrupten Eigeninteressen der Manager, wo ja die Quelle des Übels lag, davon gar nicht betroffen waren. An diese Probleme führte weder die Diskussion vor die Reform noch der Reform selbst. Die Reformdiskussion ging nicht mehr von den historischen Aufgaben der Übergangsgesellschaft aus, sondern wurde pragmatisch geführt. Nach politischen Fehlerquellen wurde nicht gesucht. Man blieb in phänomenologischen Beschreibungen und pragmatischen Lösungsvorschlägen befangen, Adressat der Reform waren die Manager. An die Mobiliserung der Arbeiterschaft wurde gar nicht erst gedacht. Die Lösung der Krise erwartete man sich nicht durch eine Kulturrevolution, sondern durch eine bürokratisch-ökonomische Reform. Die Reform drückt nicht die Klassenherrschaft des Proletariats aus, sondern die einer herrschenden bürokratischen Schicht, die gezwungen ist, zu kapitalistischen Maßnahmen zu greifen.

In dieser Behandlung der Widersprüche drückt sich die politische Entmachtung des Proletariats aus, im doppelten Sinn:

Einerseits sind die 54er-Maßnahmen klassenmäßig eindeutig als Maßnahmen einer von der Arbeiterklasse verselbständigten Schicht erkennbar, die "selbstverständlich" davon ausgeht, daß nicht die Massen Geschichte machen und den Sozialismus aufbauen, sondern daß die Massen vielmehr als Objekt in den ökonomisch verkürzten und verzerrten "Aufbau" eingeplant werden müssen. Andererseits forcieren die 54er-Reformen genau diese Tendenzen der politischen Expropriation des Proletariats, insofern sie Elemente des NÖSPL vorwegnehmen und zugleich günstige Bedingungen schaffen dafür, daß sich Management, bürgerliche Intelligenz sowie die Entpolitisierung der Massen, die Erstickung der Masseninitiative usw. in breiterem Maße als bisher entwickeln.

Die Bedeutung der 54er-Reformen liegt nicht zuletzt darin, daß in ihrem Gefolge die sozialen Voraussetzungen für den qualitativen Rückschritt 1963ff geschaffen wurden.

Die Klassenvoraussetzungen des NÖSPL

Das System von 1954/55 blieb bis zum NÖSPL 1963 in Kraft. Die Reformen von 1957/58 änderten nur die Struktur der Planpyramide, an der Stel-

lung des Betriebs zur Gesellschaft änderte sich nichts. Die 1954 versuchte Lösung der Widersprüche hatte nichts an den "falschen" Interessenlagen als den unmittelbaren Krisenursachen geändert. Die Produktivität der Investitionen sank (gemessen als Zuwachs zum Nationaleinkommen) von 0,635 (1951-55) über 0,33 (1956-60) auf 0,154 (1961-64). Das waren Alarmzeichen für die Herrschenden, die die Diskussion antrieben und schließlich die Reform unumgänglich machten. Aber erst auf der Basis der sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Veränderungen in den Jahren seit der 54er-Reform und seit dem XX. Parteitag der KPdSU wurde das NÖSPL, immerhin schon 6 Jahre vorher von Behrens u. a. antizipiert, auch wirklich durchsetzbar.

Die Klassenvoraussetzung des NÖSPL war eine relevante Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Gefoge des XX. Parteitages im ganzen osteuropäischen sozialistischen Lager: die weitere Entpolitisierung, Atomisierung und Unterdrückung der Arbeiterklasse, ihre Kettung an bürgerliche Stimuli und seit 1955 in der DDR ansatzweise schon an den Gewinn; die Stärkung der kapitalistischen Elemente auf Betriebsebene durch erheblichen Machtzuwachs der Manager; die schrittweise Umwandlung der herrschenden Bürokratenclique in Elemente der neuen Bourgeoisie; das Entstehen einer breiten sozialen Basis der Restauration in Gestalt der alten und neuen bürgerlichen Intelligenz (Privilegien, Gehaltsdifferenzierungen ...). In der DDR hatten gerade die 54er-Reformen mit die Voraussetzungen geschaffen für diese Stärkung der kapitalistischen Elemente, für die Entwicklung und Festigung der neuen Bourgeoisie. Diese Verschiebung im Kräfteverhältnis der Klassen drückt sich auch in der Entwicklung der Ideologie aus, die vor dem XX. Parteitag noch durch Stalin (1952) geprägt war. Wurde anfangs noch politisch diskutiert (die Aufgaben der Übergangsgesellschaft: Zurückdrängung der Warenproduktion), so in der zweiten großen Diskussionsperiode nur mehr pragmatisch. Es bildeten sich mehrere Strömungen heraus: Behrens u. a. als äußerster rechter Flügel, der Hauptblock, der Behrens noch ablehnte und die "Orthodoxen", die an der Zurückrängung der Warenproduktion festhielten und dabei total isoliert wurden. Die Perspektive des Übergangs zum Kommunismus war verlorengegangen. Die Thesen der meisten Ökonomen waren nur der ideologische Ausdruck der Machthaber, die den kapitalistischen Weg beschritten hatten. In Behrens u. a. kündigte sich der offensive, an der Einzelkapitalverwertung orientierte Flügel an, der sich im NÖSPL gesellschaftlich durchsetzte. Die DDR-Theorie war längste keine Anleitung mehr zum Handeln, sondern eine im Nachhinein ausgearbeitete Legitimationsideologie, in der bereits längst ablaufende gesellschaftliche Prozesse ihren ideologischen Ausdruck finden. Um 1963 herum zeigt sich eine qualitative Entwicklung in der Theorie selbst. Erstens ist eine umfassende Konzeption der Restauration ausgearbeitet. Handelte es sich bei den 54er Reformen noch um pragmatische "Konzessionen", so waren die 63er Reformen immanente, nicht wieder rückgängig zu machende Bestandteile einer neuen "Sozialismus"konzeption. Und darin, in der Wandlung des Begriffs des Sozialismus und - ideologisch- im Gegenstand der politischen Ökonomie besteht das zweite neue Moment. Der Sozialismus ist jetzt eine "relativ selbständige ökonomische Formation", die nach eigenen Gesetzen funktioniert. Es gibt weder Überreste des Kapitalismus noch Elemente des Kommunismus. (Die verbale Zurücknahme des Begriffs nach der Absetzung Ulbrichts durch K. Hager ändert nichts an der Konzeption.)

Die 63er Reform war also doppelten Ursprungs: einerseits war sie Ausdruck der ökonomischen Krise, die eine Reaktion seitens des Staatsapparats, des Eigentümers der Produktionsmittel, erforderlich machte. Unter gegebenen Klassenverhältnissen konnte diese Reaktion nur in der weiteren Tendenz zur ökonomisch-kapitalistischen Lösung der Widersprüche bestehen. Andererseits - und das macht den Unterschied zur 54er Reform aus - wurde die Reform aktiv von den politischen und ideologischen Vertretern einer beschleunigten kapitalistischen Restauration vorangetrieben. Darin drückt sich die obg. Verschiebung im Kräfteverhältnis der Klassen zueinander aus. Ohne diese Widersprüchlichkeit der Reform ließe sich ihre konkrete Durchsetzung nicht erklären, ließen sich auch die Vorgänge in anderen Ländern wie der CSSR nicht erklären. Aber man kann die beiden Momente nicht einfach verschiedenen Fraktionen der herrschenden Schicht zuordnen. Im Einzelfall CSSR eventuell, aber nicht generell.

Das NÖSPL als der Schritt zur Einzelkapitalverwertung

Insofern das NÖSPL auch die Reaktion auf die Krise ist, setzte die theoretische Ausarbeitung des Reformkonzepts ein als Kritik an den Mängeln des alten Systems. Im einzelnen handelt es sich dabei um die selben Mängel, die auch 1954 kritisiert wurden. Die Kritik ging wieder wie 1954 nur pragmatisch vor, sie ging von der "Anerkennung" der bestehenden antisozialistischen Tendenzen aus, nicht von der Notwendigkeit des Kampfes gegen sie. Davon ausgehend mußte der "erste Anlauf" 1954/55 als "nicht ausreichend" erscheinen und die Weiterführung der Ansätze von 1954, soweit sie das "alte System" bereits überschritten, lag nahe.

Fast alle Einzelmaßnahmen des NÖSPL zentrieren sich um den Gewinn herum. Die zentrale Ausrichtung auf den Gewinn ist das qualitativ Neue am NÖSPL, in der DDR hält man daher auch die Produktionsverhältnisse nach den NÖSPL-Reformen für andere als vorher. Der wesentliche restaurative Inhalt des NÖSPL besteht darin, daß alle kapitalistischen Elemente forciert und systematisch ausgestaltet, sowie zu den eigentlich adäquaten Formen des sozialistischen Aufbaus ideologisiert werden. Daß ferner die Gewinnreform eine neue Stufe der Restauration anzeigen, den Schritt in Rich-

tung Einzelkapitalverwertung. In der Tat haben sich unter den Bedingungen der neuen ökonomischen Verhältnisse eine Reihe von aus der kapitalistischen Akkumulation bekannten Phänomene gezeigt: Produktionseinstellungen, inflationäre Prozesse, Verschleißproduktion, systematische Qualitätsverschlechterungen u. s. w. Ich habe nicht vor, das NÖSPL hier zu beschreiben, nur einige Notizen: das NÖSPL sollte einerseits das Planungssystem reorganisieren, andererseits die betriebliche Autonomie wesentlich erweitern durch die Lenkung der Betriebe mit einem System ökonomischer Hebel statt durch direkte Planeingriffe. Gegenstand der Planung ist nicht mehr das Einzelproblem, sondern die großen Entwicklungslinien. Daher Prognosen mit größter Betonung auf den Perspektivplänen. An die Stelle der direkt geplanten Beziehungen zu den Betrieben trat die Steuerung über die Ware-Geld-Beziehungen. Das bedeutet eine völlig veränderte Stellung des Betriebes zur Gesellschaft, nämlich eine verstärkte Autonomie im Rahmen der vorgegebenen Plankennziffern und -normative. Innerhalb derer maximiert der Betrieb selbständig seinen Gewinn. Wenn Preise, Normative etc. richtig gestaltet seien, "ist das Bestreben der Betriebe nach einem hohen Gewinn identisch mit ihren Anstrengungen um eine hohe VW. Leistung". Nicht diese "Meßfunktion" des Gewinns steht aber im Zentrum, sondern die Verteilungs- und Stimulierungsfunktion. Über die Normative und den Gewinn sollen die Interessensebenen der Gesellschaft, des Betriebes und der einzelnen Werktätigen harmonisiert werden. Der Betrieb muß die Mittel der erweiterten Reproduktion selbst erwirtschaften, womit tatsächlich der Verwertungsprozeß des Einzelkapitals restauriert wurde. Wenn der Nettogewinn Gegenstand der Maximierung ist, fungieren Löhne und Gehälter als Kapitalvorschuß, nicht mehr als ein sozial und politisch festzusetzender Teil des Neuprodukts. Für den einzelnen Werktätigen werden die Zuführungen zum Lohn- und Prämienfonds vom Gewinn abhängig, wodurch er materiell am Gewinn interessiert wird. Das System der materiellen Anreize, die kapitalistischen Lohnformen (Akkordsystem), die Lohndifferenzierungen verstärken sich. Mehr und mehr werden Ware-Geld-Beziehungen, wird das Wertgesetz zum inneren Band der Gesellschaft und es wird immer weniger in seiner Wirkung politisch kompensiert und eingeschränkt.

Derart umfassende und in sich geschlossene Reformen konnten nicht auf einmal eingeführt werden, sondern über Etappen. Die Folge dieser Etappen ist allerdings meiner Meinung nach nicht die sukzessive und zielbewußte Verwirklichung eines Gesamtkonzepts. Die Folge der Reformmaßnahmen und ihre Widersprüchlichkeit reflektiert vielmehr die Permanenz der Widersprüche der Übergangsgesellschaft und ihrer krisenhaften Äußerung. Insbesondere die Maßnahmen im Gefolge der Krise von 1970 sind ganz sicher nicht einfach ein "drittes Stadium", sondern die teilweise Aufhebung des zweiten!

Von 1963 bis 1967, dem ersten Stadium, dem Stadium des eigentlichen NÖSPL, wurde die Autonomie der Betriebe schrittweise erhöht und der Gewinn damit zum ökonomischen Zentrum. Durch die Preisreform und die Umbewertung der Grundmittel (zwecks Abschreibungen) sollte ein Datenkranz geschaffen werden, der dem Gewinn ermöglichte, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Im Verlauf der Reform wurde der alte Preistyp selbst in Frage gestellt und der Weg zum "fondsbezogenen" Preis eingeschlagen. Das Prinzip der "Eigenerwirtschaftung der Mittel" wurde eingeführt, die Zahl der Kennziffern verringert, das Kennziffernsystem verändert. DAs horizontale Vertragswesen wurde ausgebaut.

Das ÖSS als widersprüchliche Fortsetzung des NÖSPL

1967 und 1968 ging man aufbauend auf dem NÖSPL über zur Orientierung auf das ÖSS, das als Kern der "sozialistischen Produktionsverhältnisse" bis 1975 umfassend und abschließend verwirklicht werden sollte. Der Perspektivplan wurde zum Hauptsteuerungsinstrument. Bei der Aufstellung des Perspektivplans sollten die Aufgaben der "strukturkonkreten Planung" vorrangig bilanciert werden, um erst in einer zweiten Phase der Bilancierung die übrigen Aufgaben der Volkswirtschaft abzustimmen. Diejenigen Betriebe, die Erzeugnisse der "strukturkonkreten Planung" herstellen, werden Bestandteile der direkten, gebrauchswertmäßigen Planung. Für die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft wurden langfristige Normative zur indirekten Steuerung aufgestellt (Nettogewinnabführung, Produktionsfondsabgabe, Prämienfondszurückführungen etc.). In diesen Bereichen erfolgt die Planung und Leitung über die ökonomischen Hebel, der Gewinn (als Residualgröße) wird selbständig maximiert.

Die grundlegende Richtung: Einzelkapitalverwertung und Stärkung der kapitalistischen Elemente bleibt auch im ÖSS, und insofern ist der ÖSS die Fortsetzung des NÖSPL.

Wenn dennoch das ÖSS nicht als lineare, sondern als widersprüchliche Fortsetzung des NÖSPL verstanden werden muß, so liegt das gerade daran, daß die Reformen allesamt die Widersprüche der Übergangsgesellschaft reflektieren. Die Ursachen der Krisen werden nicht angetastet, sondern man versucht die Lösung, indem man ihnen "Rechnung trägt". Jede Reformmaßnahme löst unter diesen Bedingungen andere, neue Phänomene aus, in denen die Widersprüche zum Durchbruch kommen. Die 63er Reformen und die Reformen seither lösen die Probleme der Krise, indem sie die Phänomene provozieren, die uns vom Gang der kapitalistischen Akkumulation bekannt sind. Das führt zu einem Typus von "stop-go-Politik" bei der Durchführung der Reformen zu einer Politik der Schwankungen, der abwechselnden Forcierung und Retardierung der Reformmaßnahmen.

Die Krise 1970 und ihre Ursachen

Ursprünglich war geplant, in der Dekade von 1965 - 75 das neue System der Wirtschaftsplanung und -lenkung zu vervollkommnen und zu einem in sich geschlossenen System auszugestalten. 1971 wurden geplante Maßnahmen des ÖSS nicht durchgeführt, andere bereits realisierte Maßnahmen wurden zurückgenommen. Die Ursache war die Krise 1970. Die angestrebten Wachstumsraten in den strukturbestimmenden Zweigen wurden nicht oder teilweise erreicht. Es kam zu schweren Disproportionen zwischen den "strukturbestimmenden" und den anderen Zweigen, zu letzteren gehört fast die ganze Zulieferindustrie. Das Ausmaß der Krise zeigt sich darin, daß 1971 ein Sinken der Investitionen (um 1,5 %) geplant wurde. Die Ursachen der Krise liegen weder in Fehlern noch im harten Winter und witterungsbedingten Ertragsausfällen, sondern im ÖSS selbst. Die meisten Betriebe produzierten ohne direkte staatliche Lenkung, sie waren auf Gewinnmaximierung orientiert. Es gab kein Instrument mehr, um ein "betriebsegoistisches" Verhalten der Betriebe zu verhindern. Die Folgen der ökonomischen Dezentralisierung in Richtung Wertgesetz und Einzelkapitalverwertung machten sich bemerkbar. Das gemeinsame an allen aufgetauchten Problemen besteht darin, daß sich in ihnen Interessenwidersprüche zwischen Betrieb und Gesellschaft ausdrücken, die zuungunsten der Gesellschaft gelöst werden.

Diese Nicht-Übereinstimmung der Interessen existierte schon früher: um sie zu überwinden, waren im alten System die meisten Entscheidungen den Betrieben abgenommen und zentralisiert worden, und als das immer weniger erfolgreich durchzuführen war, sollte die Erweiterung der Autonomie der Betriebe und ihre indirekte Steuerung über ökonomische Hebel zu einer Harmonisierung der Interessen führen. Die Erfahrungen scheinen zu beweisen, daß die Modalitäten der eingeleiteten Dezentralisierung die Gewinnorientierung und die Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen gerade zu einer Verstärkung statt zur Überwindung betriebsegoistischer Verhaltensweisen und damit zu schweren Disproportionen geführt haben.

Im einzelnen handelte es sich um Probleme der Preisdisziplin, der Produktionsprogramme, des Vertragssystems, des sprunghaften Anwachsens gerichtlicher Prozesse der Betriebe gegeneinander. Die SED reagierte-Ende 1970 beim 14. ZK-Plenum- in doppelter Weise: Einerseits wird die betriebliche Autonomie zum Teil wieder zurückgenommen und die Betriebe einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterworfen (Zahl der Kennziffern, Gewinn absolut geplant, Jahresplan wieder Hauptsteuerungsinstrument, Produktionseinstellungen genehmigungspflichtig, neue Investitionsverordnung). Andererseits werden die Hebel der materiellen Interessiertheit erheblich ausgedehnt (Sonderprämien für Meister, höhere Differenzierung der Prämien, besonders Privilegien für Ingenieure und Techniker). Damit drückt sich trotz der Retardierung einzelner zentraler Bestandteile des ÖSS die Beibehaltung der grundlegenden kapitalistischen Entwicklungsrichtung aus.

Die partielle Rezentralisierung wird vermutlich nicht von langer Dauer sein. Paul Werner sagte auf der 14. ZK-Tagung:"Es geht also keineswegs darum, das ÖSS zu korrigieren, sondern es geht darum, gewisse überspitzte Vorstellungen und Wünsche zu korrigieren, die nicht den materiellen Möglichkeiten entsprechen. Es geht um die Beseitigung von Hindernissen und Hemmnissen, die der Wirksamkeit des ÖSS im Wege stehen." Honnecker legte sich auf dem 8. Parteitag nicht fest, spielte aber die Probleme offensichtlich herunter. Die genaue Weiterentwicklung läßt sich schwer abschätzen, sicher ist nur die grundlegende Entwicklungsrichtung , und daß auch durch die partielle Rezentralisierung nicht die Widersprüche aus der Welt geschafft werden.

Walter Lindner

Schriften zum Klassenkampf

Rote Fahnen über Polen
Stettiner Werftarbeiter berichten über ihre Kämpfe gegen die Parteibürokratie 6,80

Irland – ein Vietnam in Europa 9.80

Akkord –
Der Kampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit ca. 7.80

Der Neue Faschismus
am Beispiel Italien: Valpreda Feltrinelli
Die präventive Konterrevolution ca. 7.80

Tagebuch eines autonomen Betriebskampfes
aufgezeichnet von Alfa-Romeo-Arbeitern ca. 4.00

Trikont Theorie
Charles Bettelheim
Theorie und Praxis sozialistischer Planung 12.80

Rita di Leo
Revisionismus und Organisation der Arbeit
Die Entwicklung von Klassenstrukturen und Klassenherrschaft in der Sowjetunion ca. 9.80

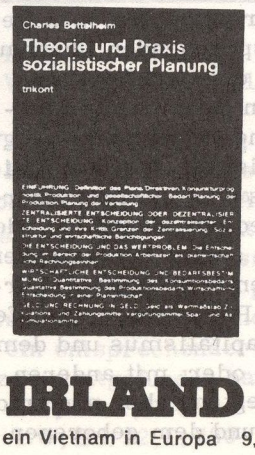
Trikont Texte

Medizin und Profit
Nachwort von Kranken ca. 9,80

SPK – aus der Krankheit eine Waffe machen 6.80

Wir wollen alles –Biographie eines Fiat-Arbeiters ca. 7,80

TRIKONT



ein Vietnam in Europa 9,80

Rote Fahnen über Polen 6,80

Tragt den Klassenkampf in die Armee 5,80

Varga, Bettelheim, Zwei Wege des sozialistischen Aufbaus – Sowjetunion und China 5,80

Mensch und Sozialismus in Albanien 7,80

Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion 7,80

USA-Farbige Revolution und Klassenkampf 6,80

Lotta Continua, Nehmen wir uns die Stadt 7,80

Bewaffneter Kampf und Massenlinie 5,80

Neuere Beiträge zur Imperialismustheorie 7,80

Trikont Verlag 8 München 80 Josephsburgstr. 16

Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion

I. DER MARXISTISCH - LENINISTISCHE BEGRIFF DER ÜBERGANGSGESELLSCHAFT UND DIE MÖGLICHKEIT DER KAPITALISTISCHEN RESTAURATION

Marx und Engels haben in allgemeinen Zügen die für das Verständnis aller Übergangsgesellschaften grundlegende Einsicht entwickelt, daß der Kapitalismus nicht schon mit der politischen Revolution des Proletariats abgeschafft wird, sondern daß die proletarische Revolution nur die politischen Voraussetzungen für einen langwierigen Prozeß der Umgestaltung der kapitalistischen in kommunistische gesellschaftliche Verhältnisse herstellt. Dieser Umgestaltungsprozeß unter der politischen Führung des Proletariats und seiner Partei ist der Inhalt einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus. (1) "Womit wir es hier" - in der Übergangsperiode - "zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft (!), nicht wie sie sich auf ihrer eigenen G rundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt."(2)

Schon diese Bestimmung der Übergangsperiode bezeichnet in allgemeiner Form die Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration; dann nämlich, wenn die "Muttermale der alten Gesellschaft" nicht überwunden werden (können) und die Oberhand gewinnen. Diese grundlegende Bestimmung des Charakters der proletarischen Revolution - die ja im Gegensatz zur bürgerlichen Revolution nicht durch ökonomische Umwälzungen so vorbereitet wird, daß sich schon sozialistische Produktionsverhältnisse mit der proletarischen Revolution nur noch einen entsprechenden Überbau zu schaffen brauchten - und der nachfolgenden Übergangsperiode wurde von Lenin weiter entwickelt; Lenin schreibt: "Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozialökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber noch nicht vernichteten, Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein." (3) "Die Klassen sind bestehengeblieben und werden überall nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat jahrelang bestehenbleiben. (...) Die Klassen aufheben heißt nicht nur die Gutsbesitzer und Kapitalisten davonjagen - das haben wir verhältnismäßig leicht getan -, das heißt auch die kleinen Warenproduzenten beseitigen, diese aber kann man nicht davonjagen, man kann sie nicht unterdrücken (!), man muß mit ihnen zurechtkommen, man kann (und muß) sie nur durch eine sehr langwierige, langsame, vorsichtige organisatorische Arbeit ummodeln und umerziehen. Sie umgeben das Proletariat von allen Seiten mit einer kleinbürgerlichen Atmosphäre, durchtränken es damit, rufen beständig innerhalb des Proletariats Rückfälle in kleinbürgerliche Charakterlosigkeit, Zersplitterung, Individualismus, abwechselnd Begeisterung und Mutlosigkeit hervor."(4) Daher gilt: "Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, sondern nimmt nur andere Formen an."(5)

In der Übergangsgesellschaft gibt es also noch restaurative Kräfte. Sie gehen nicht bloß von der entmachteten Bourgeoisie und ihren internationalen Verbündeten aus, sondern vor allem auch von den noch nicht vollständig kommunistisch umgestalteten Produktionsverhältnissen selbst. Solange diese noch einen gewissen kapitalistischen Charakter besitzen, entstehen naturwüchsig auch Agenten der kapitalistischen Restauration (auch ohne daß diese sofort ein voll ausgebildetes bourgeoises Bewußtsein besitzen müßten). Besonders, aber nicht nur für die russischen nachrevolutionären Verhältnisse gilt, daß auch die kleine Warenproduktion - vor allem in der ländlichen Kleinproduktion - eine starke Quelle kapitalistischer Restauration ist. Auf die Gefahren, die von dort kommen, hat Lenin immer wieder hingewiesen. "Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse" - des Proletariats - "gegen einen mächtigeren Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch ihren Sturz (sei es auch nur in einem Land) verzehnfacht, und deren Macht nicht nur in der Stärke des internationalen Kapitals, in der Stärke und Festigkeit der internationalen Verbindungen der Bourgeoisie

(1) vgl. z. B. Kritik des Gothaer Programms
(2) MEW, Bd. 19, S. 2o
(3) Lenin Werke, Bd. 3o, S. 91
(4) LW, Bd. 31, S. 29
(5) LW, Bd. 3o, S. 99

besteht, sondern auch in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der Kleinproduktion. Denn Kleinproduktion gibt es auf der ganzen Welt leider noch sehr, sehr viel; die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie." (6) Die Gefahr der kapitalistischen Restauration ist darum mit der Zerschlagung der alten Bourgeoisie und ihrer ökonomischen Basis - dem Privateigentum an Industrie- und Bankkapital - nicht beseitigt. Sie bleibt bis zur vollständigen Überwindung aller kapitalistischer Eigenschaften der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse bestehen.
Die systematische Argumentation läßt sich gut in Konfrontation mit der trotzkistischen Position klarmachen. Die Trotzkisten versuchen die Einsicht in die Gefahren der kapitalistischen Restauration in der Übergangsperiode mit der Behauptung abzutun, daß "jedem ABC-Schützen des Marxismus doch klar sein (sollte), daß das Kapitalverhältnis bereits das Bestehen von Proletariat und Bourgeoisie zur Bedingung hat."(7) Sie zitieren zwar Marx: "Es ist nicht das Geld, mit dessen Natur das (Kapital-) Verhältnis gegeben ist; es ist vielmehr das Dasein dieses Verhältnisses, das eine bloße Geldfunktion in eine Kapitalfunktion verwandeln kann."(8) Aber sie müssen Marx falsch interpretieren, damit er ihnen zur Begründung ihrer These dienen kann. Sie verdrehen die Marxsche "logisch- historische Methode", indem sie die logischen Zusammenhänge willkürlich als historische ausgeben - und beweisen dadurch die Unmöglichkeit einer Entstehung von Bourgeoisie und Kapitalismus überhaupt.(9)
Stattdessen hat Marx in seinen historischen Untersuchungen gerade gezeigt, wie das Verhältnis von Kapital und mehrwertproduzierender Lohnarbeit aus den Geldfunktionen in der Form des Kaufmannskapitals entstanden ist. (10)
Natürlich bedarf es - die Entstehung des Kapitalismus historisch betrachtet - einer ursprünglichen Akkumulation, bevor sich das Kapitalverhältnis in der Produktionssphäre entfalten kann. Aber in der UdSSR und den übrigen osteuropäischen Übergangsgesellschaften ist diese Etappe der Akkumulation weitgehend abgeschlossen; und soweit das in der historischen Entwicklung dieser Gesellschaften noch nicht der Fall war oder, teilweise in der Landwirtschaft, noch nicht der Fall ist, ist die durch die Warenzirkulation bedingte ungleichzeitige Entwicklung der privaten Produzenten unmittelbar Nährboden für eine jederzeit neu stattfindende (ursprüngliche) Akkumulation. (11)
"Diese Marktschwankungen, die der Produzent nicht kennt und die von ihm unabhängig sind, müssen zwangsläufig eine Ungleichheit der Produzenten herbeiführen und diese Ungleichheit dadurch vergrößern, daß sie die einen ruinieren und den anderen Geld als Produkt der gesellschaftlichen Arbeit in die Hand geben. (...) Deshalb sind - so folgert der Marxist - bei einer derartigen Organisation der Volkswirtschaft die Expropriation des Produzenten und seine Ausbeutung ganz unvermeidlich, ebenso unvermeidlich wie die Unterordnung der Besitzlosen" - und, so könnte man hinzufügen, die bloß formell am Staatseigentum Teilhabenden - "unter die Besitzenden sowie jene Gegensätzlichkeit ihrer Interessen, die den Inhalt des wissenschaftlichen Begriffs des Klassenkampfs ausmacht."(12) Daher faßt Lenin genau die Marxschen Einsichten in die Entstehungsbedingungen des Kapitalverhältnisses zusammen, wenn er schreibt: "Freiheit des Umsatzes ist Freiheit des Handels, Freiheit des Handels aber bedeutet: Zurück zum Kapitalismus. Freiheit des Umsatzes und Freiheit des Handels - das bedeutet Warenaustausch zwischen einzelnen Kleinproduzenten. Wir alle, auch diejenigen, die nur das ABC des Marxismus gelernt haben, wissen, daß sich aus diesem Umsatz und der Freiheit des Handels unvermeidlich die Teilung der Warenproduzenten in Besitzer von Kapital und in Besitzer von Arbeitshänden, die Teilung in Kapitalisten und in Lohnarbeiter, das heißt die Wiederherstellung der kapitalistischen Lohnskaverei ergibt, die nicht vom Himmel fällt, sondern in der ganzen Welt eben aus der agrikolen Warenwirtschaft herauswächst." (13) Neben der alten Bourgeoisie, der durch die proletarische Revolution die politische Macht genommen wurde, und ihren Verbündeten in der internationalen Bourgeoisie einerseits und der noch fortexistierenden kleinen Warenproduktion andererseits kommt schließlich noch eine weitere Quelle der kapitalistischen Restauration in Betracht: eine aufgrund politischer Fehler erzwungene Rückbildung sozialistischer Organisationsstrukturen der Produktion. Für die tendenzielle Restauration des Kapitalismus in der UdSSR und den übrigen osteuropäischen Übergangsgesellschaften kommt dieser Rückbildung eine besondre Bedeutung zu, denn dort wurde die alte Bourgeoisie praktisch völlig liquidiert und auch der kleinen Warenproduktion kommt dort in Anbetracht eines ausgedehnten staatlichen Sektors der Produktion nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Jedenfalls hätten sich die aus einer auf dem Land und in der kleinen Dienstleistungsindustrie noch verbreiteten kleinen Warenproduktion (und ebenso aus den Wareverhältnissen innerhalb des genossenschaftlichen Eigentums) hervortreibenden restaurativen Kräfte nie gegen die Großproduktion des staatlichen Sektors durchsetzen können, wenn letztre nicht selbst der kapitalistischen Restauration Vorschub geleistet hätte. Deshalb war für Lenin der sozialistische Staatssektor, die sozialistische Großproduktion auch Grundlage und Garantie des sozialistischen Aufbaus insgesamt.

---

(6) LW, Bd. 3o, S. 94
(7) Was-tun-Hochschulzeitung, Heidelberg, Nr. 5, S. 3
(8) Kapital Bd. II, S. 37; zit. ebenda
(9) Eine entsprechende Argumentation hat Lenin schon 1893 in seinem Artikel "Zur sogenannten Frage der Märkte" kritisiert, vgl. LW, Bd. 1, S. 84ff
(1o) vgl. z. B. Grundrisse, S. 4o4
(11) Weiter unten wird gezeigt, daß in der Landwirtschaft der UdSSR noch in den 6o-iger Jahren ein entsprechender sozialer Differenzierungsprozeß stattgefunden hat.
(12) LW, Bd. 1, S. 421
(13) LW, Bd. 32, S. 220

Ihre systematische Begründung findet diese letztre Möglichkeit der kapitalistischen Restauration die freilich im Zusammenhang sowohl mit der offenen Konterrevolution als auch mit der kleinen Warenproduktion gesehen werden muß - in den überall noch fortexistierenden Ware-Geld-Beziehungen überhaupt. Sie sind Ausdruck davon, daß die Arbeit noch nicht unmittelbar vergesellschaftet ist, bzw. drücken sie eine stets noch bestehende Differenz von Eigentums-und Produktionsverhältnissen aus. D. h. daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wie sie durch die politische Revolution des Proletariats möglich wird, vorerst teilweise noch formellen Charakter hat. "Das Eigentum, soweit es nur das bewußte Verhalten - und in Bezug auf den Einzelnen vom Gemeinwesen gesetzte und als Gesetz proklamierte und garantierte - zu den Produktionsbedingungen als den seinen ist..., wird erst verwirklicht durch die Produktion selbst. Wirkliche Aneignung geschieht erst nicht in der gedachten, sondern in der tätigen, realen Beziehung auf diese Bedingungen..."(14) Dasselbe gilt in der Übergangsperiode für das gesellschaftliche Eigentum. Die Differenz von Eigentumsverhältnissen und Produktionsverhältnissen kann nur durch zunehmende Verwirklichung des demokratischen Zentralismus, eine immer umfassendere Teilnahme aller Werktätigen an der Planung und Leitung der Produktion und Distribution aufgehoben werden. Darauf hat vor allem Lenin immer wieder hingewiesen. Z. B. schreibt er: "Arbeiter und Bauern! Werktätige und Ausgebeutete! Der Grund und Boden, die Banken, die Fabriken, die Werke sind Eigentum des ganzen Volkes geworden! Nehmt selbst die Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte in die Hand - darin und nur darin liegt der Weg zum Sieg des Sozialismus, die Bürgschaft für seinen Sieg, die Bürgschaft für den Sieg über jede Ausbeutung, über Not und Elend."(15)

Solange diese wesentliche Forderung der Errichtung des Kommunismus noch nicht vollständig eingelöst worden ist, findet daran auch die staatliche Planung und Leitung der Produktion und Verteilung eine Schranke, die sich in der Eigengesetzlichkeit der Ware-Geld-Beziehungen ausdrückt, nicht bloß in der kleinen Warenproduktion. Daß sich auch das Produkt der geplanten Arbeit in der Übergangsperiode noch auf dem Markt realisieren muß, bezeichnet genau die Grenzen der staatlichen Planung, solange noch Ware-Geld-Beziehungen existieren. Die Nicht-Planbarkeit der gesellschaftlichen Nachfrage (Die gerade in der Plankategorie des gesamtgesellschaftlichen Lohnfonds zum Ausdruck kommt.) ist der entscheidende Ausdruck noch nicht vergesellschafteter Arbeit. (16) Dadurch schafft die staatliche Planung Widersprüche, bzw. wird sie von der naturwüchsigen, nicht voll planbaren Nachfrage abhängig. Das wird schon 1953, nachdem sich die zunehmenden Widersprüche nicht mehr leugnen ließen, offen konstatiert; in der Prawda vom 29. 5. 1953 heiß es (17): "Die durch den Sowjethandel verwirklichte Bewegung der Waren von den Produktionsstellen zum Verbraucher ist keine einfache technische Funktion ("Verwaltung von Sachen", Verf.), sondern ein komplizierter Prozeß der ökonomischen Beziehungen zwischen der Produktion und dem Verbrauch. (...) Der Sowjethandel beschränkt sich nicht allein auf die Veräußerung der Waren, sondern wirkt auch aktiv auf die Produktion ein." Und nach der Aufzählung einer Reihe von Mängeln in der Versorgung der Bevölkerung, wie sie sich in widersprüchlichen Proportionen der gesellschaftlichen Produktion äußern, heißt es dann (ebda.): "Die Handelsorganisationen studieren noch zu wenig die Nachfrage der Bevölkerung und kämpfen noch ungenügend für die Veränderung der Struktur des Warenumsatzes in Übereinstimmung mit der veränderten Nachfrage."

Durch diese spezifische Struktur des Verhältnisses von geplanter Produktion und naturwüchsiger Nachfrage entstehen dauernd Widersprüche, die indessen nicht unmittelbar von der staatlichen Planung sondern nur von den einzelnen Betrieben (oder den örtlichen Planungs- und Leitungsbehörden) ausgetragen werden können. Wenn aber diese Widerspruchsstruktur nicht begriffen wird, sondern im Rahmen der staatlichen Planung und Leitung bewältigt werden soll - was der Fall war im "alten Planungssystem" unter Stalin -, dann muß die Planung und Leitung "administrativ" werden, kann aber trotzdem die zugrundeliegenden Widersprüche nicht lösen. Denn es ist das Prinzip des Marktes bzw. der fortexistierenden Ware-Geld-Beziehungen, daß sich (in gewissem Ausmaß) erst nachträglich zeigt, ob in der geplanten Produktion gesellschaftlich-nützliche Arbeit verrichtet worden ist. Nimmt die Planung darauf keine Rücksicht, so ist sie gezwungen, die Nachfrage der Produktion gewaltsam anzupassen (oder umgekehrt).

Diese Widerspruchsstruktur, die sich innerhalb der staatlichen Planung und Leitung nicht auflösen läßt, ist eine Basis für restaurative Tendenzen. Sie erzeugt, genau so wie Lenin das für die einfache Warenproduktion beschrieben hat, täglich und stündlich kapitalistische Verhaltensweisen. Beispiele dafür werden in der Sowjet-Presse immer wieder genannt. Besonders der Schwarzmarkt und das "Beschaffungswesen" sind Nährböden für restaurative Kräfte.

Entscheidend ist, daß sich diese Widerspruchsstruktur zu Widersprüchen zur staatlichen Planung und Leitung auswachsen kann. Das bedeutet, daß sich ein Gegensatz zwischen dem einzelnen

---

(14) Grundrisse, S. 393

(15) LW, Bd. 26, S. 4o9

(16) Nur ein Beispiel von sehr, sehr vielen aus der Prawda vom 11. 6. 1953: "Die Leiter der örtlichen Industrie - erklärte Genossin Pomeranzewa - haben völlig vergessen, daß ein Kind beispielsweise Sandalen braucht. Einerseits soll man die Kinder raus ins Grüne schicken, kann aber andererseits in keinem einzigen Geschäft Sandalen erhalten." Dtsch. Ostprobleme 1953, S. 1137

(17) Dtsch. in Ostprobleme 1953, S. 1126ff

Betrieb und der zentralen Planung und Leitung herauszubilden beginnt (was überhaupt die Grundlage für die revisionistische Alternative "zentral - dezentral" ist) und die Betriebe, genauer: die Betriebsdirektoren, werden ökonomisch gezwungen, nach mehr Selbständigkeit für eine der allgemeinen Form nach kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte zu verlangen. Auch dafür gibt es, besonders nach dem Tod Stalins, immer wieder Beispiele. So äußerte sich etwa G. Glebowskij, Direktor der Uralmaschinenfabrik, in der Prawda vom 20.5.1955 folgendermaßen: "Man sollte eine Lösung in der wiederholt aufgetauchten Frage nach einer Erweiterung der Rechte der Betriebsdirektoren suchen. Bei größerer Selbständigkeit der Betriebsdirektoren können viele Aufgaben der innerbetrieblichen Planung... bedeutend operativer und mit größerem Gewinn für die Volkswirtschaft gelöst werden."(18)

In einem solchen Selbständigkeitsstreben der einzelnen Betriebe - als Konsequenz einer politisch falsch behandelten Widerspruchsstruktur - hat die kapitalistische Restauration ihre (potentielle) sozialökonomische Basis, denn es höhlt das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die Grundlage des sozialistischen Aufbaus, aus, und die Produktionsmittel verwandeln sich dann tendenziell in faktisches Eigentum der einzelnen Betriebe, also in Privateigentum (was natürlich die formaljuristische Regelung der Eigentumsverhältnisse zunächst nicht zu betreffen braucht).

Die spezifische Widerspruchsstruktur der noch nicht voll sozialistisch umgestalteten Produktionsverhältnisse, der Ware-Geld-Beziehungen, schafft also eine unmittelbare Quelle kapitalistischer Tendenzen. Werden sie nicht richtig bekämpft, bekommt die kapitalistische Restauration den Charakter ökonomischer Notwendigkeit und entmachtet zugleich das Proletariat, dessen politische Macht der einzige Garant des Aufbaus des Kommunismus ist. Es ist klar, daß ein solcher Prozeß der kapitalistischen Restauration allmählich verlaufen kann, was den Klassenkampf natürlich nicht ausschließt.

Darum ist auch, um die Argumentation gegen die Trotzkisten zuendezubringen, deren These falsch, daß "Marxisten... niemals den Standpunkt vertreten (haben), daß die Ideen der reaktionären Klassen, die ihre ökonomische und politische Herrschaft als Ergebnis einer sozialen Revolution verloren haben, in der Lage seien, den Klassencharakter und die Struktur des Staats allmählich zu verwandeln."(19) Und ebenso E. Mandel: "Die Restauration des Kapitalismus kann sich ebensowenig 'allmählich' vollziehen, wie seine Abschaffung: wie diese geschieht sie mittels einer radikalen, heftigen und sprunghaften Umwälzung der Produktionverhältnisse."(20) Diese Thesen wären nur dann richtig, wenn der proletarische Staat in der Übergangsperiode in ähnlicher Weise eine ökonomische Grundlage hätte wie der kapitalistische Staat im Kapitalismus. Das ist aber nicht der Fall. Während der kapitalistische Staat naturwüchsiger Ausdruck der Klassenherrschaft der Bourgoisie ist, muß der proletarische Staat seinen Klassenursprung und -charakter stets erneut durch bewußte Intervention herstellen, gerade um nicht dem kapitalistischen Naturwuchs der, noch nicht vollständig sozialistisch umgestalteten Produktionsverhältnisse zu verfallen.

Das bedeutet, daß durch den proletarischen Staat der demokratische Zentralismus umfassend zu verwirklichen ist. Nur durch die ständige Arbeit an der Aufrechterhaltung und Verwirklichung des demokratischen Zentralismus kann die staatliche Planung und Leitung ihren Charakter als entscheidender Hebel für den Aufbau des Kommunismus bewahren.

Die Aufrechterhaltung und umfassende Verwirklichung des demokratischen Zentralismus ist Teil des proletarischen Klassenkampfes.

Der Aufbau des Kommunismus verlangt den ständigen Klassenkampf gegen die restaurativen Kräfte. Das ist wesentlich eine politische Aufgabe, eben wegen der Grenzen, die die bloß ökonomische Planung und Leitung an der herrschenden Widerspruchsstruktur findet. Es ist keineswegs nur die Frage, ob überhaupt staatliche Planung und Leitung da ist oder nicht, obwohl das natürlich allgemeine Voraussetzung ist; sondern es kommt entscheidend darauf an, ob und wie der Staat den Klassenkampf führt. "Es gibt sowohl sozialistische Planung als auch revisionistische Planung. Der kennzeichnende Unterschied zwischen ihnen ist, auf der Politik welcher Klasse sie basiert und welcher Klasse sie dient."(21) Um aber dem Proletariat dienen zu können, müssen der staatlichen Planung die Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit geschaffen werden. Das verlangt den Klassenkampf gegen die restaurativen Kräfte in allen Formen, in denen sie die staatliche Planung untergraben und dadurch den Aufbau des Kommunismus zu verhindern trachten. Deswegen betrifft die entscheidende Frage in der Übergangsperiode den Klassencharakter der Staatsmacht; ihr Klassencharakter erweist sich daran, wie sie den Klassenkampf führt.

Nur wenn diese Frage in den Mittelpunkt gestellt wird, läßt sich auch das Problem der kapitalistischen Restauration in der UdSSR und anderen Übergangsgesellschaften korrekt behandeln. Denn da sowohl der Aufbau des Kommunismus ein allmählicher Prozeß ist - zwar ein revolutionärer Prozeß, aber nicht die Verwirklichung des Kommunismus mit einem Schlag - als auch die kapitalistische Restauration ein allmählicher Prozeß sein kann, wäre es unsinnig, danach zu fragen, ob es sich noch um sozialistische oder schon um kapitalistische Verhältnisse handelt. Nicht auf Existenz und Ausmaß von einfacher Warenproduktion und Ware-

(18) Dtsch. in Ostprobleme 1955, S. 1290

(19) Was-tun-Hochschulzeitung, Heidelberg, Nr. 1, S. 6

(20) Mandel, Zur Theorie der Übergangsgesellschaft I, Permanente Revolution - Materialien, Nr. 1, S. 84

(21) Peking Rundschau Nr. 16/1970

Geld-Beziehungen überhaupt kommt es primär an - im ersten Zitat von Marx oben wird auch die Übergangsgesellschaft von vornherein als kommunistische bezeichnet -, sondern darauf, welche Klasse die politische Macht ausübt und dadurch ihre ökonomische Macht festigt und wie infolgedessen die Widersprüche der Übergangsperiode gelöst werden, ob dabei der proletarische oder der kapitalistische Weg eingeschlagen wird.

Wie läßt sich methodisch korrekt die Frage nach dem Klassencharakter des Staats der Übergangsperiode beantworten?
Es genügt nicht, bloß die Programme der Revisionisten zu analysieren, um dies Problem und damit die Frage der kapitalistischen Restauration umfassend zu beantworten. Denn obwohl, wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird, wesentliche Positionen des Marxismus-Leninismus von den Revisionisten aufgegeben werden, so daß auf der Grundlage ihrer revidierten Ideologie der Kommunismus keineswegs aufgebaut werden kann, muß doch eine systematische Analyse die stets vorhandene Differenz von Programm und wirklicher Politik berücksichtigen. Das ist vor allem dort von Bedeutung, wo die Revisionisten verbal an korrekten Positionen festhalten, z. B. in der Frage des demokratischen Zentralismus. Auch die Revisionisten betonen immer wieder, wie wichtig eine umfassende Verwirklichung des demokratischen Zentralismus für die Leitung der Produktion und Gesellschaft ist; z. B. heißt es auf dem 24. PT der KPdSU (1971): "Eine der zentralen Aufgaben der Partei ist die immer umfassendere Einbeziehung der werktätigen Massen in die Leitung der Produktion."(22) Eine richtige Kritik muß erstens den verbalen Anspruch mit der wirklichen Politik konfrontieren und zweitens analysieren, daß die Revisionisten mithilfe einer scheinbar korrekten, scheinbar im Interesse der Massen formulierten Ideologie eine bürgerliche, gegen die Interessen der Massen gerichtete Politik machen.
Nur dann kann auch zwischen Fehlern einer der Intention und wesentlichen Kernpunkten nach richtigen Linie ("Es wäre lächerlich zu glauben, daß alle unsere Direktiven zu 100% richtig seien." Stalin), daher innerhalb des existierenden demokratischen Zentralismus korrigierbaren Fehlern, und den von den veränderten Produktionsverhältnissen erzwungenen daher ohne politische Revolution nicht korrigierbaren revisionistischen Entartungen der richtigen Linie unterschieden werden. Diese Unterscheidung ist für das politische Verhalten gegenüber den revisionistischen Staaten von großer Bedeutung. Soll die These der kapitalistishen Restauration nicht ihres Inhalts entleert werden, so muß sie zum Ausdruck bringen, daß in diesen Staaten die Produktionsverhältnisse soweit rückgebildet sind, daß darum Staat und Partei gar nicht mehr in der objektiven Lage sind, eine Politik des kommunistischen Aufbaus zu betreiben. M. a. W. daß die Produktionsverhältnisse eine neue Bourgoisie erzeugt haben, die jetzt die politische Macht im Staat besitzt.

Zu begründen ist, daß die revisionistische (Wirtschafts-) Politik selbst Ausdruck eines objektiven Prozesses der kapitalistischen Restauration ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die kapitalistische Restauration zwar durch politische Fehler der Marxisten-Lenisten vorbereitet bzw. ermöglicht wurde, sie aber nach dem Machtantritt der Revisionisten nicht mehr auf "Fehlern der Revisionisten" beruht; nachdem die Revisionisten zum Spielball und Agenten der sich restaurierenden Produktionsverhältnisse geworden sind, machen sie keine Fehler mehr, sondern eine grundsätzlich bürgerliche Politik. Eine solche Begründung ist auch darum notwendig, weil in manchen Situationen auch der proletarische Staat gezwungen sein kann, bewußt kapitalistische Elemente einzusetzen, um das Ziel des Aufbaus des Kommunismus letztlich doch noch zu erreichen. Ein solcher Fall lag z. B. in der von Lenin durchgesetzten Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) vor. "Unsere Neue Ökonomische Politik besteht ihrem Wesen nach eben darin, daß wir in diesem Punkt" - dem wirtschaftlichen Aufbau - "eine ernste Niederlage erlitten und einen strategischen Rückzug eingeleitet haben." (23) "Die NÖP... bedeutet den Übergang zur Widerherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß."(24) Aber: "Wir gehen jetzt zurück, treten gleichsam den Rückzug an, wir tun das jedoch, um zuerst zurückzugehen, dann aber einen Anlauf zu nehmen und einen um so größeren Sprung vorwärts zu machen."(25)(26) Eine korrekte Analyse verlangt, die Durchsetzung der revisionistischen, bürgerlichen Linie in Staat und Partei und die Rückbildung im Zusammenhang zu analysieren. Nicht setzt sich, historisch betrachtet, zuerst die bürgerliche Linie durch, und dann beginnt die kapitalistische Restauration. Die bürgerliche Linie setzt sich ja auch nur schrittweise durch; sie ist das Ergebnis einer Reihe von Abweichungen von der proletarischen Linie, wenn diese nicht mehr korrigiert werden. In Wirklichkeit sind Durchsetzung der bürgerlichen Linie und kapitalistische Reatauration sich wechselseitig bedingen-

(22) Dokumente des 24. PT, Moskau 1971, S. 131
(23) LW, Bd. 23, S. 43
(24) ebenda, S. 44f
(25) ebenda, S. 423
(26) Diese Einschätzung der NÖP durch Lenin wurde später zunehmend verfälscht. Schon in dem noch unter Anleitung Stalins erarbeiteten Lehrbuch der Politischen Ökonomie - russ. Ausg. 1954, dtsch. 1955 vom ZK der SED, im folg. zit. als 1954-Lehrbuch - heißt es: "Die NÖP war der konkrete Ausdruck des Leninschen Plans für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der UdSSR, der in den Arbeiten Stalins und den Beschlüssen der KP weiterentwickelt wurde. Die Grundprinzipien der in der UdSSR durchgeführten NÖP sind für jedes Land, das den Sozialismus aufbaut, eine Anleitung zum Handeln." S. 384 Schon hier beginnt die Verfälschung der NÖP, die ein strategischer Rückzug für ein bestimmtes Land in einer bestimmten Situation war. Man →

de und fördernde Prozesse. Jede einzelne Abweichung von der proletarischen Linie, was ja stets der tendenzielle Verzicht auf den korrekt geführten Klassenkampf ist, läßt die restaurativen, die revisionistischen Kräfte Fuß fassen, was wiederum die Gefahr erneuter Fehler verschärft. Der erste Fehler erzeugt vermittelt über die aus den noch nicht sozialistisch umgestalteten Produktionsverhältnisse hervortreibenden "Sachzwänge" - das ist ja die bevorzugte ideologische Verkleidung der Agenten der kapitalistischen Restauration - den zweiten Fehler. Daher ist die bürgerliche Linie ebensosehr Ausdruck wie auch Ursache der kapitalistischen Restauration, wobei sich allerdings ihr Verhältnis zueinander zunehmend verschiebt. Denn das Wesen des Revisionismus besteht in bürgerlicher Politik unter der Form des Rückzugs gegenüber den "Sachzwängen" der kapitalistischen Politik.

Geht man davon aus, dann stellt sich die Frage nach der Herrschaft einer neuen Bourgeoisie nicht mehr so, ob nach der Durchsetzung der bürgerlichen Linie des Revisionismus auch schon eine neue Bourgeoisie entstanden ist. Vielmehr sind Entstehung einer neuen Bourgeoisie und Durchsetzung der bürgerlichen Linie des Revisionismus wiederum sich wechselseitig bedingende und fördernde Prozesse.

Einerseits entsteht eine neue Bourgeoisie ansatzweise spontan als eine Klasse von Agenten der noch nicht vollständig sozialistisch umgestalteten Produktionsverhältnisse. Dazu sagte Lenin: "Gen. Rykow, der auf wirtschaftlichem Gebiet die Tatsachen sehr gut kennt, sprach von der neuen Bourgeoisie, die es bei uns gibt. Das stimmt. Sie entsteht nicht nur aus den Reihen unserer Sowjetangestellten (!) - in geringfügigem Maß kann sie auch von dort kommen -, sie entsteht aus der Mitte der Bauernschaft und der Kleingewerbetreibenden, die vom Joch der kapitalistischen Banken befreit und heute vom Eisenbahnverkehr abgeschnitten sind. Das ist eine Tatsache. (...) Sie zeigt uns, daß selbst in Russland die kapitalistische Warenwirtschaft lebt, funktioniert, sich entwickelt, eine Bourgeoisie hervorbringt, wie auch in jeder kapitalistischen Gesellschaft."(27) Dies schrieb Lenin für die russischen Verhältnisse 1919; aber es gilt mit veränderter Akzentsetzung - auch die Betriebsdirektoren sind Sowjetangestellte - ebenso für die 5oger Jahre. Die ansatzweise spontan entstehende neue Bourgeoisie versucht dann, sich eine Basis im gesamten Staatsapparat zu schaffen, was ihr in dem Maß gelingt, wie die proletarische Führung Fehler macht und vor allem es unterläßt, den demokratischen Zentralismus umfassend zu verwirklichen. - Andererseits befördert natürlich die Durchsetzung der bürgerlichen Linie im Staatsapparat die Entstehung und Konsolidierung einer neuen Bourgeoisie. Sie ermöglicht es, daß sich die kapitalistischen Tendenzen zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen auswachsen.

Insofern entsteht mit der Durchsetzung der bürgerlichen Linie zugleich eine neue Bourgeoisie. Das meinte Mao Tse-tung, als er sagte: "Der Machtantritt des Revisionismus ist der Machtantritt der Bourgeoisie." Das ist kein tautologischer Satz (bürgerliche Linie = Bourgeoisie), der einfach auf einer Unterschlagung der Differenz und Dialektik von zentralen politischen Funktionären und dezentralen Entscheidungsträgern in der Produktions- und Zirkulationsverhältnissen beruhte. Mao Tse-tung bringt vielmehr zum Ausdruck, daß sich diese Differenz und Dialektik als kapitalistische restauriert hat, daß sich also ein kapitalistisches Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Staat hergestellt hat, daß nicht mehr die politische Linie des Staats die Produktionsverhältnisse revolutioniert (was eben allein die sich auf den Klassenkampf gründende proletarische Linie der Diktatur des Proletariats vermag), sondern daß umgekehrt die naturwüchsig sich herstellenden Reproduktionserfordernisse der Produktion die politischen Schritte des Staats bestimmen.

(Wenn sich ein kapitalistisches Verhältnis zwischen Produktionsverhältnissen und Staat hergestellt hat, ist es objektiv unmöglich geworden, diesen jetzt bürgerlichen Staat weiterhin zum Hebel zur Verwirklichung des Primats der Politik über die Ökonomie zu machen. Wenn daher die Revisionisten der KPCh Subjektivismus vorwerfen - was ebenso ihr zentraler Vorwurf gegen Stalin war (vgl. u.) -, so ist das gerade keine Kritik, denn die politisch bestimmte Diktatur des Proletariats unter der Führung der KPCh ermöglicht diesen "Subjektivismus", sondern bloß der ideologische Reflex eines objektiv kapitalistischen Verhältnisses von Produktionsverhältnissen und Staat. Weil dieser Staat jetzt kein Hebel für die Verwirklichung des Primats der Politik mehr sein kann, ist eine erneute politische Revolution des Proletariats notwendig, um den Kommunismus aufbauern zu können.)

Der Machtantritt des Revisionismus muß nicht unmittelbar die Wiedereinführung von im Überbau sanktioniertem Privateigentum bedeuten.

---

muß allerdings hinzufügen, daß Stalin die NÖP durchaus in Lenins Sinn einschätzte - vgl.: Fragen des Leninismus (Oberbaum), S. 186ff - und durch seine Politik der 5-Jahres-Planung dann auch beendete und überwand. Erst bei den späteren Revisionisten wird die Verfälschung der NÖP vollständig: "Die NÖP ist eine Politik der Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen und des Marktes für den Aufbau des Sozialismus, für die Überwindung der kapitalistischen Elemente in der Wirtschaft, für die Herstellung ökonomischer Beziehungen des bäuerlichen Betriebes zur sozialistischen Industrie, für die sozialistische Umgestaltung der kleinen Warenwirtschaft. (...) Das Wesen der NÖP ergibt sich nicht aus den konkreten Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion, sondern aus ökonomischen Bedingungen, die allen Ländern gemeinsam sind. "Lehrbuch der Politischen Ökonomie, Sozialismus, russ. 1970, dtsch. Ffm. 1972, S. 64f, im folg. zit. als 1970-Lehrbuch

(27) LW, Bd. 29, S. 175

Eine Restauration der Produktionsverhältnisse kann sich entwickeln, ohne daß dem entsprechende Umwälzungen im Überbau unmittelbar korrespondieren, eben unter der Form ihrer Aushöhlung. "Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten."(28) Daher braucht die kapitalistische Restauration nicht unmittelbar als solche zu erscheinen; sie kann sich insbesondre unter dem ideologischen Mantel des Staatseigentums entwickeln. Und auch die neue Bourgeoisie braucht sich nicht unmittelbar so wie die Bourgeoisie des imperialistischen Kapitalismus in seinem Verfallsstadium darzustellen, obwohl das natürlich eine der Bourgeoisie überhaupt immanente Tendenz ist, die sich auch in der UdSSR mehr und mehr entwickelt. Im wesentlichen kommt es aber darauf an, ob es sich objektiv um Funktionsträger der kapitalistischen Form der Entwicklung der Produktivkräfte, die sich dann auch die ihnen gemäßen Produktionsverhältnisse schaffen, handelt.

(Die Gen. vom KB-Göttingen schrieben in ihrem ersten, inzwischen korrigierten, Beitrag zur Sozialimperialismusdiskussion: "Wir sind allerdings der Auffassung, daß die Analysen, die die KPCh in diesem Zusammenhang vorlegt, nicht ausreichen, um zu beweisen, in der SU habe sich der Kapitalismus bereits völlig restauriert und die den kapitalistischen Weg gehenden Führer sowie die privilegierte soziale Schicht, auf die sie sich stützen, hätten sich bereits zu einer neuen Kapitalistenklasse entwickelt. Sofern die KPCh zu diesen Schlußfolgerungen gelangt, nimmt ihre Analyse gerade Tendenzen an, deren methodologische Unhaltbarkeit gerade durch die marxistisch-leninistischen Prinzipien der Analyse der Übergangsgesellschaften aufgezeigt werden, von denen die KPCh selbst ausgeht: die revisionistische Politik wird hier nicht mehr nur ihrem Inhalt nach als bürgerliche bezeichnet, sondern daraus wird kurzschlüssig die Existenz einer bereits entwickelten neuen Kapitalistenklasse gefolgert."(29) Wir sind der Meinung, daß diese Vorbehalte gegenüber der Reichweite der Analysen der KPCh aus einer methodisch falschen Fragestellung resultieren, die deswegen entsteht, weil die Gen. vom KB vom wechselseitigen Zusammenhang zwischen der Durchsetzung der bürgerlichen Linie und der kapitalistischen Restauration abstrahieren, und weil sie die unsinnige Frage stellen, ob der Kapitalismus schon „vollständig" restauriert sei. Dagegen haben die chinesischen Kommunisten diesen Zusammenhang gesehen und beachtet.(30) Daß dieser Zusammenhang in der "Generallinie" nicht ausgeführt wird, betrifft die Korrektheit der Methode nicht. Etwas anderes ist auch, ob man der chinesischen Einschätzung des Entwicklungsstadiums der kapitalistischen Restauration in der UdSSR voll zustimmt.

Die Gen. vom KSB-Göttingen haben in diesen Punkten die "Leitlinien" des KB richtig kritisiert, aber sie haben dabei übersehen, daß bei diesem methodisch korrekten Herangehen, die Durchsetzung der bürgerlichen Linie und die kapitalistische Restauration der Produktionsverhältnisse auch wirklich im Zusammenhang analysiert werden müssen. Dieser Aufgabe kann man sich nicht dadurch entziehen, daß man schreibt: "Die widersprüchliche Einheit zwischen kapitalistischen und sozialistischen Elementen bezeichnet gerade das Wesen der Übergangsgesellschaften. Deshalb wird eine ökonomisch-objektivistische Analyse und Bestandsaufnahme der 'sowjetischen Gesellschaft selber' nichts anderes als diese Widersprüchlichkeit zutage fördern und das Rätselraten, was für ein Staat die UdSSR nun sei, perpetuieren."(31) So zu argumentieren bedeutet, schließlich überhaupt auf eine materialistische Analyse des Machtantritts des Revisionismus und der kapitalistischen Restauration zu verzichten.

Eine entsprechende Unklarheit wie beim KB findet sich auch im NRF 3/71-Artikel über die Übergangsgesellschaften. Einerseits wird gesagt: "Die Frage, ob in der SU eine neue Bourgeoisie die Herrschaft ausübt, wird nicht entschieden. Dazu bedürfte es anderer Analysen als der bisher vorhandenen." (S. 46) Andererseits dagegen wird versucht aufzuzeigen, "daß die Revision der marxistisch-leninistischen Theorie in der KPdSU und den mit ihr befreundeten Parteien inzwischen soweit fortgeschritten ist, daß diese Parteien nicht mehr in der Lage sind, die Widersprüche der Übergangsgesellschaften zu analysieren und richtig zu behandeln, ja diese Widersprüche direkt leugnen müssen, so daß sie, die bestehenden Widersprüche gegeben, objektiv die Restauration des Kapitalismus erleichtern und die Entstehung einer neuen Bourgeoisie fördern."(S. 47)

Der Fehler besteht darin, daß man die Durchsetzung der bürgerlichen Linie im Staatsapparat und der Partei von dem Entstehungsprozeß ihrer sozialökonomischen Basis, den sich tendenziell restaurierenden Produktionsverhältnissen, trennt.

II. DIE REVISION DER MARXISTISCH LENINISTISCHEN PRINZIPIEN DES AUFBAUS DES KOMMUNISMUS

Die wichtigsten Punkte, in denen die marxistisch-leninistischen Prinzipien des kommunistischen Aufbaus revidiert wurden und sich eine

(28) MEW, Bd. 13, S. 9
(29) Leitlinien des KB-Göttingen, S. 1of
(3o) vgl. z. B. :"Aktionseinheit" der neuen Sowjetführer mit den USA-Imperialismus, Peking 1965, S. 56f.
(31) Kritikpapier des KSB-Göttingen an den Leitlinien des KB, S. 4

bürgerliche Linie durchgesetzt hat, betreffen (a) das Verhältnis von Ökonomie und Politik, (b) das Problem der Herstellung unmittelbarer Vergesellschaftung (Wertgesetz), (c) die Behandlung der Gefahr der kapitalistischen Restauration, (d) die Generallinie in der Außenpolitik. (31a)

(a) "Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomie."(32)

Dieses grundlegende Prinzip für den Aufbau des Kommunismus ergibt sich aus dem besonderen Charakter der proletarischen Revolution (vgl. o.) Die Revisionisten haben mit diesem Prinzip gebrochen. Das zeigt sich vor allem in der Durchsetzung der ökonomischen Reformen, in der Ersetzung politischer durch "ökonomische Hebel" (vgl. u.).
Wenn sie verbal trotzdem noch an diesem Prinzip (häufig, nicht immer) festhalten, so geschieht das aus zwei Gründen. Einmal soll die demagogische Aufrechterhaltung scheinbar korrekter Positionen zur Legitimation gegenüber den proletarischen Massen dienen. Andererseits - das soll später noch deutlicher werden - benutzen die Revisionisten die proletarische Ideologie, um ihre Position als neue Bourgeoisie, als Bourgeoisie neuen Typs aufrechtzuerhalten und zu festigen.
Indessen kann natürlich die tatsächliche Liquidierung des Primats der Politik nicht ohne Einfluß auf die revisionistische Ideologie bleiben. Im folgenden werden einige Punkte angegeben, in denen die Revision der Ideologie zum Ausdruck kommt.
Die Revision beginnt schon mit der einfachen Übertragung des Basis-Überbau-Verhältnisses, wie es von Marx für den Kapitalismus formuliert wurde, auf die Übergangsperiode und den Sozialismus. Natürlich wäre es idealistisch zu glauben, daß dies Basis-Überbau-Verhältnis in der Übergangsgesellschaft nicht mehr existiert, aber - darauf kommt es an - es bezeichnet die Reste des Kapitalismus in der neuen Gesellschaft. (33) Die Verwirklichung des Primats der Politik bedeutet den Kampf gegen die naturwüchsige Bestimmtheit der Politik wie des Überbaus überhaupt durch die ja immer noch tendenziell alte Basis, die "Muttermale der alten Gesellschaft".

Rechtshilfe

Bank f. Gemeinwirtschaft

Kto:

20736009

Bei den Revisionisten heißt es z. B.: "Auch für den Sozialismus gilt, daß die politischen Verhältnisse einen durch die ökonomische Basis bedingten Überbau der Gesellschaft darstellen, der ohne entsprechende ökonomische Basis nicht existenzfähig wäre."(34) Das ist abstrakt

(31a) Auf den letzten Punkt wird im Rahmen dieses Artikels nicht eingegangen, da hier das Problem der kapitalistischen Restauration in der UdSSR selbst im Vordergrund steht. Aber es ist klar, daß die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR es notwendig macht, zu einer Außenpolitik überzugehen, die dieser Restauration dient. Dies ist jedenfalls das ökonomische Kern der Außenpolitik der UdSSR.
Wegen der Subsumtion der Außenpolitik unter die kapitalistischen Entwicklungsbedürfnisse der Produktivkräfte ist die allgemeine Form dieser Außenpolitik die Konkurrenz. Sie macht es unmöglich weiterhin an der marxistisch-leninistischen Generallinie des Proletarischen Internationalismus festzuhalten. Das ist das Wesen der Außenpolitik aller Staaten von Übergangsgesellschaften, in denen sich der Kapitalismus restauriert. Indessen spielt bisher nur die UdSSR eine hervorragende Rolle als Sozialimperialismus. Eins seiner wesentlichen Merkmale besteht darin, daß er den Integrationsprozeß der revisionistischen Staaten in den kapitalistischen Weltmarkt tendenziell verhindert und sie für die nationale Entwicklung seiner Produktivkräfte ausnutzt. Als Instrument dafür dient der "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe"(RGW). Der RGW dient dazu, die Produktion der revisionistischen Staaten - die dem keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermögen, weil auch in ihnen der Revisionismus die Macht angetreten hat - auf den sowjetischen Markt auszurichten und um einen Markt für sowjetische Exporte zu sichern. Der Rohstoffmangel der RGW-Staaten wird von der UdSSR zu überhöhten (über dem Weltmarktniveau liegenden) Preisen, zu qualitativ besseren und gleichzeitig billigeren Importforderungen wie zu Kreditanforderungen für sowjetische Investitionen ausgenutzt. Die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR erzeugt ihren Sozialimperialismus, die Restauration des Kapitalismus in den übrigen RGW-Mitgliedsstaaten ermöglicht deren Ausbeutung durch den sowjetischen Sozialimperialismus. Dabei spielt der Sozialimperialismus zugleich die Rolle eines Beschleunigers der kapitalistischen Restauration in den übrigen revisionistischen Staaten. Denn natürlich werden diese Staaten versuchen, der Ausbeutung durch den Sozialimperialismus durch beschleunigte Integration in den kapitalistischen Weltmarkt zu "entgehen". Dieser Prozeß spielt sich vor unseren Augen ab. Darum ist der Sozialimperialismus gezwungen, seine Ausbeutung des RGW militärisch abzusichern, vor allem, solange er es sich noch nicht leisten kann, seine Schranken zum kapitalistischen Weltmarkt unmittelbar zu öffnen.

(32) L W, Bd. 32, S. 73
(33) LW, Bd. 32, S. 7o
(34) Söder, Politik und Ökonomie im sozialistischen Gesellschaftssystem, Deutsche Zeitschrift →

richtig, wird dann aber durch folgende Interpretation vollständig verdreht und falsch: "Wenn gegebene politische Verhältnisse in Widerspruch zu gegebenen ökonomischen Verhältnissen geraten sind" - was in der Übergangsperiode und auch im "Sozialismus", wie ihn die Revisionisten selbst definieren, dauernd noch der Fall ist - "muß sich die Politik entsprechend der Ökonomie verändern, so daß die Übereinstimmung von Politik und Ökonomie wieder hergestellt wird."(35) Nur scheinbar wird das durch das revisionistische "Gesetz der Wirkung der Politik auf die Ökonomie"(36) modifiziert, denn "dieses Gesetz besagt, daß politische Entscheidungen, Maßnahmen und Bewegungen unabhängig vom Willen der politischen Kräfte Wirkungen im ökonomischen Bereich hervorrufen."(37) Dies hat nichts mehr mit dem Primat der Politik über die Ökonomie zu tun, sondern ist genau der Ausdruck für die Ohnmächtigkeit bürgerlicher Politik gegenüber kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Daß dies "Gesetz der Wirkung der Politik auf die Ökonomie" bloß der ideologischen Verschleierung der längst eingetretenen Preisgabe der revolutionären Linie ist, zeigt sich am Schluß des Artikels, aus dem wir hier zitieren, noch einmal in aller Deutlichkeit, wo die Theorie offen legitimatorischen Charakter annimmt: "Das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie (nimmt) im Verlauf der historischen Entwicklung verschiedene konkrete Gestalt an. Gegenwärtig äußert es sich so, daß die Wirtschaft zum entscheidenden Instrument geworden ist, um sozialistische politische Ziele zu verwirklichen. Hierin zeigt sich eine neue Qualität im Verhältnis von Ökonomie und Politik. Die SED betrachtet diese Erkenntnis als einen ihrer Hauptgesichtspunkte für ihre Entscheidungen..." (38)

Solche legitimatorischen Revisionen müssen konsequenterweise zur Denunziation einer korrekten Verwirklichung des Primats der Politik führen, wie das durch die chinesischen Kommunisten geschieht. "Die Verabsolutierung der Politik, ihre Loslösung von der Ökonomie (führt) zur Unterschätzung der Ökonomie als Determinante der Politik und somit notwendigerweise zum Subjektivismus und Abenteurertum in der Politik, zum Linksradikalismus."(39) Die Frage steht aber nicht so, ob man die ökonomischen Verhältnisse in seinen politischen Entscheidungen beachtet oder "vergißt" - letzteres tut niemand, kann es gar nicht tun -, sondern ob man die alten ökonomischen Verhältnisse politisch revolutioniert oder ob man die Politik den "Sachzwängen" der noch nicht kommunistischen Produktionsverhältnisse unterwirft. Das erstre ist die Position des Marxismus-Leninismus, das zweite die revisionistische Position der ökonomischen Reformen.

Ihre ideologische Stilisierung findet diese revisionistische Position in der These vom Primat der Entwicklung der Produktivkräfte über die Produktionsverhältnisse.

Noch 1952 heißt es bei Stalin: "Die neuen Produktionsverhältnisse sind gerade die wichtigste und entscheidende Macht, die im Grunde bestimmend ist für die weitere und überdies machtvolle Entwicklung der Produktivkräfte, und ohne die die Produktivkräfte zum Dahinvegetieren verurteilt wären..."(40) Dieses richtige Prinzip, das die Notwendigkeit des Primats der Politik korrekt umsetzt, wird von Chruschtschow aufgegeben. Das beginnt damit, daß Chruschtschow die Stalinschen Prinzipien für die Behandlung des Kolchoseigentums verwirft.

Um seine revisionistische Position in dieser Frage zu begründen, sagt Chruschtschow in seinem Referat vor dem 21. PT: "Die Formen des Eigentums verändern sich nicht willkürlich" - als ob dies die Stalinsche Position gewesen wäre, gegen die Chruschtschow sich hier wendet - "sondern entwickeln sich auf der Grundlage der Ökonomik, hängen vom Charakter und vom Entwicklungsstand der Produktivität ab."(41) Genau umgekehrt wie bei Stalin heißt es also jetzt: "Mit dem Wachstum der Produktivkräfte werden sich auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse vervollkommnen..."(S. 109) Zur Begründung benutzt Chruschtschow einige Jahre später Lenin, indem er auch dessen Position auf den Kopf stellt: "In seiner Arbeit über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht lehrte Lenin, daß nach dem Siege der Oktoberrevolution, nach der Erringung der Macht die Anstrengungen der Partei, der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes auf den Aufbau der Wirtschaft konzentriert werden müssen."(42) Das ist richtig, aber dann fährt Chruschtschow mit einer großen Verdrehung fort: "Wladimir Iljitsch hob hervor, daß nunmehr nicht die Politik, sondern die Wirtschaft vorrangige Bedeutung elangt."(ebda.) Dies dient nichts anderem als einer Verschleierung und Legitimation des wirklichen Charakters, den die Politik der KPdSU inzwischen angenommen hat. Darüber heißt es in einer sowjetischen Zeitschrift 1962: "Die Tätigkeit unserer Partei beruht - gemäß den von ihr erkannten objektiven Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung - darauf, daß diese objektiven wirtschaftlichen Gesetze letzten Endes die Richtung der von der Partei gefaßten Entschlüsse bestimmen."(43) Diese revisionistische Position ist der ideologische Ausdruck dafür, daß die Partei den kapitalistischen Entwicklungsbedürfnissen

---

für Philosophie, Sonderheft 1969, S. 1o3; Wir stützen uns hier auf eine Veröffentlichung aus der DDR; Belege dafür, daß auch die russischen Revisionisten prinzipiell dieselbe Auffassung haben, werden weiter unten angeführt.

(35) ebenda, S. 1o1

(36) ebenda, S. 1o1

(37) ebenda, S. 1o1, Unterstr. Verf.

(38) ebenda, S. 1o9

(39) ebenda, S. 1o7

(4o) Stalin, Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Moskau 1952, S. 74

(41) dtsch. in Ostprobleme 1959, S. 89f..

(42) Chruschtschow in einer Rede vor der Konferenz des Parteikomitees 1963, dtsch. in Ostprobleme 1963, S. 354ff.

(43) dtsch. in Ostprobleme 1962, S. 678

der Produktivkräfte bereits verfallen und zu ihren Agenten geworden ist. Daß dies wirklich das Wesen der Politik der KPdSU seit Chruschtschow ist, wird im 3. Abschnitt gezeigt.

(b) Die Preisgabe des kommunistischen Ziels der unmittelbaren Vergesellschaftung

Das Ziel des Kommunismus besteht in einer Überwindung der durch das Wertgesetz vermittelten indirekten Vergesellschaftung der Produzenten und in der Aufhebung der daraus resultierenden Notwendigkeit einer vom Produktionsprozeß(tendeziell) gesonderten politischen Instanz, des Staats.(44) Die Herstellung unmittelbarer Vergesellschaftung ist das allgemeine Ziel des Kommunismus, es läßt sich indessen nicht zu einem unmittelbaren Ziel der nächsten praktischen Schritte machen. Weder das Wertgesetz noch der Staat lassen sich per Dekret oder administrativ abschaffen, sie können nur allmählich überflüssig werden, absterben, wie Lenin das in seiner Schrift "Staat und Revolution" entwickelt hat und wie es zuvor schon von Marx angedeutet wurde. Darum garantiert auch staatliche Planung und Leitung nicht schon das Verschwinden des Wertgesetzes.
Dies zu verkennen war einer der Fehler Stalins(44a) in seiner These, daß im staatlichen Sektor (der vor allem Produktionsmittel herstellt) das Wirken des Wertgesetzes bereits aufgehört habe. "Kann man bei unserer sozialistischen Ordnung die Produktionsmittel als Ware betrachten? Meiner Meinung nach darf man das auf keinen Fall."(45) Diese These hat Stalin seit Beginn der 5-Jahres-Planung vertreten. Sie ist falsch, weil sie die Grenzen der staatlichen Planung in der Übergangsperiode mißachtet, was im 1. Abschnitt entwickelt wurde. Das Wertgesetz umfaßt das Verhältnis von Produktion und Konsumption; es stellt ja eine Form der Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige dar, gemäß der Notwendigkeit, daß das Wertprodukt sich realisieren muß. Wenn Produktion und Konsumption noch getrennt sind (wofür es sehr verschiedene Ausdrucksformen gibt, nicht bloß die kapitalistische Krise), sind Ware-Geld-Beziehungen unvermeidbar. Nur innerhalb eines geschlossenen Systems von Produktion und Konsumption sind die Produkte keine Waren (unter der Voraussetzung umfassender Planung). Das hat Marx für den einzelnen kapitalistischen Betrieb gezeigt.(46) Der Fehler Stalins war, den staatlichen Sektor der Übergangsperiode in Analogie zu einem einzelnen (kapitalistischen) Betrieb zu behandeln, ohne die Grenzen dieser - abstrakt richtigen - Analogie zu berücksichtigen. Der Unterschied zwischen beiden besteht darin, daß innerhalb eines Betriebs sowohl Produktion als auch Verwendung der Produkte, sofern es sich um Zwischenprodukte des betrieblichen Produktionsprozesses handelt, umfassend geplant werden kann. Im staatlichen Sektor dagegen ist das nur in jeweils begrenztem Maß möglich, wobei der Entwicklungsstand der unmittelbaren Vergesellschaftung der Produzenten und Konsumenten (der Entwicklungsstand ihrer "Einheit"; von der die Revisionisten so viel reden) genau die Grenzen bezeichnet. Die Verwendung der Produkte des staatlichen Sektors wird aber, wie auch Stalin indirekt einräumt (47), weitgehend noch durch das Wertgesetz geregelt. Darum werden auch im staatlichen Sektor noch Waren produziert. Dies zeigt sich daran, daß die staatliche Planung zu Widersprüchen führt, wenn sie das Wertgesetz verletzt, wenn sie sich also nicht dem Naturwuchs des noch fortexistierenden Marktes unterwirft (bzw. die Planung nicht bloß in einer Simulierung einer solchen Verteilung der Produktionsproportionen besteht, wie sie auch durch das spontane Wertgesetz zustandekäme; dieser Vorschlag wird seit einiger Zeit von einem großen Teil der sowjetischen Ökonomen gemacht). Indessen verlangt die Planung im Interesse der Gesellschaft gerade die Verletzung des Wertgesetzes. Dadurch muß es zu Widersprüchen kommen, die ökonomisch zunächst nicht aufhebbar sind, sondern politisch zu bewältigen sind. Gelingt das nicht, wird die Möglichkeit der Planung zunehmend untergraben und ausgehöhlt.
Aber die Fortexistenz des Wertgesetzes zeigt sich nicht nur daran, daß es bestimmte ökonomische Grenzen der staatlichen Planung zum Ausdruck bringt, es schränkt nicht nur die politisch

---

(44) D.h. nicht, daß der Staat eine klassenneutrale Instanz ist. Aber Vergesellschaftung auf der Basis des Wertgesetzes verhindert eine unmittelbare Einheit von Politik und Ökonomie und erfordert, daß sich die politische Gewalt der herrschenden Klasse ein von der Produktionssphäre verschafft, wobei es sich im Kapitalismus um eine prinzipielle Trennung handelt (die auch durch die partielle Instrumentalisierung des Staats durch die Monopole nicht grundsätzlich aufgehoben wird), und in der Übergangsperiode um eine tendenziell aufhebbare Trennung handelt. Absterben des Staats in diesem Sinn und Herstellung unmittelbarer Vergesellschaftung, also Aufhebung des Wertgesetzes, sind daher sich bedingende Prozesse.

(44a) In diesem Artike werden hauptsächlich die Fehler der Stalinschen Politik hervorgehoben, um zu zeigen, wie durch sie der Machtantritt des Revisionismus vorbereitet wurde. Daraus ergibt sich eine gewisse Einseitigkeit, weswegen dieser Artikel auch nicht den Anspruch erheben kann, eine Einschätzung der Entwicklung der UdSSR unter Führung Stalins zu liefern. Auf keinen Fall sollte aus dieser Einseitigkeit der Schluß gezogen werden, Stalin sei ein "Vorläufer" des Revisionismus gewesen. Wir sagen das ausdrücklich, denn grundsätzlich ist an der Einschätzung der chinesisischen Kommunisten festzuhalten: "In der Hauptsache hatte Stalin recht, seine Fehler sind sekundär."(Generallinie, S. 138) Es ist wichtig, dies gerade gegen die Revisionisten zu betonen.

(45) Stalin, a.a.O., S. 62

(46) vgl. Kapital Bd. I, S. 375f.

(47) vgl. Stalin, Fragen des Leninismus, (Oberbaum), S. 558

zu bestimmenden Möglichkeiten alternativer Planungskonzepte ein, sondern es setzt zugleich der Möglichkeit, "richtige" Pläne aufzustellen, bestimmte Grenzen. Wir meinen damit, daß die Existenz des Wertgesetzes, also die Konfrontation des einzelnen Produzenten mit einer noch tendenziell naturwüchsigen Nachfrage (dasselbe gilt für die Belieferung), den einzelnen Produzenten notwendig noch in einen Widerspruch zu jeder Planung bringt.

Das hat also nicht bloß technische Mängel in der Planung und Leitung zur Ursache, obwohl diese die Widersprüche noch verschärfen können. Diese besondre Widerspruchsstruktur der Übergangsperiode wird von Kim Ir Sen, dem Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas, gut herausgearbeitet: "Auch wenn der Materialversorgungsplan richtig aufgestellt worden ist, kann der Plan dann nicht erfüllt werden, wenn die praktische Versorgungsarbeit nicht richtig durchgeführt wird. Wenn bei der Versorgungsarbeit mit Materialien und Rohstoffen die Handelsform und das heißt die Kaufs-Verkaufs-Form mißachtet und einfach nach Plan geliefert wird, dann können die Betriebe das Material unzweckmäßig verbrauchen und vergeuden. Solange nicht alle unsere Funktionäre und Werktätigen Kommunisten geworden sind, kann es genügend solche Fälle geben."(48) "Das Ergebnis sind viele Mängel in der Materialversorgung.(...) Der Grund dafür liegt natürlich darin, daß die staatliche Plankommission den Plan für die Materialversorgung nicht richtig aufstellt, aber insbesondere besteht das Problem darin, daß man übersieht, daß die Versorgung mit Material und Rohstoffen in der Handelsform realisiert wird..."(49)

Die unmittelbare Voraussetzung umfassender Planbarkeit in der falschen Theorie Stalins war Ausdruck einer staatlichen Planung, die diese Widerspruchsstruktur unterschlagen hat. Der Fehler bestand aber nicht darin, die Planung immer umfassender zu gestalten, wie die Revisionisten später behaupteten, sondern in einer falschen Behandlung der politischen Voraussetzungen einer Totalisierung der Planung.

Der Fehler Stalins lag nicht darin, daß er sich der Bedeutung dieser politischen Voraussetzungen nicht bewußt gewesen wäre. "Der Produktionsplan ist in Wirklichkeit die lebendige und praktische Tätigkeit von Millionen Menschen. Die Realität unseres Produktionsplans, das sind die Millionen Werktätigen, die ein neues Leben schaffen. Die Realität unseres Programms, das sind lebendige Menschen, das ist unser Arbeitswille, unsere Bereitschaft, auf neue Art zu arbeiten, unsere Entschlossenheit, den Plan zu erfüllen."(50) Aber der Fehlers Stalins liegt darin, daß er die Möglichkeiten, diese politischen Bedingungen umfassender Planung unmittelbar herstellen zu können, überschätzt hat.

Stalin fährt fort: "Haben wir diese Entschlossenheit? Jawohl, wir haben sie. Also kann und muß unser Produktionsprogramm verwirklicht werden."(ebda.)

In seiner Rede "Über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftler" findet diese Auffassung folgende Begründung:

"Was ist erforderlich, um die Kontrollziffern zu erfüllen, um einen Produktionszuwachs von 45% zu erzielen, um die Erfüllung des Fünfjahrplans nicht in vier, sondern in den grundlegenden und ausschlaggebenden Produktionszweigen in drei Jahren zu erreichen? ... Hatten wir im vergangenen Jahr die 'objektiven' Möglichkeiten (die materiellen Ressourcen, Verf.) zur vollständigen Erfüllung des Plans? Jawohl....
Was ist noch erforderlich?
Erforderlich ist das Bestehen einer Staatsmacht, die den Wunsch und die Kraft hat, diese ungeheuren Naturschätze zum Wohl des Volkes auszunutzen. Haben wir eine solche Staatsmacht? Jawohl....
Was ist noch erforderlich?
Es ist noch erforderlich, daß diese Staatsmacht die Unterstützung der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern genießt. Genießt unsere Staatsmacht diese Unterstützung? Jawohl....
Was ist noch notwendig, um die Kontrollziffern für 1931 zu erfüllen und überzuerfüllen?
Notwendig ist noch eine Gesellschaftsordnung, die von den unheilbaren Krankheiten des Kapitalismus frei ist.... Unsere Gesellschaftsordnung leidet nicht an diesen Krankheiten, weil die Macht in unseren Händen, in den Händen der Arbeiterklasse liegt, weil wir eine Planwirtschaft betreiben...
Was ist noch erforderlich, um mit Siebenmeilenstiefeln voranzuschreiten?

Erforderlich ist eine Partei, genügend geschlossen und einheitlich, um die Anstrengungen der Besten der Arbeiterklasse auf einen Punkt zu richten, und genügend erfahren, um nicht vor Schwierigkeiten die Segeln zu streichen, und systematisch eine richtige, revolutionäre, bolschewistische Politik durchzuführen. Haben wir eine solche Partei? Jawohl." (51)

Diese Ausführungen Stalins sind in den meisten Punkten richtig und entsprechen auch dem Wesen einer propagandistischen Rede. Gleichwohl zeigt sich dort eine folgenschwere Einseitigkeit, wo Stalin davon redet, daß "unsere Gesellschaftsordnung" "von den unheilbaren Krankheiten des Kapitalismus frei ist"(was seiner These entspricht, daß im staatlichen Sektor das Wertgesetz bereits überwunden sei). Denn in Wirklichkeit waren "die Muttermale der alten Gesellschaft" noch nicht überwunden.

Später hat Stalin diese Auffassung geändert. Das ergibt sich aus der Kritik an Wosnessenskij - Vorsitzender des Gosplan, der Staatsplankommission, von 1938 bis 1949 - und seiner schließlichen Liquidierung. 1948 faßte Wosnessenskij - die der bisherigen Planungspraxis und der liegende Theorie folgendermaßen zusammen: " Das Wertgesetz wirkt nicht nur in der Verteilung des Pro-

(48) Kim Ir Sen, Über einige theoretische Probleme der sozialistischen Ökonomik, Pjöngjang 1969, S. 23, Unterstr. Verf.
(49) a.a.O., S. 21
(50) Fragen des Leninismus, S. 424, geschr. 1931
(51) a.a.O., S. 391 ff.

dukts, sondern auch schon bei der Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Zweige der sowjetischen Wirtschaft. Der staatliche Plan nutzt hierbei das Wertgesetz aus, um die gesellschaftliche Arbeit auf die verschiedenen Zweige so zu verteilen, wie es das Interesse des Sozialismus erfordert. (...) In der sowjetischen Wirtschaft ist der planende sozialistische Staat die Triebkraft der Bewegung und Entwicklung der Wirtschaft (...) Zum Unterschied von politischer Ökonomie des Kapitalismus, die von den spontanen Bewegungsgesetzen spricht, lehrt die politische Ökonomie des Sozialismus, einschließlich der Periode der Kriegswirtschaft, die ökonomischen Gesetze der Planung und der Organisation der Produktion. Aus diesem Grunde ist die auf vernünftige Ausnutzung und Anwendung der ökonomischen Gesetze der Produktion und Verteilung begründete sozialistische Planung selbst ein gesellschaftliches Entwicklungsgesetz und als solches Gegenstand der politischen Ökonomie." (52) Das, was Wosnessenskij hier schreibt, unterscheidet sich nicht von der bisherigen Theorie der Planung in der UdSSR; dennoch wurde Wosnessenskij wegen einer subjektivistischen Interpretation des Wertgesetzes kritisiert. Der Grund muß gewesen sein, daß sich das nach wie vor wirkende Wertgesetz in zunehmenden Widersprüchen Ausdruck verschuf, die immer weniger politisch aufhebbar wurden, so daß die staatliche Planung und Leitung gezwungen wurde, dem Rechnung zu tragen, um nicht allmählich - z.B. durch den Schwarzmarkt - ganz ausgehöhlt zu werden. In diesem Zusammenhang muß man die letzte Schrift Stalins über "Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR" (1952) sehen;dort heißt es in deutlicher Stoßrichtung auch gegen Wosnessenskij: "Manche Genossen leugnen den objektiven Charakter der Gesetze der Wissenschaft, besonders der Gesetze der politischen Ökonomie des Sozialismus. Sie leugnen , daß die Gesetze der politischen Ökonomie die Gesetzmäßigkeiten der Prozesse widerspiegeln, die sich unabhänig vom Willen der Menschen " - insbesondere der Planer - " vollziehen. Sie meinen, daß der Sowjetstaat und seine Leiter in Folge der besonderen Rolle , die die Geschichte dem Sowjetstaat zugewiesen hat, im Stande seien, die bestehenden Gesetze der politischen Ökonomie abzuschaffen, daß sie im Stande seien, neue Gesetze" - Wosnessenskijs - "ökonomische Gesetze der Planung" - "zu 'formieren', neue Gesetze zu 'schaffen'. Diese Genossen sind in einem tiefen Irrtum befangen. Sie verwechseln offenbar die Gesetze der Wissenschaft, die die objektiven, sich in der Natur oder der Gesellschaft unabhängig vom Willen der Menschen vollziehenden Prozesse widerspiegeln, mit den Gesetzen, die von Regierungen erlassen, nach dem Wille n von Menschen geschaffen werden und nur juridische Kraft besitzen. Man darf sie jedoch unter keinen Umständen verwechseln." (53)

Hier werden von Stalin zum ersten Mal objektive Schranken der Planung in den Vordergrund gestellt. Die auftretenden Widersprüche zwangen dazu: "Angenommen, wir stellen uns für einen Augenblick auf den Standpunkt der falschen Theorie, die die Existenz von objektiven Gesetzmäßigkeiten im ökonomischen Leben beim Sozialismus leugnet und verkündet, es sei möglich, ökonomische Gesetze zu 'schaffen'. Wozu würde das führen? Es würde dazu führen, daß wir in ein Reich von Chaos und Zufälligkeiten kommen, daß wir in eine sklavische Abhängigkeit von diesen Zufälligkeiten geraten, daß wir uns nicht nur die Möglichkeit nehmen, sie zu begreifen, sondern uns auch nur in diesem Chaos von Zufälligkeiten zurechtzufinden." (S. 102) Man muß beachten, daß Stalin dies als die Konsequenzen einer Theorie angibt, die Wosnessenskij als Gosplan-Chef von 1938 bis 1949 praktiziert hat! Hier wird also die bisherige Vernachlässigung des immer noch als Regulator der Produktion wirkenden Wertgesetzes deutlich kritisiert. Dennoch bleibt auch diese Kritik noch einseitig, was sicherlich der späteren Machtergreifung durch die Revisionisten Vorschub geleistet hat. Denn nach wie vor hält Stalin daran fest, daß die Produkte im staatlichen Sektor keine Waren sind. (vgl. o.), daß dort das Wertgesetz keine regulierende Funktion mehr besitzt. Stattdessen sieht Stalin die Ursachen für das Fortbestehen von Ware-Geld-Beziehungen in den noch unterschiedlichen Eigentumsformen, so daß sich das Wertgesetz auf den Tausch zwischen diesen Eigentumsformen (und natürlich innerhalb des genossenschaftlichen Eigentums) beschränkt. "Die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus wird durch die Existenz der beiden Grundformen der sozialistischen Produktion bedingt: der staatlichen und der kollektivwirtschaftlichen Form. Die Warenproduktion und die Warenzirkulation beschränken sich hauptsächlich auf Gegenstände des persönlichen Bedarfs." (54) Diese Erklärung ist eine unmittelbare Konsequenz der falschen These, daß die Produkte innerhalb des staatlichen Sektors bereits keine Waren mehr sind. Ihr Fehler besteht darin, den Warencharakter der Produkte daraus zu erklären, daß sie getauscht werden. Statt aus den Formen der Produktion wird die Warenproduktion aus der Zirkulationssphäre erklärt.

Das wird besonders deutlich bei Kim Ir Sen, der in diesem Punkt Stalins falsche Theorie übernimmt: "Die Ursache dafür, daß die Produktionsmittel in der sozialistischen Gesellschaft im einen Fall Waren sind und im anderen Fall nicht, muß man auch in der Differenzierung des Eigentums suchen, In der sozialistischen Gesellschaft sind die Produktionsmittel auch bei örtlich verschiedenen Einsatzbedingungen keine Waren, wenn sie nicht den Eigentümer wechseln" - also staatliches Eigentum bleiben -, "aber sie werden zu Waren, wenn ein Eigentumswechsel vorgenommen wird." (55) Stattdessen heißt es bei Marx: "Gebrauchsge-

(52) Wosnessenskij, Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges, dtsch. Berlin 1949, S. 92ff.
(53) Stalin, Ökonomische Probleme, S. 3f.
(54) 1954-Lehrbuch, S. 512;dasselbe schon in Stalins Schrift, wo noch ausdrücklicher auf die Eigentumsformen eingegangen wird.
(55) Kim Ir Sen, a. a. O., S. 15

genstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind." (56)

Dies ist keine "müßige Doktorfrage", womit der rivisionistische ungarische Ökonom Stefan Varga das Problem abtun will; denn nur auf der Grundlage einer korrekten Theorie lassen sich die Widersprüche, die auch im staatlich geplanten Sektor auftreten und die von Stalins Theorie unterschlagen bzw. falsch erklärt werden, richtig verstehen und behandelt. So führt auch diese falsche Theorie der Warenproduktion in der Übergangsperiode zu einer falschen Vorstellung vom sozialistischen Aufbau. Denn durch diese Theorie werden die Produktionsverhältnisse der Übergangsperiode eingeteilt in einen schon sozialistischen und einen noch nicht sozialistischen (genossenschaftlich und teilweise noch privatwirtschaftlich organisierten) Teil, kapitalistische und sozialistische Momente werden äußerlich getrennt. Das führt zu folgender Auffassung bei den Revisionisten: "Im Verlaufe des Übergangs zur sozialistischen Wirtschaft wird der sozialistische Sektor ständig ausgedehnt (!), bis es nur noch sozialistische Produktionsverhältnisse gibt." (57) Die noch nicht sozialistischen Produktionssektoren sollen dann - dieser Theorie zufolge - dadurch "sozialistisch umgestaltet" werden, daß "kraft des wachsenden Einwirkens der ökonomischen Gesetze des Sozialismus auf die kapitalistische Produktion in dieser selbst Grundvoraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise aufgehoben werden." (58) Ihre Legitimation gewinnt, wie gesagt, diese Theorie daraus, daß behauptet wird, der staatliche Sektor sei bereits vollständig sozialistisch umgestaltet. Da das aber tatsächlich noch nicht der Fall ist, wird hier an die Stelle einer Aneignung der Produktion durch die Produzenten bloß die Subsumption der noch nicht sozialistischen Sektoren unter die ökonomischen und stets noch marktvermittelnden Zwänge des staatlichen Sektors gesetzt.

Noch in einem anderen Punkt ist es wichtig, die Stalinsche Theorie der Warenproduktion zu kritisieren. Stalin schreibt: "Das Bestehen der Warenproduktion und der Warenzirkulation bewirkt, daß beim Sozialismus das Wertgesetz besteht, obwohl es in unserer Gesellschaftsordnung bereits aufgehört hat, die Rolle eines Regulators zu spielen." (59) Diese Unterscheidung ist unsinnig, weil die Existenz des Wertgesetzes stets sein Wirken als Regulator der Produktion impliziert, sei es direkt über den Markt oder indirekt dadurch, daß eine Planung und Leitung, die das Wirken des Wertgesetzes unterschlägt, in die Krise, zur Vergeudung, zum Schwarzmarkt führt. Im selben Jahr, in dem Stalin das angeführte Zitat schrieb, wird z. B. in den "Richtlinien des 19. PT für den 5. Fünfjahr-Plan" von der "durch den Rubel ausgeübten ständigen Kontrolle des Ablaufs der Produktion" gesprochen. (60) Nur dort, wo die Planung und Leitung der Produktion umfassend ist, was aber Planung der Konsumption voraussetzt, spielt das Wertgesetz nicht auch die Rolle eines Regulators der Produktion; nur dort wird die Produktion nicht auch vom Markt her, vom staatlich akzeptierten und gelenkten oder vom Schwarzmarkt, beeinflußt. Aber dort existiert dann das Wertgesetz auch überhaupt nicht. In Wirklichkeit aber bezeichnet das Wertgesetz die Grenzen der staatlichen Planung, welche indessen aufgrund der besonderen Widerspruchsstruktur in der Übergangsperiode nicht auch die Grenzen dessen sind, was überhaupt geregelt werden muß. "Die Kollektivwirtschaften tätigen ihre Einkäufe nach eigenem Ermessen. Alle individuellen Einkäufe der Millionen Verbraucher im Einzelhandel werden ebenfalls nicht geplant." (61) Häufig genug sind auch die staatlichen Betriebe gezwungen, sich Produktionsmittel außerhalb des Plans zu besorgen. Daraus erwachsen Widersprüche. Konsequenz müßte eine Erweiterung der Planung und Leitung sein, was eine politische Aufgabe ist; Entfaltung des demokratischen Zentralismus um die tendenzielle Trennung der Konsumption von der Produktion aufzuheben.

Die Kritik der Revisionisten, die von der wirklichen Entwicklung ebenfalls gezwungen wurden, die Stalinsche Theorie zu verändern, verlief jedoch in genau entgegengesetzter Richtung. Sie versuchten Plan und Markt zu versöhnen, ohne das Wertgesetz und die aus ihm naturwüchsig hervortreibenden kapitalistischen Tendenzen zu bekämpfen, was sie schließlich dazu führen mußte, den Plan dem Markt zu subsumieren. Das deutet sich schon in einer Diskussion über das Wertgesetz, die 1957 vom Rat der Akademischen Wissenschaften der UdSSR durchgeführt wurde, an, wo vor allem auch die Stalinsche Theorie der Warenproduktion in der Übergangsperiode diskutiert und verworfen wurde. Kulikow, ein sowjetischer Ökonom, führt dort aus: "Die Praxis überzeugt uns, daß die Dinge anders liegen. Die Tatsache, daß sich Waren im Handelsnetz stauen und nicht abgesetzt werden können, zeigt uns, daß die in diesen Waren verkörperte Arbeit keine gesellschaftliche Anerkennung gefunden hat; im Ergebnis des Tausches erhält die abstrakte Arbeit schließlich gesellschaftliche Anerkennung. Es ist irrig zu glauben, man könne den Wert" - also auch die gesellschaftliche Nachfrage - "unmittelbar planen und die Wertgröße der Ware bestimmen." (62) Und ein anderer Ökonom, Gatowskif, betonte, sich auf Stalin beziehend: "Entgegen den objektiven ökonomischen Prozessen und der realen Situation waren in unserer Wirtschaftsliteratur bekanntlich Analysen weit verbreitet, die der Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen, des Wertgesetzes und der Wertformen für den kom-

(56) Kapital Bd. I, S. 87
(57) Farle, Schöttler, Chinas Weg - Marxismus oder Maoismus, Ffm 1971, S. 141
(58) Eichhorn in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H. 5, Jg. 1957, S. 189
(59) Stalin, Ökonomische Probleme, S. 14o
(6o) Moskau 1952, S. 6o
(61) Kronrod, Das Geld in der sozialistischen Wirtschaft, Berlin 1963, russ. 1960, S. 133f.
(62) zit. nach Osteuropa-Wirtschaft, Bd. 4 (1959) S. 26

munistischen Aufbau ihrer Bedeutung nach offensichtlich nicht genügend Beachtung geschenkt hatten. Es wurde behauptet, die Warenzirkulation gerate mit den Aufgaben in Widerspruch, die der Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung stellt, und daß man die Warenzirkulation allmählich ersetzen müßte. Damit wurde aber zugleich die Bedeutung der wirtschaftlichen Rechnungsführung herabgesetzt und einer nur formalen Einstellung zur wirtschaftlichen Rechnungsführung Vorschub geleitstet."(ebda) Hier wird deutlich das Ziel des kommunistischen Aufbaus selbst - Überwindung der über das Wertgesetz vermittelten Vergesellschftung - kritisiert und propagiert, die wirtschaftliche Rechnungsführung zum Gewinnprinzip, den Gewinn zur Zielgröße, zu verkehren.

Und Otto Reinhold, Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, schreibt dazu: Es gibt zwar "die Auffassung, daß in der sozialistischen Wirtschaft alle Betriebe gewissermaßen ein Großbetrieb, ein Großunternehmen sind und die einzelnen Betriebe eine technische Einheit. Allerdings hat diese Auffassung keinen großen Einfluß, weder in der Sowjetunion noch in anderen sozialistischen Ländern. Wir halten diese Auffassung für grundlegend falsch und sind der Meinung, daß zwar gesellschaftliches Eigentum besteht, aber die Eingenverantwortung der Betriebe, die relative Selbständigkeit der Betriebe und anderer Wirtschafteinheiten von entscheidender Bedeutung sind. Aber zwischen diesen selbständigen Wirtschaftseinheiten, wenn sie selbständig sein sollen (!), kann es nichts anderes geben als Warenbeziehungen unter den heutigen Bedingungen, vom Standpunkt der heutigen Produktivkräfte."(63)

An diesen Zitaten zeigt sich nicht nur die revisionistische Stalinkritik, die die Mittel nur "korrigieren" kann, indem sie Ziele preisgibt, sondern auch die blinde Abhängigkeit der Revisionisten vom Stand der naturwüchsig sich entwickelnden Produktivkräfte. Diese entwickeln sich naturwüchsig, also ihrem Wesen nach kapitalistisch, weil die Revisionisten die von Stalin bis zuletzt aufrechterhaltene These liquidiert haben, daß die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse das Wichtigste für die Entwicklung der Produktivkräfte ist (vgl. o.). Sie haben völlig mit der wesentlichen marxistisch-leninistischen Einsicht gebrochen, daß erst der Kommunismus, also die Aufhebung der Ware-Geld-Beziehungen, alle gesellschaftlichen Fesseln für die Entwicklung der Produktivkräfte aufhebt. Nur die Kehrseite davon ist, daß die blinde Unterwerfung der Revisionisten unter die Produktivkräfte sie dazu führt, die kapitalistischen Fesseln für deren Entwicklung selbst wieder zu errichten. Das ist der Weg der ökonomischen Reformen. Die Methoden, mit denen die gesellschaftlichen Schranken für die Entwicklung der Produktivkräfte überwunden werden sollen, ohne deren kapitalistische Grundlage aufzuheben, müssen schließlich denjenigen des monopolistischen Kapitalismus gleichen. Wie dort subsummiert die revisionistische Wirtschaftspolitik selbst noch den Markt den Entwicklungsbedürfnissen der Produktivkräfte. Z. B.: "Wesentlich ist, daß die Signale über neuartige Bedürfnisse und neuartige Möglichkeiten ihrer Befriedigung nicht primär vom Markt ausgehen, sondern von der Phase der Forschung und Entwicklung."(64) Ebenso: "Der sozialistische Handel muß unter Beachtung bestimmter zeitlicher Bedarfsschwankungen und dadurch bedingte Warenlagerung das Tempo des Warenumschlags über Kauf und Verkauf dem Tempo der Gebrauchswertproduktion der sozialistischen Großproduktion anpassen."(65) Es klingt dann wie Hohn, wenn gleichzeitig gesagt wird, daß "das grundlegende Kriterium der gesellschaftlichen Anerkennung verausgabter Arbeit im Sozialismus letztlich die (realisierbare) Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse" ist. (66)

Doch das Entscheidende an der revisionistischen Kritik an Stalin besteht darin, daß Plan und Markt nicht mehr länger als unvereinbar angesehen werden. "Großer Schaden wurde dem wirtschaftlichen Denken und der Wirtschaftspraxis durch die falsche Auslegung der Bedeutung des Wertgesetzes in der sozialistischen Gesellschaft zugefügt, die unter dem Einfluß des Personenkults " - d. i. die Politik der KPdSU unter der Führung von Stalin - "weite Verbreitung gefunden hatte. Nach dieser Deutung stellt das Wertgesetz eine Art Überbleibsel des Kapitalismus, das Ergebnis der ungenügenden Reife der sozialistischen Beziehungen dar; es verdankt seine Existenz dem Unterschied zwischen den beiden Formen des gesellschaftlichen Eigentums. Das Wertgesetz und den Plan betrachtete man dabei als zwei entgegengesetzte Pole, und daraus wurde die Schlußfolgerung gezogen, die Wirkung des Wertgesetzes müsse möglichst herabgemindert, dem Plan 'untergeordnet' und auf jede Weise geschmälert werden ... in Wirklichkeit stellen aber das Wertgesetz und die auf ihm fußenden ökonomischen Kategorien eine notwendige Eigenschaft der sozialistischen Wirtschaftsform, die wichtigste Seite ihrer normalen Entwicklung dar. Das Wertgesetz und der Plan sind keine Antipoden, sondern Verbündete. (67)"

Es wird nicht mehr versucht, die Widersprüche, in die die Planung und Leitung aufgrund noch notwendiger Marktmechanismen gerät, durch zunehmende Verwirklichung umfassender Planung zu überwinden, sondern es wird verlangt, "die Ware-Geld-Beziehungen entsprechend dem neuen Inhalt, der ihnen in der Periode des Sozialismus eigen ist, voll auszunutzen" (1961 - Programm

---

(63) Kritik der Politischen Ökonomie heute, Ffm S. 349

(64) H. Nick in: Einheit, 1969, zit. nach Marxismus-Digest, Nr. 3, 1970, S. 367

(65) Wirtschaftswissenschaften Heft 6, 1971, S. 829f.

(66) H. Nick, a. a. O., S. 368

(67) Leontjew, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in der Prawda vom 7. 3. 1965, dtsch. in Ostprobleme 1965, S. 238

der KPdSU), sie sind "zu vervollkommnen" und "zur Förderung der Initiative der Betriebe und Vereinigungen nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Rechnungsführung" auszunutzen. (68) Als Legitimationsgrundlage dient die "Theorie vom neuen Inhalt des Wertgesetzes im Sozialismus".

In der Kritik dieser Theorie muß man den Fehler vermeiden, schon in der Tatsache des "Ausnutzens" des Wertgesetzes an und für sich eine revisionistische Behandlung der Widersprüche in der Übergangsperiode zu sehen. Solange nämlich die unmittelbare Vergesellschaftung noch nicht verwirklicht ist, kann keine Planung es sich leisten, das Wirken des Wertgesetzes einfach zu negieren. Es käme vielmehr darauf an, das Wirken des Wertgesetzes durch bewußte Eingriffe der staatlichen Planung und Leitung zu modifizieren und für den Aufbau des Kommunismus nutzbar zu machen. Das Prinzip muß sein, daß politische Entscheidungen das Primat gegenüber dem spontanen Wirken des Wertgesetzes haben, ohne daß sie jedoch zu politisch nicht mehr bewältigbaren Widersprüchen führen (vgl. oben). M. a. W.: Die Möglichkeit, das Wertgesetz "ausnutzen" zu können, besteht darin, es (tendenziell) unter politischen Gesichtspunkten verletzen zu können. In diesem Sinn haben auch Stalin (und Wosnessenskij) das Wertgesetz "ausgenutzt", wobei offenzulassen ist, inwieweit sie hierbei das Wertgesetz zu wenig beachtet haben.

Etwas ganz anderes meinen jedoch die Revisionisten, wenn sie vom "Ausnutzen" des Wertgesetzes sprechen. Es war gerade einer der wichtigsten Punkte der revisionistischen Kritik an Stalin, daß ihm vorgeworfen wurde, mit dem Wertgesetz primär nach politischen Kriterien umgesprungen zu sein. (vgl. das Leontjew-Zitat oben). Die Revisionisten haben nicht die stalinsche Politik korrigiert, um dadurch das Primat der Politik zu verwirklichen, sondern ihre "Korrektur" bestand in der Subsumtion der Planung und der Politik überhaupt unter die ökonomischen Zwänge des sich in zunehmenden Widersprüchen äußernden Wertgesetzes. J. Liberman, einer der führenden Verfechter der ökonomischen Reformen in der UdSSR, zog daraus nur die Konsequenz, als er schrieb: "Es ist jedoch zu beachten, daß die nicht-äquivalenten Beziehungen" - also Verletzungen des Wertgesetzes - "einen begrenzten Wirkungsbereich haben, da (!) sie die Interessen der wirtschaftlichen Rechnungsführung verletzen können." (70)
Dadurch findet die Politik ihre Schranken nicht mehr an der Entfaltung des demokratischen Zentralismus, sondern an der Rentabilität der einzelnen Betriebe, denn nichts anderes meint die wirtschaftliche Rechnungsführung hier (im Gegensatz zu Lenin, wo die wirtschaftliche Rechnungsführung selbst eine politische Maßnahme vor allem auch zur Erziehung der Massen und damit der Stärkung des demokratischen Zentralismus war).

Wenn die Revisionisten vom "Ausnutzen" des Wertgesetzes sprechen, so bedeutet das also in Wirklichkeit, daß die Politik zum Erfüllungsgehilfen der ökonomischen Erfordernisse des Wertgesetzes oder, wie es im revisionistischen Jargon heißt, der "objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus" wird. (71)

Der DDR-Ökonom K. Bichtler sagt das auch ganz deutlich: "Es gab" lange Zeit in der sozialistischen Theorie die Auffassung ... Produktionsmittelpreise unter den Werten festzulegen, um den technischen Fortschritt zu stimulieren. Das hat sich in der Praxis als nicht gangbar erwiesen, weil (!) damit die realen Verhältnisse" - der Markt - "nicht widergespiegelt wurden." "Die rationellste Aufwandskombination und Ergebnisrealisierung kann nur gesichert werden, wenn eben in den Kategorien, die Grundlage der Rationalität bzw. der Wirtschaftlichkeitsrechnung sind, die tatsächlichen Aufwendungen und Ergebnisse widergespiegelt werden. Das ist eigentlich die Grundlage, von der wir ausgehen, wenn wir davon sprechen, das Wertgesetz bewußt auszunutzen." (72)

Wie gelingt also den Revisionisten das Kunststück, Plan und Markt miteinander zu versöhnen? Indem eine Planung im Interesse des Marktes betrieben wird. "Wer den Markterfordernissen nicht genügt, kann auch nicht den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen." (73) Dadurch kann aber den spontanen Tendenzen der kapitalistischen Restauration, die der Markt hervortreibt, kein Widerstand mehr entgegengestellt werden, wodurch die Planung im Interesse des Marktes zu einer Planung im Interesse der kapitalistischen Restauration wird. "Es ist sehr wichtig, daß die staatlich verbindlichen Planaufgaben ... den Bedingungen einer eigenverantwortlichen Planung und Führung

(68) 24. PT der KPdSU, Protokolle, Moskau 1971, S. 283
(69) entfällt
(70) Marxismus-Digest Heft 3, 1970, S. 336
(71) Dieser Jargon ist aber tatsächlich kein Geschwätz, sondern der präzise Ausdruck der revisionistischen Politik selbst; z. B.: "Ein Element nach dem anderen wurde gestaltet, um den Erfordernissen aus den bestehenden und aus den sich neu herauskristallisierenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus gerecht zu werden. Z. B. sahen die Autoren " - dies Zitat ist aus dem Buch Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendungen in der DDR, S. 12f. - "die Eigenerwirtschaftung der Mittel der sozialistischen Warenproduzenten für die erweiterte Reproduktion noch nicht als konkrete Maßnahme vor. Erst als einige notwendige Zwischenglieder geschaffen worden waren ..., führte dann die innere Logik (!) des ökonomischen Systems des Sozialismus gesetzmäßig zu konkreten, detaillierten Maßnahmen der Eigenerwirtschaftung der Mittel". Eigenerwirtschaftung der Mittel bedeutet die ökonomisch selbständige Akkumulationstätigkeit der einzelnen Betriebe.
(72) Kritik der Politischen Ökonomie heute, S. 286
(73) Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 144

der Betriebe entsprechen müssen. (...) Wenn wir so verfahren, besteht gar kein Anlaß, die Tatsache, daß staatlich verbindliche Planaufgaben an die Betriebe erteilt werden, als einen logischen Gegensatz und praktischen Widerspruch zur eigenverantwortlichen Planung und Wirtschaftsführung der Betriebe aufzufassen, wie manche Leute meinen (!). Erstens werden die staatlichen Planauflagen in der Regel ohnehin den eigenen Planvorstellungen der Betriebe (ähnliches gilt für die VVB) entsprechen. (...) Zweitens ist das zentrale Organ, welches staatliche Planauflagen oder andere Aufgaben festlegt, dazu verpflichtet, eine solche Einstellung der ökonomischen Hebel zu veranlassen, bzw. vorzunehmen, daß die für den Betrieb usw. effektivste Entwicklung der volkswirtschaftlich notwendigen und geplanten Richtung entspricht und nicht in Widerspruch dazu gerät. Drittens schließlich bilden die staatlichen Planauflagen oder sonstigen verbindlichen Zielvorstellungen die inhaltlichen Leitlinien der Entwicklung, deren Erreichung gerade von der effektivsten Art und Weise einer optimalen selbständigen Wirtschaftsführung abhängig ist."(74)

Das führt nicht nur zur völligen Aushöhlung der staatlichen Planung, sondern darüberhinaus zu ihrer Verkehrung in ein Instrument des einzelbetrieblichen Gewinnstrebens.

(c) Die Revisionisten verzichten auf den Klassenkampf gegen die Gefahr der kapitalistischen Restauration (74a)

"Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehlern."(75)
Die Revisionisten bekennen als Quelle einer möglichen kapitalistischen Restauration nur die alte Bourgeoisie und ihre internationalen Verbündeten und die kleine (ländliche) Warenproduktion. Darum hört für sie der Kampf gegen die kapitalistische Restauration mit dem "Sieg des Sozialismus" auf.

Der "Sieg des Sozialismus" in der UdSSR wurde 1934 von Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den 17. PT der KPdSU verkündet.(76)
Doch hört für Stalin damit der Kampf gegen die Gefahr der kapitalistischen Restauration nicht auf; in demselben Rechenschaftsbericht führt er aus: "Kann man jedoch sagen, daß wir bereits alle Überreste des Kapitalismus in der Wirtschaft überwunden haben? Nein, das kann man nicht sagen. Um so weniger kann man sagen, daß wir die Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen überwunden haben."(77) Indessen deuten sich schon bei Stalin falsche Ansätze zu einer Erklärung der auch nach dem "Sieg des Sozialismus" fortexistierenden restaurativen Tendenzen an. Stalin fährt in seinem Rechenschaftsbericht fort: "Das kann man nicht nur deshalb nicht sagen, weil das Bewußtsein der Menschen in seiner Entwicklung hinter ihrer wirtschaftlichen Lage zurückbleibt, sondern auch deshalb, weil immer noch die kapitalistische Umwelt besteht."(ebenda)

Stalin betont richtig die Hauptseite der verbleibenden Widersprüche, nämlich die imperialistische Agression und Unterwanderung des sozialistischen Aufbaus; doch die These vom Zurückbleiben des Bewußtseins hinter dem objektiven Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse ist bloß die Kehrseite der fehlerhaften Vernachlässigung des noch fortexistierenden Wertgesetzes (vgl. o.). In Wirklichkeit kann die sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse nicht weiter fortgeschritten sein als das Bewußtsein der Massen. Denn ihr Bewußtsein ist eine Frage der umfassenden Verwirklichung des demokratischen Zentralismus, dessen Verwirklichung zugleich die Möglichkeiten und die Grenzen der staatlichen Planung und der unmittelbaren Vergesellschaftung bezeichnet. Stalin überträgt in seiner These eine von Marx für die kapitalistischen Verhältnisse entwickelte Einsicht - vgl. Vorwort und Kritik zur politischen Ökonomie - unberechtigt auf die Verhältnisse des sozialistischen Aufbaus. Er schreibt: "Ihr als Marxisten müßt wissen, daß das Bewußtsein der Menschen in seiner Entwicklung hinter ihrer tatsächlichen Lebenslage zurückbleibt."(78) Das ist richtig im Kapitalismus, wo die Veränderungen in der Basis sich naturwüchsig herstellen und sich post festum als neue Verhältnisse darstellen, die dann auch einen Überbau erzwingen. Anders aber in der Übergangsperiode zum Kommunismus, wo es um den planvollen, bewußtvollen Aufbau des Kommunismus durch die Massen selbst geht, gehen muß. Nicht der Entwicklungsstand der Partei, sondern der der Massen definiert den Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse. Man kann wohl einzelne Vorkommnisse kapitalistischer Verhaltensweisen aus dem Zurückbleiben des Bewußtseins Einzelner erklären, nicht aber die Tatsache der "massenhaften Diebstähle und Plünderungen"(79) vor allem durch die Kollektivbauern. In der Anwendung seiner These auf die Bedingungen des Klassenkampfes trägt Stalin dem auch Rechung, ohne allerdings die These selbst zu korrigieren: nicht unmittelbar aufgrund des zurückgebliebenen Bewußtseins der Massen komme es zu Widersprüchen, die die sowjetische Gesellschaftsordnung untergraben, sondern die alte (und neue) Bourgeoisie "nutzt die privatwirtschaftlichen Gewohnheiten der Kollektivwirtschaftler aus, um Plünderungen gesellschaftlichen Gutes zu organisieren und damit die Grundlagen der sowjetischen Gesellschaftsordnung, das gesellschaftliche Eigentum zu erschüttern."(80) Wo ist aber die Grenze zu ziehen zwischen der Bourgeoisie selbst und denjenigen, die sich von dieser ihre privatwirtschaftlichen Gewohnheiten ausnutzen läßt, um sich dann offenbar selbst tendenziell kapitalistisch zu verhalten? Die Frage resultiert aus einer falschen theoretischen Auffassung der verbleibenden Widersprüche; sie muß dazu führen, daß Stalin - wie die chinesischen Kommunisten schreiben - "zu gewissen Zeiten und in gewissen Fragen die zwei

(74) Ulbricht, a. a. O., S. 145f.
(75) LW, Bd. 32, S. 44
(76) Fragen des Leninismus, S. 534
(77) ebenda, S. 564
(78) Stalin, Fragen des Leninismus, S. 475
(79) Stalin, ebda., S. 476
(80) Stalin, ebda, S. 475

verschiedenen Arten von Widersprüchen - Widersprüche zwischen dem Feind und Widersprüche im Volke -"(81) verwechselte. Mit der Vernachlässigung des fortexistierenden Wertgesetzes durch Stalin ist eine Unterschätzung der aus den ökonomischen Verhältnissen der Übergangsperiode hervortreibenden restaurativen Tendenzen verbunden. Stalin schreibt: "Folglich ist unsere Warenproduktion keine gewöhnliche Warenproduktion, sondern eine Warenproduktion besonderer Art, eine Warenproduktion ohne Kapitalisten, (...), eine Warenproduktion, die sich offensichtlich (?) unter keinen Umständen (!) in eine kapitalistische Produktion entwickeln kann."(82) In Stalins einseitiger Betonung des hauptsächlich zu führenden Kampfes gegen die imperialistische Aggression und Diversion vernachlässigte er also die Gefahr der kapitalistischen Restauration aufgrund der noch nicht vollständig sozialistisch umgestalteten Produktionsverhältnisse(83); in der Auffassung Stalins erzeugen nicht diese ökonomischen Verhältnisse restaurative Kräfte, sondern nur die imperialistische Bourgeoisie und ihre Agenten im Innern versuchen - entweder unmittelbar oder durch Instrumentalisierung des zurückgebliebenen Bewußtseins der Massen -, den Kapitalismus zu restaurieren. Aufgrund seiner These vom Zurückbleiben des Bewußtseins der Massen mußte es Stalin auch schwerfallen, sich bei seinem Kampf gegen die Gefahren der kapitalistischen Restauration auf die Massen zu stützen.

Dieselbe einseitige Betonung der Hauptaufgabe des Klassenkampfes - der Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie nach innen und außen - findet sich schließlich in Stalins Auffassung vom Absterben des Staats in der Übergangsperiode.(84) Dazu schreiben die chinesischen Kommunisten: "Stalin betonte einseitig die Eintracht innerhalb der sozialistischen Gesellschaft und vernachlässigte deren Widersprüche. Er stützte sich im Kampf gegen die kapitalistischen Kräfte nicht auf die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen. Er sah die Möglichkeit einer Restauration des Kapitalismus lediglich in Verbindung mit einem bewaffneten Angriff seitens des internationalen Imperialismus. Das war sowohl theoretisch als auch praktisch unrichtig."(85)

Diese Fehler werden von den Revisionisten übernommen und zu einem integralen Bestandteil ihrer bürgerlichen Linie gemacht. 1955 veröffentlichte Molotow im 'Kommunist' (Moskau) eine Selbstkritik, in der er "fehlerhafte Formulierungen" von sich selbst kritisiert, die zu den "falschen Auffassungen" verleiten, "denen zufolge man in der UdSSR noch nicht die sozialistische Gesellschaft, sondern erst die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft... erbaut habe."(86) Auf dem XX. PT schließlich liquidiert Chruschtschow den proletarischen Klassenkampf überhaupt und beginnt mit seiner Kritik an Stalins Methoden, den Klassenkampf auch nach dem "Sieg des Sozialismus" zu führen, einen Klassenkampf im Dienst der Bourgeoisie.

Dazu dient ihm besonders eine Kritik an Stalins These von der Verschärfung des Klassenkampfes in der Übergangsperiode. Diese These wurde von Stalin dazu benutzt, um die Notwendigkeit eines nicht nachlassenden Kampfes gegen die Gefahren der kapitalistischen Restauration auch nach dem "Sieg des Sozialismus" zu begründen. Sie diente daher, obwohl die zugrundeliegende Interpretation der Widersprüche in der Übergangsperiode einseitig war, einem richtigen Zweck. Die Revisionisten haben nicht Stalins einseitige Theorie kritisiert, sondern mit ihrer Kritik an Stalin verwarfen sie überhaupt den Kampf, den Stalin in falscher Form geführt hat.(87) Jetzt hat nach Auffassung der Revisionisten die kapitalistische Restauration jedenfalls keine Basis mehr in den Produktionsverhältnissen.(88)

Das entspricht der Theorie vom "besonderen Inhalt des Wertgesetzes im Sozialismus"(vgl. o.). Wie sollte auch ein Wertgesetz, das zu einem wesentlichen Bestandteil der revisionistischen Konzeption des Sozialismus geworden ist, restaurative Kräfte entwickeln können! "Solange noch ein kapitalistischer Sektor in der Volkswirtschaft bestand, war die Ausnutzungsmöglichkeit des Wertgesetzes in der Planung nur bedingt möglich, und es mußten staatliche Maßnahmen, wie z. B. auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs, zu Einschränkung seiner spontanen Wirkung getroffen werden."(89) Das halten die Revisionisten jetzt, nach dem "Sieg des Sozialismus" (der in der DDR offiziell 1962 stattfand), nicht mehr für notwendig, da das "sozialistische Wertgesetz" keinesfalls mehr einen Widerspruch von privater und gesellschaftlicher Arbeit zum Ausdruck bringt.(90) Wegen dieses besonderen Charakters des Wertgesetzes können nämlich "niemand in der Sowjetunion den Gewinn durch Spekulation, vorsätzliche Preiserhöhungen, nicht-äquivalenten Austausch mit zurückgebliebenen und kolonialen Ländern, durch Druck auf die Löhne und Gehälter vergrössern."(91) Die Tatsachen sprechen indessen dagegen.

Am deutlichsten kommt jedoch die offene Verlogenheit der Revisionisten in ihrer nicht zufällig so sensiblen Reaktion auf Vorwürfe, Agenten

---

(81) Generallinie, S. 137
(82) Stalin, Ökonomische Probleme..., S. 21
(83) Stalin sah zwar gelegentlich, daß mit spontanen Ware-Geld-Beziehungen auch spontane Restaurationstendenzen verbunden sind - z. B. ökonomische Probleme, S. 111 - doch blieb diese Einsicht seiner falschen Theorie der Aufhebung des Wertgesetzes im staatlichen Sektor insgesamt äußerlich und konnte sie jedenfalls nicht modifizieren.
(84) vgl. Fragen des Leninismus, S. 721ff.
(85) Generallinie, S. 478
(86) Dtsch. in Ostprobleme 1955, S. 1700
(87) vgl. Frolow, Der Klassenkampf in der Periode des Aufbaus des Sozialismus, in: Partijnaja shissnj, Moskau 1956, dtsch. in Ostprobleme 1957, S. 151ff.
(88) vgl. 1970-Lehrbuch, S. 98ff.
(89) Wirtschaftswissenschaften H. 4, 1971, S. 471
(90) 1970-Lehrbuch, S. 254ff.
(91) Liberman in der Prawda vom 20. 9. 1964, dtsch. in Ostprobleme 1964, S. 628

der kapitalistischen Restauration zu sein, zum Ausdruck. Um sich gegen solche Vorwürfe zu wehren, sind sie sogar bereit, jeglichen Fortschritt in der Revolutionierung der Produktionsverhältnisse - insbesondere gegenüber den Zeiten des "Personenkultes" - zu leugnen. "Bei uns hat der Sozialismus bekanntlich schon in der zweiten Hälfte der 3o-iger Jahre gesiegt. Seitdem sind mehr als drei Jahrzehnte heldenhafter Arbeit und heroischen Kampfes der Sowjetmenschen vergangen. Unsere Wirtschaft jener Zeit und unsere heutige Wirtschaft beruhen auf ein und demselben Typ von Produktionsverhältnissen, auf denselben ökonomischen Gesetzen - den Gesetzen des Sozialismus."(92) Man vergleiche diese Apologetik mit der folgenden von Otto Reinhold vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; dann kommt der ganze Widersinn der revisionistischen Demagogie voll zum Vorschein: "Wenn heute manchmal die Frage aufgeworfen wird, warum wir nicht schon 1o oder 15 Jahre früher jene Haltung zur Warenproduktion, zum Wertgesetz, zum Preis und Gewinn eingenommen haben, wie seit der Einführung des neuen ökonomischen Systems, so hängt das auch mit der Aufgabenstellung in dieser ersten Phase des sozialistischen Aufbaus zusammen. (...) Volle Entfaltung der Warenbeziehungen im Sinne des heutigen neuen ökonomischen Systems hätte mit völliger Sicherheit zu einem Chaos zur Stärkung der kapitalistischen Elemente, aber niemals zum Sozialismus geführt."(93)
Schließlich ist noch ein weiterer Punkt in der revisionistischen Linie zu erwähnen, der in der Leugnung des Klassencharakters sämtlicher noch nach dem "Sieg des Sozialismus" fortexistierenden Widersprüche besteht. Mit dem Verschwinden des antagonistischen Charakters der Klassen durch die Errichtung der "moralisch-politischen Einheit der Gesellschaft" verschwinden die antagonistischen Widersprüche. Die nichtantagonistischen Widersprüche, die weiterbestehen, tragen nach Auffassung der Revisionisten keinen Klassencharakter mehr, sondern sind "Störung(en) des harmonischen Abgestimmtseins der Gegensätze" (94). Die verbleibenden Widersprüche sind ein "Kampf zwischen den Kräften des Alten und des Neuen" usw. (95). Das ist der endgültige Verzicht auf eine proletarische Klassenposition, wie er seine bourgeoise Zuspitzung durch die demagogische Verkündung des "Staats des ganzen Volkes" durch Chrutschow auf dem 22. PT findet.

III. DIE RESTAURATION DES KAPITALISMUS IN DER UdSSR

Im vorangegangenen Abschnitt wurde der ideologische Machtantritt der Revisionisten und die von ihnen durchgesetzte Entartung der marxistisch-leninistischen Prinzipien des Aufbaus des Kommunismus in einigen wichtigen Punkten dargestellt. Schon am Anfang wurde darauf hingewiesen, daß man dies nicht als einen eigenständigen, bloß den Überbau betreffenden Prozeß betrachten darf, sondern daß er sich auf der Grundlage reeller Veränderungen in den Produktionsverhältnissen selbst entwickelt. Durch diese Veränderungen werden die Produktionsverhältnisse zunehmend zu einer naturwüchsigen Form der sich an ihrer eigenen Entwicklung messenden Produktivkräfte; das bedeutet die Durchsetzung des Prinzips der Verwertung der vorgeschossenen Produktionsmittel, also der Kapitalverwertung. Von dem Zeitpunkt an, wo die Partei aufhört, gegen diese restaurativen Veränderungen einen konsequenten, klassenbestimmten Kampf zu führen, wird sie zunehmend deren Spielball und, nach der Durchsetzung der bürgerlichen Linie zu deren Agent. Dann werden die Partei und der Staat ökonomisch gezwungen, den Primat der Politik über die Ökonomie völlig aufzugeben; sie können ihn auch wenn sie wollten, nicht mehr verwirklichen, ohne mit ihrer eigenen ökonomischen Basis in Widerspruch zu geraten. Das ist die Vollendung der Entmachtung des Proletariats. Der entscheidende Schritt im Prozeß der kapitalistischen Restauration ist dann bereits vollzogen, denn jetzt hat sich grundsätzlich - jenseits aller noch sozialistisch erscheinenden Momente - eine kapitalistische Form für die Entwicklung der Produktivkräfte wiederhergestellt.
Trotz der Entmachtung des Proletariats hängt die weitere Entwicklung der Produktionsverhältnisse aber nicht bloß von den Entwicklungsbedürfnissen der Produktivkräfte, der im Wesen r restaurierten Kapitalverwertung, ab, sondern vor allem auch vom Klassenkampf und von spezifischen innerbourgeoisen Widersprüchen, die in der Restaurationsperiode auftreten (vgl. u.). Es wäre darum falsch, eine bloß auf die ökonomischen Verhältnisse begründende Einschätzung der weiteren Entwicklung der UdSSR zu geben.

Im folgenden werden einige wichtigen Etappen der restaurativen Entwicklung in der UdSSR angegeben.

Die Krise des alten Planungssystems

Während der 5o-iger Jahre geriet das alte Planungssystem, wie es unter Stalin zu Beginn der 5-Jahres-Planung entwickelt worden war, zunehmend in Schwierigkeiten, die immer mehr krisenhaften Charakter annahmen. In dieser Zeit sank z. B. die Wachstumsrate der industriellen Produktion zunehmend. Die jährlichen Wachstumsraten von 1951 bis 1963 sind der Reihe der Jahre nach: 16%, 12%, 12%, 13%, 12%, 11%, 1o%, 1o%, 11%, 1o%, 9%, 9, 5%, 8, 5%. (97)
Daß dies der Ausdruck einer zunehmenden Aushöhlung der staatlichen Planung und Leitung ist,

(92) Breshnew auf dem 24. PT, Protokolle, S. 71
(93) Marxismus in unserer Zeit, Sonderheft der Marxistischen Blätter, Nr. 1, 1968, S. 212f.
Man kann das ohne weiteres auf die Verhältnisse der UdSSR übertragen.
(94) "Kommunist" Nr. 15, 1956, dtsch. in Ostprobleme 1957, S. 164
(95) ebenda, S. 163
(96) entfällt
(97) vgl. die Angaben aufgrund sowjetischer Quellen in: Sowjetunion, Wirtschaftssystem, hrsg. von W. Markert, 1965, S. 4o5

zeigen folgende Zahlen: Die Zahl der Betriebe, die ihren Plan nicht erfüllten, betrug 1951 31%, 1952 39%, 1953 4o%, 1954 36%. (97a)
Die krisenhafte Entwicklung, die durch diese Zahlen illustriert wird, führte zunächst, wie oben dargestellt wurde, zur Stalinschen Kritik an Wosnessenskij und an der alten Planungspraxis. Indessen bedeutete diese Korrektur keine grundsätzliche Abkehr vom Planungssystem selbst; an der zentralen direktiven Planung und Leitung wurde festgehalten. Das war richtig, denn nur so konnten die Voraussetzungen für eine Verwirklichung des Primats der Politik aufrechterhalten werden. Andererseits wurden jedoch schon in dieser Phase wesentliche Fehler gemacht, die den Machtantritt der Revisionisten vorbereiteten.
Diese Fehler bestanden darin, daß die wirklichen Ursachen für die immer noch objektiv beschränkte Reichweite der staatlichen Planung und Leitung nicht richtig erkannt wurden, was zu einer Überschätzung ihrer Möglichkeiten und zu einer Unterschätzung der daraus resultierenden Widersprüche, die politisch hätten bewältigt werden müssen, führen mußte. (97b) Verschärfend wirkten die allgemeinen Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus nach dem Krieg als Folge der ungeheuren Zerstörungen, die die UdSSR erlitt. Das machte es notwendig, den wirtschaftlichen Aufbau zur Hauptaufgabe zu machen und zwar - bedingt durch die zunehmende Aggression der imperialistischen Staaten - in möglichst schnellem Tempo, wodurch sich die Widersprüche notwendig verschärfen mußten, ihre politische Behandlung notwendig komplizierter werden mußte. Vor allem entstand dadurch eine materielle Basis dafür, daß die Widersprüche als Widersprüche zur staatlichen Planung erscheinen mußten.
Die kommt in dem zunehmenden Selbständigkeitsstreben der einzelnen Betriebe, Kolchosen, Sowchosen zum Ausdruck, wie es in dieser Zeit (bis heute) immer wieder von ihren Direktoren, aber auch von bourgeoisen Agenten innerhalb des Verwaltungsapparates, formuliert wurde. Ihre immer wiederkehrende Begründung: "Das Leben verlangt energisch eine Änderung dieses Zustandes." (vgl. die oben im 1. Abschnitt angeführten Zitate)

Der Chruschtschow-Revisionismus

Diese kapitalistischen Forderungen aus der Produktionssphäre und ihre zunehmende Verfestigung sind aber nur der Ausdruck der zunehmenden Aushöhlung des demokratischen Zentralismus und des Planungs- und Leitungssystems. Sie drücken aus, daß die Verbindung des Staats und der Partei mit den arbeitenden Massen bereits verlorengegangen ist und deswegen die Ausbreitung der restaurativen Kräfte nicht mehr verhindert werden kann. Sie haben zur Voraussetzung, daß das Proletariat und seine Verbündeten bereits entmachtet worden sind und alle Bedingungen zerstört sind, aufgrund derer der Staat und die Partei eine Politik im Interesse der arbeitenden Masse machen könnten.
Die Zerstörung dieser Bedingungen - des demokratischen Zentralismus auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Planung und Leitung - ist die eine Seite der Politik der Revisionisten. Sie beginnt nicht mit dem Chruschtschow-Revisionismus, aber findet in diesem ihren Abschluß. Sie beginnt sich bereits auf dem Nährboden der Fehler der stalinschen Politik und deren Verfestigung durch die halbherzige Fortsetzung der Stalinschen Politik durch Malenkow und Bulganin. zu entwickeln. Der Grund dafür, daß die Entmachtung des Proletariats mit dem Chruschtschow-Revisionismus endgültig und vollständig wird, besteht darin, daß durch Chruschtschow die Verwandlung des Staats und der Partei aus Instrumenten des proletarischen Klassenkampfes in Instrumente des Klassenkampfes im Dienste der Bourgeoisie endgültig und vollständig wird.
Diesen Klassenkampf im Dienste der Bourgeoisie führte Chruschtschow, indem er nicht Stalins Fehler um einer Verwirklichung der proletarischen Ideologie willen kritisierte und korrigierte, sondern indem er diese Ideologie durch die bürgerliche Ideologie des Revisionismus umfassend ersetzte und unter der demagogischen Hülle des "Kampfes gegen den Personenkult" den Marxismus-Leninismus in der Partei und im Staatsapparat liquidierte.
Dies ist die eine Seite der Politik der Revisionisten und insbesondere des Chruschtschow-Revisionismus.
Ihre andere Seite besteht darin, daß die Aushöhlung und völlige Zerstörung der Verbindung zu den arbeitenden Massen zu einer Verselbständigung der Partei - und Staatsbürokratie führte, die dann notwendig eine Politik in ihrem eigenen besonderen Interesse macht. Das meinen die chinesischen Kommunisten, wenn sie davon sprechen, daß der Machtantritt des Chruschtschow-Revisionismus sich zunächst als Machtantritt einer Monopolbourgeoisie neuen Typs darstellt. Dieser Ausdruck ist korrekt, weil er die verschiedenen Merkmale der sich von den Massen verselbständigten Bürokratie präzise zusammenfaßt.
Erstens: Die Verselbständigung der Bürokratie von den Massen erzwingt eine Politik der Entwicklung der Produktivkräfte für einen durch die Bürokratie zu verwendenen Gewinn. Das ist das bourgeoise Wesen dieser Politik. (Daß sich diese kapitalistische Form der Entwicklung der Produktivkräfte schon mit dem Chruschtschow-Revisionismus voll durchsetzt wird weiter unten belegt.)
Zweitens: Das nach wie vor bestehende Staatseigentum ermöglicht eine zentralistische Verwendung des Gewinns für kapitalistische Formen

(97a) vgl. die sowjetischen Quellen bei Boettcher, Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheideweg, Tübingen 1959, S. 157
(97b) Natürlich kann die Politik nicht ökonomische Widersprüche aufheben, aber sie kann die daraus hervortreibenden restaurativen Tendenzen bekämpfen und langfristig Bedingungen schaffen, unter denen auch die ökonomischen Widersprüche nicht mehr aufzutreten brauchen.

der Entwicklung der Produktivkräfte. Die Bürokratie ist zu einer solchen Politik gezwungen, weil ihre ökonomische Macht zunächst nur in einer solchen Instrumentalisierung des Staatseigentums ihre Basis hat. Sie ist darum gezwungen, sich als Monopol bourgeoisie zu verhalten.

Drittens: Mit dem Machtantritt des Chruschtschow-Revisionismus kann die sich von den Massen verselbständigte Bürokratie jetzt offen der alten Formen des proletarischen Staats im Interesse einer kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte bedienen. Die Aushöhlung und natürlich auch Deformierung (denn man kann Form und Inhalt nicht mechanistisch voneinander trennen) der proletarischen Formen der Machtausübung ermöglichen deren Instrumentalisierung für die Herrschaft der Bürokratie. Dasselbe gilt für die proletarische Ideologie. Ihre revisionistischer Verfälschung, wie sie in einigen Punkten im zweiten Abschnitt beschrieben wurde, hat gerade zum Zweck, sie demagogisch - also unter dem Schein, daß sie nach wie vor die Interessen der abeitenden Massen ausdrücke - für deren Beherrschung auszunutzen. (97c). Das bedeutet, daß die ausgehöhlten und verfälschten Formen des alten Überbaus zum wesentlichen Instrument der ökonomischen Herrschaft der Bürokratie werden. Das besondere nun, weswegen diese Bürokratie korrekt Monopolbourgeoisie neuen Typs heißt, besteht darin, daß mit der fortschreitenden kapitalistischen Restauration, die eine notwendige Folge der Politik der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte ist, die Aushöhlung des alten Überbaus selbst fortschreitet. Daraus resultiert ein tendenzieller Widerspruch zwischen der kapitalistischen Entwicklung der Produktionsverhältnisse einerseits und den alten Überbauformen, auf die die Monopolbourgeoisie neuen Typs zunächst noch ihre Macht gründet, andererseits. Diese besondere Widerspruchsstruktur, wie sie sich insbesondere etwa zwischen den an mehr Selbständigkeit interessierten Betriebsdirektoren und der zentralen Wirtschaftsverwaltung Geltung verschafft, kennzeichnet die besondere Situation der Monopolbourgeoisie neuen Typs.

Diese besondere Situation der Monopolbourgeoisie neuen Typs muß man zum Ausgangspunkt nehmen, um ihre widersprüchliche Politik richtig verstehen zu können. Bei den Widersprüchen in der revisionistischen Politik handelt es sich nämlich nicht um Widersprüche zwischen einer proletarischen und einer bürgerlichen Linie, sondern um Widersprüche innerhalb einer grundsätzlich bürgerlichen Politik. Das macht auch die Schwäche dieser Politik der Monopolbourgeoisie neuen Typs aus: sie ist gezwungen, kapitalistische Produktionsverhältnisse zu restaurieren, also auch eine wirkliche Konkurrenz, die ihr Monopol als staatliches untergräbt und die dauernde Anpassung der alten Überbauformen an die kapitalistische Entwicklung erzwingt.

Die Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Politik der Monopolbourgeoisie neuer Art wird besonders deutlich an Chruschtschows Landwirtschaftspolitik, die wir hier exemplarisch anführen.

Schon die Krise des alten Planungs- und Leitungssystems hatte sich besonders in der Landwirtschaft ausgewirkt.(98) Um die Krise in der Landwirtschaft zu beheben (zumindes, um gewisse ihrer Auswüchse zu beseitigen), kam schon 1952 von zwei Mitgliedern der Partei der Vorschlag, die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die bis dahin staatliches Eigentum waren und wichtige Positionen, um die staatliche Politik auch in der Landwirtschaft durchzusetzen, an die Kolchosen zu verkaufen. Doch wurde damals dieser Vorschlag von Stalin gründlich kritisiert und nicht verwirklicht. Stalin stellte richtig fest, daß dies zu einem ökonomisch nicht notwendigen Wachsen der Ware-Geld-Beziehungen führen und damit der Gefahr der kapitalistischen Restauration Vorschub leisten würde. (99) "Was meinen die Genossen Sanina und Wensher, kann eine Erweiterung der Warenzirkulationssphäre unseren Vormarsch zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger, wenn man sagt, daß sie unseren Vormarsch zum Kommunismus nur aufhalten kann?" "Mit ihrem Vorschlag, die MTS durch Verkauf an die Kolchose zu übereignen, machen die Genossen Sanina und Wensher einen Schritt zurück, hin zur Rückständigkeit, und versuchen, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen."(100)

Mit dem Machtantritt des Chruschtschow-Revisionismus verkehrte sich diese Politik völlig. 1958 fing Chruschtschow an, die MTS an die Kolchosen zu verkaufen und drehte damit dann in der Tat das Rad der Geschichte zurück. Zur Begründung diente ihm die demagogische und in Anbetracht der landwirtschaftlichen Krise offen falsche Behauptung, daß die Kolchosen nun gefestigt genug seien, um selbständig im Interesse der Gesellschaft über Produktionsmittel verfügen zu können. (S. 258) Über die Gefahr der kapitalistischen Restauration heißt es: "Einzelne Genossen, ... gingen von der Voraussetzung aus, daß der Übergang zum Kommunismus eine allseitige Festigung des Volkseigentums und die Hebung des kollektivwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Eigentums auf den Stand von Volkseigentums erfordert, und äußerten die Befürchtung, der Verkauf der Maschinen an die Kollektivwirtschaften könne eine Schwächung des

---

(97c) Dies meinen die chinesischen Kommunisten, wenn sie die Herrschaft der Monopolbourgeoisie neuen Typs als faschistische bezeichnen; Benutzung der Massen für die Durchsetzung und Aufrechterhaltung einer kapitalistischen Entwicklung.

(98) Nicht zuletzt wegen des Dogmas von der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie. Es war dies zwar der korrekte Ausdruck des sowjetischen Industrialisierungsprozesses, inzwischen ist es aber in der UdSSR niemals konsequent kritisiert worden. Noch im 1970-Lehrbuch wird daran festgehalten, S. 239.

(99) Stalin, Ökonomische Probleme, S. 1o6ff.

(1oo) ebenda, S. 1o9f.

Volkseigentums zur Folge haben." Das sei falsch. (S. 259f) Damit gibt Chruschtschow eines der fundamentalsten marxistisch-leninistischen Prinzipien auf, daß nämlich - worauf Lenin stets hingewiesen hat - die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion überhaupt nur auf dem Weg über ihre Verstaatlichung erreichbar sei. Hatte Stalin es noch 1952 als eine der wichtigsten Aufgaben angesehen, das genossenschaftliche Eigentum auf das Niveau des staatlichen Eigentums zu heben, um so die Voraussetzungen für eine wirklich gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung und damit den kommunistischen Aufbau herzustellen, so heißt es jetzt bei Chruschtschow: "Der Verkauf von Maschinen an die Kollektivwirtschaften wird die Entwicklung des gesellschftlichen Eigentums der Kollektivwirtschaften fördern." (S. 259) Mit der Begründung: der Verkauf der MTS festige die "materielle und technische Basis der Kollektivwirtschaften". (S. 259) "Da die Kolchose jetzt die Möglichkeit haben, Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen zu kaufen, wird die Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft noch schneller vorangehen."(102), Jetzt ist "es für das genossenschaftliche Eigentum möglich, in die kommunistische Form des allgemeinen Volkseigentums hinüberzuwachsen, ohne zum Staatseigentum zu werden."(103)
Das ist die revisionistische Ideologie! In Wirklichkeit hat der Verkauf der MTS zu einer beträchtlichen Stärkung der kapitalistischen Kräfte geführt. Das zeigt sich an der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft. Da die MTS an die einzelnen Kolchosen verkauft wurden, konnten sich nur die reicheren Kolchosen diese notwendigen Produktionsmittel beschaffen. Dadurch erhielt die ungleichmäßige Entwicklung der Kolchosen einen großen Aufschwung und von einer staatlichen Lenkung der Landwirtschaft, die schon vorher aufgrund bloß kreditpolitischer Instrumente nicht richtig funktionierte, konnte immer weniger die Rede sein. (104)
Im Gegensatz zur Ideologie der Stärkung des "allgemeinen Volkseigentums" (Chruschtschow) durch den Verkauf der MTS mußte Chruschtschow auf dem ZK-Plenum im März 1962 dann auch feststellen: "Wenn man von den Produktionsfragen der Landwirtschaft spricht, so ist nicht schwer zu erkennen, daß wir in den Kolchosen und Sowchosen eine Art Autonomie haben, daß ein aktives Eingreifen von Seiten der Staatsorgane und ihre tagtägliche Einflußnahme auf den Produktionsablauf fehlen."(105) Danach begann Chruschtschow wieder mit einer verstärkten Planung und Leitung in der Landwirtschaft. Die Widersprüche, die sich nicht zuletzt durch den Verkauf der MTS verschärft hatten, verlangten ein Eingreifen des Staats, doch war der Chrakter der staatlichen Politik inzwischen ein völlig bürgerlicher: nicht mehr bewußte Revolutionierung der Produktionsverhältnisse im Interesse einer sozialistischen Entwicklung der Produktivkräfte, sondern eine auf die Widersprüche chaotischer Produktivkraftentwicklung bloß noch reagierende Nachtrabpolitik. Z. B. endeten Chruschtschows Versuche, private bäuerliche Wirtschaften einzuschränken, mit einem Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets (1963), in dem erstens strenge und sehr eingeschränkte Normen für den Privatbesitz an Vieh usw. angegeben werden, und in dem es zweitens heißt: "Von Bürgern, die in Privatbesitz Vieh in einer Menge halten, welche die durch diesen Erlaß festgesetzte Norm übersteigt, werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Steuern erhoben."(106) So ein Erlaß muß notwendig die soziale Differenzierung auf dem Land und die Herausbildung kapitalistischer Kräfte fördern. Ebenso wurde durch die staatliche Preis- und Kreditpolitik eine ungleichzeitige Entwicklung bei den Kolchosen selbst hervorgerufen. (107) Die Folgen dieser durch und durch bürgerlichen Politik benannte Breshnew auf dem ZK-Plenum vom März 1965: Die "Lage gibt uns Anlaß zur tiefen Sorge inbezug auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft."(108) Die Konsequenzen, die Breshnew zieht, zeigen dann wiederum die ganze Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Politik der Revisionisten: Der Staat wird "neu planen", und vor allem: "Der Staat wird die freien Aufkäufe von Agrarprodukten begünstigen, durch stabile Preise einen Anreiz dafür schaffen und die allseitige Entwicklung der Warenbeziehungen fördern."(109)
Man vergleiche diese Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft und besonders den sozialen Differenzierungsprozeß innerhalb der Bauernklasse mit der Apologetik des 1970.-Lehrbuchs (S. 100):."Durch den Übergang zur kollektiven Wirtschaft verändert sich der soziale Charakter der Bauernschaft grundlegend, die klassenmäßige Differenzierung zwischen den Bauern verschwindet, ihre Produktionsverhältnisse gewinnen in der kollektiven Arbeit den Charakter kameradschaftlicher Zusammenarbeit. Die Genossenschaftsbauern sind eine einheitliche soziale Klasse der Gesellschaft, die durch gleiche Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion, durch die Gemeinsamkeit der grundlegenden ökonomischen und politischen Interessen vereint sind."

---

(101) vgl. sein Referat vor dem Obersten Sowjet, dtsch. in Ostprobleme 1958, S. 257ff .
(102) aus einem Kommentar in der Prawda vom 27. 6. 1958, dtsch. in Ostprobleme 1958, S. 515ff.
(103) ebenda
(104) siehe z. B. den offenen Brief eines Kolchos-Vorsitzenden an Chruschtschow vom Dez. 1960, dtsch. in Ostprobleme 1961, S. 113f.
(105) zit. nach der deutschen Übersetzung in Ostprobleme 1962, S. 203. Es zeugt von Chruschtschows Art, die revolutionäre Vergangenheit der UdSSR zu behandeln, wenn er an derselben Stelle (S. 202) sagt: "Die Struktur unseres sowjetischen Ministeriums (für Landwirtschaft, d. Verf.) unterschied sich wenig von der Struktur des Ministeriums für Ackerbau des zaristischen Rußlands."
(106) zit. n. der Übers. in Ostprobleme 1963, S. 366
(107) vgl. Prawda vom 22. 1. 1965, dtsch. Ostprobleme 1965, S. 15of.
(108) dtsch. Ostprobleme 1965, S. 245
(109) ebenda, S. 246

Der Weg zum Septemberplenum

Eine der wichtigsten Folgen der Politik Chruschtschows war, daß sie den Weg für einen Generalangriff der revisionistischen Ökonomen auf die staatliche Planung selbst ebnen mußte. Die Möglichkeit dazu gab der für die Interessen der Monopolbourgeoisie objektiv widersprüchliche "Kampf gegen den Personenkult" Chruschtschows. Dadurch konnte der Widerspruch zur staatlichen Planung und Leitung, wie er sich in der Krise des alten Planungssystems herausgebildet hatte, seine materielle Basis in den Betrieben konsolidieren und vor allem auch in der Partei und im Staatsapparat eine breite Basis geeigneter Agenten finden, die gewillt waren, diesen Widerspruch auf dem Weg der vollen und umfassenden kapitalistischen Restauration zu lösen. Dies war jetzt, zumindest von einem Teil der ökonomischen Reformer, ein offener Angriff auf den herrschenden Überbau selbst, was notwendigerweise Widersprüche im bürgerlichen Lager der Revisionisten auslösen mußte. Diese Widersprüche liegen der Diskussion der ökonomischen Reformen zugrunde.
Wir haben die Forderungen der Betriebe nach mehr Selbständigkeit - Forderungen die ihrem Wesen nach gegen die staatliche Planung gerichtet waren, soweit diese nicht den Interessen der Betriebe entsprach - schon erwähnt. "Es ist an der Zeit, die auf den Normativen mit ihrem Direktivcharakter aufbauenden Formen der Wirtschaftsleitung, die sich mittlerweile selbst überlebt haben, endlich fallenzulassen..."(110) Auf der Basis dieser Forderungen beginnt unter Chruschtschow eine breite Diskussion über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer Reorganisierung der Planung und Leitung, die diesen betrieblichen Forderungen Rechnung trägt.
Die wichtigste Etappe dieser Diskussion wurde 1962 mit einem Aufsatz von J. Liberman über "Plan, Gewinn, Prämie" eingeleitet. (111) Der Kern der Vorschläge Libermans, die er selbst als praktische Reformmaßnahmen versteht, umfaßt folgende Punkte (S. 664):
1. Bis auf die staatliche Festlegung einer allen Betrieben gemeinsamen "Nomenklatur" werden alle Betriebspläne von den Betrieben selbständig aufgestellt. Damit entfallen die staatlichen Direktiven, auf deren Grundlage die Betriebe bisher ihre Planvorschläge ausarbeiteten; vgl. Punkt 4.
2. Der Betrieb bekommt Prämien, deren Grösse direkt von der Rentabilität bzw. vom Gewinn, den die Betriebe erzielen, abhängt.
3. Langfristig werden die einzelbetrieblichen Gewinn-Prämien-Verhältnisse einander angenähert. (In einem zweiten Vorschlag verwendet Liberman anstelle der Rentabilität die Profitrate als Maßstab. Dann heißt das, daß die Nettoprofitraten einander angeglichen werden, also den Übergang zu kapitalistischen Produktionspreisen.)
4. "Die zentrale Planung wird verstärkt und verbessert, indem (!) nur die Volkswirtschaftsräte (örtliche Exekutivkomitees, Behörden) die verbindlichen Planaufgaben (Kontrollziffern) erhalten. Mit der Aufschlüsselung der Planaufgaben durch die Volkswirtschaftsräte auf die Betriebe nach dem 'erreichten Stand' wird Schluß gemacht. Die Volkswirtschaftsräte werden verpflichtet, die von den Betrieben selbständig ausgearbeiteten Pläne auf der Grundlage der ökonomischen Analyse zu prüfen, zu beurteilen und zu verbessern, ohne dabei die Rentabilitätstabellen zu verändern, die die Basis für die Prämiierung der Betriebe darstellen."(112) D.h. die staatliche Planung soll, sofern sie nicht ganz abgebaut wird, unmittelbar in den Dienst des einzelbetrieblichen Gewinnstrebens gestellt werden.
5. Die Rechte des Betriebs (der Betriebsdirektoren) für die Verteilung des Prämienfonds unter die Betriebsmitglieder (u.a. den Betriebsdirektor selbst) werden umfassend erweitert.
6. Da diese Vorschläge Preise verlangen, die den Kampf um den Gewinn für die einzelnen Betriebe sinnvoll machen, werden sie durch eine entsprechende Preisreform abgesichert. Vorgeschlagen wird im Kern eine Preispolitik, die versucht, kapitalistische Produktionspreise herzustellen.

Dies war der seinerzeit weitestgehende Vorschlag in der sowjetischen Reformdiskussion. Da seine Verwirklichung zu einer ziemlich unmittelbaren Restauration des Kapitalismus geführt hätte - nämlich zu einer Beschränkung der zentralen "Planung und Leitung" auf Marktpolitik -, stieß er zunächst noch auf Opposition. Insbesondere war Chruschtschow nicht bereit, Libermans Vorschlägen unmittelbar nachzugeben. Darin drücken sich innerbourgeoise Widersprüche aus, nämlich die Versuche der revisionistischen Führung, Umverteilungsprozesse von ökonomischer Macht und damit verbundenen Privilegien zu verhindern. Innerhalb der bürgerlichen Alternative "zentral - dezentral" gilt selbstverständlich: mehr Macht für die Betriebsdirektoren ist weniger Macht für die revisionistische Führung und umgekehrt. Doch sind diese Widersprüche innerhalb der bürgerlichen Linie der Revisionisten nicht das Entscheidende. Für die weitere Entwicklung in der UdSSR war vielmehr entscheidend, daß jetzt der offenen kapitalistischen Rückbildung der Produktionsverhältnisse die Bahn frei war. In der Folgezeit entwickelt sich zunehmend die zentrale Fragestellung der revisionistischen Ökonomen, wie nämlich der kon-

(110) Prawda vom 17.8.1964, dtsch. Ostprobleme 1964, S. 622
(111) dtsch. in Ostprobleme 1962, S. 661ff.
(112) Mit diesem Aufsatz setzte die Prawda-Redaktion eine öffentliche Diskussion fort, zu der sie alle "Interessierten" einlud und schrieb: "Die in der 'Prawda' veröffentlichten Zuschriften zu Problemen der Vervollkommnung der Leitung und Planung der Wirtschaft haben beim Publikum großen Anklang gefunden." ebenda, S. 664 Man ersieht hieraus, wie verankert beim "Publikum" jedenfalls schon die revisionistischen Fragestellungen, von denen die Diskussionsbeiträge in der Regel ausgingen, waren.

sequente Ansatz Libermans mit den verbal ja immer noch aufrecht erhaltenen Prinzipien des Sozialismus vereinbart werden könne und wie man eine dem Schein nach sozialistische Ideologie selbst noch für die Interessen bürgerlicher Politik ausnutzen könne.
Zur Begründung der ökonomischen Reformvorschläge werden immer wieder die Mängel und Widersprüche des alten Stalinschen Planungssystems herangezogen. Dabei besteht der ganze Trick der Revisionisten darin, die für jedermann sichtbaren Widersprüche dieses Planungssystems nicht mehr aus einer falschen Handhabung des demokratischen Zentralismus und der zentralen Planung und Leitung abzuleiten, sondern aus der Planung selbst. Planung bzw. Leitung und Administration werden identifiziert. "Administrierung entsteht dort, wo das wirtschaftliche Interesse schwach ist."(113) Wie in der kapitalistischen Gesellschaft wird der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse als Freiheit gefeiert - nämlich als Freiheit für die Kapitalverwertung - und die politischen Formen der Vergesellschaftung als Unterdrückung denunziert. Wie sehr indessen die Agenten der kapitalistischen Restauration noch auf die alten Ideologien angewiesen sind, zeigt sich deutlich daran, daß schließlich behauptet wird, der demokratische Zentralismus selbst werde durch die umfassende Anwendung "ökonomischer Hebel", also letztlich von Marktzwängen, verwirklicht.(114) Damit hat sich das bürgerliche Planungsverständnis schließlich vollständig Bahn gebrochen. Planung ja, aber nur soweit, wie sie dem einzelnen Betrieb nützt, oder, in der Sprache der Revisionisten formuliert, was freilich schon die Sprache der Ideologen der bürgerlichen Gesellschaft von Beginn an war: "Was der Gesellschaft nützt, muß auch dem Betrieb nützen."(Liberman)

Die Liberman-Vorschläge selbst erzielten ihren entscheidenden Durchbruch, als 1964 der Vorsitzende des wissenschaftlichen Rats der Akademie der Wissenschaften, Nemtschinow, diesen Vorschlag - in unwesentlich modifizierter Form aufgriff und seine Durchsetzung forderte. Nemtschinow schreibt: "Das heute bei uns geltende System der Versorgung ... ist allzu zentralisiert, wirtschaftlich nicht effektiv und äußerst unelastisch. Es läßt keinen Raum für unmittelbare, direkte wirtschaftliche Beziehungen zwischen zwei Betrieben, selbst wenn sie gebietsmäßig nebeneinander liegen, und noch weniger für direkte wirtschaftliche Beziehungen, die auf gegenseitiger Vereinbarung der Partner beruhen. (...) Indessen ist es vom Standpunkt der Wirtschaftswissenschaften vollkommen klar, daß den direkten und unmittelbaren Wirtschaftsbeziehungen, die sich auf gegenseitige Abmachungen von interessierten Betrieben gründen, um so mehr Raum gegeben werden muß, je weiter sich die gesellschaftliche Produktion entwickelt... (...) Es ist jetzt notwendig geworden, bei der Verteilung der meisten materiellen Reserven auf das System der Naturalienzuteilung und Auftragserteilung zu verzichten."(115)

Die Vorsicht, mit der die revisionistische Führung bei der Reform vorging, zeigen ihr Bewußtsein für ihre widersprüchliche Situation. Zuerst wurden die inzwischen herangereiften Reformvorschläge in 2, etwas später dann in 400 Betrieben ausprobiert.(116) Inzwischen wurde jedoch der Ruf nach einer umfassenden Restauration der ökonomischen Verhältnisse immer lauter. Noch zu Beginn des Jahres 1965 schrieb ein Direktor der Moskauer Elektrolampenfabrik: "Die Notwendigkeit, die Rechte der Betriebe zu erweitern, ist längst herangereift. Die objektiven Voraussetzungen dafür sind die in den letzten Jahren unermeßlich gewachsenen Erfahrungen der Leiter industrieller Betriebe" - sie konnten sich also schon vor den umfassenden Reformen tendenziell als Kapitalistenklasse formieren - "Leider geschieht - abgesehen von deklamatorischen Behauptungen auf diesem Gebiet praktisch nichts."(117) Im September desselben Jahres brachte dann das ZK-Plenum die entscheidenden Beschlüsse.

Die 1965-Reform

Auf diesem ZK-Plenum beschrieb Kosygin die Grundzüge eines "neuen Systems der ökonomischen Leitung".(118) Die Gründe für die darin enthaltenen tiefgreifenden Reformmaßnahmen liegen einerseits in zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die sich die revisionistische Wirtschaftspolitik immer mehr verstrickt hatte - Kosygin weist zu Beginn seines Referats nachdrücklich darauf hin (S. 677f) -, andererseits war man sich auch eines "Druckes der Dienststellen und der örtlichen Organe"(S. 678) durchaus bewußt.(119) Hieran zeigt sich - und das ist auch der Kern der ganzen Reformvorschläge - erneut das bourgeoise Wesen des Revisionismus und die widersprüchliche Grundlage seiner Existenz als Monopolbourgeoisie neuen Typs: Spielball und Agent der sich kapitalistisch restaurierenden Produktionsverhältnisse zu sein.

(113) Iswestija vom 23. 9. 1965, dtsch. in Ostprobleme 1965, S. 699
(114) Ekonomitscheskaja gaseta, 1o. 2. 1965, dtsch. in Ostprobleme 1965, S. 152
(115) Literaturnaja gaseta vom 12. 3. 1964, dtsch. in Ostprobleme 1964, S. 2o9f.
(116) Zu diesen Experimenten heißt es in der Iswestija treffend: "Im Krieg findet vor dem Angriff die Kampfaufklärung statt. In vielen Bereichen unserer Wirtschaft werden gegenwärtig wirtschaftliche Experimente durchgeführt. Auch das ist eine Art von Kampfaufklärung oder - besser gesagt - Sachaufklärung. Auch diese Aufklärung dient dem bevorstehenden Angriff." Ostprobleme 1965, S. 698
(117) zit. nach Osteuropa-Wirtschaft 1965, S. 246
(118) vgl. sein Referat, dtsch. in Ostprobleme 1965, S. 677ff. Im folg. nur Seitenangaben.
(119) Einige Jahre später sagt Bajbakov, Vorsitzender des Gosplan, dazu: "Wie auf dem Plenum des ZK der KPdSU im September 1965 festgestellt wurde, ist aus der Industrie, den Bedürfnissen der Entwicklung entsprechend, eine neue Organisationsform hervorgegangen." zit. nach Ostprobleme 1968, S. 388

Es ist darum auch nicht verwunderlich, daß die revisionistische Interpretation der Ursachen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Plenum voll übernommen wird. "Die derzeitigen Formen der Leitung, Planung und Stimulierung in der Industrie entsprechen bereits nicht mehr den modernen technisch-ökonomischen Bedingungen und dem Entwicklungsstandder Produktivkräfte." Denn: "Die wirtschaftliche Initiative der Betriebe und ihre Rechte sind eingeengt, und ihre Verantwortlichkeit ist nicht ausreichend."(680) Es geht darum, die Inhalte und Formen der Planung und Leitung den Entwicklungsbedürfnissen der Produktivkräfte anzupassen und unterzuordnen.
Was sind die einzelnen Reformmaßnahmen?(118a)

1. Die Unterordnung der staatlichen Planung und Leitung unter die Eigendynamikdes"wissenschaftlich-technischen Fortschritts" und die Entwicklungsbedürfnisse der Wachstumsindustriensoll konsequenter gestaltet werden. "Die Aufgabe bei der Planung (besteht) darin, ein hohes Tempo für die Einführung der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik in die Industrie vorzusehen."(S. 68o)(120) In der revisionistischen Apologetik heißt es allerdings, daß solche Maßnahmen den Bedürfnissen des Sowjetvolks dienen, indessen ist das bloße Demagogie, da das Emanzipation und nicht Unterordnung unter die selbständige Entwicklung der Produktivkräfte voraussetzte. Inzwischen scheint das unbedingt forcierte Wachstum der Produktivkräfte im "Sozialismus" genau so wie im Kapitalismus gewisse gesellschaftliche Schranken zu finden; so läßt sich folgende Bemerkung Libermans verstehen: "Die Grenzen für eine Erhöhung des Plans der realisierten Warenproduktion werden nicht so sehr durch die Produktionsmöglichkeiten der Produzenten als vielmehr durch die Nachfrage der Verbraucher bestimmt." Deswegen sei in "den meisten Fällen die Stimulierung eines 'angespannten' Plans praktisch nutzlos".(121)

Da längst schon der Primat der Politik über die Entwicklung der Produktivkräfte liquidiert worden ist, kommt hierin - zwar noch in Plankategorien formuliert - ein fundamentaler Zug der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck, nämlich "daß die Produktion nicht mit Rücksicht auf bestehende Schranken der Konsumption geschieht, sondern nur durch das Kapital selbst beschränkt ist." (121a) Die möglichst rentable Verwertung des vorgeschossenen Produktionsfonds diktiert jetzt die Formen der gesellschaftlichen Reproduktion und erzeugt dann auch mit ökonomischer Notwendigkeit Krisen des kapitalistischen Typs.

2. Es werden eine Reihe von Maßnahmen zur offenen und weitestgehenden Aushöhlung und zum Abbau der staatlichen Planung und Leitung vorbereitet. "Zweitens wird ein ganzes System von Maßnahmen zur Erweiterung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und Initiative der Betriebe und Vereinigungen sowie zur Hebung der Rolle der Betriebe als wirtschaftlichen Grund zellen unserer Ökonomik vorgeschlagen." Das ist notwendig, weil die "bestehenden Grenzen der wirtschaftlichen Selbständigkeit den modernen sozialistischen Betrieben zu eng geworden"sind.(680) Die Formen, in denen den einzelnen Betrieben mehr ökonomische Selbständigkeit gegeben wird, bestehen in einem weitreichenden Abbau von Kennziffern, mit denen die Produktion bisher im einzelnen geleitet und kontrolliert wurde. (An die Stelle der Kennziffern treten keine anderen Leitungsformen; wo die Kennziffern wegfallen, wird den Betrieben ausdrücklich Autonomie zugesichert; das war notwendig, um dauernd vorkommende Übertretungen der Befugnisse durch die Planungs- und Leitungsbehörden zu verhindern. S. 681) Außerdem "müssen die im Plan beizubehaltenden Kennziffern auf eine Erhöhung der Effektivität der Produktion abzielen."(681) Zu diesem Zweck bekommen die Kennziffern "Gewinn" bzw. "Rentabilität" und "Umfang der realisierten Produktion" eine besonders wichtige Funktion.
(a) "Die Kennziffern des Gewinns und der Rentabilität (wird) am besten dazu dienen, die Betriebe auf eine Erhöhung der Effektivität der Produktion zu orientieren." "Im Unterschied zu den Selbstkosten" - Kostpreis - "spiegelt der Gewinn vollständiger alle diese Seiten der Produktionstätigkeit des Betriebs", insbesondere seinen "Beitrag... zum Reineinkommen des Landes, der für die Erweiterung der Produktion und die Hebung des Volkswohlstands des Volkes bestimmt ist."(681)
Indem so der einzelbetriebliche Gewinn bzw. Rentabilität zu einer besonders wichtigen Kennziffer gemacht wird, wird die Leninsche wirtschaftliche Rechnungsführung zum Profitprinzip verkehrt (diese Rechnungsführung soll "umfassend"(688) verwirklicht werden), und es wird vor allem auch der Sinn der gesamtgesellschftlichen Planung und Leitung völlig aufgegeben. Das Maximum des einzelbetrieblichen Gewinns definiert jetzt das gesellschaftliche Interesse.

(118a) Wir behandeln die einzelnen Reformmaßnahmen der Reihe nach, man muß sie aber in ihrem Zusammenhang sehen, in dem sie dann eine neue Qualität annehmen.
(12o) Die unbedingte Unterstützung der Wachstumsindustrien war schon einer der Punkte, die Chruschtschow in seiner Kritik an Stalin durchsetzte: "Stalin befaßte sich nicht mit Planung und wollte auch nicht, daß andere sich damit befaßten." "Wenn beispielsweise für 1963 Investitionen für Bau-und Montagearbeiten in Höhe von 19,7 Mrd. Rubel vorgesehen sind, so werden diese Gelder nach dem festgesetzten Prozentsatz für das Wachstum der Produktion auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilt" - so soll es nach Chruschtschow nicht sein, denn: - "Bei einer solchen Planung bleiben keine Mittel für neue, fortschrittliche Wirtschaftszweige übrig, deren rasche Entwicklung das Leben selbst diktiert." Chruschtschow auf dem ZK-Plenum im Juni 1963, dtsch. Ostprobleme 1963, S. 462ff.
(121) Liberman, in: Marxismus-Digest, H. 3, 1970 S. 337

Das machen die Revisionisten selbst zum Kernpunkt ihrer Reform: "Was der Gesellschaft nützt, muß auch dem Betrieb nützen.", was dasselbe ist, wie: "Nur, was dem Betrieb nützt, nützt auch der Gesellschaft." Das ist nichts anderes als die konstituierende Ideologie der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft; es ist das zuerst von Adam Smith formulierte Prinzip, daß das konsequente Streben des Einzelnen (der einzelnen ökonomischen Einheit, der einzelnen Kapitalien) für sein Privatinteresse zugleich das Optimum für die Gesellschaft erbringt. Die revisionistische Auffassung der "sozialistischen Gesellschaft" besteht also darin, daß sie diese als Verwirklichung der grundlegenden Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft begreifen. Der Vorzug dieses "Sozialismus" wird von den Revisionisten gerade damit gepriesen, daß er es ermögliche, die Auswüchse und Widersprüche, unter denen diese Ideologie im Kapitalismus verwirklicht wird, zu vermeiden. Zur Begründung geben sie an, daß der Gewinn bei ihnen geplant werde, daß das Gewinnstreben daher keine volkswirtschaftlich schädlichen Formen annehmen könne. Aber das ist bloß demagogische Apologetik, denn dies setzte die politische Selbständigkeit der Planung und Leitung voraus, die faktisch nicht mehr besteht. Wie im Zusammenhang mit der materiellen Stimulierung (vgl. u.) noch klarer wird, handelt es sich bei der Stimulierung des einzelbetrieblichen Gewinnstrebens nicht mehr um die Leninsche wirtschaftliche Rechnungsführung, die als Hebel zur politischen Erziehung der Massen ein Mittel für die sparsame Durchführung des Plans war, sondern um eine Planung, die sich selbst liquidiert, indem sie solche ökonomischen Strukturen für die Wirtschaftstätigkeit errichtet, daß sie selbst gezwungen wird, im Interesse des einzelbetrieblichen Gewinnstrebens zu planen. Die Revisionisten behaupten die Möglichkeit, auch gegen das einzelbetriebliche Gewinnstreben planen zu können. Das läßt sich formell aufgrund der Tatsache des Staatseigentums nicht ausschließen. Aber entscheidend ist, daß die Planung dann in Widerspruch dazu gerät, was sie selbst als das Ziel der Wirtschaftstätigkeit bestimmt. Sie muß dann den Widerspruch der einzelnen Betriebe zur Planung und Leitung verschärfen, also den Widerspruch, der die materielle Grundlage und der Ausgangspunkt für die ökonomischen Reformen war. Die Tatsache der ökonomischen Reformen ist aber der Beweis dafür, daß die Revisionisten diesen Widerspruch nur durch Zugeständnisse an die einzelbetriebliche Selbständigkeit, die Konkurrenz, und das einzelbetriebliche Gewinnstreben "aufzulösen" in der Lage sind. Darum werden alle Versuche der Revisionnisten, sich aus den selbst errichteten Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit zu befreien, um ihre revisionistische Ideologie und vor allem ihre Monopolinteressen zu verwirklichen, sie nur immer tiefer in diese Abhängigkeit treiben. Man kann also nicht davon ausgehen, daß die Revisionisten widerspruchslos eine Planung im Interesse des einzelbetrieblichen Gewinnstrebens machen(werden). Nicht nur ihre revisionistische Ideologie, vor allem auch ihre eigenen Interessen und Widerspruch zu den Volksmassen werden sie dazu zwingen, Widersprüche zwischen der staatlichen Planung und den einzelbetrieblichen Interessen zu erzeugen. Aber ihre bourgeoise Ideologie und die Ausgehöhltheit des Überbaus, auf den sie ihre Politik begründen, zwingt die Revisionisten dann auch dazu, diese Widersprüche als Ausdruck einer bisher nur inkonsequent verwirklichten ökonomischen Reform zu begreifen. Die ökonomischen Reformen müssen dann weitergehen, schon aufgrund des Drucks, der dann von den einzelnen Betrieben ausgeht, die von diesen Widersprüchen unmittelbar in ihrem materiellen Interesse betroffen werden.

Daß dies die "innere Logik" der ökonomischen Reformen ist, wird von den Revisionisten selbst bestätigt. A. Birman, Professor am Moskauer Volkswirtschaftsinstitut schreibt dazu: "Es ist ganz klar, daß man die sozialistische Reproduktion mit größtmöglichstem Erfolg nur dann erweitern kann, wenn der Betrieb (bzw. die Vereinigung) die Neubauten und die Erhöhung der notwendigen Reserven rentabel und aus eigenem Gewinn sicherstellt. Indessen arbeiten viele Betriebe heute mit eingeplanten Verlusten. Aus veröffentlichten Materialien ist ersichtlich, daß es auch nach der Durchführung der Großhandelspreisreform (dies ist ein Teil der preispolitischen Absicherung und Vorbereitung der 1965 - Reform, d. Verf.) Betriebe geben wird, die planmäßig mit Verlust arbeiten sollen. Das scheint uns unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung völlig unmöglich und unzulässig. Vom Standpunkt der Preisbildung aus kann man es noch in gewisser Hinsicht begründen, daß dieser oder jener Betrieb weiterhin Planverluste verzeichnet. Gleichwohl müssen wir die Dinge nicht vom bequemen Standpunkt eines Vergleichs der Preislisten, sondern ausgehend vom Wesen der Wirtschaftsreform insgesamt betrachtet. Planverluste sind mit der wirtschaftlichen Rechnungsführung unvereinbar und widersprechen völlig den sozialistischen Prinzipien der Wirtschaftsführung!"(122) (123)

(121a) MEW, Bd. 26, T. 2, S. 521

(122) Der Titel von Birmans Artikel: "Die Unabwendbarkeit", dtsch. in: Ostprobleme 1967, S. 183ff, Unterstr. Verf.

(123) Auch die empirischen Tatsachen sprechen gegen die Ideologie der "Planung des Gewinns". Eine statistische Analyse der sowjetischen Daten für die Wirtschaftsentwicklung der UdSSR von 1950-1968 hat ergeben, daß im Verhältnis von geplantem und tatsächlichem Gewinn mit Abstand die größten Abweichungen gegenüber allen anderen Kennziffern zu verzeichnen sind. Der Gewinn konnte also faktisch am wenigsten geplant werden; die Analyse kommt sogar zu dem Ergebnis, daß die "Gewinnentwicklung" eine "völlig unplanbare Größe" sei. Das hängt natürlich vom Maßstab ab, den man anlegt, aber gerade nach 1965 hat sich der faktische Gewinn völlig entgegengesetzt zu seiner geplanten Entwicklung verhalten! vgl. G. Fink, Planung oder Prognose, Osteuropa-Wirtschaft, 1971, S. 114ff.

(b) Schon im Dezember 1964 sagte Kossygin vor dem Obersten Sowjet: " Auf dem Gebiet der Planung ist die Notwendigkeit herangereift, die Pläne für die Konsumgüterproduktion aufgrund der Bestellungen der Konsumenten und mit Rücksicht auf die Herstellung direkter Verbindungen" - also Marktbeziehungen - "zwischen Industriebetrieben und Handelsorganisationen aufzustellen. (...) Wir werden den Weg der Planung aufgrund der Abnehmeraufträge nicht nur in der Konsumgüterindustrie, sondern auch in anderen Wirtschaftszweigen einschlagen."(124) Diese Maßnahmen werden in der 1965-Reform konsequent fortgesetzt. (S. 681) Dem dient insbesondere die umfassende Einführung der neuen Kennziffer "Umfang der realisierten (verkauften) Produktion". Der Grund für die Einführung dieser neuen Kennziffer besteht darin, daß die bisherige Planung und Leitung der Produktion dazu geführt hatte, daß die Betriebe dem marktmäßigen Absatz ihrer Produkte zu wenig Aufmerksamkeit schenkten, wodurch es zu großen Produktionsverlusten kam. Statt nun diesen Widerspruch von Produktion und Konsumtion (vgl. oben) durch umfassende Planung zu beseitigen, beseitigt die Einführung der neuen Kennziffer die Planung des Produktionsumfangs selbst und zielt auf eine stärkere ökonomische Bindung der einzelnen Betriebe an den Markt, sie stimuliert so die Produktion für den Markt, und verschärft dadurch - mindestens langfristig - den zugrundeliegenden Widerspruch, der ja seine Wurzeln in der Herrschaft des Marktes hat. Was die bisherige Planung und Leitung nicht vermocht hat, soll jetzt dadurch erreicht werden, daß die Betriebe dem ökonomischen Druck des Marktes ausgeliefert werden. "Die Festlegung der Kennziffer 'abgesetzte Warenproduktion' macht die Lieferbetriebe und die Bildung ihrer Fonds von den Zahlungen der Käufer abhängig."(S. 684) Natürlich erfordert dies eine wesentliche Stärkung der marktvermittelten zwischenbetrieblichen Beziehungen (vgl. das erste Kosygin-Zitat), die aber nur funktionieren können, wenn auf Planung zumindest so weit verzichtet wird, wie sie der Entwicklung solcher Beziehungen nicht dient. Darauf wird dann auch in einem kurz nach dem September-Plenum erschienenen Prawda-Artikel von W. Sotow vom ZK ausdrücklich hingewiesen. (125) Und in der Iswestija (126) heißt es: "Bei dem neuen System der wirtschaftlichen Beziehungen ist ein wirklicher Vermittler, der den Markt kennt, aktiv ist und der Industrie wie dem Handel verantwortliche Hilfe leistet, sehr wichtig." Dadurch ist mit der Zeit eine "nützliche Wirkung der Reform immer deutlicher zu tage getreten: ... Der Betrieb hat begonnen, selbst neue Abnehmer zu suchen und neue Erzeugnisarten zu entwickeln." (127)
Der Markt gewinnt also an Bedeutung, gleichzeitig aber auch die Abhängigkeit der Betriebe vom Markt: "Heute wird nur die realisierte, das heißt durch den Verbraucher bezahlte Produktion, angerechnet. Gegen die Bedingungen dieser Realisierung laufen indes die Lieferanten ständig Sturm, und wir müssen ihre Einwände aufmerksam prüfen, denn sie klingen ausserordentlich überzeugend und glaubwürdig: 'Wir haben die Auflage erfüllt und die Produktion rechtzeitig versandt', wiederholen die Lieferanten auf Konferenzen, in den Ministerien und sogar am runden Tisch der Redaktionen immer wieder.' Wir dürfen nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß der Käufer kein Geld hat'."(128) (129)
Damit zeigt sich die ganze Widersprüchlichkeit der Reformmaßnahme und ihr restaurativer Charakter: sie sollte dazu dienen, den durch schlechte Planung hervorgerufenen Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion zu überwinden und hatte seine Reproduktion in neuer , jetzt kapitalistischer Form zum Resultat.

3. Ein weiterer Schritt in der Preisgabe staatlicher Planung besteht darin, daß jetzt der Staat Investitionsmittel, Umlaufmittel etc. nicht mehr an die Betriebe verteilt, sondern den Betrieben aufgrund von Rentabilitätsgesichtspunkten rückzuzahlende Kredite vergibt. (S. 683) Im Zusammenhang mit der sog. "Produktionsfondsabgabe" (129a) stellt dies nichts anderes als die Einführung eines Kapitalzinses dar, den der Staat als Großaktionär bekommt und aufgrund dessen er Kredite vergibt. Wie jeder Großaktionär an einem großen Kapital, ist der sowjetische Staat - insbesondere durch die Chruschtschowsche Wachstumsideologie des "Einholens und Überholens" der westlichen kapitalistischen Staaten - an einem möglichst großen Staatshaushalt interessiert; seine Planung - genauer: sein Kreditevergeben - wird sich darum von dem Kriterium leiten lassen, daß das Staatseigentum einen möglichst großen Zins abwirft. Natürlich wird der sowjetische Staat dies Verhaltensprinzip gelegentlich durchbrechen, aber nur auf Kosten von Widersprüchen zu den Zielen seiner eigenen Wirtschaftspolitik; es wird darum eine zu vermeidende Ausnahme von der Regel sein.

4. Der weitgehende Abbau direktiver Beziehungen zwischen den Planungs-und Leitungsbehörden und den einzelnen Betrieben findet seine Ergänzung in einer Reorganisierung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung selbst. Ihre schon unter Chruschtschow begonnene Dezentralisierung - die zwischendurch vielfach geändert wurde - hatte zu immer größeren Konfusionen geführt (was auch ein wichtiger Grund für den Sturz Chruschtschows war). "Allmählich zeigten sich bei der Leitung der Industrie große Mängel. (...) Gegenwärtig ist in der Volkswirtschaft eine Situation zu verzeichnen, in der die Pläne der neuen Technik durch die einen Behörden, die Pläne der Produktion und der Investitionen durch andere und die Fragen der Versorgung durch dritte geprüft und beschlossen werden."(S. 686)

---

(124) zit. nach der deutschen Übersetzung seines Referates in Ostprobleme, 1964, S. 4o
(125) dtsch. Ostprobleme 1965, S. 696ff.
(126) Moskau 23. September 1965, dtsch. Ostprobleme 1965, S. 698ff.
(127) Iswestija vom 24. 4. und vom 11. 5. 1968, dtsch. in Ostprobleme 1968, S. 4o5 ff.
(128) Birman, a. a. O., S. 183
(129) entfällt
(129a) vgl. 1970-Lehrbuch, S. 4o5f.

Hierin zeigt sich wiederum die besondere Widerspruchsstruktur innerhalb der neuen Monopolbourgeoisie; sie ist schon so geschwächt, daß sie faktisch zu einer einheitlichen Führung der Wirtschaft in ihrem Interesse gar nicht mehr in der Lage war ohne große Widersprüche zu erzeugen. Sie muß darum weitere Zugeständnisse an die kapitalistische Konkurrenz machen, insbesondere an die Entwicklungsbedürfnisse der branchenspezifischen Produktivkräfte. (S. 686)
"Zur Verbesserung der Leitung der Industrie ist es notwendig, Organe zu schaffen, die industriezweigweise aufgebaut sind. Solche Organe sollen Industrieministerien sein, die über alle Rechte der Leitung der Industriezweige verfügen und für die Entwicklung dieser Zweige vollverantwortlich sind."(S. 687) Natürlich gibt es nach wie vor zentrale Behörden, aber die entscheidenden Befugnisse, insbesondere für die laufende Produktion, die die zentralen Behörden immer wieder vor vollendete Tatsachen stellen, werden dezentralisiert. Die zentralen Behörden werden immer mehr in den Dienst der sich dezentral herausbildenden Entwicklungsbedürfnisse der einzelnen Industrien gestellt. So versteht auch Bajbakov, Vorsitzender der Staatsplankommission, seine Aufgabe; er schreibt: "Wir" - also die Staatsplankommission - "müssen dafür sorgen, daß die Zweige, die für den technischen Fortschritt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der gesamten Volkswirtschaft bestimmend sind, vorrangig ausgebaut werden."(130)

Neben diese Verfestigung der Dezentralisierung tritt eine weitere Aushöhlung der Planung und Leitung. Einerseits wird die Bildung konzernartiger Vereinigungen einzelner Betriebe weiterhin gefördert. Dabei arbeiten diese Vereinigungen selbst auf der Grundlage des Gewinnprinzips. (S. 686) (131) Andererseits sollen die Hauptverwaltungen der Wirtschaftsbehörden selbst (!) nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten. (S. 686) Dadurch betrifft das Gewinnprinzip nicht mehr nur die Form der Durchsetzung (politisch) bestimmter wirtschaftlicher Ziele und sorgt nicht mehr bloß, wie apologetisch behauptet wird, für ihre möglichst effektive Verwirklichung, sondern das Gewinnprinzip wird hier zum Kriterium der Planung selbst. Die Planung und Leitung der Produktion geschieht jetzt - alle Apologetik, daß es immer noch primär um die Bedürfnisse des Sowjetvolks gehe, zuwider - im unmittelbaren Interesse des Profits. (Man muß indessen bedenken, daß die Planungsbehörden entsprechend den Richtlinien immer noch zuwiderhandeln können und auch häufig tun, weil sich eine wirkliche Konkurrenz und daher ein unmittelbarer ökonomischer Zwang noch nicht voll herausgebildet hat. Doch haben solche "Zuwiderhandlungen" jedenfalls nicht den Effekt, die Widersprüche der branchenspezifischen Gewinn- und Wachstumsmaximierung aufzuheben. In der Folgezeit ist es dann vor allem auch nur zu Klagen über einen "unökonomischen Ressortgeist" gekommen. "Leider werden die Streitigkeiten zwischen Gosplan und den Ministerien, den Ministerien und Betrieben nicht selten immer noch nicht um die Sicherstellung des optimalsten Entwicklungstempos der Zweige" - weil das natürlich aufgrund des Gewinnprinzips eine Selbstverständlichkeit ist - "sondern um den Nachweis der Irrealität der Planauflagen der übergeordneten Organisationen ausgetragen." (131a))

5. Es ist eine Konsequenz der weitgehenden Liquidierung der politisch vermittelten proletarischen Planung und Leitung, daß die ökonomische Stimulierung der Initiative der einzelnen Betriebe (inzwischen wird sogar vorgeschlagen, dasselbe Prinzip innerhalb der staatlichen Wirtschaftsverwaltung selbst einzuführen) ausgebaut werden muß. Die Betriebe "müssen ferner daran interessiert werden, die ihnen unterstellten Produktionsfonds besser für die Erhöhung der Produktion und des Gewinns auszunutzen. Dazu ist es notwendig, den Betrieben aus ihren Gewinnen mehr Mittel zu belassen, damit sie die Produktion entwickeln, die Technik vervollkommnen, den Mitarbeitern materiellen Anreiz geben und die Arbeits-und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten des Betriebes verbessern können. Die Höhe der Mittel, die dem Betrieb zu belassen sind, muß man direkt abhängig machen vom Nutzeffekt der Verwendung der dem Betrieb anvertrauten Produktionsfonds, von der Erhöhung der abgesetzten Warenproduktion, der Erhöhung der Rentabilität der Produktion und der Verbesserung der Qualität der Produktion."(S. 682) Damit wird die Gewinnmaximierung in den einzelnen Betrieben materiell verankert. Sollten daher die Planungs-und Leitungsbehörden es wagen im sowieso beschränkten Rahmen ihrer Kompetenzen Maßnahmen durchzusetzen, die der einzelbetrieblichen Gewinnerzielung zuwiderlaufen, so muß das fatale ökonomische Folgen hervorrufen, die natürlich kein Planungschef - schon um seine Stelle zu behalten - dulden kann. (132)

6. Hand in Hand mit der Einführung des Gewinnprinzips auf Betriebs-, Konzern- und Hauptverwaltungsebene der Wirtschaftsbehörden geht eine weitreichende Restauration der Formen der Lohnarbeit. "Wesentliche Veränderungen sind auch in der Planung der Betriebe vorgesehen. Gegenwärtig werden den Betrieben vier Arbeitskennziffern vorgegeben: Arbeitsproduktivität,

---

(130) zit. n. Ostprobleme 1968, S. 386
(131) Interessant ist, daß diese Vereinigungen sich offenbar naturwüchsig gebildet haben: "Die Entstehung von Produktionsvereinigungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Rahmen der Volkswirtschaftsräte beweist, daß sich im Leben keine vollkommene Reform der Leitungsorganisation - die Form nach Industriezweigen - gebieterisch durchsetzt.", S. 686
(131a) Bajbakov, a. a. O., S. 389
(132) In der DDR hat man für trotzdem eventuell erfolgende Fälle solcher Art in einer "VEB-Ordnung" vorgesehen, daß die Leiter der Betriebe im Falle von Weisungen, die sich negativ auf die wirtschaftliche Rechnungsführung auswirken, an das übergeordnete Organ Schadensersatzansprüche stellen können." Ulbricht, a. a. O., S. 146

Zahl der Arbeitskräfte, Durchschnittslohn und Lohnfonds. Von den genannten Kennziffern sollte für die Betriebe nur eine - der Lohnfonds - festgelegt werden."(133) Das bedeutet, daß die Betriebe jetzt selbständig über Einstellung und Kündigung von Arbeitskräften befinden können; sie bestimmen also ihren Stellenplan selbst, ebenso die Höhe der Gehälter für die Betriebsdirektoren und sonstige Leitungsagenten. "Die Betriebe werden selbständig, ohne Registrierung in den Finanzorganen, Struktur und Stellenplan sowie die Kostenvoranschläge für die Verwaltungs- und Leitungsausgaben bestätigen."(S. 688)

Dasselbe gilt aber faktisch auch für die Lohnhöhe der Arbeiter selbst. Zwar werden die Tarifsätze selbst noch zentral festgelegt, aber ein erheblicher Teil des wirklichen Lohns besteht aus zusätzlichen Prämien, die aus dem Gewinn der Betriebe bestritten werden und über die der Betrieb selbständig verfügen kann. (S. 684) Zentral festgelegt wird nur noch die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter(Lohnfonds);da aber die Betriebe ihren Stellenplan selbst bestätigen, können sie dadurch auch auf die Höhe des Lohnfonds selbst Einfluß nehmen; sie sind im wesentlichen nur während einer Planungsperiode an den vorgegebenen Lohnfonds gebunden. Inzwischen wird aber auch in diesem Punkt gefordert, noch weiter zugehen und auch die Planung des Lohnfonds überhaupt fallenzulassen.

Die Folgen dieser Maßnahmen sind Lohndifferenzen und daher Fluktuationen der Arbeitskräfte zwischen den einzelnen Betrieben (ein Problem, das inzwischen in der UdSSR beträchtliche Ausmaße angenommen hat) also die Restauration eines Arbeitsmarktes und schließlich auch Arbeitslosigkeit. Ebenso restauriert sich das kapitalistische Innovationsverhalten, wie es schon Marx beschrieben hat: "Man darf nicht vergessen, daß unter den Bedingungen der Wirtschaftsreform der Direktor eines Betriebs, bevor er einen neuen Apparat oder eine neue Maschine aufstellt, sich zunächst ausrechnet was rentabler ist: niedrigen Arbeitslohn zu zahlen, oder eine teure Maschine in Betrieb zu nehmen und dann die mechanisierte Arbeit besser zu entlohnen."(134) Damit werden die ökonomischen Bedingungen der Lohnarbeit in beträchtlichem Ausmaß restauriert. Dieser Tatsache trägt auch die revisionistische Apologetik inzwischen Rechnung: "Der Sozialismus garantiert wirkliche Freiheit der Persönlichkeit, einschließlich der Freiheit der Werktätigen über ihre Arbeitskraft zu verfügen." (135)

7. Die ganzen Reformmaßnahmen setzen einen funktionierenden Markt voraus. Darum wurde schon zum 1. Januar 1965 eine umfassende Industriepreisreform durchgeführt, die eine Angleichung der einzelbetrieblichen Rentabilitätsniveaus (Verhältnis von Gewinn zu vorgeschossenem konstanten Kapital) zum Ziel hatte. Diese Reform soll nun fortgesetzt und verbessert werden. (S. 685) " Die Preise müssen immer besser den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand widerspiegeln, die Kosten für Produktion und Absatz decken und jedem normal arbeitenden Betrieb einen angemessenen Gewinn garantieren." (S. 685) Damit erzwingt das ökonomische Reformsystem selbst eine weitgehende Einschränkung für die staatliche Preispolitik. Gerade um Widersprüche zu vermeiden, was ja das erklärte Ziel der Revisionisten ist, muß sich die Preispolitik jetzt darauf beschränken, einen funktionierenden Markt herzustellen. "Die Vervollkommnung der Großhandelspreise schafft günstige Voraussetzungen, um einen so wichtigen ökonomischen Hebel wie den Gewinn sowie neue Formen der Finanzbeziehungen der Betriebe mit dem Staat in Form von Rente für die planmäßige Wirtschaftsführung effektiv auszunutzen."(136) Schließlich muß das zur vollen Einführung des Marktes führen: "Es geht ... darum, Bedingungen zu schaffen, unter denen sich die Preise in den Betrieben bilden können."(137)

Aufgrund dieser Übersicht über die wichtigsten Reformmaßnahmen, wie sie sich in Kossygins Referat auf dem September-Plenum des ZK der KPdSU finden, läßt sich nicht bezweifeln, daß sich die UdSSR wieder auf dem kapitalistischen Weg befindet. Sicherlich läßt sich noch nicht von einer vollen Restauration des Kapitalismus - nach dem Vorbild des westlichen Imperialismus - sprechen, was ja die volle Restauration auch der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse voraussetzte. Aber streift man den Eigentumsverhältnissen ihre bloß formellen, bloß der sozialimperialistischen Demagogie dienenden Charakter ab, so bleiben unter dieser Hülle im wesentlichen nur noch kapitalistische Formen der gesellschaftlichen Entwicklung übrig.

Es wäre aber nicht richtig, dem staatlichen Eigentum in der UdSSR bloß formellen Charakter zuzusprechen. Tatsächlich dient es auch einer Monopolbourgeoisie neuen Typs als Voraussetzung ihrer Monopolherrschaft. In dieser Funktion enthält es aber eine besondere Widerspruchsstruktur. Es handelt sich um Widersprüche, die der voll ausgebildete Kapitalismus nicht kennt, da sie ihre Ursache darin haben, daß sich die kapitalistischen Formen der Entwicklung der Produktivkräfte noch nicht den adäquaten politischen Überbau geschaffen haben. Dies modifiziert die Erscheinungsformen der Kapitalakkumulation erheblich. Aber es betrifft nicht die Tatsache, daß die sich kapitalistisch entwickelnden Produktivkräfte wirklich zur Basis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden sind. Dem hat die Monopolbourgeoisie neuen Typs in der ein oder anderen Weise Rechnung zu tragen. Je nach dem beschleunigt oder verlangsamt sich die Umwälzung auch des politischen Überbaus. G.R.

(133) S. 681; offenbar soll auch die letzte Kennziffer noch abgebaut werden: "Es wurden Vorschläge unterbreitet, für die Betriebe auch den Lohnfonds nicht festzusetzen. Jedoch würde ein Verzicht auf die Planung des Lohnfonds voreilig sein. "ebenda, Unterstr. Verf.

(134) Woprosy ekonomiki, Nr. 1o, 1967, dtsch. Ostprobleme 1968, S. 1o

(135) 1970-Lehrbuch, S. 129

(136) Bajbakov, a. a. O., S. 39o

(137) Sitnin, Vorsitzender des Gosplan, dtsch. Ostprobleme 1968, S. 395

Revisionismus und Sozialimperialismus am Beispiel ihrer Rolle in Indien

I. Die Entwicklung des Revisionismus in der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) nach der Unabhängigkeit

1. Die Unabhängigkeit Indiens

1945 übernahm die Labour Party die Regierung eines geschwächten Empire. Weder gegenüber den Befreiungsbewegungen noch gegenüber den erstarkten USA war England in der Lage, die bisherige Rolle im Empire weiterzuspielen. In dieser Situation erläuterte Patrick Gordon Walker die Ziele seiner Partei: "Das Ziel der Labour-Regierung ist die Rettung des Empire. Das wird erreicht werden, indem Indien, Burma und Ceylon den Status der Selbstregierung erhalten und versucht wird, sie innerhalb des Empire zu halten. Wenn das gelingt, wird das Empire in der Tat sehr mächtig sein." (1)

Nach wie vor (wie seit 100 Jahren) waren die Großgrundbesitzer die festen Bündnispartner der britischen Kolonialisten. Um ihr Ziel der Bildung einer Junior-Ordnungsmacht in Südasien weiterzuverfolgen, mußten diese nun das Bündnis mit den einheimischen Kapitalisten suchen. Dieses Bündnis konnte seine Basis nur haben im gemeinsamen Kampf gegen das indische Volk Der hinduistische Teil der indischen Bourgeoisie hatte die Kongress-Partei als ihre wichtigste politische Organisation. Diese Partei führte seit Anfang des Jahrhunderts den antikolonialen Kampf fast unbestritten an. In den 20iger Jahren hatte der Kongress sich von radikalen Formen des Kampfes abgewandt, was aber nur ein Ausdruck dafür war, daß er vom Ziel der Beseitigung jeglichen britischen Einflusses abging, und daß er einen Kampf scheute, der die Initiative der Massen stärken mußte.

Gandhi, der Freund des Großindustriellen Birla, bekämpfte von jeher jede Aktion in der antikolonialen Bewegung, die auch nur die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Kolonialpolizei mit sich brachte. Nehru wandte sich schon 1945 in Patna gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und bezeichnete Gewerkschaften als ein für Indien fremdes Element. (2)

Als 1946 sich die Matrosen der Flotte zuerst in Bombay, dann in weiteren Häfen gegen die Kolonialherren erhoben, und viele Arbeiter sich dem Kampf anschlossen, wurden sie vom Kongress als kriminelle Gewalttäter bekämpft und so isoliert. (3)

So konnte Douglas Reed auf der Jahreskonferenz der Konservativen Partei 1946 in Blackpool sagen: "An der Kongress-Partei gibt es nichts auszusetzen. Sie ist die Konservative Partei Indiens." (4).

England hatte die Pakistan-Pläne der Muslim Liga zunächst verdeckt, dann offen gefördert. (5) Die Teilung Indiens bedeutete eine Schwächung für die indische Bourgeoisie im internationalen Rahmen, aber ihre Verhinderung hätte nur von einer Massenbewegung durchgesetzt werden können. Die vollzogene Spaltung wiederum bedeutete die Festigung der religiösen und nationalen Spaltung des Volkes. Nach anfänglichen Zögern stimmte Nehru am 23. 4. 1947 der Spaltung zu. (6)

Die Regierungserklärung Atlees vom 3. 6. 47 war das Manifest des Bündnisses von britischen Imperialisten, indischen Feudalherren und dem relevanten Teil der indischen Bourgeoisie: Abzug der Briten bis zum 15. 8. 47, Erhaltung ihrer ökonomischen Position, Teilung in indische Union und Pakistan, Erhaltung der Rechte der Prinzen. (7)

Die Frage der souveränen Prinzenstaaten wurde auf dem Verhandlungsweg gelöst. Bis vor kur-

---

(1) Diethelm Weidemann, Die Entstehung unabhängiger Staaten in Süd- und Südostasien, VEB Deut. Verlag d. Wissenschaften, Berlin 1969, S. 323
(2) ebenda S. 350
(3) ebenda S. 329
(4) ebenda S. 340 Fn 83
(5) ebenda S. 331 ff
(6) ebenda S. 350 f
(7) Mohan Ram, Indian Communism, Split Withina Split, Vikas Publ,, Delhi 1969 S. 8

zem erhielten die Prinzen Entschädigung für den Verlust ihrer politischen Macht an die indische Union. Ihre ökonomische Stellung behielten sie. Die Bourgeoisie verzichtete auf die Befreiung der Bauern vom Feudalismus, bzw. faßte ihre langsame Verwandlung in Lohnabhängige ins Auge, wobei sie gerade die Großgrundbesitzer als Ordnungsmacht brauchte. Die Politik der Kongress-Regierung gegenüber der Bewegung der Bauern von Telengana ist dafür ein zentrales Beispiel.

2. Der Kampf von Telengana und der Kampf um die revolutionäre Linie der CPI

Der Nizam von Haiderabad war derjenige Feudalprinz, der die Eingliederung seines Gebietes in die Indische Union (gegen Entschädigung) am längsten hinauszögerte. In Telengana, dem Telugusprachigen Teil von Haiderabat kämpfte seit 1946 das Volk für die Befreiung von Kolonialismus und Feudalismus. Die führende Rolle in diesem Kampf lag bei der CPI, bzw. deren regionalem Kommitee. Das Programm war das der Neuen Demokratie: Errichtung der politischen Macht der Landlosen, Armen und Mittelbauern, Verteilung von Brachland, Senkung und Fixierung der Pacht, Beendung der Pachtzahlungen an feindlich gesinnte Großgrundbesitzer, Verbot der Vertreibung von Pächtern, Garantie von Mindestlöhnen, Beseitigung von Sondersteuern. (8) Der Kampf führte zur Befreiung von etwa 6 000 Dörfern.

Der Nizam versuchte zunächst, sowohl Widerstand gegen die Volksbewegung zu leisten, als auch den Anschluß an die Indische Union zu vermeiden. Er wandte sich an England und die UNO um Hilfe. (9) Da diese ausblieb, wurde er zum Kompromiss mit der Kongress-Regierung gezwungen, im September 1948 rückten Bundestruppen in Haiderabad ein. (10) Dieser Kompromiss beinhaltete natürlich auch die Wiederherstellung der Rechte der Großgrundbesitzer durch die Regierung. Für die Bauern von Telengana brachte Indien und die Eingliederung in die Indische Union zunächst also nichts anderes mit sich, als eine Stärkung des Lagers ihrer Klassengegner - sie setzten ihren Kampf fort.

Im Sommer 1951 bot die Zentrale der CPI der Zentralregierung Verhandlungen an, mit dem Ziel, die Erfolge der Landverteilung zu erhalten, als Gegenleistung dafür den unmittelbaren Kampf um die politische Macht, den bewaffneten Kampf einzustellen. Der Kongress wehrte dies ab, denn dies hätte den Bruch des Bündnisses mit den Feudalherren bedeutet. Im Oktober 1951 forderte die CPI zur Einstellung der Kämpfe auf; die mit dem Sieg der Reaktion einsetzende Repression kostete das Leben vieler Kader. (11) Wie war es dazu gekommen?

Anfang 1948 hatte die CPI ihren bisherigen Parteisekretär, der zum opportunistischen Flügel zählte, durch einen neuen, Ranadive, ersetzt. Die von ihm vertretene Linie orientierte sich an der auf der einleitenden Kominformsitzung (12) vorgenommenen Einteilung der Welt in zwei Lager in falscher Weise, nämlich so, daß Indien dem kapitalistischen Lager zugeordnet wurde.

Strategisch proklamierte deshalb die neue Politik das Bündnis der Arbeiter und armen Bauern für die sozialistische Revolution und taktisch setzte sie den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung. (13) Zu dieser Zeit war die CPI zwar in einigen Staaten illegal, aber sie war nicht isoliert, im Gegenteil hatten die kommunistischen Arbeiter eine dominierende Position in der Gewerkschaftsbewegung. Gemäß ihrer neuen Politik versuchte die CPI nun, jeden lokalen Streik in einen nationalen, jeden Branchenstreik in einen Generalstreik zu verwandeln; dies verband sie mit dem Aufruf zum bewaffneten Aufstand. Die Streiks (wie der der Eisenbahner am 9.3.1949) setzten sich nicht durch, die Kader wurden isoliert, jetzt waren sie der Repression schutzlos ausgesetzt, die Bewegung wurde geschwächt.
Das regionale Komitee der CPI von Haiderabad kritisierte diese Politik schon im Juni 1948 als abenteuerlich und stellte ihr - unter Berufung auf die Schriften Mao Tse-tungs - die Konzeption ununterbrochener Revolution in Etappen gegenüber. Das Politbüro wies diese Kritik scharf zurück. (14)
Ein Jahr später wurde in der internationalen kommunistischen Bewegung Kritik am Abenteurertum der CPI geübt. (15) Ein weiteres Jahr später, im Juni 1950 wurde auf einer ZK-Sitzung ein neues Politbüro gebildet, diesmal mit einer starken Minderheit von Führern der Telengana-Bewegung. Einer von ihnen, C. Rajeswara Rao, wurde Sekretär. (16)
Aufgrund ihrer Schwäche war die CPI kaum in der Lage, die Unterstützung für den Kampf in Telengana zu organisieren. Dazu kam im Sommer 1950 eine faktische Spaltung, als der opportunistische Flügel ein eigenes Hauptquartier er-

(8) ebenda S. 22
(9) ebenda S. 23
(10) ebenda S. 24
(11) ebenda S. 57
(12) ebenda S. 12
(13) ebenda S. 14f, 27
(14) ebenda S. 25ff. Die Antwort -verfasst zwischen September 1948 und Juli 1949 - enthält bereits viele Angriffe, wie sie bis heute von revisionistischer und trotzkistischer Seite gegen die kommunistische Linie der Verbindung von proletarischer und antiimperialistischer Revolution vorgebracht werden:
- Die Bündnispolitik der Kader in Telengana zeige, daß sie im Dienste der Kulaken stehen.
- Die chinesiche Revolution sei ohne die Arbeiterklasse vor sich gegangen
- Der langwierige Krieg in China beruhe bloß auf Fehlern der KPCh
- Die Schriften Mao Tse-tungs stellten keine konkretisierende Entwicklung des Marxismus-Leninismus dar.
Für einen Teil der Angriffe siehe: Die Außenpolitik der VRCh, orig. russisch, Dietz Verlag. Berlin 71, S. 117 (zitiert: Die Außenpolitik...)
(15) Aus KPdSU und KPChinas, M. Ram, S. 33-35
(16) ebenda S. 39

öffnete, welches selbständig Beziehungen zu anderen Parteien aufnahm. (17)

Ziel des rechten Flügel war es, am "Aufbau des unabhängigen Indien" mitzuarbeiten - zusammen mit der Kongresspartei. Solche Tendenzen zielten auf die Fortsetzung der während der Unabhängigkeitskämpfe teilweise befolgten Politik der weitgehenden Zusammenarbeit mit dem Kongress. Mit der Übernahme der Regierungsgewalt in Haiderabad durch die Zentralregierung mußten diese Opportunisten zu Gegnern des Kampfes in Telengana werden.

Bald erhielten sie Unterstützung durch den Eingriff anderer Parteien: im Herbst 1950 riet ein Brief der KPGB der CPI zur Konzentration auf die Vorbereitung der Parlamentswahlen von 1952. In die selbe Richtung ging ein Interview von P. Dutt (KPGB) im Januar 1951; er stellte besonders die friedliebende Außenpolitik der Kongress-Regierung heraus. (18) Als sich im Mai 1951 die rechte Gruppe durchsetzte, wurde die von ihr eingebrachte Resolution, in der sie das bisherige Politbüro kritisierte, am selben Tag von der Kominform veröffentlicht - als erstes Dokument der CPI seit Jahren. (19)

Die Resolution legte die CPI zwar nicht voll auf die Linie der Rechten fest, bedeutete aber mit der Wahl eines neuen Politbüros und Ajoy Goshs zum Sekretär die Orientierung an der Vorbereitung der Wahlen, d.h. der vollen Legalisierung der Partei.

Die Kommunisten von Telengana waren nicht in der Lage gewesen, ihre Linie in der CPI durchzusetzen, das war ein wichtiger Schritt hin zum Scheitern der ganzen Bewegung. (20) Mit Hilfe der Opportunisten in anderen KPs gelang der revisionistischen Linie der erste Sieg in der CPI nach der Unabhängigkeit.

3. Entwicklung der revisionistischen Theorie über die Fortschrittlichkeit der Kongress-Partei und den friedlichen Weg zum Sozialismus

Die Geschichte der CPI in den 50er Jahren war durch eine ständige Auseinandersetzung über die richtige Einschätzung des Kongress gekennzeichnet. Der Kongress ließ die ökonomische Stellung der imperialistischen Monopole in Indien - und dabei standen noch die britischen im Vordergrund - unangetastet, ließ sich aber nicht in die Rollback-Politik, die hauptsächlich von den USA vorangetrieben wurde, einordnen. So erschien die Frage einer richtigen antiimperialistischen Politik als die Frage, ob britischer oder US-Imperialismus der Hauptfeind des indischen Volkes seien. Indem die Revisionisten allein den Kampf gegen den US-Imperialismus propagierten, versuchten sie den Widerspruch zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern auf den zwischen Aggression und Friedensliebe zu reduzieren. Die Kongress-Partei hielt Einzug ins Friedenslager und wurde bündnisfähig. Diese Einschätzung wurde auf den Klassenkampf übertragen, d.h. der Klassenkampf wurde hintangestellt und verraten. Der weitreichende Militärvertrag zwischen Pakistan und den USA vom 24.2.1954 beeinflußte die Kongress-Regierung weiter und stärkte die ihr freundliche Linie in der CPI. Ein Artikel von R. Palme Dutt (KPGB) vom 8.10.1954, der von Nehru nichts zu sagen wußte, als dieser fortschrittlich und friedliebend sei, wurde vom ZK der CPI nicht zurückgewiesen. (21)

Der Wahlsieg der CPI im Bundesstaat Kerala 1956 schien der Zusammenarbeit mit dem Kongress neue Perspektiven zu öffnen. Auf dem Parteikongress von Amritsar Anfang 1958 wurde die Orientierung an der Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus in das Programm der Partei aufgenommen. Die Absetzung der Regierung von Kerala durch die Zentralregierung im Juli 1959 konnte die im Vormarsch begriffene rechte Linie nicht mehr aufhalten. 1964 kam es zur Spaltung in eine einheitliche revisionistische Partei und eine linke Sammlungsbewegung, die CPI (M).

Die Entwicklung des Imperialismus hat der Revolution, d.h. dem Kampf des Proletariats um die politische Macht globale Aktualität gegeben. Der Sieg des Proletariats in einem Land erleichtert den Völkern, die Phase der Herrschaft der Bourgeoisie zu vermeiden und die Produktivkräfte unter der Führung der Arbeiterklasse zu entfalten. Gerade revisionistische Autoren schmücken sich häufig mit Klassikerzitaten, die die Rolle des hilfreichen siegreichen Proletariats hervorheben, um den Einfluss der revisionistischen Sowjetunion in verschiedenen Ländern in ein revolutionäres Gewand zu hüllen (22). Für diese Länder haben sie das Theorem der "nichtkapitalistischen Entwicklung" gefunden. Es handelt sich dabei um die Länder wie die VAR (23) und Guinea, in denen die Kapitalhilfe der SU die Produktivkräfte zur Entwicklung und diese wiederum die Produktionsmittel zur Vergesellschaftung drängen. Agenten dieses Prozesses sollen

---

(17) ebenda S. 42f
(18) ebenda S. 45ff
(19) ebenda S. 49f. Der Revisionist S.A. Dange schrieb am 3.8.68 in "Mainstream", daß der Wechsel in der Politik der CPI in Moskau mit der Kominform vorher besprochen wurde. Es nahmen dabei teil: eine Delegation mit Vertretern verschiedener Fraktionen der CPI und von der Kominform Stalin, Suslow, Molotow, Malenkow.
(20) vgl. Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, Hg: Institut f. Weltwirtschaft und internationale Beziehungen an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, dtsch. Berlin 1970, Bd. 3: Die Wahl des Weges, S. 66: "Nachdem die Bauernbewegung nach der Verkündung der Unabhängigkeit für eine kurze Zeit zum Stillstand gekommen war, gewinnt sie jetzt erneut an Umfang und Durchschlagkraft." - vgl. auch ebenda S. 94: "Eine für Indien typische Kampfform ist der gewaltlose Widerstand."
(21) M. Ram, S. 66ff
(22) Klassen und Klassenkampf..., Bd. 3, S. 293 Die Außenpolitik..., S. 116
(23) Es ist daher zu erwarten, daß der "Rausschmiß" der SU aus der VAR "klassenanalytische" Konsequenzen mit sich bringen wird.

dort die fortschrittlichen Bourgeois sein. Kommunistische Parteien spielen in dieser Konzeption keine besondere Rolle. Daß sie häufig nur schwach und verboten sind, steht der nichtkapitalistischen Entwicklung nicht entgegen. Die Hegemonie der Arbeiterklasse und die Führung durch die Kommunistische Partei wird durch die Anlehnung an die SU ersetzt. Dies ging in Ägypten bis zur Selbstauflösung der KP.

Mit ihrer Politik gegenüber der indischen herrschenden Klasse kommen die Revisionisten schon in größere ideologische Schwierigkeiten. Sie kommen nicht umhin, zuzugeben, daß Indien sich kapitalistisch entwickelt. (24)

Dann allerdings versuchen sie doch, aus außenpolitischen Bestimmungen - Annäherung an das sozialistische Lager, politische Unabhängigkeit - klassenmäßige Bestimmungen herzuleiten. Aus einer Politik der friedlichen Koexistenz, die die Kongressregierung zeitweise betrieb, wurde in der Ideologie der Revisionisten ein freundliches Verhalten des Kongress zu Fortschritt und Sozialismus. Diese Einschätzung ist Ausdruck der revisionistischen Entstellung der Politik der friedlichen Koexistenz: "die friedliche Koexistenz wird zur Generallinie der Politik überhaupt". So wurde es zum Inhalt der Politik der CPI, alles zu fördern, was die "Unabhängigkeit" Indiens fördert, insbesondere die ökonomische Entwicklung (25), worunter dann in der Praxis auch die Sabotage von Streikkämpfen fällt. In dieser ökonomischen Entwicklung wiederum förderten sie insbesondere die "wissenschaftlich-technische Revolution" und die Entwicklung von "Mutter"industrien, die in der Lage sind, "die gesamte Volkswirtschaft umzugestalten" (26).

Festzuhalten ist also, daß sie die kapitalistische Entwicklung Indiens wollen, d. h. explizit nicht nur eine ökonomische Entwicklung unter Fortbestehen des Kapitalverhältnisses (27) wie bei der "nichtkapitalistischen Entwicklung", sondern die Entwicklung unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Das revolutionäre Gewand, welches sich die KPdSU und ihre Freunde bei ihrer Politik des Bündnisses in bezug auf die Länder der "nichtkapitalistischen Entwicklung" noch umlegen, ist also in bezug auf Indien zu kurz geworden. So wird klar, daß sie das Bündnis mit der Bourgeoisie auf jeden Fall suchen.

---

(24) Besondere Konsequenz legen bei dieser Einsicht die DDR-Autoren an den Tag - ihr exaktes ideologisches Instrumentarium hilft ihnen: Indien hat die DDR noch nicht anerkannt! s. Helmut Faulwetter/ Peter Stier, Indien - Bilanz und Perspektive, Akademie Verlag, Berlin 1970, S. 208
(25) Ajoy Gosch, zitiert nach M. Ram , S. 73
(26) Faulwetter/Stier, . . . , S. 116
(27) Muster für die "nichtkapitalistische Entwicklung" ist die NEP! - Das wiederum beleuchtet das Verständnis der NEP, vgl. in diesem Heft: "Die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR"

NEU IM VERLAG DES POLITLADEN ERLANGEN – Herbst '72

Politladen-Druck Nr.4
Christel Neusüss
IMPERIALISMUS UND WELTMARKTBEWEGUNG DES KAPITALS
Kritik der Leninschen Imperialismustheorie und Grundlagen einer Theorie des Verhältnisses zwischen den kapitalistischen Metropolen
Ca. 230 Seiten *Ca. 8,50 DM* *Anfang Oktober*

Politladen-Druck Nr.5
Karl Held
KRITIK DER SPRACHWISSENSCHAFT
Ca. 250 Seiten *Ca. 9,00 DM* *November*

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik
PROBLEME DES KLASSENKAMPFS HEFT 4
Redaktionskollektiv: Zur Intensifikation der Arbeit in der BRD
M.Salvati: Der Ursprung der gegenwärtigen Krise in Italien
G.Armanski: Zur Kritik der Theorie der neuen Mittelklasse (am Beispiel von M.Nicolaus und J.Schmierer)
C.Möcklinghoff: Aspekte der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und DKP
Ca. 160 Seiten *4,00 DM* *Sept./Okt.*

MEHRWERT – Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie

mehrwert 1
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE GRUNDBEGRIFFE UND -BEZIEHUNGEN I.Teil
Wert- u. Preislehre; Studienmaterialien
Ca. 170 Seiten *Ca. 5,50 DM*
Anfang Oktober

mehrwert 2
ZUR KRITIK DER GRUNDMODELLE DER BÜRGERLICHEN WACHSTUMSTHEORIE. WERT UND PREIS IN DER MARXISTISCHEN UND NEOKEYNESIANISCHEN AKKUMULATIONSTHEORIE
Ca. 130 S., ca. 5,00 DM, Ende Oktober

Politladen-Reprint Nr.16
DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE
Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale
39.500 Seiten in ca. 39 Bänden. Erscheint ab Herbst. Subskription bis 1.12.72!
Sonderprospekt anfordern!

Politladen-Reprint Nr.18
Martow/Dan
GESCHICHTE DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE
Autorisierte Übersetzung von A.Stein. Berlin 1927
348 Seiten - Vorwort: Hartmut Mehringer *Ca. 10,00 DM* *November*

Sämtliche Titel sind jederzeit in den linken Buchläden erhältlich als auch durch den Postversand des Politladen Erlangen. Versandkataloge anfordern!

Buchhandlung und Verlag POLITLADEN GmbH
852 Erlangen, Hindenburgstraße 17 Tel.: 09131/24850

ROTE PRESSE
Sozialistische Hamburger Studentenzeitung

Erscheint im Oktober:
ROTE PRESSE SONDERNR. 2
Theoretisches Organ der SSG
In der Sondernummer nimmt die SSG Stellung zu zentralen Fragen der kommunistischen Bewegung, u. a. :
- zur Situation der Hamburger kommunistischen Bewegung. Kritik des KB Nord
- zur Politik in den Bundestagswahlen
- zur kommunistischen Hochschulpolitik
- Stellungnahme zum Kommunique des KBB, der KG (NRF) u. a.

BROSCHÜREN:
- Le Duan, Gegen den Revisionismus
- Nixons Pekingreise - Interview mit Tschu En-lai

ROTE PRESSE Nr. 6 erscheint Anfang des Semesters. Kürzlich erschienen Extra´s zu Olympia und zur Kampagne gegen die Ausländergesetze.

alles zu beziehen über:
VERLAG ROTE PRESSE
2 Hamburg- 13
Grindelallee 33
Tel.: 45 30 68

In der Einschätzung der bürgerlichen Parteien führt dies zu für den unbefangenen Beobachter überraschenden Ergebnissen. Explizit zerbrechen sich die DDR-Autoren Faulwetter/Stier über Seiten ihres Buches (28) den Kopf des weitsichtigen indischen Bourgeoisführers, der danach strebt, eine möglichst "reibungslose" und schnelle Lösung der ökonomischen Widersprüche, denen sich heute die indische Gesellschaft gegenübersieht zu gewährleisten" und der unter Punkt vier "schrittweise das Leben der Volksmassen verbessern muß", wenn er seine Aufgaben erfüllen will. Dieserweitsichtige Bourgeois ist im Kongress beheimatet. "Die führende Rolle in der Kongresspartei spielt die "mittlere Kraft" zwischen den drei sozialen Hauptgruppen des Landes - die nichtmonopolistische Bourgeoisie. Die monopolistische Elite auf der einen Seite und die linken demokratischen Elemente, die die Interessen der werktätigen Schichten vertreten, auf der anderen Seite üben auf die Politik der Kongresspartei einen in Stärke und Charakter unterschiedlichen Einfluss aus. Der stärkste Druck der rechten Kräfte erfolgt auf dem Gebiet der praktischen Politik und in der Organisationssphäre, die linken beeinflussen die Ideologie der Partei nicht ohne Erfolg (das kam insbesondere in der Annahme des neuen Programms unter der Bezeichnung "Demokratie und Sozialismus" zum Ausdruck)."(29)
Diese Unfähigkeit, die soziale Demagogie des Kongress zu entlarven, ist nur ein Zeichen dafür, dass man diese Demagogie für die Rechtfertigung der eigenen Politik braucht. Der Kongress ist eigentlich friedlich, fortschrittlich und sozial, wird nur hin und wieder von außen auf reaktionäre Abwege gedrängt. Diese Auffassung gilt vor allem seit der Spaltung des Kongress für dessen "linke" Variante (Indira Gandhi).

Im nächsten Schritt fällt die Entscheidung für die Unterstützung des "eigentlichen" Kongress, während jede vom "eigentlichen"Kongress abweichende Politik als Provokation verurteilt wird. Systematisch ist dies die Ebene des bürgerlichen Realismus (nämlich: ausgehend von dem was bloß scheinbar vorhanden ist) und politisch die Ebene des parlamentarischen Mechanismus: Gerade der Verzicht auf eine kommunistische Politik ermöglicht der herrschenden Klasse ein liberales Auftreten; während kommunistische Politik allenfalls darin bestehen könnte, von einer Position der Stärke her liberale Politik zu erzwingen.

Die CPI identifiziert sich also mit den "eigentlichen"Zielen des Kongress; DDR-Autoren stellen sich auf den Standpunkt des weitsichtigen indischen Kongressmanns; ein sowjetisches Autorenkollektiv bezeichnet die linken demokratischen Elemente des Kongress als diejenigen, die die Interessen der werktätigen Schichten vertreten, und sagt an anderer Stelle: "Auf jeden Fall scheint es im gegenwärtigen Zeitpunkt am aussichtsreichsten, um die Absichten der Reaktion zu vereiteln, ein Bündnis zwischen den linken und zentristischen Kräften (im Kongress - d. Verf.), die die Interessen der arbeitenden Schichten, der nichtmonopolistischen Bourgeoisie sowie der städtischen Mittelschichten vertreten, herzustellen." (30).

Wie gering muß die Differenzierung der Klassen in einem Land sein, daß eine Partei wie der Kongress die Interessen so vieler Klassen vertreten kann! Vor allem aber: wenn der Kongress diese Interessen vertritt, wozu bedarf es dann noch einer Kommunistischen Partei? Diese Frage ist schon sehr früh aufgetaucht, nämlich als der sowjetische Professor Modeste Rubinstein 1956 die These aufstellte, Nehru selbst werde den Sozialismus in Indien verwirklichen (31). Diese These ist von der gesamten CPI kritisiert worden; aber wie die aufgeführten Zitate zeigen, konnte sie gar nicht konsequent kritisiert werden, sondern allenfalls wegen ihrer Offenheit. So wie die CPI den Kongress einschätzt, hat sie selbst als eigenständige Organisation daneben keine Existenzberechtigung. Wie ist es nun zu erklären, daß die CPI nicht konsequent den Eintritt in den Kongress propagiert, was in der Geschichte der nationalen Befreiungskämpfe durchaus die Konsequenz der Entwicklung von opportunistischen Positionen gewesen ist? Als Grund ist einmal die Schärfe der Widersprüche in Indien selbst zu nennen, die z. B. die CPI noch heute zur Durchführung von symbolischen "illegalen" Landnahmeaktionen zwingt. Zweitens aber ist der Indira-Kongress eben nicht der Agent der Sowjetunion, sondern er repräsentiert nur das Bündnis der indischen Bourgeoisie mit der Sowjetunion. In der CPI dagegen hat die SU einen sicheren Agenten. (32).

Da, wo die CPI das fortbestehende Bündnis zwischen indischer und imperialistischer Bourgeoisie nicht leugnen kann, steht sie ihm recht hilflos gegenüber. So begrüßt sie die westliche "Entwicklungshilfe" (33) und die westlichen Rüstungslieferungen für die "nationale Verteidigung" gegen die VR China (34).

Die Kritik an der KP Chinas und der Politik der Regierung der VR China muß von einer solchen

---

(28) S. 207 ff
(29) Klassen und Klassenkampf, Bd. 3, S. 214; Unterstreichungen d. Verf.
(30) ebenda S. 216; In der Fußnote wird dort gesagt, daß es sich bei den linken und zentristischen Kräften um solche des ungespaltenen Kongreß handelt, d. h. um den heutigen Indira-Kongreß.
(31) In: Neue Zeit, 5. 7. und 2. 8. 56, zit. bei M. Ram, S. 72 und Charles Bettelheim, India Independant, London 1968, S. 173
(32) Ein solcher Agent fehlt ihr z. B. jetzt in der VAR
(33) Ajoy Gosch, zit. bei St. Clarkson, Soviet Theory and Indian Reality, in: Problems of Communism, Jan. Febr. 1967
vgl. ebenso: "Außenhandel", Berlin Nr. 6/1967, S. 20/21 und weitere Zitate bei Kurt Müller, Die Entwicklungshilfe Osteuropas, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1970, S. 58f
(34) M. Ram, S. 138 (Stellungnahme des National Council der noch ungespaltenen CPI, durchgesetzt von der revisionistischen Mehrheit - Oktober/November 1962)

Position aus eine Kritik an zentralen Prinzipien des Marxismus-Leninismus sein. Vom Standpunkt der friedlichenKoexistenz als Grundsatz kommunistischer Politik überhaupt, wird die Trennung von Regierungs- und Parteipolitik durch die KP Chinas kritisiert: "In Analogie zur chinesischen Revolution und ihrer "zwei Etappen", der nationaldemokratischen und der sozialistischen, versuchten die Führer der KP Chinas eine lange Zeit hindurch (1958 bis 1963), die revolutionären Kräfte der Entwicklungsländer auf die unverzügliche "proletarische" Revolution zu orientieren, indem sie zum Sturz des bestehenden Regimes aufriefen. Gleichzeitig stellten sie enge politische und wirtschaftliche Beziehungen auf der Basis der "gegenseitigen Hilfe" und "Freundschaft" mit den Regierungen dieser Länder her."(35) Vom Standpunkt der Möglichkeit der nichtkapitalistischen Entwicklung ohne KP aber mit dem Einfluß von sowjetischem Kapital und sowjetischer Technik wird die revolutionäre Position kritisiert, nach der selbst eine zahlenmäßig schwache Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft um die politische Macht kämpfen kann, wenn sie nur bewußt die soziale Umgestaltung im Kampf in Angriff nimmt. (36)

4. Die Einschätzung des staatskapitalistischen Sektors in der revisionistischen Theorie

Legitimation der revisionistischen Politik soll es sein, daß sie durch eine besondere Form der kapitalistischen Entwicklung gefördert wird, die ihre besondere Bedeutung in der Perspektive des Aufbaus des Sozialismus gewinnt. Dies ist die ideologische Rückzugsposition angesichts der Unhaltbarkeit einer Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung für Indien.
Für diese besondere Form der kapitalistischen Entwicklung spielt die Expansion des staatskapitalistischen Sektors der Industrie die zentrale Rolle.

Zweifellos ist dieser Sektor für die Entwicklung des Kapitalismus in Indien von großer Bedeutung aufgrund qualitativer Eigenschaften (37). Investitionen von hohem Risiko bzw. hoher Anfangsleistung werden im Staatssektor getätigt; dies ist möglich, weil über die Fünfjahrespläne nicht nur die Kosten unter der Bourgeoisie sozialisiert und ausländisches Kapital besser angelockt wird, sondern weil so das Kleinbürgertum sehr "produktiv" (über Steuern usw.) ausgeräubert werden kann. (38) Nicht von ungefähr stammt der Plan für den indischen Staatsektor von einer Kommission indischer Großbourgeois aus den 4oer Jahren. (39).
Das gewichtigste Argument in der revisionistischen Theorie ist, daß der Staatssektor die Unabhängigkeit des Landes fördere. (4o)
Der Einfluß der imperialistischen Monopole werde zurückgedrängt. Richtig daran ist, daß die indische Bourgeoisie durch den Staatssektor gestärkt wird. Aber von einer Zurückdrängung, d. h., einem Schwächerwerden der imperialistischen Monopole kann sicher nicht die Rede sein, wenn man folgende Fakten berücksichtigt:
Indien ist das absolut höchstverschuldete Land der Welt.
Der Zufluß der ausländischen Investitionen hat sich von 1948 bis 1968 verdreifacht (41); die Profite der ausländischen Investitionen in der verarbeitenden Industrie lagen 1968 bei 9,2 %, 1969 bei 14,7 %, also relativ hoch (42). Der staatskapitalistische Sektor ist ebenso wie der privatkapitalistische auf den Kauf ausländischer Lizenzen angewiesen. Trotz der Stärkung des staatskapitalistischen Sektors kann also von Unabhängigkeit keine Rede sein. Allenfalls kann man von einer Stärkung der indischen Position im Bündnis mit der imperialistischen Bourgeoisie sprechen, in dem Indien aber der schwache Partner bleibt (43).

So bleibt von dem Argument der wachsenden Unabhängigkeit nur sein Kern, ein weiteres Argument, übrig: die Entfaltung der Produktivkräfte, die Schaffung der materiellen Grundlagen für eine zukünftige nichtkapitalistische Entwicklung (44), die zahlenmäßige Vermehrung der Arbeiterklasse (45). Zunächst ist dieses Argument nur eins für die Wichtigkeit des Staatssektors in der Perspektive des Sozialismus insoweit wie es eines ist in der Perspektive des Kapitalismus. Es endet dann in der Plattitude, daß unter der Herrschaft der Bourgeoisie Grundlagen für die

---

(35) Die Außenpolitik..., S. 117
(36) ebenda
(37) Die quantitative Bedeutung ist schwierig zu erfassen. Zahlenangaben:
a) Staatssektor: 10% der Gesamtindustrie (Galbraith zit. bei Faulwetter/Stier, S. 213)
b) während des 2. und 3. Fünfjahresplans höhere Investitionen im Staatssektor als im Privaten (s. Uwe Kräuter; Zum Klassencharakter der indischen Gesellschaft, NRF 6/71, S. 46f Fn 3)
(38) vgl. Ekkehard Kleine, Der Staat als Hebel der ursprünglichen Akkumulation unter den Bedingungen des Imperialismus und der "arabische Sozialismus", in Al Djabha Nr. 13, 1972, S. 13ff
(39) U. Kräuter, S. 48 Fn 2
(40) Semenov (SU) zit. bei Müller, S. 77, - Klassen und Klassenkampf, Bd. 2, S. 64f
(41) Philippe Gavi, Le Triangle indien - de Bandoeng ou Bangladesh, Seuil, Paris 1972, S. 103f
(42) Angaben des US-Außenministeriums, zit. ebenda
(43) Im Gegensatz dazu sprechen indische Marxisten-Leninisten und in Übereinstimmung mit ihnen U. Kräuter in NRF 6/71, von einer völligen Abhängigkeit der indischen Großbourgeoisie vom imperialistischen Finanzkapital (P. K. Roy, Noose around the necks, A brief study on the comprador economy in India, In: Proletarian Path, Mg.: Committeo of Communist Revolutionaries, West Bengal, Nr. 3, März 1971, S. 34 und U. Kräuter, S. 50f.)
Die Kontroverse kann hier nicht ausgeführt werden. Eine Annahme von völliger Abhängigkeit bei gleichzeitigem Einfluß von Imperialismus und Sozialimperialismus würde die Annahme der weitgehenden Identität beider bedeuten.
(44) Klassen und Klassenkämpfe... Bd. 2, S. 65, Faulwetter/Stier, S. 211
(45) Semenov, zit. bei Müller S. 77

Herrschaft der Arbeiterklasse geschaffen werden. Denn für die Bourgeoisie ist die Rolle des staatskapitalistischen Sektors klar funktional bestimmt und temporär (wie die Beispiele VAR, Türkei und selbst Indien zeigen:Reprivatisierungen), und vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist es offenbar illusionär zu glauben, die Eroberung der Staatsmacht sei einfacher, bloß weil hinterher ein paar Verstaatlichungsakte weniger anfallen. Auf jeden Fall fängt hier für Kommunisten die Notwendigkeit, Politik zu machen, erst an, wenn sie sich nicht auf den revisionistischen Satz zurückziehen wollen, daß die Herrschaft der Bourgeoisie notwendig sei. (46)

Ein letztes Argument ist, daß der Staatssektor die Kommandohöhe der Wirtschaft einnehmen könne (47) und die Möglichkeiten der Planung erweitere; die Macht der Monopole würde so aufgehalten (48), ja die nationale Bourgeoisie geschwächt. Das zeige sich auch daran, wie scharf die Monopole die Einschränkung des Staatssektors forderten. (49) All dem ist zunächst ein "lichter Moment" von Faulwetter/Stier entgegenzuhalten: "Die rasche Entwicklung der Großbourgeoisie ist Ausdruck der Entwicklung des indischen Kapitalismus, die durch den Aufbau des staatskapitalistischen Sektors und die Zusammenarbeit mit ausländischen Monopolgruppen stark gefördert wurde."(5o) Richtig ist natürlich, daß die Möglicheiten der Planung durch den Staatssektor verbessert werden; aber es bestreitet auch niemand, daß Planung in Indien die Rolle einer spekulativen Prognose spielt. Die Wendung politischer Gruppen auf eine Einschränkung des Staatssektors hin ist teilweise daraus zu erklären, daß natürlich die Funktion des Staatssektors den sich wandelnden Bedürfnissen und Möglichkeiten des privaten Sektors anpassen muß. Teilweise ist sie aber prinzipieller Natur; die Spaltung des Kongreß an der Frage der Banknationalisierungen kann sich nur auf grundsätzliche Fragen des Herangehens an den Staatssektor bezogen haben. Dem Einzelkapital steht der Staat immer fremd gegenüber. Daß der "linke" Kongreß an diese Schranke weniger gebunden ist, steht im Zusammenhang mit seiner sozialen Demagogie. Er wird unterstützt in dieser Politik durch CPI und SU, deren besondere Rolle als sozialimperialistische Macht sich gerade in dieser Unterstützung zeigt.

Die soziale Demagogie, die die Stärkung des staatlichen Sektors, z.B. auch die Bankennationalisierung begleitet, ändert natürlich nichts am bourgeoisen Klassencharakter dieser Maßnahmen.
Diesen Klassencharakter leugnet der Revisionismus gerade, was dann dazu führt, daß der Staatssektor als "immer objektiv progressiv" und manchmal sogar als "gesellschaftlicher Sektor" bezeichnet wird (51). Zu solcher Metaphysik muß man Zuflucht nehmen, wenn man gezwungen ist, selbst die offensichtlichsten Zeichen für die Rolle des Staates als Ausschuß der Bourgeoisie wegzuleugnen. So stellt sich diese Rolle als "Mißbrauch des Staates dar"; "Monopolvertreter dringen in ihn ein" (52); " der Staatsdienst wird zum Geschäft"(53); " der Eigennutz der Monopole bemächtigt sich des Staates"(54). Angesichts so vieler moralisch verwerflicher Ereignisse bleibt nur noch auf eine Regierung "der gesamtnationalen Interessen" und den "Erfolg der demokratischen Kräfte" zu hoffen. (55)

Diese Illusionen sind Ausdruck des Verzichts der Revisionisten auf die Revolution. Sie drükken damit zunächst die Kapitulation eines Teils der indischen Arbeiterbewegung der CPI und ihr politisches Bündnis mit der Bourgeoisie aus. Diese Spaltung der Klassenbewegung ist Ausdruck ihrer politischen Schwäche, das zeigt sich auch daran, daß die CPI immer noch von einer Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen näher an die Äußerung revolutionärer Parolen herangebracht wird.
Die Erstarkung revisionistischer Positionen in der CPI ist aber nicht möglich gewesen, ohne eine gleichzeitige Entwicklung in der kommunistischen Weltbewegung. Diesen Zusammenhang zeigt die Entscheidung über den Kampf von Telengana, ein wichtiger, wenn auch zunächst noch einzelner Schritt.
In dieser internationalen Entwicklung spielte die KPdSU eine besondere Rolle, zunächst einmal als Partei mit einer ideologischen Führungsrolle.
Zweitens kontrollierte sie die Politik der SU. Die opportunistische KPdSU unter Chruschtschow stellte daher ihr bürgerliches Verständnis der friedlichen Koexistenz als Außenpolitik auch in den Mittelpunkt ihrer internationalen Politik als Partei. Dies beeinflußte wiederum andere Parteien. Die revisionistische Linie trat in Erscheinung als die Erhebung der friedlichen Koexistenz zur Linie kommunistischer Politik überhaupt. In der Diskussion der CPI trat die Frage der friedlichen Außenpolitik des Kongreß in den Vordergrund der Einschätzung dieser Partei.
Drittens war die volle Durchsetzung der revisionistischen Linie in der KPdSU Voraussetzung und Resultat der Restauration des Kapitalismus in der SU. Diese war und wurde zunehmend der weitertreibende Faktor. Aus einer opportunistischen Politik des proletarischen Staates wurde die Außenpolitik eines kapitalistischen Staates, die Ökonomie des Kapitals wurde auch in der Außenpolitik zum entscheidenden Element. In der SU schritt diese Entwicklung zum Sozialimperialismus fort. Die Ergebnisse dessen sollen unten am Beispiel Indiens aufgezeigt werden. Der So-

---

(46) s.o., Kap. 1 Abschnitt 1 bei Fn 27
(47) Klassen und Klassenkampf ..., Bd. 2, S. 60
(48) ebda S. 65
(49) ebda S.64, Bd. 3, S. 215 f
(50) S. 13
(51) S. Fn 49
(52) ebenda Bd. 2, S. 66
(53) S. 67
(54) Faulwetter/Stier S. 212
(55) Klassen und Klassenkampf ..., Bd. 2, S. 61 u. 65

zialimperialismus hat den Revisionismus nicht abgestreift. Ideologische und organisatorische Verbindungen bestehen zu den revisionistischen Parteien, die dadurch einen jeweils unterschiedlichen Doppelcharakter - Repräsentant des Sozialimperialimus und revisionistische Fraktion der einheimischen Arbeiterbewegung - erhalten. Auch haben die ökonomischen Beziehungen des Sozialimperialimus zu schwach entwickelten kapitalistischen Ländern bestimmte Formunterschiede zu denen der imperialistischen Länder. Im Gegensatz zu den imperialistischen Kapitalien hat der Sozialimperialimus seine ökonomischen Beziehungen primär zum staatskapitalistischen Sektor dieser Länder, was die Einheit der revisionistischen Ideologie zumindest oberflächlich wahrt.

II. Die ökonomischen Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion

1. Entwicklung und Bedeutung

Vor 1955 gab es zwischen Indien und der SU nur in geringem Umfang Handelsbeziehungen; der Abschluß des ersten Kreditabkommens mit dem indischen Staat im Februar 1955 kennzeichnet den Beginn eines steilen Anwachsens verschiedener Arten von Beziehungen. Die USA hatten bereits 1951 angefangen, Indien Kredite zu geben; von daher ergibt sich eine relativ geringe Differenz zwischen vereinbarten und abgerufenen Krediten gegenüber der SU.

Tabelle: Summe der Entwicklungskredite zwischen 1951 und Oktober 197o in Mio Rupies

Geber	vereinbart	abgerufen	% der insgesamt abgerufenen Summe
USA	71.84o	67.84o	56,5
Weltbank	17.64o	14.78o	12,3
BRD	1o.o4o	9.o7o	7,6
GB	8.49o	7.15o	6,o
SU	1o.31o	6.7oo	5,6

Hier sind nur die wichtigsten Geberländer der ausländischen Kredite erwähnt, die insgesamt in der Lage sind, ein Fünftel der indischen Investitionen zu finanzieren. (56) Während des dritten Fünfjahresplanes entsprach die Höhe der Kredite der Summe der Importe von Investitionsgüter plus eines Teils der Importe für Konsumimporte. (57)

Die Zahlen der Tabelle umschließen die Kredite für den Kauf von Konsumgütern; auf einer solchen Basis kommt man zu einem Verhältnis der laufenden Kreditvergabe USA:SU von 5 : 1. (58) Rechnet man die Konsumwarenkredite nicht mit, so ist schon bei den bis 1965 eingelaufenen Krediten das Verhältnis etwa 2 : 1. (59). Schließt man dann die Militärkäufe noch ein, so kommt man zu dem Ergebnis, daß ein Fünftel der laufenden Kredite aus der SU kommen (6o). An anderer Stelle wird der Comecon Anteil an den gesamten ausländischen Krediten für die ersten beiden Fünfjahrespläne mit 9 %, für den dritten (1. Hälfte der 6oer) mit 13% angegeben (61).

Bei den Krediten aus der SU handelt es sich ebenso wie bei den meisten anderen um mehr oder weniger versteckte Kredite für Lieferungen aus der SU, schon deshalb weil der Rubel nicht frei konvertierbar ist. Mit einem Rubelkredit kann man nur in der SU kaufen. Die Kredite laufen mit 2 1/2 % Zinsen auf 12 Jahre, wobei der Zinssatz günstiger ist als bei z.B. amerikanischen - insbesondere vor dem Beginn der Kreditbeziehungen zwischen Indien und der SU! -während die Rückzahlungsdaten ungünstiger liegen. Die Kredite der SU gehen zum größten Teil an Industrien im staatskapitalistischen Sektor. Die Regierung der USA, bzw. der US-Kongreß hat es eine Zeit lang abgelehnt, Projekte im öffentlichen Sektor zu fördern. Die Kennedy-Regierung bereitete hier eine Änderung vor, die sich aber erst durchsetzte, nachdem sich Indien im Grenzkonflikt mit der VRCh als treuer Verbündeter erwiesen hatte. So ging der Auftrag für das staatliche Stahlwerk von Bokaro nach langem Zögern der US-Regierung an die SU. (62)
Der Anteil ausländischer Kredite an der Finanzierung des Staatssektors wuchs von 9,6 % im ersten Fünfjahresplan auf 44,9 % im dritten. (63)
Der Anteil der sowjetischen Kredite an der Finanzierung des Staatssektors wuchs von 16 % im zweiten Fünfjahresplan auf 2o % im dritten. (64)
Bis Ende 1968 waren Aufträge für den Bau von 65 Fabriken an die Su gegangen, davon waren bis dahin 38 gebaut (65). Von 38 großen Projekten im Staatssektor führt die SU 25 durch und übernahm dabei 6o % der ausländischen Kreditsumme, die für die 38 Projekte notwendig war. (66)

Zunächst gibt einzelne Fälle der indirekten Zusammenarbeit von Comecon-Staaten mit westlichen Monopolen, vermittelt über den indischen Staat. So baute Rumänien eine Raffinerie in Haldis und gab dafür einen Kredit in Höhe von 15 Mio. $, während französische und italienische Konzerne den notwendigen Rohölkredit über 20 Mio. $ zu-

(56) Zu den Krediten, Gavi, S. 208, vgl. Hindustan Year-Book 1971, Hg: S. Sarkar , Kalkutta, S. 548
(57) Arthur Stein, India and the Soviet Union, Chicago-London 1969, S. 192
(58) Marshall I. Goldman, Soviet Foreign Aid, Praeger, New York 1967, S. 85
(59) USA 2.007 Mio Dollar, Bulletin der Indischen Botschaft, zit. bei Müller, S. 97
(60) Gavi, S. 115, zur Militärhilfe s. Kap. III u. IV
(61) Faulwetter/Stier, S. 118
(62) I.A. Naik, Soviet Policy Towards India, Vikas Publ., Dehli 1970, S. 185
Goldman, S. 91 f, Stein, S. 189
(63) Gavi, S. 108
(64) Müller, S. 98
(65) Hindustan Year-Book, S. 555
(66) Müller S. 98

sagten (67). Zu der sowjetischen Raffinerie in Barauni verlegte ein italienischer Konzern die Pipeline. (68) Direkte Zusammenarbeit mit privaten Konzernen besteht seit 1954. Damals wurde der erste Vertrag der SU mit der Firma Hindustan-Gas aus dem Birlakonzern abgeschlossen. Bis 1964 arbeiteten Comecon-Länder an 38 Projekten zusammen mit indischen Privatkapitalisten. (69)

Relativ stark vertreten sind dabei die in der Zusammenarbeit mit dem Staatssektor schwach vertretenen Länder DDR und Ungarn. Nach Einschätzung der Geber verlieren die meist mittleren Nehmerfirmen dabei ihre Unabhängigkeit nicht, sondern stärken sie sogar. (70) Die SU bedient sich zur Abwicklung ihres Handels mit Indien nicht des staatlichen sondern eines privaten Import-Export-Büros in Dehli. (71) Zudem äußerte der sowjetische Handels-Attaché in Kalkutta die Bereitschaft der SU, auch Grundstoffindustrien im privaten Sektor durch Kredite und technische Zusammenarbeit zu fördern. (72)

Der größte Teil der Staatsprojekte - und damit der größte Teil der sowjetischen Projekte - liegt im Bereich der Schwer- bzw. Grundstoffindustrie. Zudem nimmt Indien unter den Nehmern sowjetischer Kredite eine besondere Stellung ein. So kommt es, daß von den sowjetischen Krediten für die Lieferung von Produktionsgütern 40% nach Indien gehen, von den Krediten für die Lieferung von Maschinen für die Schwerindustrie sogar 45%. (73)

Dieses sind die Projekte und die Kreditsummen, die von der SU vergeben wurden (74): (in Mio. $, bis 1968)

1955	Hüttenwerk Bhilai für 1 Mio. T. Stahl pro J.	137,5
1957	Schwermaschinenfabrik in Rantschi	125,0
	Bergbaumaschinenfabrik in Durgapur	
	Fabrik für optische Gläser	
	Wärmekraftwerk Neyveli bei Madras -250 000 kW	
	Kohlegewinnungs-u. Verarbeitungsanlagen in Korba	
1959	Fabriken für:	20,0
	Antibiotika in Rishikesh	
	sonstige Pharmaca in Haiderabad	
	Chirurgische Instrumente in Nandampakkam	
	Raffinerie in Barauni-Bihar	25,0
1960	Kapazitätserweiterungen in Bhilai, Randschi, Durgapur	375,0
	Wärmekraftwerke in Korba (200 000 kW) und Obra (250 000 kW)	
	Präzisionsgerätefabrik in Kothah/Rajastan	
	Generatorenfabrik in Hardwar	
	Schürfung und Gewinnung von Erdöl und Gas in Cambay und Anklesvar in Gujaratund in Rudrasagar/Assam	
1961	Kraftwerk am Bhakrafluß-480 000kW	125,0
	Raffinerie in Koyali bei Baroda	
	Kohleaufarbeitungsanlage in Kathara	
	Industriekeramikwerk	
	Gewinnung von Erdöl	
1962	Kraftwerk in Patratu- 400 000 kW	
	Kapazitätserweiterung in Neyveli - 400 000 kW	
1965	Hüttenwerk Bokaro - 1,5 Mio T. Stahl pro J.	211,0
1966	Aluminiumwerk Korba	333,3
	Wasserkraftwerk Lower Sileru-200 000 kW	
	Erzmine in Dalli	
	Erweiterung in Neyveli auf 600 000 kW	
	Erweiterung in Bhilai auf 3,5 Mio T. pro J.	
Summe bis 1968 :		1.351,8

So kommt es, daß die von der SU geförderten Projekte von bestimmten Branchen der gesamten indischen Industrie - nicht nur der staatlichen - einen hohen Anteil ausmachen: Eisenschaffende Industrie 30%, Stromerzeugung 20%, Erdölraffinerien 35%, Elektroindustrie 60%, Schwermaschinen 85 %, Erdölsuche und -förderung 80%, Generatorenfabrikation 75%, Kohleverarbeitung 15%. (75) Insbesondere die Ölsuche geht auf sowjetische Initiative zurück. In Verbindung mit dem Bau von Raffinerien wurde die monopolistische Kontrolle eines anglo-amerikanischen Konsortiums durchbrochen. (76) Heute besteht zu etwa 33% Selbstversorgung Indiens mit Erdöl (77).

1960 wurde das erste Vorhaben zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomindustrie veröffentlicht, diese Zusammenarbeit hat jedoch noch keine bedeutenden Ausmaße erreicht. (78)

Indiens Verschuldung ist die höchste in der Welt. Die Angaben für 1970 liegen zwischen 40 Mrd. Rupees (79) und 56 Mrd. Rupees= 7,456 Mrd. $ (80). Von dieser Summe belaufen sich 9/10 auf Devisenschulden. Die jährlichen Abzahlungssummen nehmen zu, 1969/70 waren es 550 Mio $. Das ist mehr als die Hälfte der jährlichen Neuaufnahme an Krediten. 1971 machten die Rückzahlungen mehr als 30% der Exportzahlungen aus. (81)

---

(67) ebenda S. 65
(68) Stein, S. 180
(69) ebenda, S. 176
(70) Müller, S. 93
(71) Gavi, S. 116
(72) Bettelheim, S. 291
(73) Karel Holbik, The United States, the Soviet Union and the Third World, Hamburg 1968, S. 80
(74) Müller, S. 101 ff, s. dort S. 105 einige weitere Energieprojekte; vgl. Stein, S. 173 ff
(75) Nach "Soviet Land" (sowjetische Zeitschrift) zit. bei Gavi, S. 115 f, vgl. "Die Sowjetrevisionisten betreiben in Indien Neokolonialismus" in PR 72, Nr. 4, S. 19
(76) Naik, S. 172 f, Bettelheim, S. 258, Goldman S. 95 ff
(77) Goldman, S. 97
(78) Stein, S. 180 f
(79) Hindustan Year-Book S. 547
(80) Gavi, S. 108 f
(81) ebenda

Der Handel Indiens mit der SU zeigt unter den Handelsbeziehungen Indiens am ehesten einen Bilanzausgleich auf. In der Gesamtsumme des Warenaustauschs liegt die SU mit 10% an dritter Stelle. (82) Unter den Ländern, in die indische Exporte gehen, lag die SU 1968/69 an vierter Stelle hinter USA, GB, Japan, während sie 1969 die zweite Stelle einnahm, knapp vor GB und Japan und mit etwa 2/3 der Summe der Exporte in die USA. (83) Eine besondere Stelle bei den indischen Importen nehmen die Comecon-Länder im Bereich der Maschinen ein: 24,6% der Gesamt-Maschinenimporte. (84)

Aus den aufgeführten Zahlen läßt sich ein ungefähres Bild von der Bedeutung der ökonomischen Beziehungen zwischen Indien und der SU gewinnen; von den Autoren verschiedenster Herkunft wird aber zusätzlich hervorgehoben, daß das Auftreten eines starken Konkurrenten unter den Handels- und Kreditpartnern Indiens unmittelbar und mittelbar eine Verschärfung der Konkurrenz hervorgerufen hat, von der die indische Großbourgeoisie stark profitierte. (85)

2) Der imperialistische Charakter der ökonomischen Beziehungen

Während also das Auftreten der SU die Beziehungen Indiens zu den imperialistischen Mächten veränderte, entwickelten sich gleichzeitig die Beziehungen SU-Indien zu zunehmender Ähnlichkeit mit denen Indiens zu den imperialistischen Mächten.

Daß die sowjetischen Kredite Lieferkredite sind, wurde bereits oben gesagt (68). In einzelnen Fällen ist es dabei zu Schlechtlieferungen gekommen. (87). Die Preisgestaltung gibt große Möglichkeiten zur Realisierung von Gewinnen. Die SU verkauft an Indien zu 20-30% über Weltmarktpreise (88). Ein besonderes Beispiel für solche Preispolitik gibt es aus der Petrochemischen Industrie(89): Standard Oil of New Jersey, Mobil Oil, Texaco, Standard Oil of California (alle USA) und Burmah Shell (GB) beherrschten in einem Konsortium den petrochemischen Markt Indiens und machten dabei Profite zwischen 30 und 50 Prozent. 1960 gelang einem italienischen Konzern und der SU ein Einbruch im Bereich der Versorgung mit Rohöl. Der Bau von Raffinerien im öffentlichen Sektor der indischen Industrie bedeutete die Einschränkung der Stellung des Konsortiums in allen Bereichen des Marktes. Die erste Raffinerie in Gauhati wurde mit rumänischer Hilfe gebaut. Die zweite in Barauni entstand mit sowjetischen Krediten und technischer Ausrüstung mit einer Kapazität von 2 Mio T. pro Jahr und Kosten von 76 Mio $. Die dritte in Koyali kam wiederum aus der SU, hatte eine Kerosinanlage und eigene Energieversorgung bei der selben Kapazität. Inzwischen waren schon weitere konkurrierende Interessenten aufgetaucht. Der Preis der SU für die gesamte Anlage sank auf 60 Mio $. Die SU hatte hier also - solange dies möglich war - einen Gewinnspielraum ausgenutzt. Dann erst zwangen weitere Angebote sie zur Einschränkung des Gewinns. Aufgrund der weiteren Angebote wurde die vierte Raffinerie in Cochin an eine westliche Firma vergeben: Phillips Petrolium of Bartlesville/Oklahoma baute sie mit Kerosin-Anlage und einer Kapazität von 2,5 Mio T. pro J. für einen Preis von 34 Mio $. Der Preis für eine Tonne Raffineriekapazität lag also bei der SU bei mehr als der doppelten Höhe. (90) Gavi geht davon aus, daß der Kauf der Raffinerie in Koyali von der SU erzwungen wurde; eine Behauptung, die angesichts der Preisdifferenzen einsichtig ist, für die aber die Belege fehlen müssen.

Indien kann einen großen Teil der Kredite der SU in Waren zurückzahlen. Rubel und Rupie sind auf dem Weltmarkt nicht frei eintauschbar. Mit Rupien kann die SU nur in Indien kaufen, da aber was sie will; um in Rubel zahlen zu können, muß Indien an die SU verkaufen, was die SU will. Diese Fragen werden meistens in Handelsverträgen festgelegt, in denen sich natürlich der ökonomisch stärkere - hier die SU - durchsetzt. Wenn also mit den Kreditverträgen Handelsverträge abgeschlossen werden, kommt es daher auf fast dasselbe heraus, ob die Kredite in Waren, Rupien oder Rubel zurückzahlbar sind. Welche Waren nämlich zur Zahlung geliefert werden können, bestimmt der Kreditgeber. Für die Waren, die Indien an die SU liefert, gilt mindestens zum Teil, daß sie auch gegen eintauschbare Währungen verkauft werden könnten. (91) So geht der Vorteil verloren, der allgemein den Lieferungen in Waren zugeschrieben wird: daß nämlich so der Mangel an Devisen nicht verstärkt wird. Es gibt einzelne Hinweise darauf, daß die SU solche Waren dann gegen eintauschbare Währungen weiterverkauft und so dem indischen Export Konkurrenz macht. (92)

Die Fabriken, die in Indien mit Krediten der SU gebaut werden, produzieren häufig mehr, als auf dem Markt abgesetzt werden kann. (93) Hier traten die Comecon-Länder als Abnehmer auf den Plan:

(82) Müller, S. 86
(83) India, A Reference Annual 1970, Gov. of India, S. 376
(84) Müller, S. 87
(85) "Hier fiel von Anfang an nicht die absolute Größe ins Gewicht, sondern vielmehr die Tatsache, daß die Brechung eines vorher bestehenden Monopols eine völlig neue Situation auf den Waren- und Kreditmärkten entstehen ließ. Es wuchsen die Möglichkeiten, ökonomisch und politisch vorteilhaftere Bedingungen auch von den imperialistischen Mächten zu erhalten." (Faulwetter/Stier S. 117) - Zur Bedeutung des Staatssektors als Kreditnehmer s.o. I d
(86) oben II 1, vgl. PR 1969, Nr. 29, S. 23 - chinesische Kredite sind zu 89% zinslos, werden zu 7% erlassen und zu 4% mit 2,5% verzinst ("Hilfe von Mao", Die Zeit vom 28.7.72, S. 32)
(87) Goldman, S. 101 - Die VR China nimmt die Waren dann zurück ("Hilfe von Mao")
(88) PR 1972, Nr. 4, S. 19; PR 1969, Nr. 29, S. 23
(89) Angaben aus Dokumenten des indischen Parlaments, zitiert bei Goldman, S. 95 ff
(90) Gavi, S. 116
(91) Stein, S. 189; Goldmann, S. 110
(92) Goldman, S. 110; PR 1972, Nr. 4, S. 19 f
(93) z.B. Ranchi - Goldman S. 94

1968 bis 1970 kaufte die SU 600 000 T. Stahl vom Werk in Bhilai (94); dabei handelte es sich um etwa 1/8 der Soll-Kapazität für diese Zeit. 1971 wurde ein Abkommen über die Lieferung von 150 000 bis 200 000 T. Walzstahl abgeschlossen (95). So kam es auch, daß Indien schon 1965/66 ebensoviel Maschinenbauerzeugnisse in die Comeconländer wie in die entwickelten kapitalitischen Länder exportierte. (96) Die Rücklieferung wird daher in letzter Zeit immer öfter gleich von vorneherein in die Kreditverträge hineingeschrieben (97), so für pharmazeutische und Baumwollfabriken (98). Angesichts der Position der SU als dem Geberland, dem Land in der stärkeren Position, ist hier der Unterschied zur Direktinvestition nur noch einer des Namens. Hier werden mit sowjetischem Kapital indische Rohstoffe und billige Arbeitskräfte angekauft und so Waren für die SU produziert.
Zudem bringt diese Form von Kapitalexport natürlich die selben Widersprüche hervor wie jede Entfaltung des Kapitalismus:
Nach der Fertigstellung des Werks von Bhilai z. B. sollte die Zahl der Arbeiter von 40-45 Tausend auf 7000 reduziert werden. Gegen die drohende Arbeitslosigkeit begannen die Arbeiter am 14. 7. 1964 einen Streik und griffen die Werksleitung, in der Inder und Russen vertreten waren, an: "Wir haben die Fabrik gebaut. Jetzt werft ihr uns raus!" Sie erreichten, daß 1965 noch über 20 000 Arbeiter in Bhilai arbeiteten. (99) Die Sozialimperialisten haben sich unter die Ausbeuter des indischen Volkes eingereiht. Auch die indische Bourgeoisie muß einen Teil ihrer Revenue an sie abtreten.
Der Kapitalexport der SU hat nicht nur den verstärkten Import der SU aus Indien zum Ziel: "Seitens der sozialistischen Länder wurden darüber hinaus die Voraussetzungen für ein gemeinsames Auftreten auf den Märkten dritter Länder geschaffen," sagt ein DDR-Autor. (100) Dabei geht es anscheinend nicht nur um den Export von Konsumgütern, die neueren Verträge sehen vor, daß in gemeinsamem Vorgehen Fabriken in Dritten Ländern aufgebaut werden. (101)
Während wir also oben sahen, daß die SU versucht, durch Preisgestaltung im Austausch mit Indien und Verlagerung der Produktion nach Indien Extraprofite zu erzielen, beobachten wir hier in den Tendenzen zum Vorgehen auf Märkten Dritter Länder, eine Steigerung des ökonomischen Expandierens. Diese Expansion läßt sich nur erklären aus ökonomischen Notwendigkeiten der Sowjetökonomie, also nur als Resultat der Restauration des Kapitalismus in der SU.

Ein Hinweis darauf findet sich auch in einer Stelle bei Faulwetter/Stier: "Die sozialistischen Länder werden vor allem solche Wirtschaftsbeziehungen entwickeln, die auch ihrer eigenen wirtschaftlichen Basis im Kampf gegen Imperialismus und Krieg die notwendige Sicherheit, Stabilität und ein schnelles Wachstumstempo gewährleisten. Je unabhängiger Indien sich gegenüber imperialistischen Plänen verhält, desto günstiger ist das Klima für die volle Ausnutzung aller gegeneitigen ökonomischen Potenzen. Die sozalistischen Staaten haben jedenfalls vielfach bewiesen, daß, sie alles in ihren Kräften tun, um eine unabhängige Entwicklung Indiens zu unterstützen." (103)
Hier wird gerade ausgegangen von ökonomischen Notwendigkeiten, Stabilität und Wachstum, in Comeconländern, die ein höheres Kapitalangebot erzeugen, als Indien aufzunehmen bereit ist.

Die ökonomischen Außenbeziehungen werden in ihrem imperalistischen Charakter weiter verstehbar, wenn sie in den Zusammenhang mit den politischen Außenbeziehungen gestellt werden. Das soll unten in Kapitel III und IV geschehen.

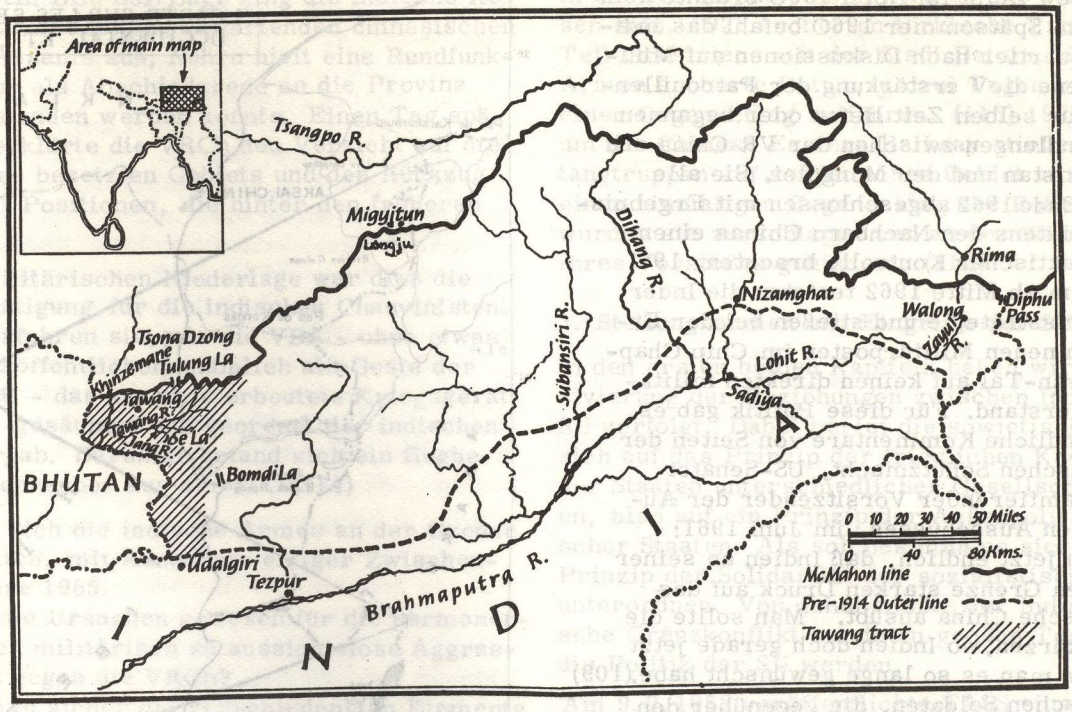
Es ist schwierig, exakt zu bestimmmen, in welchem Umfang die ökonomischen Beziehungen der SU zu Indien Widersprüche mit dem US-Imperialismus hervorrufen. Nehru sprach am 18.8. 1960 von einer hervorragenden Ergänzung der Politik der USA und der SU auf allen Gebieten in Indien. Zweifellos tritt das sowjetische Kapital zunächst zwar in Konkurrenz zum US-amerikanischen, aber verbessert auf der anderen Seite die Bedingungen für die Anlage von amerikanischem Kapital. Auf der politischen Ebene bringt die gemeinsame Wendung gegen die VR China die Notwendigkeit gemeinsamer Politik. Aber mit dem sich verstärkenden Griff der SU nach Rohstoffen und Märkten wird es zunehmend zu Konflikten kommen (104).
Der Kampf um die Einflußsphäre wird sich verschärfen. Die revisionistischen Parteien werden in jeder Phase dieses Kampfes versuchen, ihn als revolutionäre antiimperialistische Bewegung zu interpretieren.

III Die indische Aggression im Himalaya und die Politik der SU

1. Die Entwicklung der indischen Politik (105)

Die indisch-chinesische Grenze besteht aus zwei getrennten Teilen. Der Ostteil zwischen Assam und Tibet ist durch Bhutan und Burma eingegrenzt. Wie sich aus alten Karten ergibt, ist die klassische Grenze British-Indiens in diesem Gebiet die Grenze zwischen Ebene und Himalaya. 1914 wurde sie in einer Abmachung zwischen den Briten und den Tibetischen Lokalbehörden, formal also in etwas Geringerem als

(94) Naik, S. 181 f; Müller, S. 89; PR 1972, Nr. 4, S. 19 f
(95) PR ebenda
(96) Müller, S. 90
(97) Gavi, S. 116
(98) PR ebenda
(99) Goldman, S. 89
(100) Faulwetter/Stier, S. 121
(101) Gavi, S. 116
(102) entfällt
(103) S. 207
(104) Gavi, S. 357
(105) Dieser Abschnitt folgt weitgehend den Ausführungen von Neville Maxwell, India's China War, London 1970. Seitenangaben sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nur an wichti- →



einem ungleichen Vertrag, 100 - 170 km ins Landesinnere verlegt zur sogenannten McMahon-Linie. Karten der indischen Union bezeichneten bis 1954 die Grenze als ungeklärt, erst dann wurde die Mc Mahon-Linie beansprucht. Das Land wurde unter Verwaltung genommen. Militärposten wurden errichtet. Es wurde versucht die Grenze exakt zu bestimmen.

Das West- und Zentralgebiet zwischen den nördlichen Provinzen Indiens, dem indisch--kontrollierten Teil Kaschmirs und Sinkiang und Tibet ist von Nepal und Pakistan eingegrenzt. Bis 1954 bezeichnete Indien die Grenze hier als ungeklärt und erhob dann Anspruch auf das in China liegende Aksai-Chin-Gebiet. Diese Ansprüche Indiens haben ihre einzige Begründung in einigen heiligen Schriften des Hinduismus. 1952 und 11954 führten die Inder Patrouillien in das beanspruchte Gebiet auf, die aber nicht einmal in den Teil Aksai-Chins führeten, in dem dann die Straße von Sinkiang nach Lhasa entstand, über die Nheru sich später so ent rüstete. Im September 1954 fixierte ein Kabinettsausschuß die Gebietsforderungen und beschloß weitere Patrouillien.

Tschou-En-lai besuchte Nheru in Delhi 1956 zu einer Zeit, als freundliche Be-ziehungen zwischen beiden Regierungen bestanden. Tschou--En-lai brachte dabei die Mc Mahon-Linie auf die Tagesordnung (106) und äußerte dabei schon die Position, die immer die der VR China geblieben ist: Verhandlungen sind notwendig, denn die VR China kann die ungleichen Verträge und ähnliche Abmachungen , die als Ausdruck der semikolonialen Rolle des alten China zustandekamen, nicht akzeptieren. Insbesondere widersetzt sich die VR China einer einseitigen Festlegung der Grenzen durch den jetzigen Nachbarn. Bei den Verhandlungen für ein neues Abkommen ist die VR China bereit, die Resultate der historischen Entwicklung durch die faktische Kontrolle zu berücksichtigen. Die Frage wurde aber in New Dehli nicht weiter verfolgt.

1959 sollten indische Grenztruppen die Gebietsansprüche geltendmachen. Dabei hielten sie sich an die für die Mc Mahon-Linie kennzeichnende Wasserscheide und zwar auch an einer Stelle, wo die McMahon-Linie mit Rücksicht auf eine tibetanische Pilgerstätte südlich der Wasserscheide geblieben war. Bei dieser Überschreitung der McMahon -Linie kam es am 25. 8. zum Zwischenfall von Longju (107), bei dem indische Soldaten getötet wurden. Im Westbereich kam es am 21. 10. zu einem ähnlichen Zwischenfall am Kongka--Pass, als indische Truppen von hier aus zum Lanak-Pass vorstoßen wollten. Während die chinesische Regierung eine Reihe von Gesprächsangeboten machte, z. B. in einem Brief des Außenministeriums vom 25. 12. 1959, entstanden in New Delhi die ersten Pläne für eine militärische Vorwärtsstrategie. US-Senator Wiley Smith vom Außenpolitischen Ausschuß kommentierte die Entwicklung so: "Vom Standpunkt der USA ist es ein gutes Zeichen, daß die indische Regierung mehr und mehr beunruhigt ist über chinesische Operationen an der Grenze und Chinas schnelleres industrielles Wachstum" (108). Tschou En-lais..

→

geren Stellen. Maxwell, Australier, war z. Z. des Himalaya-Krieges Korrespondent der London Times in Dehli. Er hat die erreichbare Literatur zu den Geschehnissen, insbesondere die kontroverse Memoirenliteratur verarbeitet und sich zudem - wahrscheinlich über Bestechung -aus vertraulichen Protokollen informiert. Für seine Glaubwürdigkeit auch Stein, S. 144.

(106) S. 92 f

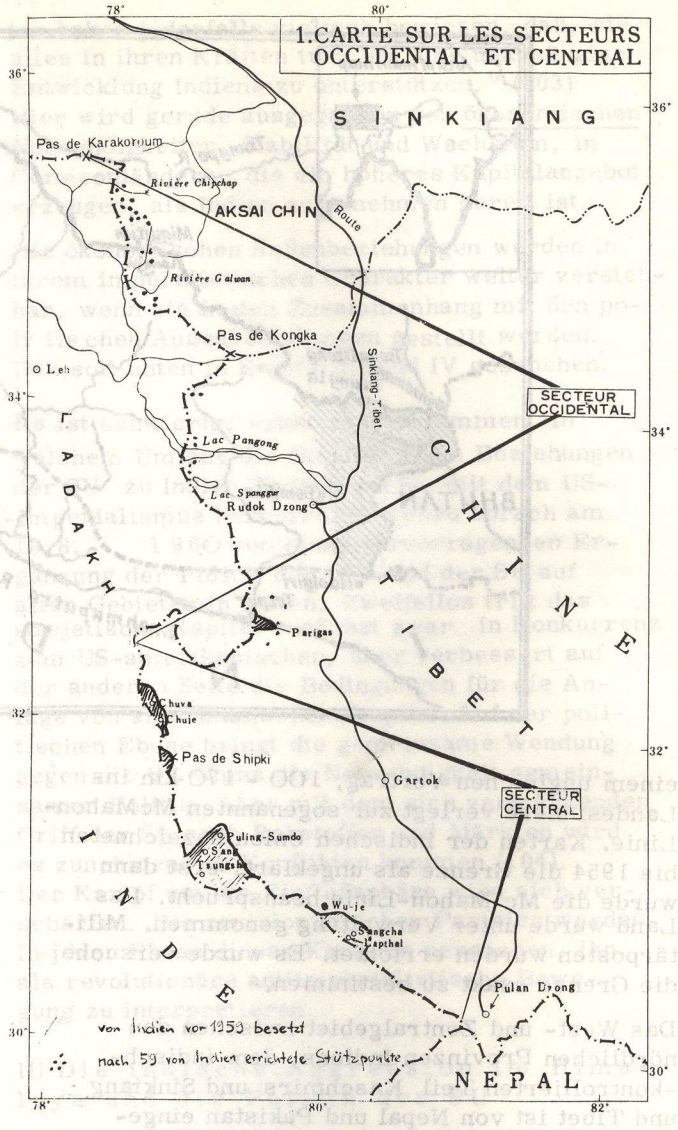
(107) S. 108 f.

(108) S. 146

Besuch in New Delhi im April 1960 brachte kein Ergebnis. Im Spätsommer 1960 befahl das indische Hauptquartier nach Diskussionen auf Ministeriumsebene die Verstärkung der Patrouillentätigkeit. Zur selben Zeit liefen oder begannen Grenzverhandlungen zwischen der VR China und Burma, Pakistan und der Mongolei. Sie alle wurden bis Ende 1962 abgeschlossen mit Ergebnissen, die meistens den Nachbarn Chinas einen Gewinn an faktischer Kontrolle brachten. 1961 und vor allem ab Mitte 1962 testeten die Inder ihre Vorwärtsstrategie und stießen bei der Errichtung von neuen Militärposten im Chip Chap- und im Galwan-Tal auf keinen direkten militärischen Widerstand. Für diese Politik gab es wieder freundliche Kommentare von Seiten der imperialistischen Schutzmacht, US-Senator Sparkman, amtierender Vorsitzender der Außenpolitischen Ausschusses, im Juni 1961: "Wir wissen jetzt endlich, daß Indien an seiner nordöstlichen Grenze starken Druck auf das kommunistische China ausübt." Man sollte die Hilfe nicht kürzen, wo Indien doch gerade jetzt handele, wie man es so lange gewünscht habe.(109) Die chinesischen Soldaten, die gegenüber den neuen indischen Posten Stellung bezogen, verhielten sich den indischen Soldaten gegenüber freundlich. Sie machten den Standpunkt der chinesischen Regierung klar und wiesen vor Allem gegenüber den von der nepalesischen Regierung gemieteten Gurka-Truppen darauf hin, daß sie als Soldaten für Indien den Interessen ihres eigenen Volkes zuwiderhandelten. Die Chinesen versorgten die Inder mit Tabak, der diesen wegen des schlechten indischen Nachschubs fehlte, und informierten sie im voraus über Maßnahmen, die die Inder hätten beunruhigen können.

Als die indischen Truppen dann aber Befehl erhielten, die Umgebung ihrer neuen Posten mit Waffengewalt freizuhalten, begannen sie im Chip Chap-Tal im September 1962 eine Schiesserei (110).

Im Ostteil des Grenzgebiets ist die Mac Mahon--Linie an der Grenze zu Bhutan nur auf einen Breitengrad festgelegt. Die indische Regierung hatte jedoch beschlossen, das gesamte Tal des von Norden schräg auf diesen Breitengrad zufließenden Kechilangflusses (ind: NamkaChu) bis zur nördlichen Wasserscheide als indisches Gebiet anzusehen. (111) Auf Beschluß einer Versammlung im Verteidigungsministerium vom 9. 9. 1962 entstanden in Che Dong (ind: Dhola) und Khinzemane indische Posten nördlich der Mac Mahon-Linie. Nachdem es dort am 20. 9. und am 10. 10. zu kleineren Zwischenfällen gekommen war, äußerte die indische Regierung jeweils ihre Entschlossenheit, "die Chinesen aus dem Land zu jagen". Am 19. 10. 1972 stieß eine indische Militäreinheit entlang dem Kechilang auf eine nördlichere Position vor. Am Morgen des 20. 10. antwortete die Volksbefreiungsarmee mit einem Gegenangriff, der innerhalb weniger Tage an allen Punkten der Grenze die Inder aus den Positionen vertrieb, die sie seit 1959 neu besetzt hatten. (112) Die indische Regierung



begriff immer noch nicht, daß sie die militärische Stärke der indischen Armee von Anfang an überschätzt hatte. Schon in technischer Hinsicht waren die indischen Truppen weit unterlegen, d.h. in Bezug auf Truppenstärke, Bewaffnung, Bekleidung, Nachschub, Höhenanpassung u. s. w..

Am 14. 11. - zu Nehrus Geburtstag, startete die indische Armee einen Gegenangriff. Er wurde zurückgeschlagen. Die VBA hatte bereits das chinesische mit dem indischen Straßennetz verbunden und stand eine Woche später an den alten Grenzen Britisch-Indiens. (113)

Buchstäblich zu ihren Füßen lag die Provinz Assam, dort waren die indischen Behörden bereits evakuiert, die indischen Truppen aufgelöst. Assam ist von Burma und Pakistan umgeben und nur durch einen schmalen Streifen mit dem Rest Indiens verbunden. Es gibt dort eine kommunistische Bewegung und in diesem Gebiet kämpfen die Völker der Nagas und Mizos um ihre Freiheit von der indischen Unterdrückung.

(109) S. 248
(110) S. 252
(111) S. 302
(112) S. 356
(113) S. 393

Gemäß diesem Bild der Lage ging die indische Regierung nun von einer zu erwartenden chinesischen Besetzung Assams aus; Nehru hielt eine Rundfunkrede, die nur als Abschiedsrede an die Provinz Assam verstanden werden konnte. Einen Tag später jedoch erklärte die VRCh den Verzicht auf die Kontrolle des besetzten Gebiets und den Rückzug der VBA auf Positionen, die hinter den früheren lagen.

Nach der militärischen Niederlage war dies die zweite Demütigung für die indischen Chauvinisten. Die dritte erfuhren sie, als die VBA - ohne etwas davon zu veröffentlichen, nämlich als Geste der Freundschaft - das gesamte erbeutete Kriegsgerät gesammelt, gesäubert und geordnet der indischen Armee übergab. Darunter befand sich ein flugbereiter Hubschrauber aus der SU. (114)

Seitdem hat sich die indische Armee an der Grenze zurückgehalten, mit Ausnahme einiger Zwischenfälle im Jahre 1965.
Was waren die Ursachen gewesen für die permanente, aber doch militärisch so aussichtslose Aggression Indiens gegen die VRCh?
Dabei kommen sicher die verschiedensten Elemente zusammen, die auch in den Köpfen der einzelnen Agenten, die diese Aggression betrieben, unterschiedlich kombiniert waren. Zunächst war da der Aufstand der "Kampha-Rebellen" in Tibet: Die KPCh hatte nicht versucht, die Schwäche der antifeudalen Bewegung in Tibet durch ein administratives bzw. militärisches Eingreifen der Zentralregierung zu kompensieren. Erst der Versuch der Feudal- und Priesterkaste, Tibet 1959 zu sezessionieren, wurde durch Truppen niedergeschlagen.

Wenn Indien schon nicht in der Lage war, zu Gunsten der Konterrevolution voll einzugreifen, so lag doch der Versuch nahe, diese Kräfte durch einen Grenzkonflikt zu ermuntern und so die Beseitigung des Feudalismus in Tibet zu verhindern.
In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Straße von Bedeutung, die Sinkiang und Tibet verbindet, also zwei Provinzen, in denen konterrevolutionäre Bürgerkriegsbewegungen noch Hoffnungen auf Erfolg hegten, und die durch das von Indien beanspruchte Gebiet führt. Wie auch die oben aufgeführten Zitate zeigen, liegt eine Aggression gegen China im Interesse der USA und ihrer unmittelbaren Repräsentanten in Indien. Darüberhinaus war dieser Krieg - wie jeder andere - auch ein Versuch, auf der ideologischen Ebene durch chauvinistische Propaganda den Klassenkampf im kriegführenden Land selbst verschärft zu führen. Dieser indischen Aggression gegenüber hat die VRCh sich sehr lange zurückhaltend verhalten. Diese Zurückhaltung wurde von den indischen Reaktionären als Schwäche ausgelegt, - die chinesischen Verhandlungsangebote wiesen sie zurück. Den Gegenschlag versuchte die Regierung der VRCh so begrenzt wie möglich zu halten.
Zu der Art des chinesichen Vorgehens hat es Äußerungen gegeben, die es als einmalig ansahen, daß ein Land auf die Ausnutzung eines militärischen Sieges verzichtete. Aber als Konsequenz aus der marxistisch-leninistischen Theorie, die besagt, daß die Geschichte von den Massen gemacht wird, war dieses Vorgehen weder das erste derartige in der Geschichte, noch wird es das letzte gewesen sein. 1921 eroberten türkische Truppen einen Teil Grusiniens mit der Stadt Batum, die Rote Armee eroberte Batum in drei Tagen zurück, ohne einen Gegenschlag zu führen. (115) 1929 im Streit um die Chinese Eastern Railway stießen Kuomintangtruppen auf sowjetisches Gebiet vor. Durch einen einmaligen Gegenschlag der Roten Armee wurden sie zerschlagen und an der Wiederholung ihres Vorstoßes gehindert. (116)

2. Stellungnahmen und Eingriffe der SU

In den ersten beiden Kapiteln haben wir die Intensivierung der Beziehungen zwischen Indien und der SU verfolgt. Dabei berief die sowjetische Regierung sich auf das Prinzip der friedlichen Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung en, also auf ein Prinzip der Außenpolitik sozialisti. scher Staaten. Als solches muß es sich aber dem Prinzip der Solidarität der sozialistischen Länder unterordnen. Von daher mußte der indisch-chinesische Grenzkonflikt zu einem großen Testfall für die Politik der SU werden.

Am 9.9.1959 veröffentlichte TASS eine Stellungnahme zum Zwischenfall von Longju vom 25.8., darin wurde der Zwischenfall als "bedauerlich" bezeichnet, insbesondere da sich eine Zusammenarbeit UdSSR - Indien auf der Grundlage der Idee der friedlichen Koexistenz entwickelte. Weiter war von geistigen Hintermännern des Zwischenfalls die Rede, die versuchten, diese Idee herabzuwürdigen.
TASS stellte damit beide Staaten gleich und verzichtete darauf, Indien als Aggressor zu bezeichnen, obwohl die chinesischeBotschaft in Moskau mehrfach gebeten hatte, die Erklärung nicht zu veröffentlichen und bereits vor der Veröffentlichung eine klärende Stellungnahme überreicht hatte. (117)

Nach dem Kongka-Pass-Zwischenfall erhob Chruschtschow am 30.10.59 im Obersten Sowjet schwere Vorwürfe gegen die VRCh. (118) Auf dem Parteikongreß der rumänischen KP in Bukarest am 22.6.60 nahm die Schärfe seiner Angriffe nochmals zu. (119) Es waren Angriffe, die noch heute von den Führern der SU geäußert werden: Indien sei schwächer, es seien Inder getötet worden, also müsse China angegriffen haben. Dabei mußte auch ihm klar gewesen sein, daß die Inder hier, in der für Reaktionäre typischen Art, ihre eigenen Kräfte überschätzten. (120) Außerdem, sagte Chruschtschow, habe China eine Stärkung der reak-

(114) S. 428
(115) Redaktion der "Renmin Ribao" , Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben, Peking 1963, S. 19 (zitiert:Die Wahrheit darüber...)
(116) Maxwell, S. 287 f, zit. "Volkszeitung" vom 27.10.1962
(117) Stein, S. 116, Die Wahrheit darüber ..., S. 4
(118) Stein, S. 118
(119) ebenda S. 140; Maxwell, S. 279; Die Wahrheit darüber ..., S. 7
(120) Die Wahrheit darüber ..., S. 15

tionären Kräfte in Indien und so die Absetzung der kommunistischen Regierung in Kerala provoziert. Dabei übersah er die zeitliche Abfolge der Ereignisse, im Juli war die Regierung nach einer längeren Kampagne abgesetzt worden und im September kam der Zwischenfall an die Öffentlichkeit. (121)

Wie die im letzten Kapitel aufgeführten Aussagen amerikanischer Senatoren zeigen, haben die USA es sich leisten können, sich gegenüber den indischen Lügen zurückhaltender zu verhalten. " Die USA-Imperialisten wissen ganz genau, daß die indischen Reaktionäre allerlei fantastische Gerüchte, daß China eine "Invasion" in Indien vorbereite, in Umlauf setzen, um von den USA Geld zu erbetteln. Daher nehmen die USA-Imperialisten solchen Gerüchten gegenüber oft eine abwartende und reservierte Haltung ein. Die Führer der Sowjetunion jedoch scheuen keine Mühe, um die Nehru-Regierung bei der Erfindung der verschiedensten Gerüchte zu unterstützen und miteinzustimmen. "(122)
Heute gehen die Sozialimperialisten sogar von expansionistischen Provokationen der VRCh aus: "Diese historische Großmachtkonzeption fand ihren direkten Niederschlag in der praktischen Politik, die der VRCh durch die kleinbürgerlich-chauvinistische Gruppe Mao Tse-tungs aufgezwungen wurde. In der VRCh werden in Massenauflagen Landkarten herausgegeben, auf denen große Teile der Territorien benachbarter Staaten und ganze Länder (Kambodscha, Laos, Burma, Nepal und andere) als Staatsgebiet Chinas angesehen werden, daß ihm in verschiedenen Zeiten von den imperialistischen Mächten `gewaltsam entrissen´worden sei". (123) Wie schon früher die indischen Reaktionäre, müssen jetzt die SU-Führer zu den gröbsten Lügen über die Grenzfragen Zuflucht nehmen, wenn sie für ihre provokatorische Politik Sympathien suchen.

Das Bündnis der Führer der SU mit den indischen Aggressoren war mit den ersten Zwischenfällen schon zu Tage getreten. Der Ausbau dieses Bündnisses ging sofort weiter. Im Herbst 1960 begannen unter zaghaftem Protest der USA Rüstungsverhandlungen zwischen Indien und der SU. (124) Daraufhin wurden 1961 geliefert: 8 Antonow (AN) - 12 Turboprop-Transportflugzeuge, die laut indischen Aussagen besonders billig waren, 24 zweimotorige IL-Maschinen, 14 Kolbenmotor-Transportflugzeuge, 10 MI-4 ("hound") Hubschrauber mit Turbinen antrieb. (125) Im Januar 1962 kamen weitere 8 AN-12 und 16 MI-4 hinzu (126) . Die Maschinen wurden zuerst von sowjetischen Piloten geflogen (127) . Das Gerät wurde von indischer Seite explizit für den Einsatz gegen China gekauft und so ausgesucht (128). Angesichts der schwierigen indischen Nachschubwege im Himalaya waren die Flugzeuge von zentraler Bedeutung für die Vorwärts-Strategie. Seit Herbst 1960 wurden auch Verhandlungen über den Kauf von Flugzeugteilen geführt, so kam es zunächst zur Lieferung von 2 MiG-21 Staffeln im Oktober 1962. 1962 wurde aber auch der Bau einer Reihe von Fabriken in Indien für die Herstellung von MiG-21 vereinbart, solche Fabriken gibt es sonst nur in der SU. Die USA protestierten, worauf die indische Regierung darauf hinwies, daß die MiGs nur gegen die VRCh eingesetzt werden sollten (129). Unmittelbar nach dem Grenzkonflikt wurden im Dezember 1962 die Standorte für die MiG-Fabriken ausgesucht.
Dabei hatten sich die Stellungnahmen während des Konfliktes eine Zeitlang anders angehört. Am 8.10. informierte die chinesische Botschaft die sowjetische Regierung über die indischen Angriffsvorbereitungen und darüber, daß die VBA-Soldaten über Beobachtung sowjetischer Hubschrauber bei den indischen Truppen verwirrt seien. Am 13. und 14.10. erklärte Chruschtschow, er habe dieselben Informationen. Wenn die SU jetzt neutral bliebe, wäre das Verrat. (130) Nach dem Gegenschlag der VBA schrieb die Prawda am 25.10., die VRCh habe die berüchtigte McMahonlinie nie anerkannt, die konstruktive Lösung des Konfliktes sei in den Verhandlungsangebot der chinesischen Regierung zu sehen; diese Position bedeutete auch eine Kritik an der rechten CPI-Führung.

Wie ist diese Stellungnahme zu erklären? In diesen Tagen stand die SU gerade in einem Konflikt mit den USA, in dem sie die Unterstützung der VRCh zu brauchen schien: die mit Raketen beladenen sowjetischen Schiffe fuhren zu dieser Zeit noch auf die Blokade der US-Navy um Kuba zu. Im Moment des Konfliktes mit den USA mußten die Führer der SU also noch darauf verzichten, sich zur Vergrößerung ihres Einflusses in Indien gegen die VRCh zu wenden.
Aber die Schiffe drehten sehr bald ab und am 5.11. konnte die Prawda wieder in die bereits gewohnte "neutrale"Sprache über den Himalayakrieg zurückfallen: Das Blutvergießen müsse endlich aufhören (131)
So verstehen die Sozialimperialisten heute die Zusammenhänge:
" Nach 1959 setzten sie (die Chinesen, d. V.) die feindselige Politik gegenüber dem Neutralitätskurs Indiens fort. 1962 wurde in einer Situation der Verschärfung der internationalen Spannungen im Zusammenhang mit der Krise im karibischen Raum aus Peking erneut das Kommando zur Wiederaufnahme der militärischen Operationen an der chinesischen Grenze gegeben. Zu diesem Zweck nutzten die Pekinger Führer als Vorwand die provokatorische Politik der Rechtskräfte in Indien und militärische Demonstrationen der indischen Armee an der Grenze aus.... Mao Tse-tung und seine Anhänger versuchten ohne über die materiellen, moralischen und politischen Möglichkeiten zu verfügen, mit ihrer abenteuerlichen Politik in der ihnen genehmen Richtung auf die Weltlage einzuwirken, insbesondere auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA.

(121) M. Ram, S. 82
(122) Die Wahrheit darüber ..., S. 27 f
(123) Die Außenpolitik ..., S. 64
(124) Maxwell, S. 285; Stein, S. 204
(125) Stein, S. 204 zit. "The Hindu" 10.4.61; Goldman, S. 104
(126) Goldman, S. 104
(127) Maxwell, S. 285
(128) Stein, S. 204
(129) Goldman, S. 104
(130) Die Wahrheit darüber ..., S. 7
(131) Zu der gesamten Entwicklung: Naik, S. 154 f

Durch die künstliche Schaffung von Spannungsherden, die von Peking aus kontrolliert wurden, wollten sie die außenpolitische Tätigkeit der gesamten sozialistischen Gemeinschaft unter ihre Kontrolle stellen." (132)

Früher hatten die Revisionisten noch schamhaft in den Vordergrund gestellt, daß es darum ginge, Indiens Neutralität zu erhalten. (133) Jetzt sagen sie schon recht offen, daß Neutralität bei ihnen nur eine zwischen der SU und der USA ist, daß ein "neutrales" Land die VRCh ruhig angreifen kann, daß es ihnen in Wirklichkeit nur um eine ungestörte Kumpanei mit den USA ging, und daß sie sich einen Einfluß in Indien erhalten wollten, was ihnen wiederum nur in Kumpanei mit den USA möglich war.

Die Kongreßregierung hatte das richtig eingeschätzt; so sagte ein Sprecher im Parlament, daß die Blockfreiheit ein hervorragendes Mittel gewesen sei, um die VRCh zu isolieren. (134)

Das Bündnis der Sozialimperialisten mit Indien war also anfangs der 60er Jahre schon ein Bündnis gegen die VRCh. Diese Stoßrichtung gegen die VRCh deckt den imperialistischen Charakter des Bündnisses auf. Handel und Kreditbeziehungen zwischen Indien und der SU bilden die ökonomische Grundlage dieses Bündnisses. Indien ist dabei der schwächere Partner, es spielt die Rolle einer Einflußzone.

IV Die Eroberung Ostpakistans durch Indien

Im Dezember 1971 besetzten indische Truppen Ostpakistan. Die Ausbeutung Ostpakistans durch die westpakistanische Bourgeoisie war beseitigt, die Eingliederung in die indische Wirtschaft trat an ihre Stelle. Das Volk von Ostbengalen hat nichts gewonnen. (135)
Was waren die Voraussetzungen dafür, daß Indien diesen Schritt tun konnte?

Nach dem Kaschmirkrieg von 1965 verhängten die USA ein Waffenembargo über Indien und Pakistan und lieferten von da an nur noch Ersatzteile und Munition bzw. nach Pakistan auf Umwegen auch noch Ersatz für ausgefallene Flugzeuge älteren Typs. Im Gegensatz dazu verstärkte sich der Waffenhandel zwischen der SU und Indien beträchtlich. Zwischen Oktober 1962 und September 1964 gab die SU Indien Kredite für Waffenkäufe in Höhe von 270 Mio $, darin ist die Lieferung von 38 MiG-21 eingeschlossen. (136)
Eine MiG-21 kostet mit Ausrüstung und Munition etwa 600 000 $. (137) 1963 begann in Orissa, Maharashtra und Haiderabad der Bau der Fabriken für Motoren, Rahmen und Bewaffnung der MiG-21; die Produktion lief 1968 bzw. 1969 an. (138) Es folgte im November 1965 die Lieferung von zwei Staffeln SU-7 Jagdbombern mit Wartungsanlagen. (139)
Die Gesamtsumme der Lieferungen hatte 1968 erreicht: 60 MiG-21, 12 Il-14, 22 AN-12, 60 MI-4 Hubschrauber, 2 U-Boote, 3 Zerstörer. (140)
68/69 nahmen die Lieferungen stark zu: Die neue Ausrüstung der indischen Artillerie mit 350 10-cm- und 140 13-cm-Kanonen, 600 SAM-2 Boden-Luft-Raketen, 200 K-13 Boden-Luft-Raketen, 400 T-54 Panzer, 14 P-30 Radareinheiten, 104 MI-4 Hubschrauber, 200 Transportflugzeuge, 7 Zerstörer, 4 Landungsboote, 12 Schnellboote. (141)
1970/71 kamen 2 U-Boote und 4 Zerstörer hinzu. (142) Laut Peking Rundschau kommen 80% der Bewaffnung der indischen Armee aus der SU. (143)
Dem wertmäßigen Anteil nach kamen von den neuen Waffensystemen, die seit 1965 nach ganz Südasien geliefert wurden, 0,5% aus den USA, 67,5% aus der SU. (144)

Die Vergrößerung der Waffenlieferungen an Indien liefen parallel zu der Verschärfung der Aggressivitäten gegen die VRCh. Indien und die SU sind die einzigen Länder, die sich weigerten, einen Grenzvertrag mit der VRCh abzuschließen, beide halten an den ungleichen Verträgen fest.

Am 2.3.1969 provozierten sowjetische Grenztruppen den Grenzzwischenfall von Dschenbao, während gleichzeitig in New Delhi der sowjetische Verteidigungsminister Gretschko mit indischen Militärs die Lage im Gebiet von Dschenbao besprach. (145)
Am 29.5.69 griff die Iswestja China als den Unruhestifter in Asien an und forderte in diesem Zusammenhang ein "System der kollektiven Sicherheit in Asien" (146) Am 7.6.69 machte Breschnew selbst diesen Vorschlag. (147) Am 8.7.69 provozierte die SU den Zwischenfall von Batscha.

Bei den asiatischen Staaten fand der Vorschlag der SU wenig Resonanz, nur aus den USA wurde freundliches Interesse berichtet. (148)

Das änderte sich 1971, nachdem die pakistanische Armee zuerst die Durchsetzung der Ergebnisse der Wahlen und dann die Sezession Ostpakistans verhinderte.
Die pakistanische Ökonomie war stark geschwächt. 9 Mio Flüchtlinge - meist Hindus - kamen in den Ostteil Indiens. Ihre Anwesenheit erforderte von der indischen Regierung hohe Ausgaben, wenn auch davon nichts bei den Flüchtlingen landete. Westbengalen war seit der Teilung 1947 nicht aus der Krise herausgekommen, nachdem die ostbengalischen Juteanbaugebiete von den Verarbeitungsanlagen im Westen abgeschnitten waren. In den letzten zwei Jahren hatte sich die Krise zugespitzt: 55% der kleinen Industriebetriebe hatte schließen müssen, insgesamt schlossen 201 Fabriken mit 300000

(132) Die Außenpolitik ..., S. 39
(133) s. Die Wahrheit darüber ..., S. 30
(134) M.C. Chagla, zit. bei Stein, S. 162
(135) vgl. auch Spiegel 38/72, S. 116
(136) Goldman, S. 105
(137) Gerd Linde, Bangla Desh, Kohlhammer Stuttgart 1972, S. 81
(138) Stein, S. 204
(139) Linde, S. 32
(140) Military Balance 67/68, London 1968, S. 42, zit. bei Linde S. 38
(141) Military Balance 69/70, S. 43 zit ebenda
(142) Linde, S. 39
(143) PR 72, Nr. 2, S. 19
(144) Linde, S. 111
(145) PR 69, Nr. 12, S. 29
(146) PR 69, Nr. 27, S. 19
(147) Linde, S. 42; PR 69. Nr. 27. S. 19
(148) AP 18.6.69, zit. bei PR ebenda

Arbeitern. (149) In Westbengalen gibt es eine starke revolutionäre Bewegung, die verschiedene Organisationen hervorbrachte und auch die CPI(M) noch teilweise vor dem völligen Absinken in eine Praxis der Klassenkollaboration bewahrte. (150)

Für Indien war die Zeit für einen militärischen Schlag gekommen, um die Lage i m gesamten Osten Südasiens zu stabilisieren. Für ein entsprechendes militärisches Vorgehen brauchte die indische Regierung Rückendeckung. (151)

Die SU auf der anderen Seite sah nicht mehr,-wie noch 1969-die Möglichkeit und Notwendigkeit, mehrere südasiatische Staaten unter ihren Einfluß zu bringen; sie konnte sich auf der Seite Indiens festlegen. Die dazugehörende Interpretation lautete: Die VRCh mischt sich in Pakistan ein, um Indien einzukreisen. (152)

So wurde am 9.8.1971 in New Delhi von Gromyko und Swaran Singh der "indisch-sowjetische Vertrag über Frieden ,Freundschaft und Zusammenarbeit" unterzeichnet. Neben einer Konsultationspflicht für den Fall eines drohenden Angriffs enthält Artikel IX den Satz: "Jede der hohen vertragsschließenden Seiten verpflichtet sich, sich jeglicher Hilfe für eine an einem bewaffneten Konflikt mit der anderen Seite beteiligten dritten Seite zu enthalten." Dieser Satz kann sich nur auf das Verhältnis der SU zu Pakistan und zur VRCh beziehen.

Die Erwägungen über ein möglicherweise notwendiges Eingreifen Indiens hatten darauf beruht, daß die Mukti Fauj, von Indien unterhaltene Bengalentruppe, nicht in der Lage waren, sich in Ostbengalen durchzusetzen. Diese Annahme erwies sich zunehmend als richtig. Der Zeitplan für ein Vorgehen Indiens stand fest: Es mußte vor der Rückkehr Pakistans zur Konstitution liegen, nach dem Ende der Regenzeit und nach der Schließung der Grenzpässe im Himalaya durch Schnee, da so erst bestimmte Truppeneinheiten frei wurden.

Ende September war Indira Gandhi in Moskau und der zweite Außenminister N. Firjubin zu Rüstungsverhandlungen in New Delhi. Gleichzeitig hielt Verteidigungsminister Jagjivan Ram in Srinagar - der Hauptstadt des besetzten Kaschmir - und New Delhi Reden, in denen er Eroberungen ankündigte, bei denen keine Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung der eroberten Gebiete genommen würde. Anfang November kam der sowjetische Luftwaffenchef P. S. Kutachov nach New Delhi, kurz danach wurden neue Flugzeugteile eingeflogen. (153)

Am 4.12. begann die militärische Auseinandersetzung, am 16.12. ergaben sich die pakistanischen Truppen. Die indischen Truppen verließen Ostbengalen offiziell am 12.3.72. Ihre weitere Anwesenheit bei Chittagong zur Jagd auf aufständische Mizos zeigt aber, daß ihre Abwesenheit die "Sicherheit" Ostbengalens zur Bedingung hat. (154)

Das Vorgehen Indiens war nur möglich mit der Unterstützung durch die SU, die als Schutzmacht Indiens teilweise die Rolle der USA übernommen hat. Gegenüber dem früheren Auftreten der SU im indisch-chinesischen Grenzkonflikt zeigt ihr Auftreten in der Ostbengalenfrage, daß die SU nicht mehr bloß um einen Ansatz von Einfluß in Südasien kämpft, sondern aktiv an der Ausgestaltung ihres Einflußgebietes sich beteiligt.

B. N.

ROTE ROBE

Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Nr. 4/72

1.50 DM

INHALT

BEITRÄGE

Mietkauf/Wohnkauf
Die Wohnungsfrage bleibt ungelöst
Konzertierte Aktion -
Lohnpolitisches Instrument des Kapitals, Teil II
Wehrkraft durch Wehrkunde

NOTIZEN

Fall Topp - Die Unruhe wird weitergehen
Aus dem Kabinett des Dr. Knoblich (Lang/Schily)
Gegen Linke darf gehetzt werden
Verbot der Gewerbeausübung durch Fremdarbeiter

PROZESSE

Terrorurteil gegen Hoppe

DOKUMENTATION

Berufsverbot mißglückt

ENTSCHEIDUNGEN

Diesmal: Flugblattverteilung rechtmäßig
Nochmal: Notwehr - Putativnotwehr

HERAUSGEBER: ROTE ROBE Verlagsgesellschaft
6900 Heidelberg, Werrgasse 7
Konten:
Bank f. Gemeinwirtschaft 10758078
PSchA Karlsruhe 1602 13

VERLAG: Selbstverlag

REDAKTION: Stephan Baier, 69 Heidelberg, Werrgasse 7 (verantw. im Sinne des Presserechts)

Die ROTE ROBE erscheint zweimonatlich, sie kostet 1,50 im Einzelverkauf und 8,-- zuzüglich Postgebühren im Jahresabonnement (Änderungen vorbehalten).

Nachdruck nur mit Quellenangabe und Belegexemplar!

(149) Sunanda K. Datta Ray, Le Bengal occidental a la dérive, in: Le Monde Diplomatique, Feb. 71
(150) ders., LMD, Nov. 71
(151) ders., LMD, Sept. 71
(152) P. Kirischenko, Pekings Schachzüge, Neue Zeit 15/71, S. 10 zit. bei Linde, S. 70
(153) Linde, S. 79
(154) M. L. Chowdhury, LMD, Mai 72, S. 12; PR 72, Nr. 14, S. 23

Gemeinsame Erklärung zur Arbeitskonferenz vom 16./17.9.72

Am 16./17.9.72 fand eine Arbeitskonferenz derjenigen Organisationen statt, die das Kommuniqué zum Parteiaufbau unterzeichnet haben, In diesem Kommuniqué war vereinbart worden, den Kampf um die Gründung einer im nationalen Maßstab arbeitenden kommunistischen Organisation zu führen, die auf der Basis eines einheitlichen Programms und Statuts die Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei vorantreiben soll (vgl. "Wahrheit" Nr. 5/6, etc.). Ausgehend von dieser Aufgabe behandelten die Vertreter des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Bremen, des Kommunistischen Bundes Göttingen, des Kommunistischen Bundes Osnabrück, des Kommunistischen Bundes Wolfsburg und der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg folgende Fragen:

1. Organisatorischer Stand der einzelnen beteiligten Organisationen
2. Allgemeine Gliederung des Programms, Festlegung seiner Bestandteile, Bestimmung des Stellenwerts des Programms
3. Einleitung der Kommissionsarbeit und Bildung einer Programmkommission
4. Das Verhältnis der Organisationen, die das Kommuniqué zum Parteiaufbau erarbeitet haben, zu anderen kommunistischen Organisationen
5. Erklärung zur Bundestagswahl
6. Metalltarifrunde
7. Vietnam-Kampagne
8. Kampagne gegen die Ausländergesetze

Wir behandeln in unserem zusammenfassenden Bericht nur die Punkte 3 und 4. Die Diskussion zum Punkt 2 wird sich niederschlagen in dem in nächster Zeit zu publizierenden Arbeitsplan der Programmkommission; die Diskussion zu den Punkten 5 - 8 in gemeinsamen Erklärungen der beteiligten Organisationen. In welcher Weise die einzelnen Organisationen die unter Punkt 1 dargelegten Daten ihrer organisatorischen Entwicklung veröffentlichen, entscheiden sie selbst.

zu 3.: Einleitung der Kommissionsarbeit und Bildung einer Programmkommission

Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Monate seit Erarbeitung des Kommuniqués wurde einmütig beschlossen, eine Programmkommission sofort zu benennen und ihre Arbeit sofort aufnehmen zu lassen.

Die Aufgabe dieser Kommission soll sich nicht darauf beschränken, bereits von den einzelnen Zirkeln ausgearbeitete Positionen in programmatischer Form auszuformulieren. Vielmehr bekam die Kommission den Auftrag, selbst initiativ zu werden und in etwa 3 Monaten einen ausformulierten Programmentwurf vorzulegen. Schon vorher sollen vorbereitende Untersuchungen der Kommission veröffentlicht werden. Die Beratung ließ sich dabei von der Überlegung leiten, daß die Austragung und Klärung bestehender Differenzen auf dem Weg jeweiliger Publikationen der Standpunkte außerordentlich langwierig und zeitraubend ist. Zudem erleichtert es die Auseinandersetzung um programmatische Fragen zwischen den Zirkeln und quer durch sie hindurch keineswegs, wenn von verschiedenen Seiten Ausarbeitungen veröffentlicht werden, ohne daß ein Vorschlag existiert, auf dem sich die öffentlich geführte Kritik aller Genossen konzentrieren kann. Dadurch, daß in die veröffentlichten Ausarbeitungen die Kritik aller Kommissionsmitglieder jeweils schon eingeflossen ist, wird sich auch häufig eine Kritik erübrigen, die auf verhältnismäßig leicht behebbare Fehler und Unvollständigkeiten zielt und nicht auf schwerwiegende Liniendifferenzen.
Sollten Liniendifferenzen in der Kommissionsarbeit auftauchen, so ist es natürlich notwendig, beide Vorschläge zu veröffentlichen. Ebenfalls ist es notwendig, Kritik und Gegenkritik an den Vorschlägen der Kommission öffentlich zu führen. Die Einrichtung der Kommission verbindet somit dem Vorzug der Zentrierung der Diskussion den Vorzug der Konzentrierung der Kräfte.

Nicht veröffentlicht und nur den beteiligten Zirkeln zugeleitet werden die regelmäßigen Arbeitsberichte der Kommission.
Diese Arbeitsberichte sollen den Zirkeln, welche die Kommission tragen, die Möglichkeit ihrer Kontrolle und zu korrigierenden Eingriffen in ihre ihre Arbeitsweise geben. In ihnen wird nicht die Auseinandersetzung um programmatische Fragen selbst geführt.

Einmütig wurde die folgende personelle Zusammensetzung der Kommission beschlossen:
Johannes Doppstadt, BKA Freiburg
Benno Ennker, KB Göttingen
Erik Kühl, KB Bremen
Wilfried Maier, KB Bremen
Joscha Schmierer, KG(NRF) Mannheim/Heidelberg

Die Mitglieder der Kommission wurden von ihren Organisationen für die Dauer der Programmarbeit von ihren bisher wahrgenommenen politischen Aufgaben weitgehendst freigestellt.

zu 4.: Das Verhältnis der Organisationen, die das Kommuniqué zum Parteiaufbau erarbeitet haben, zu anderen kommunistischen Organisationen

Seit Veröffentlichung des Kommuniqués haben sich mehrfach kommunistische Zirkel an die Unterzeichner des Kommuniqués gewandt mit der Aufforderung zur Diskussion und der Bitte um Aufklärung bestehender Unklarheiten. In einigen Fällen haben sie auch die Bereitschaft zur Mitarbeit auf der Basis des Kommuniqués erklärt.

Weil im Kommuniqué die Gemeinsamkeit der beteiligten Organisationen in entscheidenden programmatischen Fragen nur festgestellt, nicht aber ausformuliert ist, hielt es die Beratung für falsch, auf der Basis des Kommuniqués eine in ihren politischen Grundlagen unklare und damit opportunistische Sammlungsbewegung einzuleiten. Da zudem die Diskussion von einzelnen Ausarbeitungen und des gesamten Programmentwurfs öffentlich sein wird, besteht auch keine Notwendigkeit, den Kreis der Kommuniqué-Organisationen zu erweitern: Jede Organisation, jeder einzelne Genosse wird breiteste Gelegenheit haben, sich an dieser Debatte zu beteiligen.

In den Auseinandersetzungen um Programm und politische Linie vertreten die Kommuniqué-Organisationen innerhalb der westdeutschen kommunistischen Bewegung eine bestimmte Richtung. Das ist in den Veröffentlichungen der einzelnen Zirkel für die kommunistische Bewegung verfolgbar. Das ist nach innen für die Beziehungen zwischen den Zirkeln an den Formen und der Intensität ihrer Zusammenarbeit ablesbar. Der Plan zur Erarbeitung des Programms ist überhaupt nur realisierbar, wenn wir uns dabei auf die vorhandene Übereinstimmung stützen können. Die Übereinstimmung ist vor allem zutagegetreten in der Einschätzung aktueller politischer Fragen, in der Formulierung von Aktionslosungen für den praktischen Kampf und in der Bestimmung taktischer Vorgehensweisen, insgesamt also in der Massenlinie. Diese zunächst nicht gemeinsam erarbeitete, sondern nachträglich offenbar gewordene Übereinstimmung wurde befestigt durch eine zunehmend genauere gegenseitige Kenntnis der politischen Praxis. Beide Voraussetzungen sind bei neu hinzustoßenden Zirkeln nicht gegeben. Die Beratung hat deshalb den Beschluß gefasst, den Kreis der Kommuniqué-Organisationen zum jetzigen Zeitpunkt generell nicht zu erweitern.

Dieser Beschluß bedeutet nicht, daß andere Zirkel und Genossen, die in der Arbeiterklasse den Marxismus-Leninismus propagieren, und an der Organisierung des Industrieproletariats praktisch arbeiten, von der Gründungskonferenz einer einheitlichen Organisation ausgeschlossen bleiben. Soweit solche Zirkel und Genossen der Auseinandersetzung um Programm und Statut sich beteiligen und sich dabei auf die erarbeitete Grundlage stellen, können sie mit stimmberechtigten Delegierten auf der Gründungskonferenz vertreten sein. Voraussetzung dafür ist weiterhin, ein einstimmig gefasster Beschluß der jetzt beteiligten Zirkel, eine Voraussetzung, die nach Gründung der Organisation und Wahl einer Leitung natürlich hinfällig wird.

Als einzige Ausnahme von der generellen Regelung der Nichterweiterung zum jetzigen Zeitpunkt wurde der Kommunistische Bund Wolfburg anerkannt, der an den vorhergehenden Beratungen beteiligt war und sofort nach Erarbeitung des Kommuniqués seine Bereitschaft zum Beitritt erklärte, nachdem er aufgrund äußerer Bedingungen an der letzten Konferenz nicht teilnehmen konnte. Der KB Wolfsburg erfüllt zudem als eine aus der Arbeiterjugend hervorgegangene und mit einer Betriebszelle im VW-Werk arbeitenden Organisation die Voraussetzung, praktisch an der Organisierung des Industrieproletariats zu arbeiten.

Weiterhin wurde beschlossen, daß die "Gruppe Berliner Genossen", die als Unterzeichner des Kommuniqués angeführt wurde, künftig nicht mehr als Träger dieser Vereinbarung gelten kann. Unsere Berliner Genossen sind eine informelle, öffentlich bisher noch nicht hervorgetretene Gruppierung, die zwar unsere Auffassungen teilen, sie aber als nicht-öffentliche Gruppierung gegenwärtig nicht verantwortlich vor der Arbeiterklasse ihrer Stadt und vor der kommunistischen Bewegung vertreten kann. In Übereinstimmung mit den Berliner Genossen wurde festgehalten, daß sie künftig nicht mehr zu den Konferenzen der Kommuniqué-Organisationen eingeladen werden, sondern die feste Verbindung mit ihnen von einer der unterzeichnenden Organisationen wahrgenommen wird. Die im Kommuniqué angegebenen Schritte des Parteiaufbaus sind für die gesamte kommunistische Bewegung wichtig. An ihnen muß öffentlich die Kritik geübt werden können. Das ist aber nur möglich, wenn der Bewegung bekannt ist, wer für diese Schritte verantwortlich ist.

Für den Kontakt mit anderen Organisationen, die Erläuterung offener Fragen usw. wurde festgelegt, daß diese Aufgabe jeweils von einer der unterzeichnenden Organisationen für ihre regionale Umgebung wahrgenommen wird. Als Sekretariatsführung für die Kommuniqué-Organisationen wurde die KG(NRF) Mannheim/Heidelberg festgelegt.

Nach Einschätzung aller an der Beratung beteiligten Zirkel, bestätigte das Treffen in vollem Umfang die Richtigkeit der im Kommuniqué angegebenen Schritte zum Parteiaufbau. Es gelang, in allen zur Diskussion stehenden praktischen Fragen des Klassenkampfes volle Übereinstimmung zu erzielen, wie sie in gemeinsamen Erklärungen zum Ausdruck kommt. Es gelang aber auch die Konzentration der Kräfte unserer Organisationen in einer gemeinsamen Programmkommission, deren Mitglieder nicht als Delegierte ihrer jeweiligen Organisation dort arbeiten, sondern von allen Vertretern auf der Beratung gemeinsam bestimmt wurden.

Den Pfeil auf das Ziel abschießen

ANTWORT AN DIE KG KÖLN

Die Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung tritt in eine neue Phase ein, in der gründlich über programmatische Fragen und über die Positionen der einzelnen Organisationen zum Parteiaufbau diskutiert wird. Das Kommuniqué des BKA-Freiburg, des KB Bremen, des KB Göttingen, des KB Osnabrück und der KG (NRF) Mannheim-Heidelberg war ein wichtiger Schritt, um diese Auseinandersetzungen zu beschleunigen. Verschiedene Gruppen beginnen die Auseinandersetzung mit der Linie der Kommuniqué-Organisationen mit dem Ziel der Einheit. Es war uns nicht möglich schon in diesem Heft auf die verschiedenen Stellungnahmen zu dem gemeinsamen Kommuniqué oder zu bestimmten Positionen der KG (NRF) in der Auseinandersetzung um die richtige Linie einzugehen. Wir werden dies so bald wie möglich tun. Aber schon in diesem Heft wollen wir wenigstens kurz auf eine Resolution der KG Köln eingehen, die in TUP Nr. 13 erschienen ist ("Zur Kritik an der Position der KG-MA/HD im NRF 2/72"). Die Genossen der KG Köln gehen in ihrer Resolution davon aus, daß in dem redaktionellen Artikel in NRF 2/72 "eine in wichtigen Fragen grundsätzlich andere Position vertreten" worden sei als in dem gemeinsamen Kommuniqué. Dies bedeute für die KG (NRF), "daß sie dazu Stellung beziehen muß, daß sie die Fehler dieser aufgegebenen Position vor der kommunistischen Bewegung aufdecken muß, um deutlich zu machen, wie sie zu dem neuen Aufbauplan steht". (S. 8) Die Genossen der KG Köln sagen, die KG(NRF) sei zwar schrittweise von den Auffassungen in NRF 2/72 abgerückt, hätte dies aber nirgendwo öffentlich erklärt. Die Vorstellungen in NRF 2/72 hätten der ultralinken "KPD" in die Hände gespielt. und zur Verwirrung der kommunistischen Bewegung beigetragen. Die Genossen von der KG Köln stellen deshalb fest: "Angesichts dieser Situation erscheint es uns notwendig, aufzuzeigen, worin die Widersprüche zwischen dem Artikel im NRF 2/72 und dem Kommuniqué bestehen und die vorher vertretenen Auffassungen der KG(MA-HD) da, wo sie zum Kommuniqué in Widerspruch stehen, ausführlich als falsch darzustellen und zu kritisieren. Wir verbinden damit die Aufforderung an die Genossen der KG (MA-HD), aus ihrer Unterzeichnung des Kommuniqués die Konsequenzen zu ziehen und hinsichtlich des NRF 2/72 Selbstkritik zu üben; oder, sofern sie keinen Widerspruch erkennen, ihre mit der Unterzeichnung des Kommuniqués verbundenen Vorstellungen zu explizieren.

Die Widersprüche zwischen der im NRF 2/72 bezogenen Position und dem Kommuniqué lassen sich an folgenden Punkten aufweisen:

- Der nächste Schritt im Kampf gegen das Zirkelwesen - Programm der Aufbauorganisation oder Parteiprogramm
- Parteiprogramm und Massenlinie
- Der Kampf um das führende Zentrum - Zentralorgan oder theoretisches Organ." (S. 8)

Wir stellen uns die Frage: Was war an dem redaktionellen Artikel in NRF 2/72 falsch und inwiefern steht er zu dem gemeinsamen Kommuniqué in Widerspruch?

Der Hauptmangel des Artikels in NRF 2/72 besteht darin, daß er die Auseinandersetzung mit den Popanzparteien auf die Frage des Parteiaufbaus beschränkt. Dieser Mangel führt zu Fehlern. Sie bestehen darin, daß die in der BRD existierenden kommunistischen Organisationen in der Einleitung des Artikels einfach danach beurteilt und eingeteilt werden, ob sie den ungerechtfertigten Anspruch erheben, die Partei des Proletariats zu sein oder nicht. Diese Einteilung ist deshalb falsch, weil sie den Kampf zweier Linien im Parteiaufbau auf die Frage Parteianspruch oder nicht reduziert, ohne die bestehenden Organisationen auf ihre Linie zu untersuchen. Sie ist auch deshalb falsch, weil sie die Widersprüche zwischen den einzelnen Organisationen, "Partei" oder Zirkel, d. h. die Widersprüche in der Einschätzung der Klassenkampfsituation, in der Etappenbestimmung, in der Bestimmung des demokratischen Kampfes, in der Frage des modernen Revisionismus, in der Gewerkschaftsfrage usw. nicht berücksichtigt. Auf diese Fehler, die sich aus dem Hauptmangel des Artikels, der oberflächlichen Einteilung der kommunistischen Organisationen in Gruppen mit Parteianspruch und Gruppen, die aus ihrem Zirkelcharakter kein Hehl machen, haben uns verschiedene Genossen (z. B. die SSG-Hamburg und die ML-Duisburg) aufmerksam gemacht. Auch die "KPD" hat in ihrer Antwort diese Fehler aufgegriffen. Als wir den Artikel veröffentlichten, erkannten wir zwar seinen Hauptmangel, erkannten aber nicht die Fehler, zu denen dieser Mangel führt. Diese Fehler meinen aber die Genossen von der KG Köln gar nicht. Vielmehr sehen sie einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem Artikel und dem Kommuniqué, der in Fehlern des Aufbauplans, wie ihn der Artikel skizziert, seine Grundlage haben soll.

Wie steht es damit?

1, Der nächste Schritt im Kampf gegen das Zirkelwesen: Aufbauorganisation oder Parteigründung? Programm der Aufbauorganisation oder Parteiprogramm?

Unter dieser Überschrift polemisieren die Genossen von der KG Köln gegen folgenden Satz aus NRF 2/72: "Der Zusammenschluß der westdeutschen und westberliner Kommunisten in einer ein-

heitlichen Partei steht auf der Tagesordnung."
Die Genossen halten diesen Satz für falsch. Wir halten ihn nach wie vor für richtig. Warum? Weil wir meinen, daß die objektiven Bedingungen für die Parteigründung herangereift sind: eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung. Daß die kommunistische Bewegung noch nicht die ideologische Klarheit erreicht hat, um sich auf nationaler Ebene auf Grundlage von Programm und Statut parteimäßig zusammenzuschließen, daß sich noch kein führender Kern herausgebildet hat, der durch prinzipienfesten Kampf für die Einheit der Kommunisten, die subjektiven Bedingungen in der kommunistischen Bewegung schaffen konnte, die ihr die Gründung der Partei ermöglichen würde, ist eine andere Frage. Was folgt aber aus alledem: Gerade weil der parteimäßige Zusammenschluß aller ehrlichen Kommunisten auf der Tagesordnung steht, müssen wir den Kampf für die ideologische und programmatische Klarheit verstärken mit dem Ziel, die subjektiven Bedingungen für die Gründung der Partei zu schaffen. Nicht Aufbauorganisation oder Partei ist die Alternative, sondern, wenn wir die noch fehlenden Bedingungen für die Parteigründung schaffen wollen, müssen wir die richtige Linie so schnell wie möglich in überregionalem, nationalem Maßstab organisieren, damit wir wirksam den Kampf für die Einheit aller Kommunisten in der Partei aufnehmen können. Aus dieser Einsicht haben wir im Kommuniqué die Schlüsse gezogen. Dabei sagten wir uns nicht: "jetzt gehen wir an die Gründung einer Aufbauorganisation und dann sehen wir weiter", sondern wir sagten uns: wir müssen unsere Front national organisieren, weil wir sonst den Anforderungen des Kampfes für den Aufbau und die Gründung der Partei nicht gerecht werden. Der NRF-Artikel steht hier nicht in Widerspruch zum Kommuniqué, sondern das Kommuniqué zieht die unmittelbaren Schlüsse aus der Tatsache, daß die Neugründung der KPD historisch auf der Tagesordnung steht, daß die "historische Existenzberechtigung der Zirkel nicht länger gegeben" ist. Die Organisation, die wir gegenwärtig aufbauen, kann nicht die Partei sein, aber ihr Programm wird ein Vorschlag an die kommunistische Bewegung sein, sich auf diesem Programm zu vereinheitlichen, und in Auseinandersetzung mit diesem Programm die ideologischen Voraussetzungen für die Gründung der Partei herzustellen.
(siehe dazu in NRF 5/72 den Artikel der Programmkommission der Kommuniquéorganisationen zu diesen Fragen.)

2. Parteiprogramm und Massenlinie

Unter dieser Überschrift polemisiert die KG Köln gegen den Artikel in NRF 2/72, weil er für eine systematische Unterscheidung zwischen Programmfragen und taktischen Fragen plädiert.
Die Genossen stellen richtig fest, daß aus einem gemeinsamen richtigen Programm nicht notwendig eine gemeinsame Massenlinie folgt und zeigen an der Geschichte der KPD, daß gerade taktische Fragen und Differenzen in der Massenlinie den verschiedenen Abspaltungen und Hinaussäuberungen zugrunde lagen. Was folgt aber daraus? Doch nur, daß durch die Festlegung eines Programms und Statuts bei der Gründung der Partei, der Kampf zweier Linien nicht abgeschlossen ist, sondern sich an jeder neuen taktischen Frage entzünden kann und muß. Programm und Statut schaffen die Grundlage für die Austragung taktischer Differenzen und der Widersprüche in Fragen der Massenlinie. Das Programm und Statut sind Voraussetzung für die Austragung partieller Differenzen in einer einheitlichen Organisation; eine Garantie dagegen, daß sich diese partiellen Differenzen nicht zu grundsätzlichen Widersprüchen entwickeln, schaffen sie nicht und können sie nicht schaffen. Diese Differenzen ergeben sich aus verschiedenen Einschätzungen der Klassenkampfsituation. Nun wird die Organisation, die wir gegenwärtig aufbauen, in taktischen Resolutionen ausgehend von ihrer Einschätzung der Klassenkampfsituation ihre Massenlinie festlegen müssen. Diese taktischen Resolutionen werden erst die wirkliche Einheit dieser Organisation gewährleisten, das heißt die Aktionseinheit, die durch Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit zustandekommt. Aber der Unterschied zwischen Programmfragen und taktischen Fragen wird sofort klar, wenn wir uns folgendes überlegen: in Fragen des Programms verlangt die Kommunistische Partei und jede kommunistische Organisation eine klare Zustimmung jedes einzelnen Mitglieds zu jedem Punkt, in taktischen Fragen verlangt die Kommunistische Partei und jede kommunistische Organisation die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Wer dem Programm nicht zustimmt, kann gar nicht aufgenommen werden, wer anderer taktischer Auffassung ist als die Mehrheit wird erst ausgeschlossen, wenn er die Aktionseinheit verletzt und gegen das Statut verstößt. In Bezug auf die Anerkennung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats kann es in einer kommunistischen Partei und in jeder kommunistischen Organisation keine Differenzen geben, in Bezug auf die konkreten Schritte, wie wir in jeder Situation den Kampf für die Diktatur des Proletariats führen, muß es Differenzen geben. Gerade deshalb brauchen wir ja das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Für die Massenlinie heißt das: wir können im Programm und Statut das Prinzip der Massenlinie festlegen, aber wir können im Programm keine bestimmte Anwendung der Massenlinie fixieren. Wenn es Differenzen in der Anwendung der Massenlinie gibt, dann bedeutet dies Kampf, Kritik und Selbstkritik, aber nicht unbedingt Spaltung. Zur Spaltung oder Hinaussäuberung führen diese Differenzen erst, wenn sie die Aktionseinheit und den Rahmen des Statuts sprengen.
Im selben Absatz äußert die KG Köln die Befürchtung, wir wollten nach dem Prinzip verfahren "Theorie für die Studenten - für die Arbeiterklasse eine spezifisch zurechtgestutzte Propaganda". Vielleicht haben wir uns im NRF 2/72 mißverständlich geäußert. Aber wenn sich dieser Vorwurf auf unsere Auffassung bezieht, daß ein theoretisches Organ Hauptinstrument der theoretischen Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung sein muß, dann verstehen wir diesen Vorwurf einfach nicht, denn diese Auffassung ist vielleicht banal, aber sicher nicht falsch. Wenn sich

der Vorwurf darauf bezieht, daß wir in einer bestimmten Situation die Zentralisierung der theoretischen Auseinandersetzung in einer Zeitschrift als Schritt zur klaren Herausbildung nationaler Fronten vorgeschlagen haben, weil wir es für ausgeschlossen hielten, daß der Meinungskampf um Programmfragen zwischen verschiedenen Zirkeln im Zentralorgan eines Zirkels ausgetragen werden könnte, dann halten wir den Vorwurf genau so wenig für berechtigt. Unsere Auffassung hatte weder in ihrem prinzipiellen (banalen) Kern, noch in ihrer aktuellen Seite, dem konkreten Vorschlag, die theoretische Auseinandersetzung in einem theoretischen Organ zu zentralisieren, irgendetwas mit dem Verhältnis von Studenten oder Arbeitern zur Theorie zu tun, nirgendwo verfallen wir auf den Einfall, Studenten hätten zur marxistischen Theorie eine größere Affinität als Arbeiter.
Wenn die Genossen von der KG Köln uns auf die Differenzen von NRF 2/72 und AZ 5/72 hinweisen, so sehen wir diese Differenzen nicht. In der von den Genossen zitierten Passage (1) geht es um die Verbindung von Marxismus-Leninismus und Arbeiterbewegung, um die Verschmelzung der Kommunisten mit den fortgeschrittensten noch nicht kommunistischen Arbeitern. Völlig korrekt wird als Bedingung für die Entfaltung dieses Prozesses die Erarbeitung einer richtigen Massenlinie genannt. Dieser Prozeß selbst aber ist ein wesentliches Moment des Parteiaufbaus. Gleichzeitig werden als Voraussetzung der Massenlinie die allgemeinen Bestimmungen des Programms genannt. Ohne Klarheit über den imperialistischen Charakter der BRD, ohne Klarheit über das Etappenziel der Diktatur des Proletariats, kann es alles Mögliche geben nur keine kommunistische Massenlinie, können die Arbeiter für alles mögliche gewonnen werden, nur nicht für den Marxismus-Leninismus.

In dem Artikel in NRF 2/72 geht es gerade um die Einheit der Kommunisten in diesen Voraussetzungen jeder Massenlinie (die ja keineswegs so selbstverständlich sind, wie sie sein sollten). Die "Tragweite der Differenzen zwischen NRF und Arbeiterzeitung" ist also einfach die Tragweite der Differenz zwischen zwei verschiedenen Fragestellungen.

3. Der Kampf um das führende Zentrum - Zentralorgan oder theoretisches Organ

Unter dieser Überschrift befaßt sich die KG-Köln mit der Auseinandersetzung zwischen KBB und KG(NRF), deren Kern, wie inzwischen von beiden Organisationen erkannt wurde, nie die Frage politische Zeitung oder theoretisches Organ gewesen ist. Diese Auseinandersetzung konnte sich überhaupt nur so zuspitzen, weil beide Organisationen, den unmittelbar nächsten Schritt, die Organisierung unserer Linie auf nationaler Ebene nicht erkannt hatten. Das führte bei den Bremer Genossen dazu, daß sie eine nationale politische Zeitung als Hebel eines lokalen Zirkels schaffen wollten.
Dagegen haben wir uns gewehrt. Das führte bei uns dazu, daß wir, indem wir die Notwendigkeit einer den Aufgaben der politischen Zeitung entsprechenden Organisation betonten, nicht die Möglichkeit der Schaffung dieser Organisation erkannten, sondern erst einmal eine theoretische Auseinandersetzung organisieren wollten. Beide Organisationen machten also den Fehler, den jetzt notwendigen Schritt, die Organisierung unserer Linie als nationale Front, nicht sofort einzuleiten. Auf Initiative des BKA-Freiburg haben wir diesen Fehler erkannt und gemeinsam mit anderen Organisationen im Kommuniqué die Konsequenzen gezogen. Damit schlagen wir den Weg ein, der es uns ermöglichen wird, den an sich völlig richtigen Plan der Bremer Genossen, die Schaffung der politischen Zeitung als Hebel des Parteiaufbaus in die Tat umzusetzen.

Wir sehen also keine prinzipiellen Differenzen zwischen den Artikeln in NRF 2/72, AZ 5/72 und dem gemeinsamen Kommuniqué des BKA-Freiburg, des KBB, KBG, KBO und der KG(NRF). Nach wie vor meinen wir, daß der Zusammenschluß der westdeutschen und westberliner Kommunisten historisch auf der Tagesordnung steht und daß die Organisierung unserer Linie als nationale Front im Kampf für die Einheit der Kommunisten in der KPD genau diesem Ziel dient.
Wir meinen, daß die Gründung dieser Organisation auf Grundlage eines Programms erfolgen muß, das gleichzeitig als Vorschlag an die kommunistische Bewegung und die fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse gerichtet ist, sich nach ausführlicher ideologischer Auseinandersetzung auf seinen Prinzipien als KPD neu zu konstituieren.
Für die Erstellung dieses Programms kann sich also die Alternative Programm einer Parteiaufbauorganisation oder Programm der KPD nicht in der Weise stellen, wie die Genossen von der KG Köln meinen. Auf diesem Programm werden sich zwar zunächst nur relativ geringe Kräfte der kommunistischen Bewegung organisieren. Das ändert jedoch nichts daran, daß diese kommunistischen Kräfte ihr Programm der kommunistischen Bewegung und der Arbeiterklasse als geeignete Grundlage für die Einheit aller Kommunisten in der KPD unterbreiten werden. Die Erstellung dieses Programms wird nur möglich sein, wenn programmatische Fragen und taktische Fragen streng auseinandergehalten werden und wenn die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und ihre programmatischen Formulierungen genutzt werden. Die von den Kommuniqué organisationen eingesetzte Programmkommission wird in einem ausführlichen Artikel ihre Vorstellungen zur Erarbeitung des Programms veröffentlichen.

Nach wie vor meinen wir, daß eine politische Zeitung ihre Aufgaben auf nationaler Ebene nur

---

(1) "Das Kernproblem in der gegenwärtigen Etappe des Parteiaufbaus ist deshalb die Erarbeitung der richtigen Massenlinie. Die Festlegung der Massenlinie ist aber nur möglich auf der Grundlage der allgemeinen Bestimmungen des Programms der Kommunistischen Partei."
(AZ 5/72, S. 9)

erfüllen kann, wenn sie von einer Organisation als Hebel benützt werden kann, die mit dem lokalen und regionalen Zirkelwesen gebrochen hat.

Abschließend möchten wir die kritische Stellungnahme der KG Köln zu dem Artikel in NRF 2/72 ausdrücklich begrüßen. Wenn es uns nicht gelungen ist, unsere Auffassung genügend klarzulegen, dann schlagen wir den Genossen der KG Köln vor, über die öffentliche Auseinandersetzung hinaus, Gespräche zu diesen Fragen durchzuführen.

Red.

Frankfurt, den 17.9. 1972

Resolution x)

der Aktionseinheit gegen das reaktionäre Ausländergesetz und die Verschärfung der politischen Unterdrückung

Die anwesenden Organisationen haben sich auf eine Aktionseinheit geeinigt, um den Kampf gegen die Ausländergesetze und die zunehmende politische Reaktion in der BRD zu führen. Die Bundesregierung, die bürgerlichen Parteien, Presse, Rundfunk und Fernsehen haben unter dem Vorwand des Anschlags in München eine Kampagne entfesselt, die sich gegen die arabischen Völker, gegen die ausländischen Arbeiter und Studenten richtet, sowie gegen alle demokratischen, kommunistischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Ausländer in der BRD, gegen alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen, die den Kampf der Völker gegen den Imperialismus unterstützen. Die Bundesregierung bedient sich bei der Verfolgung und Entrechtung der Ausländer in der BRD der schon bestehenden Ausländergesetze, indem sie sie verschärft anwendet, und sie bereitet gleichzeitig neue Gesetze zur Entrechtung der Ausländer und zur Verfolgung aller demokratischen und kommunistischen Organisationen in der BRD vor.

Dabei richtet die Bourgeoisie ihren Angriff vor allem gegen die kommunistischen Organisationen, weil sie dem Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten die revolutionäre Führung nehmen will. So soll unter dem Vorwand der Zusammenarbeit deutscher kommunistischer Organisationen mit sogenannten 'linksextremistischen' Ausländerorganisationen das KPD-Verbot verschärft angewendet werden.

Alle diese Angriffe stehen in einer Reihe mit den reaktionären und volksfeindlichen Maßnahmen zur 'inneren Sicherheit', die von der Bundesregierung und von allen bürgerlichen Parteien zur Absicherung der Herrschaft der Bourgeoisie und zur politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Teile des Volkes durchgeführt werden.

Diesen Angriffen muß eine breite Kampfeinheit aller fortschrittlichen Menschen und Organisationen entgegengestellt werden. Die anwesenden Organisationen verpflichten sich, alles in ihren Möglichkeiten stehende zu tun, um diese breite Kampffront zu organisieren, örtliche Ausschüsse der Aktionseinheit aufzubauen, die bedrohten Ausländer zu schützen, und die reaktionären Gesetze und Maßnahmen abzuwehren. Sie werden eine gemeinsame Demonstration in Dortmund am 8. Oktober durchführen und rufen alle fortschrittlichen Menschen, alle demokratischen, kommunistischen, gewerkschaftlichen Organisationen auf, sich diesem Kampf anzuschließen und sich an der Demonstration zu beteiligen.

Arbeiter- und Jugendverein Waiblingen • ATÖF (Türkische Studentenföderation) • Bund Kommunistischer Arbeiter Freiburg • CISNU • CSL • FRAP • JCE/ML • Kommunistischer Bund Bremen • Kommunistischer Bund Göttingen • Kommunistischer Bund Wolfsburg • Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg • Kommunistische Gruppe Köln • Kommunistische Hochschulgruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg • KJVD • KSV Frankfurt • KSB/ML • KPD/ML (Rote Fahne) • KPD/ML (Roter Morgen) • Marxisten - Leninisten Duisburg • MCE • ÖSO • Patriotische Einheitsfront der Türkei • PCE/ML • Rote Garde • Rote Zellen Münster • Sozialistische Schülerfront Hamburg • Sozialistische Studentengruppe Hamburg • SVI

Diese Resolution wurde von folgenden kommunistischen Gruppen unterstützt, die sich an der Aktionseinheit beteiligen:

Marxisten - Leninisten Dortmund • Marxisten - Leninisten Hagen • Marxisten - Leninisten Unna • Proletarische Linke Hamm

x) Dieser Text korrigiert die fehlerhafte Form der bisher verbreiteten Resolution. Die Ergänzungen und Korrekturen beziehen sich auf die Liste der Organisationen und Gruppen der Aktionseinheit und auf die gemeinsam beschlossenen Parolen.

Die unterzeichnenden Organisationen beschlossen, unter folgenden gemeinsamen Parolen am 8. Oktober in Dortmund zu demonstrieren:

KAMPF DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN!

FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG FÜR ALLE FORTSCHRITTLICHEN UND KOMMUNISTISCHEN AUSLÄNDER UND IHRE ORGANISATIONEN!

GLEICHE LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER!

GLEICHES RECHT UND GLEICHER LOHN FÜR DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER!

KAMPF JEDER ABSCHIEBUNG FORTSCHRITTLICHEN AUSLÄNDER!

KAMPF DEM VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ - DEM NEUEN SPITZELGESETZ!

KEINE INFORMATIONEN VON BETRIEBEN ÜBER AUSLÄNDISCHE ARBEITER AN AUSLÄNDERBEHÖRDEN, BOTSCHAFTEN, GEHEIMDIENSTE!

KEINE INFORMATIONEN VON HOCHSCHULEN ÜBER AUSLÄNDISCHE STUDENTEN AN AUSLÄNDERBEHÖRDEN, BOTSCHAFTEN, GEHEIMDIENSTE!

KAMPF DEM EINSATZ AUSLÄNDISCHER SPITZEL DURCH DEN WESTDEUTSCHEN VERFASSUNGSSCHUTZ!

AUSLÄNDISCHE GEHEIMDIENSTE RAUS AUS DER BRD UND WESTBERLIN!

WEG MIT DER MELDEPFLICHT AUSLÄNDISCHER ORGANISATIONEN!

ARBEITS- UND AUFENTHALTSERLAUBNIS FÜR ALLE 'ILLEGALEN' AUSLÄNDISCHEN ARBEITER!

SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG UND BESPITZELUNG FORTSCHRITTLICHER AUSLÄNDER UND IHRER ORGANISATIONEN!

KAMPF DEN VERBOTSVORBEREITUNGEN GEGEN DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE DEMOKRATISCHE UND KOMMUNISTISCHE ORGANISATIONEN!

WEG MIT DEM KPD-VERBOT!

KAMPF DEM AUSBAU UND DER MILITARISIERUNG DES STAATLICHEN UNTERDRÜCKUNGSAPPARATES!

KAMPF DER ZUNEHMENDEN POLITISCHEN REAKTION!

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER EINE KAMPFFRONT!

NIEDER MIT DEM USA-IMPERIALISMUS, DEM HAUPTFEIND ALLER VÖLKER!

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

TOD DEM FASCHISMUS IN DER TÜRKEI, GRIECHENLAND, SPANIEN, PORTUGAL UND PERSIEN!

SCHLUSS MIT DER FINANZIELLEN UND POLITISCHEN UNTERSTÜTZUNG FASCHISTISCHER STAATEN DURCH DIE BRD!

NIEDER MIT DEM ZIONISMUS UND DER ARABISCHEN REAKTION!

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Die unterzeichnenden Organisationen vereinbarten, den Grundsatz Einheit der Aktion und Freiheit der Agitation und Propaganda zu wahren und alle Kräfte aud den gemeinsamen Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz und die zunehmende politische Reaktion auszurichten. (Das Verhältnis zwischen gemeinsamer und eigenständiger Agitation und Propaganda wurde mit 80 zu 20 festgelegt.) Nicht geduldet werden sollen Losungen, die dem Geist der Aktionseinheit widersprechen, die sich gegen die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, die sich gegen die Befreiung der unterdrückten Völker wenden und die das sozialistische Lager mit der VR China an der Spitze verleumden.

Zur politischen Einschätzung der Aktionseinheit

Am 8.10. demonstrierten in Dortmund über 10.000 Menschen, Demokraten und Kommunisten, gegen die Verfolgung der ausländischen Arbeiter und Studenten, insbesondere gegen die Jagd auf Palästinenser, gegen das Verbot ihrer Organisationen GUPS und GUPA. Sie demonstrierten gegen die zunehmende politische Reaktion in Westdeutschland und Westberlin, die aktuell - unter dem Vorwand des von den Staatsagenten der Monopole selbst inszenierten Massakers in München - durch die verschärfte Anwendung der Ausländergesetze und die Vorbereitung neuer verschärfter Ausländergesetze (Querschnittsgesetz) den Terror gegen Demokraten und Kommunisten ausweitet und auf das Verbot aller fortschrittlichen, besonders der kommunistischen Organisationen zielt.

Zur Demonstration in Dortmund hatte die "Aktionseinheit gegen das reaktionäre Ausländergesetz und die Verschärfung der politischen Unterdrückung", die von über 30 kommunistischen und demokratischen Organisationen gebildet wurde (vgl. Resolution auf S.), aufgerufen. Ebenfalls zur Demonstration hatten aufgerufen das sog. "Nationale Komitee" der Gruppe Rote Fahne (KPD), sowie trotzkistische Gruppen. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) und Trotzkisten beteiligten sich aber nicht an der Aktionseinheit. (Dazu weiter unten). Die DKP und ihr nahestehende Organisationen, sowie der KB Nord (1) und der KABD (Tübingen-Stuttgart) beteiligten sich weder formell an der Aktionseinheit, noch bei der Demonstration. Die ABGs München beteiligten sich an den Beratungen der Aktionseinheit, konnten aber auf grund von politischen Differenzen, die sie begründeten, nicht beitreten und nicht an der Demonstration teilnehmen (siehe Dokument S.).

Die Aktionseinheit umfasste den größten Teil der demokratischen und kommunistischen Organisationen, die wirklich bereit sind, gegen die raktionären Ausländergesetze und die zunehmende politische Reaktion zu kämpfen. Es ist ein großer Fortschritt, dass sich die genannten Organisationen trotz zum Teil scharfer politischer und ideologischer Differenzen auf ein gemeinsames Kampfziel und eine gemeinsame nationale Demonstration einigen konnten. Durch diese Aktionseinheit gelang es, bewußte Teile der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Volksmassen in den Kampf einzubeziehen. Aber die erzielte Einheit darf uns nicht vergessen lassen, daß eine umfassendere Ein heit und Klarheit der politischen Linie der Kommunisten ermöglichen würde, weit gewaltigere Teile der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Volksmassen gegen die politische Reaktion in den Kampf zu führen. Daß ein Schritt auf dieses Ziel gemacht wurde, zeigt schon die Tatsache, daß der Bundesvorstand der Evangelischen Studentengemeinde auf der Kundgebung eine in den wesentlichen Punkten fortschrittliche und solidarische Grußadresse verlas. Daß der Schritt in diese Richtung ein kleiner war, zeigt die Tatsache, daß aus den Gewerkschaften keine offen erklärte Unterstützung kam, wenn auch viele gewerkschaftlich organisierte Kollegen an der Demonstration teilnahmen. Die Aktionseinheit konnte diese Aufgabe nur ungenügend angehen, weil sie vollauf beschäftigt war, sich auf ein gemeinsames Kampfziel in der Hauptsache unter den Kommunisten bei Bestehen erheblicher politischer Differenzen in der kommunistischen Bewegung zu einigen. Darunter hat die Aufgabe, den ideologischen Kampf um die breiten Volksmassen zu führen, gelitten.

Insgesamt aber ist der Erfolg der Aktionseinheit ermuti gend. In der Erwägung, daß trotz der mangelnden Breite und Klarheit der Massenagitation und -propaganda über 10 000 Demokraten und Kommunisten sich zu einer gemeinsamen Demonstration zusammengeschlossen haben, gehen wir voller Zuversicht an unsere großen Aufgaben. Daran ändert auch nichts die traurige Erfahrung des spalterischen Verhaltens der Gruppe Rote Fahne (KPD), die sich bewußt gegen die Aktionseinheit gestellt hat, und der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML), die Vereinbarungen der Aktionseinheit bewußt gebochen hat, und damit den gemeinsamen Kampf in letzter Minute sabotiert und die Teilnehmer der Demonstration, vor allem die besonders von der Reaktion bedrohten Ausländer, durch ihr provokatorisches Verhalten auf der Schlußkundgebung gefährdet hat (dazu unten S.).

---

(1) Der KB Nord hat seine Ablehnung nur mündlich gegenüber SSG Genossen begründet. Er meinte, die "Bevölkerung" sei zu verhetzt durch die Olympia-Ereignisse, um überhaupt demonstrieren zu können. Kommunisten müßten auch mal schweigen können. Ausserdem sei die "Bevölkerung" nicht beteiligt, weil die DKP nicht an der AE teilnehme. Zu diesen Argumenten erübrigt sich jeder Kommentar.

EINHEIT DER KOMMUNISTEN - EINHEIT DER ARBEITERKLASSE UND DER VERBÜNDETEN VOLKSMASSEN IM KAMPF GEGEN IMPERIALISMUS UND POLITISCHE REAKTION, FÜR DEN SOZIALISMUS.

Zur Einschätzung des Erfolgs der Aktionseinheit und der Möglichkeiten ihrer Fortsetzung müssen wir ausgehen von der Entwicklung und den Aufgaben des Klassenkampfes auf der einen Seite und den Widersprüchen, die in der Aktionseinheit aufgetreten sind auf der anderen Seite.

Die zunehmende politische Reaktion und die aktuelle Verschärfung des Terrors der Bourgeoisie und ihrer Staatsmacht insbeondere gegen die Ausländer und ihre fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen im Zusammenhang mit der immer offeneren Verbotsdrohung gegen sämtliche demokratischen und vorallem die revolutionären kommunistischen Organisationen, hat bei den meisten Kommunisten die Einsicht in die Notwendigkeit der Kampfeinheit erzwungen.

Kampfeinheit auf welcher politschen Grundlage, unter welchen Bedingungen, das war die Frage die die in der Aktionseinheit zusammengeschlossenen Gruppen zu klären hatten. Die Widersprüche unter den kommunistischen Organisationen stellen sich dabei formell als Widerspruch zwischen der Aufgabe, die Einheit der Kommunisten im offenen ideologischen Kampf um die politische Linie der aufzubauenden kommunistischen Partei herzustellen - und dieser Kampf ist zunächst Abgrenzung -, andererseits der Aufgabe der Kommunisten, den Klassenkampf gegen die Monopolbourgeoisie zu führen, die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Volksfront unter Führung der Arbeiterklasse, aufzubauen. Dieser Widerspruch ist, und das haben wir immer wieder vorallem in unseren Beiträgen zum Parteiaufbau hervorgehoben, als praktische Einheit anzugehen. Denn die revolutionäre Partei des Prdetariats und ihre revolutionäre Linie kann nur im bewußt geführten Klassenkampf entwickelt werden - weder durch den Rückzug an den Schreibtisch und ins Studierzimmer, noch durch ein von den Massen abgetrenntes Verhandeln zwischen kommunistischen Organisationen, noch durch den bloßen Zusammenschluß bestehender Organisationen so wie sie gerade existieren, noch d urch den bloßen Anspruch einer Gruppierung, die Kommunistische Partei zu sein und ihre revolutionäre Linie zu hüten - ein Anspruch, den bisher keine Organisation praktisch ausweisen könnte - ein Anspruch, der bisher den ideologischen Kampf um die revolutionäre Linie und für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei behindert und sabotiert hat.

Um unter den gegebenen Bedingungen in Westdeutschland bei der Existenz einer großen Zahl von kommunistischen teils regionalen, teils dem Anpsruch nach national organisierten Gruppierungen eine Kampfeinheit der Kommunisten für einen konkreten Kampfabschnitt festzulegen, muß die widersprüchliche Einheit von ideologischen Kampf um die Linie der Kommunisten und dem Kampf um die Volksmassen sorgfältig analysiert und praktisch so hergestellt werden, daß der ideologische Kampf nicht der Einheit noch die realisierbare Einheit ideologischen Hahnenkämpfen geopfert wird. Zwei Gefahren sind es, die bekämpft werden müssen: Opportunismus und sektiererische Nabelschau. Beide Fehler schwächen den Kampf. Mit beiden Fehlern war die Aktionseinheit behaftet. Wir wollen dies zunächst an der Frage der politischen Plattform der Aktionseinheit studieren.

AUSEINANDERSETZUNG UM DIE POLITISCHE PLATTFORM DER AKTIONSEINHEIT

In Nordrheinwestfalen und Westberlin existierten regionale Initiativen für eine Aktionseinheit gegen die reaktionären Ausländergesetze. Ergebnis war eine Plattform, die von den verschiedenen an ihr beteiligten Organisationen zusammen ausgearbeitet worden war und verschiedene Änderungsvorschläge und Varianten, die von den verschiedenen Organisationen aufrechterhalten wurden. Beteiligte Organisationen an diesen regionalen Initiativen waren die Gruppe Rote Fahne (KPD/ML), die Gruppe Rote Fahne (KPD), verschiedene ausländische revolutionäre Organisationen und verschiedene marxistisch-leninistische Zirkel vor allem im nordrheinwestfälischen Raum. Die offenen strittigen Fragen der politischen Plattform waren der Kampf gegen Opportunismus, Revisionismus und Trotzkismus, und wie dieser Kampf in der Plattform aufgenommen werden müsse. Die nordrheinwestfälischen ML Zirkel vertraten den Standpunkt, der Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus müsse in die Plattform aufgenommen werden. Sie wiesen dabei auf ihre örtlichen Erfahrungen hin. Die Gruppe Rote Fahne (KPD/ML) schloß sich dieser Meinung an. Demgegenüber vertrat die Gruppe Rote Fahne (KPD), den Standpunkt, daß diese Frage nicht besonders in der Plattform aufgenommen werden müsse.

Die nordrheinwestfälischen ML Zirkel haben daraufhin ihren Standpunkt in dieser Frage präzisiert und erweitert in einer Schrift: "Zur Auseinandersetzung um die politische Linie der Komitees". Dort heißt es unter der Überschrift: "Die Minimalplattform - gemeinsame Plattform mit Opportunismus und Revisionismus?":

"Wer aber die Frage des Klassencharakters der SPD-Politik nicht so eindeutig und vorrangig stellt, wer gerade mit dem Argument vom "kleineren Übel" diese Fragen überspielen und den Massen Nebelschleier vorhängen will, der zählt nicht zu den Volksmassen, sondern zu ihren schlimmsten Gegnern.
Was heißt das für die minimalen Grundlagen unseres Kampfes gegen das Ausländergesetz? Das heißt vor allem, nicht nur den reaktionären Charakter der Maßnahmen der SPD-Regierung her-

auszustellen, denn das können auch diejenigen Feinde des Volkes, diejenigen Opportunisten und Revisionisten, die die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen an den Imperialismus verschachern wollen, indem sie ihnen das "kleinere Übel" vorgaukeln.

Wer aber in seinem Kampf, und sei es nur bei seinen ersten Schritten, diese Möglichkeit offen läßt, der läßt das Bündnis offen mit den Feinden der Volksmassen. Der läßt ihnen sogar die Möglichkeit offen, auf der Grundlage einer solchen Plattform alle diejenigen als Spalter zu bezeichnen, die den Kampf darüber hinaus gegen die Theorien dieser reaktionären Elemente aufnehmen wollen.

Wir meinen deshalb, daß eine Plattform des Kampfes gegen das Ausländergesetz und die politische Unterdrückung notwendig einschließen muß den Kampf gegen die Theorien vom "kleineren Übel", als dem Keim eines ausgedehnteren Kampfes gegen den Opportunismus und modernen Revisionismus. Wenn sie das nicht zu ihrer Mindestvoraussetzung erklärt, bleibt sie selbst revisionistisch, zieht sie die Grenzlinien zu den Feinden des Volkes nicht."

Sie fahren fort, daß die Plattform erweitert werden müsse, da sie "nicht klar den Kampf ansagt all denjenigen politischen Elementen, vor allem trotzkistischen Kräften, die auf der Grundlage der Theorie von der großmachtchauvinistischen Politik einer kleinbürgerlich-bürokratischen Clique in der VR China, die antiimperialistische Front der Völker zu spalten versuchen . . . .

. . . Wer hier nicht klar die Grenzlinien zieht, der stellt sich auch in diesem Fall auf eine Plattform mit den Feinden des Volkes. Wir meinen deshalb daß die Plattform des Kampfes gegen das Ausländergesetz und die politische Unterdrückung entsprechend erweitert werden muß, indem sie eindeutig bekräftigt, daß die VR China ein unverbrüchlicher Teil der internationalen Kampffront gegen den Imperialismus ist und den Kampf ansagt all denen, die versuchen, diese Einheit durch ihre bürgerliche Hetze und ihre Lügen zu spalten."

Wir haben diese Auszüge aus der Schrift der Marxisten-Leninisten Dortmund deshalb so ausführlich wiedergegeben, weil an ihnen besonders präzise die ideologischen Wi dersprüche in der Aktionseinheit dargestellt werden können. Die in diesen Zitaten aufgeworfenen Fragen stellen einen wesentlichen Teil der Differenzen dar, die in der Aktionseinheit nicht prinzipiell ausdiskutiert und geklärt wurden. Dabei ging es nicht um die Frage, ob die beteiligten Organisationen die Einschätzung der ML Dortmund über den Opportunismus und Revisionismus teilen. Unseres Wissens vertreten alle beteiligten Organisationen den Standpunkt, daß der Opportunismus und Revisionismus bekämpft werden müssen, weil sie die ideologischen und organisierten Bastionen der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse sind. Und unseres Wissens teilen alle beteiligten Organisationen die Auffassung, daß Opportunismus und Revisionismus derzeit vor allem daran zu erkennen sind, daß sie die SPD als "kleineres Übel" darstellen und damit an bürgerliche Ideologien in der Arbeiterklasse anknüpfen. Und alle beteiligten Organisationen vertreten den Standpunkt, daß die VR China unverbrüchlicher Teil der internationalen Kampffront gegen den Imperialismus ist, und treten den Feinden der VR China und ihren Verleumdern, den Trotzkisten entschieden entgegen. Darüber hätte man sich schnell einigen können, weil in dieser allgemeinen Weise Einheit bestand. Das war aber nicht die Frage. Es ging vielmehr darum, was die Aufgaben der Aktionseinheit gegen die Ausländergesetze und die politische Unterdrückung sind.

Wir gehen dabei von folgenden Prinzipien aus:

1. In der Epoche des Imperialismus ist die Form der Herrschaft der Monopolbourgeoisie politische Reaktion, Abbau der bürgerlichen Demokratie, der Rechte des Volkes, zunehmend offene und terroristische Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

2. Es gibt keinen Weg zurück zur bürgerlichen Demokratie. Gerade die scheinbare Rückkehr zur Demokratie nach 1945 zeigt das deutlich. Es gibt daher auch keine selbständige Etappe des Kampfes für die bürgerliche Demokratie wie etwa im Rußland vor der Oktoberrevolution.

3. Der demokratische Kampf, den die Kommunisten führen, ist daher unmittelbar verbunden mit dem Kampf für den Sozialismus. Er ist Kampf gegen den Abbau und für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes als Bedingungen ihres gleichzeitigen Kampfes für Sozialismus.

4. Es kann daher auch kein längerfristiges Bündnis der Kommunisten mit bürgerlichen Kräften im Sinne eines Etappenkampfzieles der Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie geben.

5. Heisst das, daß es überhaupt keine Bündnisse mit bürgerlichen Kräften geben kann? Nein! In jedem Kampfabschnitt, in jedem Teilkampf, in der Abwehr einer bestimmten reaktionären Maßnahme können und müssen die Kommunisten Bündnisse eingehen, mit allen Kräften, die diesen bestimmten Kampf bereit sind mitzukämpfen; und zwar weil es in diesem Kampf begrenzte demokratische und antiimperialistische Kampfziele gibt, z. B.: Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz.

6. Was sind die Bedingungen für diese Kampfbündnisse?
   a. Gegnerschaft zu der bestimmten reaktionären Maßnahme
   b. Bereitschaft, dagegen zu kämpfen
   c. Keine Bedingungen, die die von den Kommunisten als notwendig erachteten Kampfmaßnahmen und Kampfformen beschränken.

7. Diese Kampfbündnisse sind nicht nur "von unten" anzubieten, sondern können sich durchaus an die bürgerlichen Führungen richten, soweit solche Angebote an die Führer geeignet sind, die von den bürgerlichen Führungen irregeleiteten Massen zu mobilisieren.

8. Unerläßliche Bedingung für alle Kampfbünd-

nisse ist die Wahrung der vollkommenen Selbständigkeit der kommunistischen Organisationen und die Freiheit der Agitation und Propaganda.

9. Anzustreben sind bei diesem Kampfbündnissen Vereinbarungen darüber, daß keine Agitation gegen die Diktatur des Proletariats betrieben werden darf, sowie keine Agitation gegen die VR China und für den Sozialimperialismus u. ä. m. Anzustreben ist die Einheit der Losungen. Dadurch kann verhindert werden, daß Losungen mitgeführt werden, die bürgerliche Illusionen verbreiten, z. B. Kampf für die Verwirklichung des Grundgesetzes oder ähnliches.

10. Die Politische Plattform dieser punktuellen Kampfbündnisse ist nicht das Mittel, die umfassende Massenlinie der Kommunisten zu propagieren, sondern für einen bestimmten Kampfabschnitt möglichst breite Massen in den Kampf zu führen. Der Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus und gegen die Trotzkisten wird darin in der Weise geführt, daß ihnen die bürgerliche Propaganda abgeschnitten wird, nicht dadurch, daß man ihnen kommunistische Bekenntnisse aufzwingt, die sie nicht vertreten, oder sie von vornherein ausschließt. Denn das hieße in den meisten Fällen auch die Massen ausschließen, die von ihnen irregeleitet sind.

- -

Wenn wir von diesen Prinzipien ausgehen, dann fragt sich: Ist es richtig, den Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus als besonderes Kampfziel in die Plattform aufzunehmen? Darüberhinaus, daß in der Plattform korrekt beschrieben war, von wem die reaktionären Maßnahmen ausgehen, daß in der Plattform dem Revisionismus und Opportunismus nicht Vorschub geleistet wurde, ist es falsch, den Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus in der Plattform zu erklären. Denn es bleibt nur eine Erklärung - allerdings mit der schlechten Konsequenz, daß all die fortschrittlichen Menschen, die bereit sind, gegen die reaktionären Ausländergesetze zu kämpfen aber noch keine Klarheit haben über Opportunismus und Revisionismus, von den Kämpfen ausgeschlossen werden, es sei denn, sie werden durch das Lesen der Plattform von der richtigen Position der Kommunisten überzeugt. Eine solche Überzeugung kann aber nur im Kampf erreicht werden, in dem sich Opportunismus und Revisionismus praktisch entlarven. Und selbst gesetzt den Fall, die DKP-Führer oder Teile ihrer Führung hätten sich dem Kampf angeschlossen, ohne ihn in diesem Kampfabschnitt zu verraten, einfach weil sie es sich vor den Massen nicht leisten könnten, hätte dadurch der Kampf gegen den Revisionismus eine Niederlage erhalten? Das zu glauben hieße den dialektischen Materialismus in Frage stellen, hieße die Fähigkeit der Kommunisten, die Massen zu führen, in Frage zu stellen.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, müssen wir hier klar sagen, daß wir nicht der Meinung sind, man könne heute noch keine Massendemonstrationen gegen den Revisionismus und gegen den Sozialimperialismus führen, die Zeit sei nicht reif dafür oder so ähnlich. Und wir tun dies, wo immer diese Aktionen notwendig sind, wo sie von den Massen verstanden und unterstützt werden können. Aber das heißt nicht, daß jede Aktion eine Aktion gegen den Sozialimperialismus sein muß. Vielmehr müssen wir für jedes Kampfziel die breitestmöglichen Massen mobilisieren. Vorausgesetzt das Kampfziel ist korrekt, vorausgesetzt, daß wir jeden Kampf dazu nützen, den Massen klar zu machen, in welchem Zusammenhang er steht mit dem Ziel des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats, vorausgesetzt, daß es unsere Aufgabe als Kommunisten ist, jeden Kampf auf dieses Ziel zu richten. Aber das heißt nicht, den Massen die Bedingung stellen, daß sie dies Endziel anerkennen müssen, um sich am Kampf zu beteiligen. Gehen wir von diesen Prinzipien aus, so ergibt sich klar unser Verständnis des Wesens einer politischen Plattform einer Aktionseinheit.

Es stellt die politischen Bedingungen für den gemeinsamen Kampf, ein konkretes Kampfziel, und darf keine Hindernisse für die Kampfaufgaben der Kommunisten aufstellen, aber es formuliert nicht die umfassenden Aufgaben der Kommunisten. Diese Aufgaben müssen in der selbständigen Agitation und Propaganda der Kommunisten angegangen werden. Nur auf diese Weise kann die Hegemonie der Arbeiterklasse sich durchsetzen. Die Arbeiterklasse darf ihre Führung nicht an Aktionseinheiten übertragen.

Die von uns aufgestellten Prinzipien räumen auch mit dem grundlegenden Fehler auf, die Auseinandersetzung über die Plattform einer Aktionseinheit mit dem umfassenden ideologischen Kampf unter den Kommunisten zu verwechseln. Der Kampf zweier Linien findet statt in der Lösung der konkreten anstehenden Aufgaben. Und daß es für die Lösung jeder konkrete Aufgabe zwei Linien gibt, können wir gerade hier an der Aktionseinheit sehen. Der ideologische Kampf muß in diesen Aktionseinheiten begrenzt geführt werden, nämlich begrenzt auf die konkreten Bedingungen für diesen bestimmten Kampf. Sonst kommt es zu den Scheingefechten, die in den Diskussionen vorherrschend waren. Z. B. zu den Vorwürfen, man habe keine klare Position gegenüber dem Revisionismus, weil man den Kampf gegen den Revisionismus nicht in die Plattform aufnehmen wolle, Diese Scheingefechte zeigen die ideologische Unsicherheit der Kommunisten, ihre mangelnde politische Reife; diese Scheingefechte sind Ausdruck einer kleinbürgerlich-sektiererischen Linie. Sie, die so argumentieren, meinen gegenüber den anderen Kommunisten erklären zu müssen, daß sie den Revisionismus bekämpfen, daß vielleicht nur sie allein den Revisionismus bekämpfen. Diese sektiererische Demagogie ist, obwohl die Dortmunder ML die Fragen grundsätzlich sehr ernsthaft angegangen haben, auch in ihrer Stellungnahme enthalten. Insofern diese Argumente nicht demagogisch sind, sind sie moralisch. So z. B. in der Fragestellung: Dürfen wir uns auf eine Plattform mit den Revisionisten stellen? Die Frage ist doch die: Werden sich die Revisionisten auf eine Plattform mit den Massen

stellen? Und wenn ja, wann werden sie wieder abspringen? Werden sie von vornherein den Kampf sabotieren oder erst mit der Entwicklung der Kämpfe? Das gilt es den Massen im Kampf zu zeigen und zu erklären. Alles andere ist eine Position der Schwäche, der ideologischen Unsicherheit, eine Position, die glaubt die Prinzipien und Ziele des Kommunismus nur in der Abgeschiedenheit wie einen Gralsschatz hüten zu können, ist der Verzicht auf eine Massenlinie und auf die Führung der Massen. Das ist Sektierertum. Das ist eine ganz und gar subjektive, kleinbürgerliche Einstellung zum Kommunismus. Denn die Genossen gehen immer von sich aus, von ihrer Angst, den Kommunismus zu verraten oder von anderen als Verräter gebrandmarkt zu werden, wenn sie nicht in jedem Kampf eine Parole gegen den Sozialimperialismus, gegen den Revisionismus usw. mitführen. Und es gibt eine Gruppe, nämlich die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML), die diese subjektive Einstellung zum Kommunismus bewußt propagiert, und nichts anderes propagiert. Sie hat damit keine Resonanz bei den Massen, aber immer wieder Einfluß bei den noch nicht politisch gefestigten Genossen, die immer wieder auf die erpresserische "Moral" der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) hereinfallen. Sie hat vor allem Einfluß auf die Gruppe Rote Fahne (KPD/ML), die einerseits den Versuch macht, eine Massenlinie zu entwickeln, was man daran erkennen kann, daß sie seit geraumer Zeit den demokratischen Kampf "entdeckt" hat, andererseits niemals offen ihre eigenen sektiererischen Positionen kritisiert und analysiert hat. Solange sie nicht ihre früheren Positionen kritisiert, müssen die Ansätze einer Änderung ihrer politischen Linie im demokratischen Kampf opportunistisch erscheinen, müssen sie als bloßes Lavieren erscheinen. Gegenüber dem Opportunismus findet die moralisch und subjektiv erpresserische Linie des Roten Morgen, das Sektierertum, immer einen günstigen Nährboden. Die Linie der Gruppe Rote Fahne (KPD/ML) ist so nachhaltig vom Revisionismus angefressen, daß sich die Führer dieser Organisation immer wieder gezwungen fühlen, durch linkssektiererische Schlenker und kraftmeierisches Getue von dieser Tatsacheabzulenken. Weil sie in den begrenzten Fragen des demokratischen und antiimperialistischen Kampfes und im Kampf für den Frieden keine klare kommunistische Linie vertreten und von einer selbständigen Etappe des demokratischen Kampfes ausgehen, können sie auf den kleinbürgerlich-moralischen Druck der Linkssektierer nur mit Anpassung und Unterwerfung reagieren, wenn sie nicht als offene Revisionisten dastehen wollen.

Daß die Linie der Gruppe Rote Fahne (KPD/ML) im demokratischen Kampf nicht viel mehr ist als Lavieren, zeigte sich deutlich in den Auseinandersetzungen. Im Rahmen der regionalen Initiative für eine Aktionseinheit gegen das Ausländergesetz in Nordrhein-Westfalen hatte sie zusammen mit den nordrhein-westfälischen ML-Zirkeln noch über die Frage der Aufnahme des Sozialimperialismus in die Plattform eine Spaltung der Aktionseinheit riskiert. Beim Frankfurter Treffen für eine nationale Aktionseinheit hat sie in dieser Frage eingelenkt. Sie hat sich damit "vernünftig" verhalten, um die Aktionseinheit nicht zu gefährden, aber diese "Vernunft" war nicht Ausdruck einer klaren Linie, sondern Ausdruck des Lavierens. Dieses Lavieren führte schließlich dazu, daß bei dem Frankfurter Treffen keine umfassende politische Plattform verabschiedet werden konnte, obwohl die Parolen der vorliegenden Plattform, die bei den verschiedenen regionalen Treffen von mehreren Organisationen ausgearbeitet worden war, fast alle übernommen wurden. Wir müssen hier Selbstkritik leisten, daß wir dies Lavieren, um die Aktionseinheit und die zentrale Demonstration unter Zeitdruck und ungünstigen Bedingungen doch noch zustande zu bringen, nicht offen genug angegriffen und aufgedeckt zu haben. Denn der Opportunismus in der Frage der politischen Plattform hat die Auseinandersetzung mit den bewußtesten Spaltern, der Gruppe Rote Fahne(KPD) mit ihrem "Nationalen Komitee" außerordentlich behindert.

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) und ihr "Nationales Komitee" - Spalter der Aktionseinheit

Das Frankfurter Treffen am 17.9., auf dem die nationale Aktionseinheit gegen die reaktionären Ausländergesetze und die zunehmende politische Unterdrückung geschlossen wurde, fand statt nach dem Scheitern einer regionalen Aktionseinheit in Nordrhein-Westfalen. Bei einem Treffen verschiedener Organisationen am 10.9. zur Unterstützung der spanischen FRAP, wurde die Initiative für eine nationale Aktionseinheit gegen die Ausländergesetze einem Tag nach dem Scheitern der regionalen Aktionseinheit in NRW beschlossen und unmittelbar darauf alle erreichbaren kommunistischen Organisationen zum Frankfurter Treffen eingeladen. Am gleichen Tag, dem 10.9., an dem die Initiative für die nationale Aktionseinheit beschlossen wurde, gründete die Gruppe Rote Fahne(KPD) ihr eigenes "Nationales Komitee". Dies "Nationale Komitee" ist selbst Produkt der Spaltung. Die Trennungslinie verlief dabei im wesentlichen über zwei Fragen. 1. über die Frage der Einbeziehung des Kampfes gegen den Revisionismus und Opportunismus in die Plattform. Bei dieser Frage vertrat die Gruppe Rote Fahne (KPD) den korrekten Standpunkt, daß diese Punkte nicht als selbständige Kampfziele in die Plattform gehörten. 2. über die Frage des organosatorischen Aufbaus der nationalen Aktionseinheit. Hier vertrat die Gruppe Rote Fahne(KPD) den Standpunkt, das nationale Komitee über die regionalen aufzubauen. Diese regionalen Komitees existierten aber nur in Nordrhein-Westfalen und Westberlin. In Nordrhein-Westfalen war das regionale Komitee praktisch gespalten. Die regionalen Ko-

mitees wurden von der Gruppe Rote Fahne (KPD) erfunden. Es handelt sich hier um Komitees, z.B. In Baden-Württemberg, von denen die baden-württembergischen Kommunisten nichts wußten, zu denen sie nie eingeladen wurden. Genausowenig wurden sie auch zu einem nationalen Treffen zur Bildung einer Aktionseinheit eingeladen. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) wollte also von vorneherein ein "Nationales Komitee", aus dem die kommunistischen Organisationen ausgeschlossen waren. Zumindest aber wollte sie sich die Vorherrschaft über die Mehrheit der von ihr selbst erfundenen "regionalen" Komitees garantieren.
Dort wo ein regionales Komitee tatsächlich existierte, versuchte sie die Kommunisten durch die Bildung des "Nationalen Komitees" auszuschließen, indem sie die zahlreichen örtlichen Komitees in NRW, die nicht von der Gruppe Rote Fahne (KPD) beherrscht waren, dem "Nationalen Komitee" unterordnen wollte, in dem sie sich durch ihre regionalen Scheinkomitees die Mehrheit gesichert hatte. Dieser Plan gelang in der Weise, daß die Gruppe Rote Fahne (KPD) ihr "Nationales Komitee" gründete, aber dabei auch noch die letzten Sympathisanten unter den marxistisch-leninistischen Organisationen verlor. Sie konnte daher kein Hehl mehr daraus machen, daß das "Nationale Komitee" nur aus ihr selbst und ihren Schüler- und Studentenorganisationen bestand und bei den Ausländern nur von einer griechischen und einer irakischen Gruppe unterstützt wurde.

Diesen Makel versuchte sie durch üble und betrügerischen Manöver wettzumachen. So versuchte sie örtliche spanische Gruppen dadurch zu gewinnen, daß sie den örtlichen Repräsentanten vorlog, deren zentrale Leitung unterstütze das Komitee. Ähnliches versuchte sie mit den türkischen Genossen, indem sie eine von ihr aufgespürte türkische Person als Mitglied der zentralen Leitung der türkischen Patriotischen Front ausgab. Sie scheute sich also nicht vor Manövern, die geeignet sind, die ausländischen Organisationen in der BRD zu spalten. Bei zwei Demonstrationen in Westberlin und Bonn hielt sie es nicht für notwendig, selbst solche Organisationen zu benachrichtigen, die mit ihr noch in den örtlichen Komitees zusammenarbeiteten.

Offensichtlich hatte sie Angst, daß weitere kommunistische Organisationen sich an den Aktionen beteiligen könnten, und ihre Spalterpolitik entlarven könnten. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hat vor die Auseinandersetzung um die richtige Linie in der Aktionseinheit in jedem Zeitpunkt den Versuch gesetzt, sich durch organisatorische und spalterische Tricks die Vorherrschaft zu sichern. Hinter dem Parteietikett verbirgt sich bei ihnen nichts anderes als ein kleinbürgerlicher Machtanspruch, der der wirklichen Aufgabe der Arbeiterklasse entgegensteht, in allen Fragen die politische Führung zu erringen.

Wie hat sich die Gruppe Rote Fahne (KPD) gegenüber der nationalen Aktionseinheit verhalten?

Bei dem ersten Treffen am 10.9. ist sie nicht erschienen, obwohl sie darüber informiert war, daß auf diesem Treffen über eine Initiative zur nationalen Aktionseinheit in einem weit umfassenderen Rahmen als bei ihren Treffen beraten werden sollte. Sie sagte dies Treffen ab, weil sie erst eine Einladung der spanischen PCE/ML von Partei zu Partei erwarte, ehe sie weiter die praktische Zusammenarbeit mit der FRAP aufnehmen könne. Bei diesem Treffen ging es unter anderem um die Unterstützung der FRAP. Über eine "Anerkennung" durch die PCE/ML wollte sich die Gruppe Rote Fahne (KPD) als Partei aufwerten lassen. Zugleich war dieses Manöver ein Vorwand, um ohne fremde Einmischung zum gleichen Zeitpunkt das "Nationale Komitee" zu gründen.

Beim Frankfurter Treffen am 17.9. erschienen dann Vertreter der Gruppe Rote Fahne (KPD) und des "Nationalen Komitees". Sie hatten keinen anderen Vorschlag als den, sich ihrem "Nationalen Komitee" ein- und unterzuordnen. als dies von den über 30 anwesenden kommunistischen und ausländischen Organisationen abgelehnt wurde, verließen sie den Saal. Dabei konnten sie das politische Lavieren bezüglich der Plattform zum Vorwand nehmen. Freilich ist dies ein besonders durchscheinender Vorwand, da immerhin alle wesentlichen Parolen und damit die Stoßrichtung der Plattform von der Aktionseinheit angenommen wurden. Niemand wurde gehindert, sich auf die umfassendere Plattform zu stellen.

Auf dem letzten Treffen vor der zentralen Demonstration in Dortmund erschienen wieder Vertreter der Gruppe Rote Fahne (KPD) und des "Nationalen Komitees" auf Einladung der Aktionseinheit. Die Vertreter der Aktionseinheit wiederholten den Vorschlag, die Mitglieder des "Nationalen Komitees" sollten sich der Aktionseinheit anschließen. Auch für den Fall, daß sie dies nicht täten, wurden sie aufgefordert, sich an der Demonstration zu beteiligen. Sie wurden für diesen Fall aufgefordert, eine spalterische Propaganda für das "Nationale Komitee" zu unterlassen. Daß die Gruppe Rote Fahne (KPD) zur zentralen Demonstration aufgerufen hatte, wurde von allen Organisationen der Aktionseinheit begrüßt.

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) und ihr "Nationales Komitee" stellten aber die anmaßende Forderung auf gleichberechtigt mit der Aktionseinheit aufzutreten und eine eigene Rede zu halten. Dies, obwohl alle Mitglieder der Aktionseinheit auf eigene Reden, ja sogar auf eigene Grußworte verzichtet hatten zugunsten einer gemeinsamen Rede. Die Aktionseinheit mußte deshalb die Bedingungen der Gruppe Rote Fahne (KPD) ablehnen.

Bei all ihren Auftritten sprach die Gruppe Rote Fahne(KPD) immer viel von der Einheit. Dies Gerede wurde von einem Teilnehmer der AE entlarvt, der folgende Passagen aus Flugblättern und internen Zirkularen vorlas:
Aus einem Rundbrief des Sekretariats der Gruppe Rote Fahne (KPD) für ihre Vietnamkomitees:
"Gleichzeitig gilt es, mit eurer Beteiligung im Block des nationalen Komitees "Kampf dem reaktionären Ausländergesetz", der von verschiedenen politischen Gruppen, wie KPD/ML (ZB) und Neues Rotes Forum Heidelberg erzeugten Gegenbewegung entgegenzutreten und das nationale Komitee gegen das von diesen Gruppierungen gebildete Gegenkomitee zu stärken."

Am Versammlungsort vor der Demonstration entfaltete die Gruppe Rote Fahne (KPD) eine spalterische und gegen die Aktionseinheit gerichtete verleumderische Propaganda. Auf ähnliche Attacken während der Demonstration hatten die Teilnehmer der Aktionseinheit wegen der Einheit nach außen verzichtet. Erst nachdem die Gruppe Rote Fahne (KPD) den gemeinsamen Zug gespalten hatte und am Hauptbahnhof eine eigene Abschlußkundgebung abgehalten hatte, sahen wir uns genötigt, auf der Abschlußkundgebung zu diesem spalterischen Verhalten Stellung zu nehmen.

Bei der Gesamteinschätzung der Aktionseinheit bleibt die spalterische Politik der Gruppe Rote Fahne (KPD), die jede Bemühung um Aktionseinheit nicht als Hebel für den gemeinsamen Kampf sondern als trickreiches Manöver für ihren sektiererischen Parteiaufbauplan benutzt und dabei vor keiner Spaltung, auch nicht vor spalterischen Manövern gegenüber den ausländischen Organisationen zurückschreckt, ein gefährlicherer Feind der Aktionseinheit als die Gruppe Roter Morgen, einfach weil letztere noch plumper vorgeht. Die Gruppe Roter Morgen hat Vereinbarungen der Aktionseinheit, die sie selbst geschlossen hatte, gebrochen. Es fing damit an, daß die Gruppe Roter Morgen bei der Aufstellung der Demonstration den Block der örtlichen Komitees angriff, um sich an die Spitze des Zuges zu setzen, ein Angriff, der ohne weitere Konsequenz blieb. Die Gruppe Roter Morgen hat sodann durch einen tätlichen Angriff und durch Sperrketten verhindert, daß ein Teil der Aktionseinheit auf den Kundgebungsplatz einmarschieren konnte. Sie hat das getan, um einer Gruppe von Trotzkisten den Einmarsch zu verwehren. Sie hat dabei Mitglieder der Aktionseinheit tätlich angegriffen und verletzt, die sich trennend zwischen die Gruppe Roter Morgen und diese trotzkistische Gruppe gestellt hatten. In der Aktionseinheit war beschlossen worden, daß Transparente und Losungen aus dem Zug entfernt werden müßten, die gegen die Diktatur des Proletariats und gegen die VR China gerichtet sind. Solche Transparente und Losungen wurden von den Trotzkisten nicht mitgeführt. Sie hat die Trotzkisten, die übrigens nicht Mitglied der Aktionseinheit waren angegriffen, nur weil diese Trotzkisten sind, und obwohl diese sich an die beschlossenen Bedingungen gehalten hatten. Sie hat damit chaotisierend auf die Schlußkundgebung gewirkt und ihrer Provokation zuliebe bewusst einen polizeilichen Angriff auf die Demonstration riskiert. Das steht in direktem Gegensatz zu den Beschlüssen, alles zu vermeiden, was die ausländischen Kollegen und Genossen gefährden könnte, und alles für den Schutz der ausländischen Kollegen und Genossen zu unternehmen. Sie, die Gruppe Roter Morgen, hat am lautstärksten den Schutz der ausländischen Kollgen vertreten, aber immer mit der Absicht, durch abenteurerhaftes Auftreten der Demonstration einen massenfeindlichen Charakter zu verleihen. Ihre eigene Zusicherung, auf das Mitführen von Helmen zu verzichten, hat die Gruppe Roter Morgen gebrochen aber nicht um einen Polizeiangriff oder eine faschistische Provokation abzuwehren, sondern, um die Trotzkisten, und dann Mitglieder der Aktionseinheit anzugreifen. Wir können auf grund dieser Tatsache keine Aktionseinheiten mit der Gruppe Roter Morgen mehr eingehen, ehe diese Gruppe nicht Selbstkritik geleistet hat. Die Gruppe Roter Morgen hat sich spalterischer und feindseliger verhalten als die Trotzkisten selbst. Wenn wir davon ausgehen, daß die Trotzkisten eine gefährliche, weil stark getarnte bürgerliche und verräterische Position in der revolutionären Bewegung darstellen, dann fragen wir uns, ob die Gruppe Roter Morgen nicht selbst eine trotzkistische Gruppe ist, eine neue Tarnkappe des Trotzkismus. Denn wir wissen, der Trotzkismus ist ein Chamäleon. Gegenüber allen bürgerlichen Positionen und Organisationen in der Arbeiteklasse ist die Hauptform des Kampfes der ideologische Kampf. Nur im ideologischen Kampf kann es gelingen, mit diesen Positionen fertig zu werden.

DIE WEITERE PERSPEKTIVE FÜR DIE AKTIONSEINHEIT

Wir sind der Meinung, daß die ideologische Einheit der Kommunisten selbst im begrenzten Kampf gegen das Ausländergesetz nicht ausreicht, um eine längerfristige Aktionseinheit mit einer nationalen Leitung herzustellen, der es wirklich gelingen könnte, die Aktionseinheit der bewussten Teile der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte des Volkes in diesem Kampf zu realisieren. Kampfbündnisse für Kämpfe auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene müssen jeweils neu beschlossen werden. Jede weitere Aktionseinheit auf nationaler, regionaler oder örtlicher Ebene kann sich dabei jeweils auf die schon erzielte Einheit stützen.

EIN BEISPIEL DER SEKTIERERISCHEN POLITIK DER GRUPPE ROTE FAHNE (KPD/ML)

Folgendes verteilte der Ortsverband der KPD/ML (Rote Fahne) auf einem Flugblatt in Mannheim:

Warnung!

Kollegen!
Auf dem zentralen Aufruf zur Demonstration in Dortmund standen als Abfahrtsorte in Mannheim der Meßplatz 6 Uhr, und in Heidelberg der Uni-Platz 6 Uhr. Das darf nicht sein und muß sofort geändert werden!

Es ist Verrat an unserem gemeinsamen Kampf, gegen die verschärfte Verfolgung und Unterdrückung der Ausländer, wenn sie hier eine öffentliche Einladung an alle Geheimdienste und den Verfassungsschutz schicken! Außerdem hat die KG NRF damit klar einen Beschluß des nationalen Komitees der Einheitsfront gebrochen!
Für alle Ausländer ist die Demonstration von vorneherein verboten. Werden sie geschnappt, droht Ausweisung! Deswegen ist es unsere unbedingte Pflicht, für den Schutz der Ausländer(auch der anderen Teilnehmer)zu sorgen. Wir fordern deshalb alls Teilnehmer ganz dringend auf, nicht an den öffentlich angekündigten Plätzen abzufahren, sondern mit den Organisationen unbedingt geheime Abfahrts- und Ankunftsorte zu verabreden, bzw notfalls mit eigenen PKW'S zu fahren.Die Fahrzeuge nicht am Demonstrationort, sondern in einiger Entfernung parken!
Nach der Demonstration in München sind Busse, an die sich die Polizei gehängt hatte, mit MP's gestoppt und auf den Kopf gestellt worden. Die Insaßen wurden rausgeprügelt und von Kopf bis Fuß durchsucht!
Die KG NRF zeigt hier, wie ernst ihr der tatsächliche Schutz der Ausländer und der Kampf gegen die Unterdrückung ist!

Zum ersten: Einen Beschluß, den wir gebrochen hätten und auf den sich die Ortsgruppe stellen könnte, gibt es nicht. Zweitens gibt es kein nationales Komitee der Einheitsfront. Was für ein Verständnis von Einheitsfront! Die Einheitsfront der Arbeiterklasse wird nicht erreicht durch ein Bündnis einiger Organisationen, sondern bedeutet revolutionäre Einheit der Klasse unter Führung der Kommunistischen Partei. Das ist das Ziel unserer Politik, und es ist grenzenloser Opportunismus und ein Verrat an diesem Ziel, die Einheitsfront mit diesem Kampfbündnis zu verwechseln.

Zum dritten sind die Genossen naiv. Als ließe sich eine Busabfahrt mit gemieteten Bussen heimlich organisieren. Als wäre eine dezentrale Abfahrt sicherer. Wir sind im Konvoi von 10 Bussen gefahren, und glauben damit, maximalen Schutz gewährleistet zu haben. Wir verzichten auch nicht einfach auf die Legalität. Sondern wir kämpfen für die Legalität einer Massendemonstration und zwar zusammen mit den ausländischen Kollegen. Stattdessen wollte die örtliche ZB-Organisation den Ausländern die Demonstration verbieten. Genossen, Ihr haltet die Ausländer für Feiglinge, die nicht für ihre Rechte kämpfen, und ihr wollt zugleich auch nicht für den Schutz der ausländischen Kollegen kämpfen.

Eine konspirative Abfahrt in Privatautos haben wir lediglich für die arabischen Kollegen und Genossen organisiert und für die ausländischen Genossen, für die ein besonderes Risiko bestand.

Hinter der dummen Polemik und dem Konspirationsfimmel der örtlichen ZB-Organisation stand nur der Versuch, die Schwäche dieser Organisation, die wiederholt durch Spaltungen und Mitgliederverluste dezimiert wurde, zu verbergen. Die scheinheilige "Warnung" an die ausländischen Kollegen bedeutet nichts anderes als das Eingeständnis der tiefen Mutlosigkeit dieser Gruppe, die an den Aufgaben der Massenmobilisierung gescheitert ist.

EIN BRIEF DER ABG

Zu dem Brief der Arbeiterbasisgruppen, den wir hier abdrucken, wollen wir nur kurz bemerken, daß wir die Auffassung der ABGs über die Einheit der Losungen und verbindliche Abmachungen für Aktionseinheiten teilen. Wir meinen aber, daß die Genossen von den ABGs ihre Auffasungen nicht durch ängstlichen Absentismus durchsetzen werden und halten die Gründe für ihr Fernbleiben nicht für ausreichend. Der Kampf gegen die Spalter kann nicht durch einen sektiererischen Autonomismus geführt werden. D.h., den Spaltern das Feld überlassen und auf die Führung der Massen verzichten.

ARBEITER-BASIS-GRUPPEN
Zentrales Komitee

München, 1.10.72

Freunde, Kollegen, Genossen,

Unsere Organisation wird sich an der Demonstration am 8.10. in Dortmund nicht beteiligen und auch nicht zu einer Beteiligung aufrufen. Warum?

Wir begrüßen und unterstützen jeden Schritt, der uns der Überwindung des Zirkelwesens näher bringen kann, und wir waren einer der ersten Zirkel, die die Bedeutung von Aktionseinheiten der Kommunisten für den Kampf der Arbeiterklasse in unserem Land und für den Wideraufbau der Kommunistischen Partei propagiert haben.

Aber wie soll man einen Schritt vorwärts kommen in diesen Aufgaben, wenn man den "linken" Sektierern in solchen Aktionseinheiten eine führende Stellung einräumt, ihnen obendrein noch die Freiheit der Losungen zugesteht, wie es auf der chaotischen Franfurter Konferenz letztenendes geschehen ist?

Wie soll dann noch verhindert werden, daß die Dortmunder Demonstration einen "links"opportunistischen Charakter bekommt, so daß sie nicht zur Stärkung der Einheit der Arbeiterklasse und aller fortschrittlicher Teile des Volkes im Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte dient, sondern vielmehr zu ihrer Spaltung und zur Isolierung der Kommunisten von der Arbeiterklasse und ihren Kämpfen?

Die letzte Demonstration auf nationaler Ebene, die von diesen Abenteurern angeleitet wurde, nämlich die spalterische "Rote-Antikriegstags-Demonstration" am 2. Sept. in München, hat der kommunistischen- und Arbeiterbewegung beträchtlichen Schaden zugefügt. Sie hat gezeigt, daß wir einen klaren Trennungsstrich zwischen uns und diese kleinbürgerlichen Cliquen setzen müssen, daß eine opportunistische Haltung gegenüber den "linken" Sektierern selber als "linker" Opportunismus bekämpft werden muß.

Es ist Aufgabe der Kommunisten, in den Klassenkämpfen immer und überall für eine klare proletarische Führung zu sorgen, die mit dem Kampf der Massen aufs Engste verbunden ist. Und eine solche Führung wird diesen Abenteurern auch den Platz zuweisen, der ihnen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zusteht, und nicht den, den sie von ihrem kleinbürgerlichen Standpunkt aus beanspruchen. Es ist unsere Pflicht, diese Cliquen klar und entschlossen in die Schranken zu weisen, um Schaden von der wiedererstarkenden kommunistischen und Arbeiterbewegung nach Kräften abzuhalten.

Was den Kampf gegen die Ausländergesetze und die zunehmende Verfolgung ausländischer Kollegen anlangt, so sind wir nach Lage der Dinge in unserer Region der Ansicht, daß der Kampf auf lokaler und regionaler Ebene derzeit sehr viel mehr zur Verbreiterung und Stärkung der Bewegung gegen den Abbau der demokratischen Rechte beitragen kann als eine zentrale Aktion, für die in der Eile kaum neue Kräfte zu gewinnen sind. Auch meinen wir, daß die von der Konferenz vorgelegte Plattform im Sinne einer Minimalplattform wenig geeignet ist für die Arbeit in den werktätigen Massen (in Betriebsräten, in VKs, Arbeiterversammlungen, gewerkschaftlichen Gremien, demokratischen Organisationen usw.), daß zur Mobilisierung der Massen vielmehr eine Plattform besser geeignet wäre, die sich auf die Hauptsachenkonzentriert, wie es etwa in dem beiliegenden Aufrauf zur Gründung eines gewerkschaftlichen Ausländerkomitees versucht wird.

Zentrales Komitee

SOLIDARITÄTSADRESSE DER F.P.D.L.P.

an die Aktionseinheit gegen die reaktionären Ausländergesetze

Von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas, eine der wichtigsten und politisch fortgeschrittensten Kampforganisationen des palästinensischen Volkes erreichte uns folgende Solidaritätsadresse :

Aufruf an die demokratische westdeutsche Öffentlichkeit

Aus der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin kommen seit einiger Zeit Nachrichten über eine Hetzkampagne gegen die arabischen Völker und eine Verfolgungsjagd gegen die arabischen Arbeiter und Studenten in der BRD, die an die Verfolgungen der Juden im Dritten Reich nicht nur von ferne erinnert. Anlaß zu dieser Hetzkampagne und zu diesen Verfolgungen ist die Aktion des "Schwarzen Septembers" bei den Olympischen Spielen gegen die israelischen Teilnehmer und gegen die Weltöffentlichkeit.

Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas, die seit ihrer Entstehung all die Aktionen, Aktivitäten des individualistischen Terrors, die dem gerechten Kampf unseres Volkes schaden und das Verständnis der demokratischen und sozialistischen Kräfte für diesen gerechten Kampf schwächt, ablehnt und mißbilligt, sieht sich zu einer klaren und prinzipiellen Stellungnahme veranlaßt:

I.

Die maßlose Hetzkampagne der westdeutschen Presse und anderer Organe der öffenlichen Meinung gegen die arabischen Völker hat das Ziel, die Freundschaft zwischen den arabischen Völkern einerseits und dem deutschen Volk, vor allem seiner ruhmreichen Arbeiterklasse, andererseits zu stören. Hierzu nehmen die prōisraelischen Organe der öffentlichen Meinung in der BRD und Westberlin die Aktion des "Schwarzen Septembers" zum Anlaß.

II.

Die Verfolgungsjagd der westdeutschen Polizei gegen die arabischen Arbeiter und Studenten in der BRD und Westberlin richtet sich in erster Linie nicht gegen sogenannte palästinensische Terroristen auf deutschen Boden, sondern gegen unbeteiligte Arbeiter und Studenten, deren Schuld nichts anderes ist, als Ange-

hörige eines entwurzelten und aus seinem eigenen Land vertriebenen Volkes zu sein. Daher stellt diese Verfolgung u.a. nichts anderes dar, als Vorbereitung und Ausübung von Maßnahmen, wie sie von den Notstandsgesetzen vorgesehen sind. Opfer dieses Wahns sind z. Z. die palästinensischen Arbeiter und Studenten in der BRD. In der nächsten Zeit werden die westdeutschen und westberliner Demokraten und Sozialisten die Opfer eines solchen Wahns sein.

III.
Wollten die Behörden der BRD und Westberlin den Terror prinzipiell verurteilen und bekämpfen, so hätten sie den eigenen Terror in Fürstenfeldbruck nicht machen dürfen, und so hätten sie, und wenn nur mit einem einzigen Satz, die Verbrechen der Neo-Hitleristen in Israel verurteilen müssen, die Verbrechen in Deir Yasin 1948, wo über 350 Zivilisten kaltblütig ermordet wurden. Kafr Kassem 1956, wo 56 Zivilisten auf dem Heimweg von der Feldarbeit an die Wand gestellt und kaltblütig erschossen wurden, Bahr Al Baqar 1970, wo unzählige Schulkinder durch israelische Luftangriffe unter den Trümmern ihrer einzigen Schule tot lagen, Abu Saabal 1970, wo über 70 Arbeiter Opfer eines israelischen Luftangriffes wurden. Wären diese Behörden in der Tat gegen Terror, so hätten sie die Vergiftung und Verbrennung von 100 000 Dunum Kornfelder im arabischen Dorf Aqraba in den besetzten Gebieten im April 1972 verurteilt. Wären die westdeutschen Behörden und Organe der öffentlichen Meinung gegen jeglichen Terror, so hätten sie es zu ihrer Pflicht machen müssen, die Entwurzelung und die Vertreibung eines ganzen Volkes und die Bombardierung seiner neuen Blechhäuser in der Diaspora durch Neo-Hitleristen in Israel zu verurteilen. Ein grausames und barbarisches Beispiel israelischen Terrors zeigte sich am 17. September 1972, als die israelischen Panzer auf libanesischem Boden 7 Insassen eines Personenwagens in der Nähe des libanesischen Dorfes Juwayeh kaltblütig überfahren und lebendig zermalmt haben.

IV.
Zwar sind viele Israelis Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, dies gibt ihnen aber nicht das Recht, mit dem palästinensischen Volk das zu tun, was die Nationalsozialisten mit den Juden Europas taten. Prinzipiell vertreten wir die Position: Wer ein Volk entwurzelt und aus seinem eigenen Land vertreibt, muß die volle Verantwortung für seine Verbrechen tragen.

Die Demokratische Volksfront und die anderen Organisationen der palästinensischen Befreiungsbewegung kämpfen für die Befreiung ihres eigenen Landes. Nichts haben sie gegen ein friedliches Miteinanderleben mit den friedliebenden Menschen in Israel. Die Voraussetzung eines solchen friedlichen Miteinanderlebens der jüdischen und der arabisch-palästinensischen Volksgemeinschaften liegt jedoch darin, das Unrecht rückgängig zu machen und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Und weil dies auf friedlichem Wege nicht erreichbar ist, müssen wir für die gänzliche Beseitigung des Unrechts mit dem langanhaltenden Kampf arbeiten.

Die Demokratische Volksfront und die anderen Organisationen der palästinensischen Befreiungsbewegung, die in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vertreten sind, kämpfen daher, genauso wie die anderen kolonisierten und unterdrückten Nationen für eine gerechte nationale Sache, und deshalb werden wir diesen Kampf unbeirrt fortsetzen, bis wir das Land befreien und allen Menschen in Palästina Arbeit, Brot Frieden und sozialen Fortschritt garantieren.

V.
Die Freundschaft zwischen unserem Volk und dem Volk der ruhmreichen K. Liebknecht, E. Thaelmann u.a. wird sicherlich nicht durch die Provokationen der BRD-Behörden gestört. Wir begrüssen all die demokratischen und sozialistischen Kräfte in der BRD und Westberlin, die der Hetzkampagne und den Verfolgungen entgegenwirken. Diese Kräfte, allen voraus sie westdeutsche Arbeiterklasse rufen wir auf, Druck auf die BRD- und westberliner Behörden auszuüben, um den Terror gegen die arabischen Arbeiter und Studenten zu beenden.

Sept. 1972

Die Demokratische Volksfront
FPDLP
External Relations

DIE FRONT

Nr 2

Zeitschrift zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker im Nahen Osten - Herausgeber: SOZIALISTISCHES PALÄSTINA-KOMITEE, HEIDELBERG; Bestellungen c/o AStA 69 Heidelberg, Grabengasse 14

INHALT u.a.:

-- Weg mit dem Verbot von GUPS und GUPA
-- Die Spaltung der arabischen Bourgeoisien auf dem Weg der "friedlichen Lösung"
-- Unterschiedliche Aktionsformen der palästinensischen Widerstandsbewegung: Ausdruck ihrer Klassenwidersprüche
-- Die Verteidigung der Revolution im Süd-Yemen und der Volkskrieg im Dhofar
-- Der Klassencharakter Israels und die israelische Aggression
-- Erklärung der FPDLP zur Ausweisung und Abschiebung arabischer Arbeiter und Studenten

Erscheint Ende Oktober !

SÜDOSTASIENKORRESPONDENZ
INFORMATIONEN UND ANALYSEN

aus dem Inhalt:

Nr.1: Zur Lage der politischen Gefangenen in Indonesien / Robin Blackburn: Die Wiedergeburt der philipinischen Revolution

Nr.2: Haben Suhartos Wahlen zu einer Wahl Suhartos geführt?/ Investitionspolitik der BRD in Indonesien / Ist Ne Win's Burma sozialistisch?/ Die chemische Kriegsführung der US-Imperialisten in Indochina

Nr.3: Pakistan: Klassenverhältnisse/ Berkeley-Mafia: Die Rolle der Universitäten für den US-Imperialismus in Indonesien / Thailand und das US-Engagement

SONDERNUMMER: Japanischer Imperialismus

SONDERNUMMER: Öl und Imperialismus in Ostasien, von M.Caldwell

SONDERNUMMER: Korea

zu beziehen bei : M. Göbels, 5000 KÖLN 1, Weißenburgstr. 55
Preis 1.-DM
PSch-Kto. Hans Wilhelm, 256664 Köln

Sondernummer

NEUES ROTES FORUM

INHALT

DAS PROGRAMM DER WESTDEUTSCHEN KOMMUNISTEN
- STELLUNGNAHME -

1. Noch einmal unsere Auffassung zum Parteiaufbau

2. Kritik falscher Linien in der Programmdiskussion
2.1. Die Liquidatoren
2.2. Die Schematiker (KPD/ML - Rote Fahne)
2.3. Die Richtung der programmatischen Beliebigkeit: "KPD"
2.4. Parteigründer auf Pump: KPD/ML(Roter Morgen)
2.5. Verwechslung von programmatischen und taktischen Fragen
2.6. Die Erhebung einer rechtsopportunistischen Praxis zum Programm: KB - Nord

3. Welche Grundlagen haben wir für die gemeinsame Programmarbeit geschaffen?

4. Aufbau und Bestandteile des Programms
4.1. Unsere Vorbilder
4.2. Westdeutschland ist ein imperialistisches Land
4.3. Die Entwicklung des Kapitalismus und die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen
4.4. Der proletarische Klassenkampf
4.5. Die Aufgaben der Kommunisten
4.6. Exkurs: Wie wird die neue Mittelklasse im Programm berücksichtigt?
4.7. Der Imperialismus
4.8. Die Ära der proletarischen Revolution
4.9. Der Kampf gegen den Opportunismus
4.10. Die demokratischen Forderungen
4.11. Wirtschaftliche Forderungen für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen

5. Aufbau der Organisation und das Programm der Kommunisten

Bestellungen an Dietrich Hildebrandt, 69 Heidelberg, Postfach 834

ARBEITER-ZEITUNG

Zentrales Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim-Heidelberg

Nr. 9
November 1972

Inhalt

Neun-Punkte-Friedensvereinbarung in Vietnam	S. 2
DKP keine Alternative	S. 3
BRD-Unterstützung für Vietnamkrieg der USA	S. 4
Schikanen gegen Vietnam-Kampagne	S. 5
Arbeiterkorrespondenzen: Harvester, Straßenbahn	S. 6
Benz-Mannheim, John Deere Mannheim	S. 8
IGM-Jugendmonat	S. 9
Jugendhaus in Selbstverwaltung	S. 9
Gewerkschaftstage (Chemie, Bau, Bergbau, Eisenbahn)	S.10
Tarifkämpfe in Italien	S.10
Korea: Kampf für Wiedervereinigung	S.11
Aktionseinheit gegen reaktionäres Ausländergesetz	S.12
Gegen das Verbot des Komm. Bundes Bremen	S.13
Der Mahler-Prozess	S.14
SPK-Prozess	S.14
Erklärung der FPDLP	S.14

Preis: 30 Pf
Laden 50Pf